

DEMOKRATIEBILDUNG IN BELARUS, RUSSLAND UND DER UKRAINE

Rahmenbedingungen und Beispiele

**ANNEGRET WULFF
STEPHAN MALERIUS**



**FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT**
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Impressum

© Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Verantwortlich: Sonja Böhme

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Stiftung EVZ dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satz: Stellwerk Grafic Concepte+marketing

Druck: Druckerei Elsholz

ISBN-10: 3-9810631-5-5

ISBN-13: 978-3-9810631-5-8

**DEMOKRATIEBILDUNG IN BELARUS,
RUSSLAND UND DER UKRAINE**

**DEMOKRATIEBILDUNG IN BELARUS,
RUSSLAND UND DER UKRAINE**

Rahmenbedingungen und Beispiele

**ANNEGRET WULFF
STEPHAN MALERIUS**



**FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT**
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Demokratiebildung in Belarus	11
Demokratiebildung in Russland	81
Demokratiebildung in der Ukraine	149
Autoren	224
Deutsch-Russisches Forum e.V.	225
Europäischer Austausch gGmbH	226
Fonds „Erinnerung und Zukunft“	227
Bildnachweise	228

*Der Geist der Demokratie kann nicht von außen aufgepfropft werden.
Er muss von innen heraus kommen.* MAHATMA GANDHI

Vorwort

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fördert Projekte, die vor allem junge Menschen ermutigen sollen, aus der Kenntnis der Geschichte bewusst für Völkerverständigung, Demokratie und Menschenrechte sowie den Schutz von Minderheiten einzutreten. Dabei bezieht sie auch die Zeit nach 1945 ein, in der in Deutschland und anderen Staaten wichtige Lehren, insbesondere aus der nationalsozialistischen Vergangenheit, gezogen wurden. Mit dem internationalen Schul- und Jugendwettbewerb „Frieden für Europa – Europa für den Frieden“ und weiteren Programmen leistet die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einen Beitrag zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung junger Menschen in ihren Schwerpunktländern.

Die vorliegenden drei Länderstudien wurden im Rahmen der Programmentwicklung für diesen Bereich gefördert. Annegret Wulff hat 2006 im Auftrag des Deutsch-Russischen Forums e.V. Rahmenbedingungen, Akteure und Ansätze für Demokratiebildung und demokratische Schulkultur in Russland untersucht. Stephan Malerius recherchierte für die Europäische Austausch gGmbH im selben Jahr zu den gleichen Fragestellungen in Belarus und in der Ukraine. Die Studien geben damit jeweils landesspezifische Antworten, sind aber nicht vergleichend angelegt. Sie vermitteln der interessierten Fachöffentlichkeit einen aktuellen Stand der politischen Transformationsprozesse in den drei untersuchten Ländern, in denen die Strukturen und Inhalte der politischen Bildung mehr oder weniger stark verändert wurden und werden. Sie konkretisieren damit die 2005 von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ herausgegebene Studie „Demokratieerziehung in Mittel- und Osteuropa. Ergebnisse aus dem Civic-Education Projekt der IEA“ von Detlef Oesterreich, in die auch Russland einbezogen war. Sie ergänzen weiterhin die Studie von Viola B. Georgi „Demokratie Lernen in der Schule. Leitbild und Handlungsfelder“, die 2006 ebenfalls von der Stiftung herausgegeben wurde, um eine osteuropäische Perspektive. Darüber hinaus haben die Autoren Ideen und Modelle aus dem Programm „Demokratie leben und lernen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und der Initiativen des Europarats zum „European Year of Citizenship through Education in 2005“ und zum Programm „Learning and living democracy for all 2006-2009“ aufgegriffen und versucht, Entsprechungen für die Bildungsdiskurse der untersuchten Länder zu finden.

Den Studien gingen mehrere Recherchereisen in die Länder voraus, bei denen die Autoren Interviews mit Bildungsverantwortlichen der Regierungen, der Regionen und Städte, mit Schulleitern, Lehrern und Schülern sowie mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen führten, die sich für demokratische Bildung engagieren. Ebenso wurde von den Autoren eine Fülle landesspezifischer Dokumente und Materialien ausgewertet. Beide Autoren geben einen Überblick über die Entwicklung der Bildungssysteme in den untersuchten Ländern und über die jeweiligen Rahmenbedingungen für Demokratiebildung. Der Hauptteil der Studien beinhaltet eine Beschreibung und Reflektion möglicher Ansätze für Demokratiebildung und die Identifizierung entsprechender Akteure, worin auch ihr besonderes Verdienst liegt. Die Ergebnisse sind allerdings für die drei untersuchten Länder sehr unterschiedlich.

Für Belarus macht Stephan Malerius deutlich, dass die Schulen durch die Wiederbelebung sowjetischer Traditionen im Bildungswesen in den letzten Jahren kaum Handlungsspielraum für Demokratiebildung haben. Auch wenn Belarus im Hinblick auf die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung im Vergleich besser als etwa Russland und die USA abschneidet und die Mittel für Bildung bis 2010 sogar noch steigen sollen, weist Malerius darauf hin, dass es im Grunde nicht möglich ist, Formen der Demokratiebildung in belarussischen Schulen zu identifizieren. Demgegenüber gibt es jedoch durchaus eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Feld nach wie vor engagieren und Kontakte zu Schulen suchen.

In der Ukraine hingegen, nach Russland der zweitgrößte Staat Europas, wurden die durch Nichtregierungsorganisationen entwickelten demokratiepädagogischen Ansätze bereits in einer Vielzahl von Schulen verwirklicht. Damit ist die Schule in der Ukraine in den letzten Jahren zu einer vergleichsweise offenen und kooperativen Institution geworden. Malerius hebt hervor, dass Europa in der Ukraine zunehmend als demokratische Wertegemeinschaft begriffen wird und es inzwischen ein breites Spektrum von Themen der politischen Bildung und der Demokratieerziehung gibt.

Für Russland ergaben die Recherchen von Annegret Wulff an 19 Schulen in Moskau, Perm und Smolensk ein heterogenes Bild. Bürgerschaftliche Bildung beinhaltet in Russland durchaus die Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen sowie das Einüben demokratischer Prinzipien. An überraschend vielen Schulen werden innovative Projekte durchgeführt. Schulen in Russland und in der Ukraine erweisen sich damit als Experimentierfeld mit relativ großen Freiräumen und können für Schulen in Deutschland interessante Partner sein.

Deutliche Unterschiede zwischen Belarus und Russland einerseits und der Ukraine

andererseits zeigen sich in der sogenannten „Patriotismuserziehung“, einer Besonderheit in Belarus und Russland, die Heimatliebe mit Militärziehung verbindet. Gleichwohl bestätigen beide Autoren wesentliche Aussagen der o. g. Studie von Detlef Oesterreich, nämlich dass Schulen in Osteuropa die in seiner Studie genannten Kompetenzen wie „gesellschaftliches Engagement“ und „Vertrauen in das politische System“ vermitteln. Das ist aber noch kein hinreichendes Indiz für eine Schule, in der demokratische Kompetenzen und Verhaltensweisen eingeübt werden. Trotz der Unterschiede in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weisen die Autoren darauf hin, dass eine weitere Entwicklung der Demokratiebildung und der Demokratisierung von Schule in allen drei Ländern die Stärkung der Zivilgesellschaft erfordert. Partizipation ist dabei der Schlüssel zur Förderung und Stärkung einer demokratischen Kultur, die auf dem Bewusstsein gemeinsamer Grundwerte, wie Menschenrechte und -freiheiten, Gleichheit in Verschiedenheit und Rechtsstaatlichkeit, sowie dem Engagement für diese Werte beruht.

Die Studien setzen sich als Momentaufnahmen des Jahres 2006 aber nicht nur mit den Problemen und Erfolgen von Demokratiebildung in den drei Ländern auseinander, sondern geben auch Anregungen, wie Ansätze demokratischer Schulkultur und Schulentwicklung in diesen Ländern gefördert werden können. Wir hoffen, dass die Studien mit großem Interesse aufgenommen werden und dass alle Akteure in diesem Bereich Anregungen für ihre weitere Arbeit erhalten.

Neben den Autoren gilt unser besonderer Dank auch Anja Kretzer vom Deutsch-Russischen Forum und Stefanie Schiffer von der Europäischen Austausch gGmbH für die Unterstützung der Rechercheprojekte.

Sonja Böhme
Programmleiterin Demokratiebildung
Fonds „Erinnerung und Zukunft“ der
Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

DEMOKRATIEBILDUNG IN BELARUS



Demokratisches Lernen an einer Schule in Minsk, Belarus

STEPHAN MALERIUS

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	15
II.	Das belarussische Bildungssystem im Überblick	18
2.1	Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten	18
2.2	Das Schulsystem	20
2.3	Finanzierung des Bildungssektors in Belarus	21
2.4	Lehrerfortbildung	22
2.5	Bildungspolitische Prioritäten	24
2.6	Unterrichtssprachen	25
2.7	Gesundheitsfürsorge in den Schulen	26
III.	Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Belarus	28
3.1	Staatliche Bildungspolitik: Einmal Demokratisierung und zurück	28
3.2	Sowjetische vs. demokratische Schule	29
3.3	Patriotismuserziehung	31
3.4	Der offizielle Diskurs	32
3.5	Lehrplandruck vs. Raum für Lernen von Demokratie	34
3.6	Qualitätssicherung	35
3.7	Die Rolle der Lehrer	37
IV.	Ansätze der Demokratiebildung in Belarus	40
4.1	Demokratische Fassade und simulierte Demokratie	40
4.2	Partizipation und Scheinpartizipation	41
4.3	Lernen in Projekten	42
4.4	Öffnung von Schule/Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren	45
4.5	Politische Bildung - Lernen in der belarussischen Schule	47

V.	Akteure im Demokratiebildungsbereich in Belarus	49
5.1	Schulen	50
5.2	Nicht-staatliche Akteure	51
5.3	Medien	61
VI.	Ausländische Akteure in Belarus: Europa, die Nachbarn, Deutschland	67
6.1	Ausländische Förderer und internationale Programme im Bildungsbereich in Belarus	67
6.2	Europarat (EDC) und Europäische Union	70
6.3	Kontakte zu Bildungsakteuren aus Russland und der Ukraine	70
6.4	Deutsche Sprache in Belarus – Chancen für Schulkontakte	72
VII.	Zusammenfassung	75
	Abkürzungen	77

*„In jeder Schule gibt es eine Insel der Demokratie.
Die gilt es zu finden und zu unterstützen.“*
TAMARA MAZKIEWITSCH, SUPOLNASZ'

I. Einleitung

Der Europarat hatte das Jahr 2005 zum „European Year of Citizenship through Education“ erklärt und damit einen wichtigen europäischen Akzent in der Diskussion um Formen der Demokratieerziehung im schulischen wie im außerschulischen Bereich gesetzt. Die Initiative war zugleich der Versuch, verschiedene nationale (etwa britische, französische, deutsche oder schwedische) Ansätze im Bereich der Demokratiebildung zu bündeln und sie gegenüber benachbarten thematischen Feldern wie Friedenserziehung, interkulturelle Erziehung, Menschenrechtserziehung zu profilieren. Wichtig war dabei auch, das Verhältnis von Demokratieerziehung zu den (traditionellen) Formen der politischen Bildung zu bestimmen.

Auffällig ist, dass die Diskussionen um Demokratieerziehung in Europa die historische Entwicklung auf dem Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt: Westeuropa geht von einem System der politischen Bildung (civic education) aus, das in Staaten entwickelt wurde, deren demokratische Tradition meist bis mindestens zum Zweiten Weltkrieg zurückreicht. In Mittel- und Osteuropa hingegen setzten 1989 – und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach 1991 – komplizierte Transformationsprozesse von autoritären zu demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen ein, in denen auch die Systeme der (politischen) Bildung ganz neu entwickelt und vor allem ideologisch entfrachtet werden mussten. Alle Länder des ehemaligen Warschauer Paktes hatten dabei mit einem kommunistischen beziehungsweise sowjetischen Erbe zu kämpfen, das über 40 Jahre lang das Bildungssystem geprägt hatte. „Polititscheskoe obrasowanie“ (russisch für politische Bildung) wird in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten bis heute mit Unterricht in Marxismus-Leninismus assoziiert.

Während es den Ländern Mitteleuropas vor allem dank des europäischen Integrationsprozesses in den 90er Jahren und des EU-Beitritts 2004 gelungen ist, den Anschluss an die europäischen Bildungsdiskussionen und -standards zu schaffen, ist die Situation in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion schwieriger. Diese Länder starteten mit einem Schulsystem, das

„nach dem sowjetischen Modell der Einheitsschule (gestaltet war), die ihrerseits der marxistisch-leninistischen Ideologie als Grundlage des gesamten Bildungs- und Erziehungsprozesses verpflichtet und in eine zentralistische, von Moskau gesteuerte Organisation des Bildungswesens eingebettet war.“¹

Mit der Unabhängigkeit mussten diese Staaten nicht nur versuchen, das sowjetische Erbe zu überwinden, sondern wurden auch massiv mit den wirtschaftlichen Folgen des einsetzenden Transformationsprozesses konfrontiert.

In Belarus wurde dieser Prozess bereits Mitte der 90er Jahre durch die Wahl und die anschließende Machtergreifung Alexander Lukaschenkos jäh gestoppt und durch die Installierung eines autoritären Regimes ersetzt, das in den letzten Jahren mit einer Wiederbelebung sowjetischer Traditionen gerade im Bildungsbereich seine Macht weiter zu festigen versuchte. Heute sind zwar die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schulen in Belarus besser als etwa in der Ukraine (die bauliche Sanierung von Schulen z.B. gilt größtenteils als abgeschlossen), gleichzeitig aber haben Schulen aufgrund der politischen Entwicklung im Land seit einiger Zeit praktisch keinen Handlungsspielraum mehr für die Entwicklung von Formen der Demokratiebildung. Da Belarus zudem nicht Mitglied des Europarates ist, ist das Land weitgehend von den europäischen Bildungsdiskussionen abgeschnitten und hat weder an der IEA-Studie² Ende der 90er Jahre noch offiziell an den anschließenden PISA-Studien teilgenommen.

Die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die in diesem Bereich noch Akzente setzen, sind wenige NGOs, die beständig von der Schließung bedroht sind. 16 in einem landesweiten Verbund zusammengeschlossene nicht-staatliche Organisationen leisten hier eine wichtige Arbeit, vor allem durch die Weiterbildung und Unterstützung weniger Lehrer, die mit großem Enthusiasmus bemüht sind, demokratische Elemente in Schule und Unterricht einzuführen.

Vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund ist es eigentlich nicht möglich, „Formen der Demokratiebildung in belarussischen Schulen“ zu beschreiben, da es in dem Land weder demokratische Schulen noch ein demokratisches Umfeld gibt. Was von der vorliegenden Studie geleistet werden kann ist die Beschreibung der aktuellen politischen Situation im Bildungssektor und des Diskurses unter den Akteuren in Belarus, die an einer demokratischen Entwicklung der Schule interessiert sind sowie einzelner Projekte und Initiativen, die vorsichtig versuchen, die Schule in Belarus offener zu gestalten.

¹ Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho/ Mitter, Wolfgang (Hrsg.): „Die Schulsysteme Europas“, Baltmannsweiler 2004, S. 611.

² Die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) hatte 2001 die Ergebnisse einer länderübergreifenden Studie, die politisches Verstehen, Engagement und Einstellungen vierzehnjähriger Schüler aus 28 demokratischen Staaten untersuchte. Alle weiteren Abkürzungen im Text sind auch in einem Anhang auf S. 77f. aufgeschlüsselt.

Den Referenzrahmen für die Untersuchung bilden die Studie von Viola Georgi „Demokratie lernen in der Schule“,³ das BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“⁴ sowie die Europaratsinitiativen „2005 European Year of Citizenship through Education“ und „Learning and living democracy: Programme 2006-2009“.⁵ Doch auch hier zeigt sich, dass diese Diskurse in Belarus nicht geführt werden und es nahezu unmöglich ist, Bezüge zwischen der Situation in Europa/Deutschland und Belarus auszumachen.

Die Studie basiert auf Schulbesuchen in Minsk im Mai und September 2006 sowie auf Gesprächen mit Lehrern, Bildungspolitikern und Vertreterinnen von NGOs.⁶ Es kann auf dieser Grundlage nur eingeschränkt davon gesprochen werden, dass hier ein objektives Bild von der Situation an belarussischen Schulen gezeichnet wird, da weder Schulen in regionalen Zentren noch Dorfschulen besucht wurden. Grund dafür ist, dass die extreme staatliche Kontrolle die Schule in Belarus eine insbesondere für Ausländer nur sehr schwer zugängliche Institution ist und jeder Schulbesuch von Partnern vor Ort umfangreich mit der lokalen Bildungsverwaltung vorbereitet beziehungsweise abgesprochen werden muss.

Es versteht sich, dass die Studie eine Momentaufnahme des Jahres 2006 ist und sich die beschriebene Situation bei veränderten politischen Rahmenbedingungen schnell grundlegend verändern kann.

³ Georgi, Viola: Demokratie lernen in der Schule, Berlin 2006.

⁴ <http://www.blk-demokratie.de>

⁵ http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default_EN.asp

⁶ Der Autor dieser Studie dankt Dzmitryj Karpiewitsch für die Unterstützung bei den Schulbesuchen und den Treffen mit Vertretern der Bildungsverwaltung in Belarus sowie Natascha Timaschkowa für ihre klugen und wertvollen Hinweise während der Arbeit an der Studie.

II. Das belarussische Bildungssystem im Überblick

2.1 Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten

Das Bildungssystem in Belarus basiert auf den Grundsätzen vom gleichen Zugang für alle Kinder zu Bildung, einer Vereinheitlichung der Leistungsanforderungen und der finanziellen Verpflichtung des Staates für die Bildung.⁷ Rechtlich wird Bildung in der Verfassung der Republik Belarus sowie in den Gesetzen „Über die Bildung in der Republik Belarus“, „Über Sprachen“, „Über nationale Minderheiten“ und „Über Kinderrechte“ geregelt. Mit dem Ziel, die Qualitätssicherung und -verbesserung im gesamten Bildungsbereich zu gewährleisten, werden gegenwärtig alle einschlägigen Rechtsvorschriften kodifiziert. Dieses neue „Bildungsgesetzbuch“ („Kodex der Republik Belarus über die Bildung“) wurde 2006 entwickelt und soll 2007 verabschiedet werden.⁸

Das Bildungssystem ist zentral strukturiert, d.h., alle wesentlichen Zuständigkeiten liegen beim belarussischen Bildungsministerium, das verantwortlich ist für die Entwicklung des Bildungssystems im Land und dem alle Typen von Lehr- und Erziehungseinrichtungen untergeordnet sind, von Kindergärten bis hin zu den Universitäten. Das Bildungswesen in Belarus ist also überwiegend staatlich, so dass es im Prinzip kein privates Schulwesen im Land gibt,⁹ dies zeigt eine Übersicht über die schulischen Bildungseinrichtungen in verschiedenen Bereichen:¹⁰

⁷ Vgl. zu diesem Abschnitt die Studie von Sjarhei Wetochin (Bildungsministerium der Republik Belarus sowie Nationales Institut für höhere Bildung) „Education in Belarus. National Report of the Republic of Belarus“, Minsk 2004 (www.nihe.niks.by/eng).

⁸ 2005 war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Kodifizierung des Bildungsrechts (vgl. den Bericht über das Jahr 2005 und die Pläne für 2006 auf der Webseite des Bildungsministeriums, <http://www.minedu.unibel.by>). Insgesamt verabschiedeten 2005 der Präsident und das Parlament 40 rechtliche Vorschriften im Bereich Bildungswesen, das Bildungsministerium 72. Vgl. auch den Plan der Gesetzesvorhaben für 2006 der Nationalversammlung der RB: <http://house.gov.by/index.php/,123,,,0,0,0.html>.

⁹ „... (the) system of education in Belarus consists of state institutions with virtually no private presence. As a result, all school activities are rigidly organized, formalized and governed by numerous state authorities.“ 30.10.2004, IEARN Executive Council.

¹⁰ Die Tabelle ist der Webseite des „Glawnyj informazionno-analititscheskij zentr“ (Zentrales Informations- und Analysezentrum) entnommen. <http://www.giac.unibel.by/index.php?module=subjects&func=viewpage&pageid=125>

Die Zahlen verdeutlichen, dass private Bildungseinrichtungen als „nicht zugehörig“ zum belarussischen Bildungssystem betrachtet werden.

N°	Art der Bildungseinrichtung	Gesamtzahl der Einrichtungen in Belarus	Einrichtungen, die dem Bildungsministerium untergeordnet sind	Private Einrichtungen
1.	Grundschulen	346	346	2
	Davon Kindergärten, in denen Unterricht für Erstklässler stattfindet („sad-schkola“)	170	170	1
2.	Allgemeinbildende Basisschulen (10 Klassen)	794	789	-
	Davon Kindergärten, in denen Unterricht für Erstklässler stattfindet („sad-schkola“)	196	196	-
3.	Allgemeinbildende Mittelschulen	2.621	2.620	2
	Davon Kindergärten, in denen Unterricht für Erstklässler stattfindet („sad-schkola“)	447	447	-
4.	Gymnasien	151	151	7
5.	Lyzeen	35	34	-
6.	Pädagogische Bildungskomplexe: Mittelschule/ Gymnasium - College	7	6	-
7.	Allgemeinbildende Internatsschulen	40	40	1
8.	Heilpädagogische Internatsschulen/Sanatornyja shkoly-internaty	20	20	-
9.	Sonderschulen	20	20	-
10.	Internatsschulen für Behinderte/Spezyjal'nyja shkoly-internaty	65	64	-
	Insgesamt:	4099	4090	12
	Daten für das Schuljahr 2004/2005:	4209	4188	12
	Daten für das Schuljahr 2003/2004:	4317	4296	12

Unterhalb des Ministeriums sind die Schulverwaltungsabteilungen der Hauptstadt Minsk und der Gebiete (Brest, Gomel, Grodno, Minsk, Mogiljow und Witebsk) für die Umsetzung und Kontrolle schulpolitischer Entscheidungen zuständig. Auf regionaler Ebene liegt die bildungspolitische Verantwortlichkeit bei den Bildungskomitees sowie den Bildungs- und Jugendabteilungen unter Aufsicht der Lokalverwaltungen.¹¹ Folgen der staatlichen Dominanz sind eine starke Bürokratisierung des gesamten Bildungssektors sowie ein Kontrollsystem, das durch eine streng hierarchische Gliederung vom Bildungsministerium bis in die einzelnen Schulen reicht. Das Bildungsministerium ist die einzige Behörde im Land, die Zulassungen für neue Bildungseinrichtungen und Genehmigungen für Lehrwerke erteilen kann; es gilt als besonders konservativ innerhalb der politischen Strukturen in Belarus.

2.2 Das Schulsystem

In der Regel kommen Kinder in Belarus mit drei Jahren in den Kindergarten, wo sie auf die Schule vorbereitet werden. Eine Vorschulerziehung ist aber auch zu Hause möglich. Die Grundschule dauert vier Jahre, die Hauptschule sechs, eine zehnjährige Schulbildung ist Pflicht. Im ersten Schuljahr werden keine Noten vergeben, keine Hausaufgaben aufgegeben, es dominieren didaktische Spiele im Unterricht.¹²

Die meisten Menschen in Belarus haben eine abgeschlossene mittlere Schulbildung. Die letzte Stufe der mittleren Schulbildung (11. bis 12. Klasse) kann in einer Schule, einem Technikum (College) oder einer Berufsschule absolviert werden. Schüler können eine gewöhnliche allgemeinbildende Mittelschule („srednaja schkola“) besuchen, eine Schule mit vertieftem Unterricht in einzelnen Fächern (sog. Profilschulen), ein Gymnasium oder ein Lyzeum. Eine Lyzeums- oder Gymnasialbildung gilt als qualifizierter. Ins Gymnasium oder Lyzeum wird aufgenommen, wer eine Aufnahmeprüfung nach der Grundschule erfolgreich ablegt.

Aufgrund der kritischen demographischen Entwicklung in Belarus sinkt die Anzahl der Schulen jährlich um durchschnittlich 100. Innerhalb von neun Jahren, von den Schuljahren 1995/1996 bis 2004/2005 war ein Rückgang der schulischen Bildungseinrichtungen um 14,6 Prozent zu verzeichnen.¹³ Bis 2010 sollen nach Plänen des Bildungsministeriums aufgrund eines erwarteten weiteren Rückgangs

¹¹ Döbert, Hans et al. (2004), S. 613.

¹² Vgl. Nationaler Beitrag der Republik Belarus, vorgestellt auf dem internationalen Forum „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“: „Über die Umsetzung des nationalen Aktionsplans zum UNESCO-Programm ‚Bildung für alle‘“, Minsk 2005 (<http://cis.bsu.by/second.aspx?uid=53&type=Article>).

der Schülerzahlen um mehr als 257.000 Kinder noch einmal 444 Schulen, vorwiegend in ländlichen Gegenden, geschlossen werden. Als Reaktion auf diese Entwicklung versuchte das Ministerium 2006 den Schülermangel erstmals durch eine Masseneinschulung von fünfjährigen Kindern zu kompensieren, was jedoch an den grundlegenden Tendenzen nichts ändert.¹⁴

2.3 Finanzierung des Bildungssektors in Belarus

Bildung und Gesundheit sind die beiden Prioritäten der belarussischen Regierungspolitik für die nächsten Jahre. Gegenwärtig liegt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP (Bruttoinlandsprodukt) bei 6,9 Prozent. Belarus schneidet damit im weltweiten Vergleich weit besser als Russland (3,5 Prozent des BIP), Japan (3,6 Prozent) oder die USA (5,4 Prozent) ab. Im Jahr 2010 sollen die Mittel für Bildung, so heißt es im Programm „Bildung und Erziehung 2010“, auf 10 Prozent des BIP steigen. Aufgrund des guten internationalen Abschneidens wird hier von belarussischer Seite immer wieder der Vergleich mit europäischen Standards gesucht.

Die gute Finanzierung des Bildungssektors ist konkret sichtbar: Baulicher Zustand und technische Ausstattung (Computer, Internet) der Schulen in Minsk und in anderen regionalen Zentren (Gomel, Brest, Witebsk) sind erstaunlich gut. Offiziell heißt es, dass, nachdem sich der Staat in den 90er Jahren um die Renovierung von Schuldächern, die Trockenlegung von Kellern oder Instandsetzung von Sanitärbereichen gekümmert hätte, es seit zwei, drei Jahren möglich geworden sei, sich auf Dinge wie Profilbildung der Schulen, Schulmanagement oder die Ausstattung mit Computern zu konzentrieren. Die Bildungsverwaltung kündigte für 2006 an, im ganzen Land 150 zusätzliche Computerkabinette einzurichten, langfristig soll ein Standard von einem Computer auf 30 Schüler erreicht werden. Zudem läuft momentan ein staatliches Programm zur Förderung von ländlichen Schulen, deren materielle Rahmenbedingungen zumeist deutlich schlechter sind als in den Städten. Schon jetzt gilt eine Verordnung, nach der bei den Zulassungen von Studenten an Hochschulen in Minsk eine Quote von Bewerbern aus ländlichen Gegenden zu erfüllen ist.¹⁵

¹³ Vgl. Nationaler Beitrag der Republik Belarus, „Über die Umsetzung des nationalen Aktionsplans zum UNESCO-Programm ‚Bildung für alle‘“, Minsk 2005.

¹⁴ Vgl. die Meldung im Fokus Ost-Südost der Deutschen Welle vom 24.08.2006 unter: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2145928,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html.

¹⁵ Gespräch des Autors der Studie mit Swetlana Pugach, stellvertretende Rektorin des staatlichen Instituts zur IPK zur Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern der Bildungsverwaltung in Minsk am 14. September 2006 in Minsk.

Allerdings sind sowohl bei staatlichen Verlautbarungen als auch bei offiziellen Statistiken ernsthafte Zweifel angebracht: Ein ausländischer Gesprächspartner, der die Situation der Schulen in Belarus aus eigener Anschauung sehr gut kennt, spricht in diesem Zusammenhang von einem „anderen Objektivitätsbegriff“ in Belarus sowie davon, dass staatliche Statistiken nicht selten bedenkenlos manipuliert werden. Auf individuelle Nachfragen fehlt es in den Schulen häufig an funktionierenden Kopierern, und selbst Eliteschulen in Minsk haben Schwierigkeiten, einen Internetzugang für die Schüler bereitzustellen.

Hinzu kommt, dass der Handlungsspielraum für belarussische Schulen, unabhängige Finanzquellen zu erschließen, gering ist. Von einer Konferenz in Krasnojarsk zum Thema Schulfonds berichten die belarussischen Teilnehmer, dass in Russland für Schulen sehr viel mehr Möglichkeiten existierten, zusätzliche Mittel einzuwerben. Privatwirtschaftliche Zuwendungen, Stipendien oder Förderungen ausländischer Stiftungen gibt es in Belarus praktisch nicht, und die Zusammenarbeit von Schulen etwa mit Geschäftsleuten ist in Belarus schwierig, da diese bei einer im Vergleich zu Russland um 15 Prozent höheren Einheitssteuer kein Interesse haben, die eigenen wirtschaftlichen Erfolge durch öffentliche Spenden publik zu machen. In Russland dagegen gehört es zum guten Ton, Schulen durch Spenden zu unterstützen.¹⁶

2.4 Lehrerfortbildung

Ein einheitliches System der Lehrerfortbildung gibt es in Belarus nicht. Auf nationaler Ebene wird die Lehrerfortbildung von drei Einrichtungen organisiert: der Akademie der postuniversitären Bildung (APO),¹⁷ dem Nationalen Hochschulinstitut (RIWSch)¹⁸ und dem Nationalen Berufsbildungsinstitut (RIPO).¹⁹ Auf Gebiets-ebene sind die einzelnen Filialen des Institutes zur Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern und Spezialisten im Bildungsbereich (IPK)²⁰ für die Organisation von Fortbildungskursen zuständig. Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten der einzelnen Institute existiert nicht, was an der ursprünglich unterschiedlichen Zugehörigkeit der Einrichtungen zu verschiedenen Ministerien liegt. Alle Fortbildungseinrichtungen sind dem Bildungsministerium direkt unter-

¹⁶ Vgl.: Kolas, Wladimir, *Sibirskija Uroki*, 2005/2006 unter: <http://www.nastaunik.info/metoda/experience/russia>.

¹⁷ Akademija poslediplomnogo obrasowanija, <http://www.academy.edu.by>.

¹⁸ Respublikanskij Institut wyschey schkoly, <http://www.nihe.niks.by>.

¹⁹ Respublikanskij Institut professional'nogo obrasowanija, <http://www.ripo.unibel.by>.

²⁰ Institut powyschenija kwalifikazii i perepodgotowki rukowodjaschtschich rabotnikow i spetsialistow obrasowanija, IPK; <http://ipk.minsk.edu.by>.

stellt. Die rechtlichen Grundlagen für die Lehrerfortbildung sind im Gesetz „Über die Bildung in der Republik Belarus“ und der Verordnung des Ministerrates der Republik Belarus „Über die fortdauernde Fortbildung leitender Kader und Fachleute“ niedergelegt.²¹



Lehrerfortbildung durch die Organisation Supolnasz, Minsk, Belarus

Die Lehrerfortbildung ist obligatorisch. Lehrer sind verpflichtet, alle fünf Jahre von dem Angebot dieser drei Institutionen Gebrauch zu machen. Die Lehrerfortbildung findet in Tages-, Abend- oder Fernkursen statt und ist staatlich finanziert. Jährlich nehmen um die 50.000 Pädagogen an den Fortbildungskursen teil, davon allein 32.000 an den Veranstaltungen der regionalen IPKs. Das Angebot umfasst Fortbildungskurse, Hospitationen und die Möglichkeit, eine höhere fachliche Qualifikation zu erlangen („aspirantura“, „soiskatel’stwo“, „magistratura“).

Obwohl die Lehrerfortbildungsinstitute konservative Einrichtungen sind, die kein Interesse an einer demokratischen Reform der Schule in Belarus offenbaren, sind sie bisweilen für im Bildungsbereich tätige belarussische NGOs ein wichtiger Partner, da mit ihrer Unterstützung ein direkter und offiziell sanktionierter Zugang zu den Schulen möglich ist.²² Der Spielraum der Lehrerfortbildungsinstitute für eine Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren ist jedoch begrenzt: Personell und technisch sehr gut ausgestattet, müssen diese Einrichtungen die von der Präsidialadministration verordnete Politik vertreten, wobei sie einer unmittelbaren und strengen Kontrolle des Bildungsministeriums unterliegen.²³ Da in den

²¹ Sakon Respubliki Belarus’ „Ob obrasowanii w Respubliki Belarus“, Postanowlenie Soweta Ministrow RB „é neprerywnom professional’nom obutschennii rukowodjaschtschich rabotnikow i specialistow“.

²² Sämtliche Schulbesuche, die im Zusammenhang mit der Erstellung dieser Studie erfolgten, wurden erst durch die Zustimmung des zuständigen IPK möglich.

²³ Auf einer von belarussischen NGOs im September 2006 organisierten internationalen Konferenz zum Thema „Non-formal education“ wurden hochrangige Vertreter vom RiWSch (Nationalen Hochschulinstitut) eingeladen. Die eingeladenen Personen waren an der Konferenz sehr interessiert und sagten zu, ihnen wurden dann aber im letzten Moment vom Ministerium auch die Teilnahme strikt untersagt.

Lehrerfortbildungsinstituten selbst keine Diskussion über demokratiepädagogische Ansätze in den Schulen stattfindet, sind Seminare und Trainings von NGOs die einzige Gelegenheit für Lehrer, z.B. demokratische Unterrichtsmethoden kennen zu lernen. Immerhin wurden von den Instituten in den letzten Jahren verschiedene von NGOs entwickelte oder adaptierte methodische Ansätze übernommen, mit denen versucht wird, die Strukturen des Frontalunterrichts oder der streng hierarchischen Lehrer-Schüler-Beziehung in den Schulen aufzubrechen (Methoden des aktiven Lernens, Förderung des kritischen Denkens etc.).

2.5 Bildungspolitische Prioritäten

Von offizieller Seite werden bei einer hohen Alphabetisierungsrate in Belarus und einer stabilen Finanzierung des Bildungswesens der Übergang von einer elf- zu einer zwölfjährigen allgemeinbildenden Mittelschule, die zehnjährige Schulpflicht und die Fünf-Tages-Woche als Prioritäten der Schulpolitik genannt.²⁴ Darüber hinaus laufen gegenwärtig zahlreiche staatliche Programme und Wettbewerbe zur Förderung der Informationstechnik in der Schulbildung („Informatizacija obrasowanija“) in Belarus. Darunter sind die technische Ausstattung der Schulen mit Computern, die Fortbildung von Lehrern im Umgang mit Computern sowie die methodisch-didaktische Integrierung von Computern in den Lern- und Unterrichtsprozess zu verstehen. Den hohen staatlichen Stellenwert des Programms unterstreicht, dass das Bildungsministerium über die nationale Initiative zur Ausstattung der Schulen mit Computern gleich auf der Eingangsseite seiner Homepage unter dem Link zur Bildungsgesetzgebung informiert. Viele Schulen, besonders in Minsk, weisen in Faltschlägern die Förderung auf diesem Gebiet als Schwerpunkt bei der eigenen Schulentwicklung aus.

Darüber hinaus ist geplant, ein datenbankgestütztes elektronisches Kontrollsystem an belarussischen Schulen einzurichten, über das z.B. Eltern Einblick sowohl über Anwesenheit ihrer Kinder in den Schulen als auch über deren Lernleistungen bekommen können sollen oder das es der Bildungsverwaltung ermöglichen soll, Informationen über Krankenstand oder Fortbildungswünsche von Lehrern abzufragen.²⁵ Diese orwellischen Pläne scheinen allerdings gegenwärtig kaum mehr als Wunschdenken, da die finanziellen Mittel zu ihrer Umsetzung

²⁴ Vgl. Nationaler Beitrag der Republik Belarus, Minsk 2005. Hinsichtlich einer 5- oder 6-Tages-Woche in den Schulen gibt es keine einheitliche Regelung in Belarus und gleichzeitig eine lebhaft diskutierte. Es gibt Schulen, bei denen am Samstag sog. „fakultativ“, also optionale Lernangebote, stattfinden, bei denen aber Anwesenheit gleichwohl obligatorisch ist.

²⁵ Gespräch mit Vertretern des IPK in Minsk, September 2006.

fehlen. Sie unterstreichen jedoch das in vielen Bereichen spürbare staatliche Bedürfnis, eine allumfassende Kontrolle über Schüler, Lehrer und die Schulen auszuüben. Als weitere bildungspolitische Priorität werden von offizieller Seite die Profilbildung von Schulen sowie Patriotismuserziehung und Qualitätssicherung genannt, auf die in nachfolgenden Kapiteln noch näher eingegangen wird (Kap. 3.3 und 3.6).

2.6 Unterrichtssprachen

Der rechtliche und praktische Status der belarussischen Sprache ist – ähnlich wie in der Ukraine der Status der ukrainischen Sprache – ein politisches Thema, das allerdings – anders als in der Ukraine – nicht öffentlich diskutiert wird. Insbesondere bei der Frage nach dem Belarussischen als Unterrichtssprache an Schulen spiegelt sich die politische Entwicklung des Landes nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 wider. Der Status des Belarussischen scheint dabei ein Indikator für den demokratischen beziehungsweise dann autoritären Charakter dieser Entwicklung zu sein: Bis 1989 gab es lediglich auf dem Land Schulen mit Unterricht auf Belarussisch, die städtischen Schulen waren flächendeckend russischsprachig. Mit dem Sprachengesetz von 1990, in dem das Belarussische zur einzigen Amtssprache erklärt wurde, stieg der Anteil der Ersten Klassen mit Belarussisch als Unterrichtssprache von 19 Prozent (1991/92) auf 58 Prozent (1994/95). Nach einem von Lukaschenko initiierten Referendum im Jahr 1995, bei dem die russische Sprache der belarussischen gleichgestellt wurde, änderte sich die Situation erneut, seitdem ist das Belarussische als Unterrichtssprache landesweit stark rückgängig.²⁶

Für die gegenwärtige Situation bleibt festzuhalten, dass das Bildungsgesetz weiterhin die Wahlfreiheit der Unterrichtssprache garantiert (Sakon ob obrasowanii 2002, Art. 5), es finden sich auch Schulen, deren Außendarstellung (Website, Flyer) auf Belarussisch gehalten ist, und normative Dokumente (Erlasse, Verordnungen, Gesetze) sind stellenweise sogar sprachlich gemischt, d.h. in überwiegend russischsprachigen Texten sind belarussische Absätze eingefügt. Trotz z.T. erheblicher Widerstände in der Bildungsverwaltung ist Lukaschenko weiterhin bemüht, das Belarussische noch stärker zurückzudrängen: Kurz vor Beginn des Schuljahres 2006/2007 hat das Bildungsministerium in einem Brief an die Schulen verfügt, dass das Fach „Belarussische Geschichte“ künftig in den Klassen neun und zehn auf Russisch zu unterrichten sei. Diese Anweisung kann als ein weiterer Schritt auf dem Weg der Russifizierung des Bildungswesens in Belarus gewertet werden.

²⁶ Vgl. hierzu Döbert, Hans et al. (2004), S. 621.

Die Sprachdiskussion ist eng verknüpft mit der Frage der nationalstaatlichen Unabhängigkeit beziehungsweise einer Union mit Russland. Wladimir Kolas, Leiter des inzwischen geschlossenen Jakub-Kolas-Lyzeums in Minsk, macht außenpolitische Gründe für diesen Schritt verantwortlich:

„Alles läuft im Fahrwasser der Politik, die von der heutigen Staatsmacht verfolgt wird und bestimmt nicht von Minsk aus gesteuert wird. Es ist eine Politik, die wir noch aus der Sowjetzeit kennen – die Geschichte wird umgeschrieben und die Nationalsprachen verdrängt. Diese Politik hat auch eine Bezeichnung: imperial. Diese Staatsmacht setzt die imperiale Politik um und erhält dafür wirtschaftliche Unterstützung.“²⁷

Russisch ist in jeder Hinsicht (Fernsehen, Zeitungen, Lehrbücher) die dominierende Umgangssprache in Belarus, der Gebrauch des Belarussischen wird als Zeichen oppositioneller Gesinnung gesehen. Wesentliche NGOs im Bildungsbereich (TBS, Supolnasz´, s.u.) benutzen das Belarussische dagegen als ausschließliche Verkehrssprache, in der Zeitschrift „Adukatar“ ist das Editorial prinzipiell auf Belarussisch, die redaktionellen Beiträge sind entweder auf Russisch oder auf Belarussisch. Obwohl Belarussisch im Alltag nur wenig gebraucht wird, sind praktisch alle belarussischen Staatsbürger der Sprache passiv mächtig.

2.7 Gesundheitsfürsorge in den Schulen

Als eines der größten Probleme der belarussischen Schule wird von Vertretern der Bildungsverwaltung, von NGOs und von Lehrern beziehungsweise Direktoren²⁸ einstimmig der gesundheitliche Zustand der Schüler genannt, der sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. Bei den Kindern unter 14 Jahren stieg 2004 im Vergleich zum Jahr 1993 die Erkrankungshäufigkeit um 38,2 Prozent und um 2,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2001. Bei den Jugendlichen lagen die entsprechenden Kennziffern bei 34,1 Prozent und 6,3 Prozent.²⁹ Unterschiedlichen Angaben zufolge können heute weniger als 15 Prozent der Kinder als vollständig gesund gelten. Verbreitete Krankheitsbilder sind Haltungsschäden, Augenerkrankungen, Erkrankungen des Gehörs und morphologische Abweichungen.³⁰ Am

²⁷ Newsletter der Deutschen Welle Fokus Ost-Südost vom 10.08.2006 unter: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2128360,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html.

²⁸ Im Belarussischen beziehungsweise Russischen ist die offizielle Amtsbezeichnung „Direktor“ („direktor“) gebräuchlich. In Deutschland ist die Position gleichbedeutend mit der von Schulleitern.

²⁹ Vgl. die Informationen zur „Woche der Mutter“. Gesundheitszustand der Kinder. Gewährleistung der notwendigen Voraussetzung beim Erziehungsprozess; Ernährung, Verbesserung des Gesundheitszustandes der Kinder. Unter: <http://www.minzdrav.by/med/article/see.php?nid=16&all=0>.

stärksten (70 Prozent) sind die Erkrankungen des Atmungssystems verbreitet, was in den letzten Jahren auch einer der Gründe für ein breit angelegtes staatliches Sanierungsprogramm an belarussischen Schulen war.

Als Hauptursachen für dieses Problem werden die schlechte ökologische Situation in den Städten (Wasserqualität), eine schlechte Ernährung der Kinder, die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe und eine übermäßige Belastung der Kinder durch das Lehrplanprogramm in den Schulen (Stundenzahl, Umfang der Hausaufgaben, Anzahl der Prüfungen) genannt.³¹ Insbesondere der letztgenannte Faktor hat dazu geführt, dass mittlerweile das Bildungsministerium auf eine Verordnung des Gesundheitsministeriums hin die Schulen auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Stundenzahl kontrolliert. Sogar „externe“ Kontrollen des Gesundheitsministeriums kommen vor, die durch die Hygiene- und Epidemieaufsicht („sanepidemstanzii“) durchgeführt werden. Im Schuljahr 2004/2005 wurden gegen 600 Beamte an Schulen Disziplinarstrafen wegen „Überstunden“ verhängt, die sie die Kinder haben ableisten lassen.

Hier spielt sicher auch der immer noch zunehmende politische Druck eine Rolle, der von der Bildungsverwaltung über die Direktoren auf die Lehrer ausgeübt wird und den diese nicht selten an die Kinder weitergeben. Auf einem im September 2006 zum Thema „Projektarbeit in den Schulen“ organisierten Open Space mit ca. 140 Lehrern war die gesundheitliche Belastung von Schülern UND Lehrern ein Anliegen, das großes Interesse weckte und intensiv diskutiert wurde. Dass der politische und gesellschaftliche Druck auf die Schulen eine der Ursachen für das Problem ist, wurde in den Diskussionen allerdings nur sehr vorsichtig angedeutet. Schulen und staatliche Stellen reagieren auf diese Probleme mit zahlreichen schulischen und außerschulischen Jugendprojekten zu Themen, die im weitesten Sinne eine gesunde Lebensführung („sdorowy obras schisny“) betreffen. Selbst das nationale Bildungsinstitut in Belarus ist damit befasst, „methodisch-pädagogische Empfehlungen für eine gesundheitsschonende Organisation des Bildungsprozesses in den allgemeinbildenden Bildungseinrichtungen“ zu entwickeln.³² Von zahlreichen Schulen wird die „Verbesserung der erzieherischen Arbeit hinsichtlich der Gesundheitsfürsorge für die Schüler“ als Priorität genannt.

³⁰ Vgl. Döbert, Hans et al. (2004), S. 617.

³¹ Auch Bildungsminister Radkow wies auf den schlechten gesundheitlichen Zustand der Kinder hin. Für das Rahmenprogramm „Kinder Belarus' 2006-2010“ wurden zur Lösung dieser Probleme sieben neue Subprogramme entwickelt, vier davon zielen auf die Verbesserung des gesundheitlichen Zustandes von Kindern. Vgl. Interview von Radkow „Planeta detstwa“ in Patschatkowaja shkola, Nr. 5 http://www.p-shkola.by/journal/2006/05/m_01.htm.

³² Vgl. <http://nio.edu.by/main.aspx?uid=33640>.

III. Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Belarus

3.1 Staatliche Bildungspolitik: Einmal Demokratisierung und zurück

Gleich nach der Unabhängigkeit von Belarus waren wichtige staatliche Reformen in Richtung Demokratisierung des gesamten Bildungssektors im Land eingeleitet worden:

„Nach 1990 wurden die gesellschaftsbezogenen Fächer schrittweise von ihren marxistisch-leninistischen Inhalten befreit. Für den Unterricht in Geschichte und im Fach ‚Individuum und Gesellschaft‘ entstanden neue Lehrpläne und Lehrbücher, für die das Bemühen um eine entideologisierte Darstellung der Weltgeschichte (...) und um Vermittlung von Kenntnissen über Prinzipien der offenen Gesellschaft und der parlamentarischen Demokratie kennzeichnend war.“³³

Die Entideologisierung des Bildungswesens wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von Lukaschenko unter dem Vorwand des Nationalismus gestoppt. Es ist bezeichnend, dass viele Protagonisten der Bildungsreformen Anfang der 90er Jahre heute mit NGOs zusammenarbeiten und in entschiedener Opposition zur staatlichen Bildungspolitik stehen.³⁴ Zwar gibt es Reformen, die bis heute in der staatlichen Bildungsverwaltung arbeiten, sie sind allerdings seit Jahren gezwungen, die restriktive Politik des Präsidenten mitzutragen und nach außen zu vertreten.

Mittlerweile über zehn Jahre der Präsidentschaft von Lukaschenko haben im Land zu einer stufenweisen Verfestigung autoritärer Tendenzen in Staat und Gesellschaft geführt. Seit dem umstrittenen Verfassungsreferendum aus dem Jahr 1996, bei dem der Präsident seine Kompetenzen erweiterte, hat es keine demokratischen Wahlen mehr gegeben, und alle demokratischen Strukturen im Land (unabhängiges Parlament und Gerichtsbarkeit, freie Presse etc.) wurden systematisch unterhöhlt oder liquidiert. Nicht zuletzt zahlreiche Konflikte mit einzelnen Nachbarstaaten (insbesondere mit Polen, in den letzten beiden Jahren auch mit der Ukraine), aber auch mit der EU insgesamt haben dazu beigetragen, dass der Begriff „Demokratie“, der als einer der zentralen der europäischen Wertegemeinschaft angesehen wird, im offiziellen politischen Diskurs in Belarus mit Tabu belegt ist. Selbst Modelle der Simulation von Demokratie, wie etwa in Russland mit dem Begriff „gelenkte Demokratie“ vielfach beschrieben, werden in Belarus trotz der engen Ausrichtung an Moskau nicht diskutiert. De facto allerdings existieren

³³ Döbert, Hans et al. (2004), S. 620.

³⁴ Etwa die Gruppe um Wladimir und Swetlana Mazkiewitsch sowie Tat'jana Poschewalowa, die auch mit der NGO „Centre of Social Initiatives“ Mitglied im AGA-Netzwerk sind (siehe 5.2).

in Belarus sowohl auf der offiziellen politischen Ebene (Abhaltung von Wahlen, Referenden) als auch im Schulalltag Simulacra, die der Aufrechterhaltung einer demokratischen Fassade dienen und die etwa Partizipationsmöglichkeiten für Schüler, etwa über Schulparlamente oder Schüler selbstverwaltungsorgane, suggerieren. In Wirklichkeit handelt es sich hier aber ganz überwiegend um Scheinpartizipation.

Staatliche Programme, die demokratiepädagogische Ansätze in belarussischen Schulen fördern, existieren schon lange nicht mehr. Und auch die Gesellschaft hat sich auf das Leben in einem autoritären Staat eingestellt. In dem belarussischen Bildungsportal www.nastaunik.info fragt eine Mutter, ob es Sinn mache, dass die Schule in Belarus die Kinder demokratisch erziehe, wenn diese danach sich in einem undemokratischen gesellschaftlichen Umfeld zurechtfinden müssten.

3.2 Sowjetische vs. demokratische Schule

Die politischen Entwicklungen des letzten Jahrzehnts finden ihren sichtbaren Niederschlag in der Bildungswirklichkeit in Belarus. Belarussische Experten konstatierten schon für die Phase 1996-1999 eine deutliche Einschränkung demokratischer Institutionen im Bildungsbereich,³⁵ eine Tendenz, die sich in den folgenden Jahren weiter verschärfte. Mittlerweile ist das Bildungsministerium bemüht, den Begriff des „Sowjetischen“ wieder positiv zu besetzen, und Reformen im Bildungswesen orientieren sich explizit an sowjetischen Standards.³⁶ Für die Diskussion um demokratiepädagogische Ansätze zeigt sich hier ein Dilemma: Das sowjetische System wird in der (schulischen) Bildung in Belarus nicht als unbedingt undemokratisch verstanden, und eine demokratisch organisierte Schule wird nicht notwendigerweise als die überlegene (und mithin anzustrebende) angesehen.

Diese Einschätzung wird von einer großen Anzahl sowohl der Eltern, der Lehrer als auch der Mitarbeiter in der Bildungsverwaltung vertreten (den Schülern fehlt hier natürlich der Vergleichsmaßstab). Gleichzeitig sind es aber häufig aus Sicht von demokratisch orientierten Bildungspraktikern und -theoretikern die sowjetischen

³⁵ Vgl. den Artikel einer Mitarbeiterin des Bildungsministeriums vom April 2000: „1996-1999 – Reduction of democratic institutions, cutting down non-state sector including the market of educational services. Spread of practice to give no jobs belonging to the Opposition. Displacements of new educational forms to informal spheres.“ Unter: <http://www.edc.org/GLG/edu-democ/hypermail/0097.html>.

³⁶ „Das nationale Bildungsinstitut leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Hauptrichtungen der staatlichen Bildungspolitik. Es werden grundlegende und anwendungsorientierte Studien zu aktuellen Fragen der Bildung und Erziehung durchgeführt (...). Die besten Errungenschaften der allgemeinbildenden Schulen der sowjetischen Periode werden erhalten und weiter entwickelt.“ Vgl. Website des Nacional'nyj institut obrasowanija. <http://nio.edu.by/main.aspx?uid=33640>.

Elemente in der Organisation des schulischen Lebens, die den eigentlich undemokratischen Charakter einer Schule ausmachen (strenge Hierarchien, gelenkte politische Aktivitäten, verordnetes Systemvertrauen etc.).

In diesem Zusammenhang sind die vorliegenden Kriterienkataloge für Demokratiebildung ungeeignet, den undemokratischen Charakter dieses neo-sowjetischen Systems zu erfassen: Zahlreiche Kriterien etwa aus dem Katalog der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung)³⁷ werden ohne Schwierigkeiten von sowjetisch organisierten belarussischen Schulen erfüllt: So zeigen etwa belarussische Schüler durchaus politisches und/oder gesellschaftliches Engagement, haben Vertrauen ins politische System, verfügen über ein grundlegendes Gerechtigkeitsverständnis etc. Als Resultat massiver Indoktrination und zudem objektiv nicht überprüfbar (die Kinder sind nicht unabhängig befragbar beziehungsweise haben infolge der Indoktrinierung die Fähigkeit zum unabhängigen Urteilen verloren), ist die Erfüllung dieser Kriterien noch kein Indiz für eine demokratisch organisierte Schule.

Das grundlegende Problem scheint hier allerdings ein ideologisches zu sein: Während in Westeuropa der Demokratiebegriff häufig unhinterfragt als der überlegene gesehen wird, betrachtet man in Osteuropa den Begriff des Sowjetischen zumindest nicht automatisch als den schlechteren oder unterlegenen. Zudem blickt das Wort „Demokratie“ in Belarus auf eine ganz andere Entwicklungsgeschichte zurück und ist nicht so tief verwurzelt wie in Deutschland. „Freiheit. Gleichheit. Brüderlichkeit.“ („Swoboda. Rawenstwo. Bratstwo.“) ist bekannt, gelernt, verstanden, verinnerlicht. „Demokratie“ ist ein Fremdwort in jeder Hinsicht und lässt viel Spielraum für Interpretationen. Die „schöne“ Übersetzung des Wortes ist im Hinterkopf gespeichert (und wird in Zusammenhang mit der Sowjetunion gebracht), doch im aktiven Gebrauch bleibt es nach wie vor ein Antonym für Ordnung, ein Synonym für Chaos.

Eine freie Diskussion über „Demokratie“ ist in der belarussischen Schule kaum möglich. Auf die Frage, was sie mit dem Begriff „Demokratie“ verbinden, antworteten Schüler eines Gymnasiums in Minsk ausweichend mit Verweisen auf den Geschichtsunterricht beziehungsweise die französische Revolution. Eine Schülerin beschrieb Demokratie als den inneren Zustand des Individuums: „Demokratie ist die innere Freiheit des Menschen, auf die die äußere Umgebung keinen Zugriff und keinen Einfluss hat.“ In dieser Äußerung zeigt sich, dass sich heute bereits Jugendliche in Belarus vielfach in den Zustand einer inneren Emigration flüchten.

³⁷ Vgl. <http://www.blk-demokratie.de/programm/externe-evaluation/kriterienkatalog.html>.

3.3 Patriotismuserziehung

Der Stellenwert, der in Deutschland der Demokratie in der Schule zukommt (etwa über Programme wie Demokratie leben und lernen), hat in Belarus seine Entsprechung in der Patriotismuserziehung. Patriotismus ist gegenwärtig nicht einer unter mehreren wichtigen Werten, für die die Kinder in der Schule ein Bewusstsein entwickeln sollen, sondern er wird zum zentralen Ideologem erklärt, das die belarussische Schule zu propagieren hat. Im nationalen Programm „Die Jugend von Belarus“ für die Jahre 2006-2010 sind als Ziele und Aufgaben unter anderem die Stärkung der „patriotischen Erziehung der jungen Bürger“ und die Unterstützung positiver Jugendinitiativen genannt, „die der Ideologie und der sozioökonomischen Entwicklung des belarussischen Staates“ entsprechen.³⁸ Patriotismus wird als „Identifikationsangebot“ für die Jugend aufgebaut, mit dem die Isolation des Landes und seine fehlende Einbettung in den europäischen Werte- und Kulturraum kompensiert und eine Solidarisierung mit dem autoritären Regime Lukaschenkos erreicht werden soll.³⁹ Schulen spielen hier eine herausgehobene Rolle: Patriotismuserziehung zieht sich wie ein roter Faden sowohl durch den Unterricht als auch durch sonstige Projektaktivitäten in der Schule (Schulmuseum, Schulwebsite, Schulwettbewerbe etc.). Dabei ist der Patriotismus für die Schüler nicht wirklich ein Angebot, sondern eine Verordnung. Der Staat arbeitet, wie in zahlreichen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, mit Zwang und Angst. Die patriotische Gesinnung offen zu hinterfragen, ist praktisch unmöglich oder wird mit Sanktionen geahndet.⁴⁰

Während oberflächlich betrachtet die Äußerungen – insbesondere von Lukaschenko selbst – zum Patriotismus unverfänglich klingen,⁴¹ zeigen die restriktiven staatlichen Vorgaben zur Umsetzung von „ideologisch-erzieherischen“ Programmen deutlich, worauf die Patriotismuserziehung in Belarus wirklich zielt. In von der

³⁸ Ukas des Präsidenten der Republik Belarus, 04.04.2006, ? 200.

³⁹ Hier zeigt sich auch die ambivalente Haltung Lukaschenkos zu Russland: Einerseits scheint er durch eine Förderung des Patriotismus' auf eine staatliche (auch kulturelle) Unabhängigkeit von Belarus zu setzen, andererseits verbot er bereits Mitte der 90er Jahre die historischen belarussischen Staatssymbole (Flagge, Wappen), drängt die belarussische Sprache immer stärker zurück und verhandelt seit Jahren über einen belarussisch-russischen Staatenbund.

⁴⁰ Patriotismus als Vaterlandsliebe, die eine emotionale Verbundenheit mit der eigenen Nation auf Grund ethnischer, politischer oder kultureller Merkmale beschreibt, ist per se zwar nicht negativ besetzt, gleichwohl ist der Begriff anfällig für Versuche der politischen Instrumentalisierung. Das ist in Belarus massiv der Fall.

⁴¹ So ist etwa von der Erziehung der Kinder zu Bürger-Patrioten die Rede, die vom Guten und dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit durchdrungen sein sollen. In: Methodische Empfehlungen „Grundlegende Richtungen der Organisation der ideologischen und erzieherischen Arbeit im Schuljahr 2005/2006“ unter: <http://www.academy.edu.by/materials/official/imp/1123831292.html>.

APO veröffentlichten „methodischen Empfehlungen zu den grundlegenden Richtungen der Organisation der ideologischen und erzieherischen Arbeit im Schuljahr 2005/2006“ wird die Schule in Belarus qua Verordnung zum Instrument der Manipulation der Schüler vor den Präsidentschaftswahlen. Die Lehrer werden aufgefordert, in den Unterrichtsstunden die Medienberichterstattung zu den Wahlen zu behandeln, ein „Monitoring der Situation der Jugendlichen vor den Wahlen“ durchzuführen und das schulische Leben so zu gestalten, dass möglichst viele Kinder sich am Wahlkampf beteiligen können.⁴² Diese massive Beeinflussung der Schüler findet vor dem Hintergrund statt, dass der Opposition vor den Präsidentschaftswahlen praktisch keine Möglichkeit gegeben wurde, ihre Programme und Kandidaten der Öffentlichkeit vorzustellen. Und so zeigen diese und ähnliche staatliche Verordnungen, dass es bei den Diskussionen um Patriotismus in Belarus nicht um eine Besinnung auf nationale Werte und Traditionen geht, sondern lediglich um die unreflektierte Unterstützung des herrschenden Systems. Sie machen deutlich, dass es gerade in der Bildungsverwaltung kein Interesse an Programmen oder Projekten zur Förderung eines demokratischen Bewusstseins in der Schule gibt, durch das die Grundlage geschaffen werden könnte für eine unabhängige Urteils- und Entscheidungsfähigkeit von Schülern wie Lehrern.

3.4 Der offizielle Diskurs

Ein offizieller Diskurs um Demokratiebildung existiert in Belarus – anders als in der Ukraine – nicht. Die Europaratsinitiativen in diesem Bereich werden nicht reflektiert, und offiziell geförderte oder zumindest sanktionierte Schulprojekte, die demokratiepädagogische Schwerpunkte setzen, gibt es nicht. Gelegentlich kann, wenn in Programmen von Lehrerfortbildungsinstituten von innovativen Methoden die Rede ist, vage vermutet werden, dass es hier darum geht, etwa im Gruppenunterricht Ansätze von Beteiligungsformen bei den Schülern einzuüben. Offizielle Bestrebungen, eine demokratische Schulentwicklung zu fördern, gibt es in Belarus allerdings nicht einmal punktuell. Auch Privatschulen können ihren

⁴² Vgl.: „Die im Jahr 2006 bevorstehenden Wahlen des Präsidenten der Republik Belarus bestimmen den Inhalt der ideologischen und erzieherischen Arbeit in den Bildungseinrichtungen. (...) Um die Jugend zur Teilnahme an der Wahlkampagne zu bewegen, wird empfohlen, ununterbrochen tätige studentische und Schülerinitiativen zu gründen, deren Stäbe sich aus den Mitgliedern der BRSM, der gewerkschaftlichen Organisationen, den Organen der studentischen und Schüler selbstverwaltung rekrutieren; es sollten auf noch breiterer Basis die Gelegenheiten zu Informations- und Erziehungsstunden genutzt werden (...)“ In: Methodische Empfehlungen „Grundlegende Richtungen der Organisation der ideologischen und erzieherischen Arbeit im Schuljahr 2005/2006“... <http://www.academy.edu.by/materials/official/imp/1123831292.html>.

Spielraum nicht nutzen, wenn sie nicht ihre Lizenz verlieren wollen. Die vielleicht einzige Schule in Belarus, bei der von einer demokratischen Organisation des schulischen Lebens gesprochen werden kann, das Jakub-Kolas-Lyzeum in Minsk, kann seit 2003 nur noch im Untergrund existieren (siehe dazu auch Kap. 5.1). Zwar gibt es weiterhin normative Dokumente, in denen der demokratische Charakter der Bildung als Priorität eingestuft wird: Im Paragraf 1 des Gesetzes „Über die Bildung“ ist von der „Priorität allgemeinmenschlicher Werte, der Menschenrechte und des humanitären Charakters der Bildung“ sowie des „demokratischen Charakters in der Bildungsorganisation“ die Rede. Auch existiert noch ein UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechte und Demokratie an der staatlichen belarussischen Universität, der es zu seinen Zielen zählt, ein landesweites System der ständigen Weiterbildung im Bereich der Menschenrechte und Demokratie, einschließlich Bildungsprogramme für Schul- und Hochschullehrer in diesem Bereich, zu entwickeln.⁴³ Doch diese und ähnliche Formulierungen oder Strukturen stammen zumeist aus den frühen 90er Jahren (das belarussische Bildungsgesetz ist von 1991, der UNESCO-Lehrstuhl wurde 1994 eingerichtet) und sind heute von der (Bildungs) Wirklichkeit beziehungsweise dem Alltag in den Schulen weit entfernt. Wettbewerbe zu Themen wie „Demokratie in der Schule“ oder staatliche Programme vergleichbar dem BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“ oder der bundesweiten Kampagne „Projekt P – misch dich ein“ sind gegenwärtig in Belarus undenkbar. Selbst wenn vergleichbare Initiativen von nicht-staatlichen Akteuren ausgingen, würde der Staat hier seine Zustimmung verweigern. An politischem Engagement von Kindern und Jugendlichen ist er momentan nur dann interessiert, wenn er auch vorgeben kann, wofür sich die Jugendlichen engagieren.

Normativ gesehen muss allerdings betont werden, dass es kein Gesetz gibt, das die Durchführung demokratiebildender Maßnahmen an Schulen verbietet, und das staatliche Kontrollsystem reicht auch noch nicht bis in die einzelne Unterrichtsstunde hinein. Folglich besitzen Lehrer inhaltlich und vor allem methodisch immer noch Möglichkeiten, den Unterricht demokratisch zu gestalten, Wege und Methoden zu suchen und zu erproben, „die dazu dienen, soziale Prozesse beim Lernen zu thematisieren und zu strukturieren.“⁴⁴ Hier kommt es zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Initiative des einzelnen Lehrers beziehungsweise auf die Schulleitung an, ob diese den geringen Handlungsspielraum nutzen und bei möglichen

⁴³ Vgl.: http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=1914&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html.

⁴⁴ Georgi, Viola (2006), S. 27.

Kontrollen oder Inspektionen den Mut besitzen, darauf zu verweisen, dass man bei der Anwendung oder Erprobung von demokratiepädagogischen Ansätzen durchaus den Rahmen der Gesetze nicht verletzt.

Einzig unter belarussischen NGOs werden seit Jahren Themen aus dem Bereich der Demokratieerziehung offen diskutiert. Das geschieht zumeist ausgehend von verschiedenen schulischen und außerschulischen Konzepten der politischen Bildung. Seit 2000 gibt es ein starkes Netzwerk von NGOs, die in mehreren Regionen im Land versuchen, moderne Ansätze von politischer Bildung für Belarus zu entwickeln. Sowohl methodisch als auch inhaltlich sollen dabei vor allem demokratische Formen der Unterrichtsgestaltung unter den Zielgruppen Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, Sozialpädagogen und Trainer im Bereich der non-formal education verbreitet werden (siehe dazu v.a. 4.2). Allerdings gibt es selbst bei diesen Projekten in der Regel keine Verbindungen zu europäischen Diskussionen etwa um Education for Democratic Citizenship (EDC).

3.5 Lehrplandruck vs. Raum für Lernen von Demokratie

Ein wichtiges und häufig zu wenig beachtetes Problem bei der Diskussion um Demokratie lernen in der Schule liegt in der Frage, ob es vor dem Hintergrund der Lehrplananforderungen überhaupt Raum und Zeit gibt für eine systematische Entwicklung von demokratiepädagogischen Ansätzen in der Schule.

Das Problem der starken Belastung der Kinder durch das Pflichtpensum ist in Belarus, wie bereits beschrieben, sehr aktuell. Obwohl die Stundenanzahl im Vergleich zur sowjetischen Schule leicht zurückgegangen ist (während in der Sowjetunion die Wochenstundenzahl von der 5. bis zur 9. Klasse zwischen 30 und 33 Stunden schwankte, lag sie in Belarus 2003 zwischen 27 und 32 Stunden), hat der Leistungsdruck in der Schule enorm zugenommen. Da eines der wichtigsten Kriterien bei der staatlichen Bewertungen von Schulen im Rahmen von Qualitätskontrollen der Prozentanteil der Absolventen ist, die die Aufnahmeprüfungen an den verschiedenen Hochschulen schaffen, ist nur wenig Anreiz für die Schulen gegeben, demokratische Elemente bei der Organisation des schulischen Lebens (Elternbeteiligung, Projektlernen, Kooperation mit Schulumfeld, Formen der Mitbestimmung) zu entwickeln. Und auch für die Schüler führt der Lehrplandruck dazu, dass nicht nur ihr Sozialleben eingeschränkt wird, sondern sie auch kaum mehr die Zeit oder Kraft finden, sich über den Unterricht hinaus in der und für die Schule zu engagieren.

Die Schule gerät so zunehmend zu einem Ort, an dem vorwiegend auf die Aufnahmeprüfungen an Fach- und Hochschulen gelernt wird. In den Mittelpunkt rücken die schulischen Leistungen, die in diesem Zusammenhang sowohl für die Kinder

als auch für die Lehrer am wichtigsten sind. Diese liegen in der Regel nicht bei den Fächern, die auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereiten (soziale Kompetenzen, gesellschaftliches Engagement), sondern die bei den Aufnahmeprüfungen (Fachwissen) abgefragt werden.

Üblich waren in den Vergangenheit immer wieder Versuche, die zunehmenden Probleme mit dem zu großen Lehrplanpensum durch Kürzungen beim Musik-, Sport- und Werkunterricht, aber auch in dem Fach „Mensch, Gesellschaft und Staat“ (in Belarus das Äquivalent zu politischer Bildung) zu lösen. Diese Praxis ist in der letzten Zeit aufgrund verschärfter Qualitätskontrollen und der steigenden Bedeutung des Sports in den Schulen zurückgegangen. Das Hauptproblem liegt allerdings im Stellenwert, den das Abschneiden der Schule in staatlichen Wettbewerben für die meisten Lehrer und Schulleiter besitzt: Bei den Schulbesuchen wurden immer wieder an erster Stelle und ausführlich die Erfolge der Schüler in Olympiaden beziehungsweise der Schule in städtischen oder regionalen Schulwettbewerben aufgezählt. Erste Plätze, Urkunden oder Auszeichnungen in Mathematik, Naturwissenschaften oder Sprachen sind die maßgebenden Qualitätsindikatoren einer Schule, das demokratische Potenzial wird weder gemessen (hier gibt es keine Instrumente) noch wird es als Qualitätsmerkmal einer Schule anerkannt.

3.6 Qualitätskontrolle

„Monitoring der Bildungsqualität“ (Qualitätskontrolle in den allgemeinbildenden Schulen) ist seit 2003 ein Schlüsselbegriff im Bildungsreformprozess in Belarus. Federführend ist hier das Bildungsministerium, in dem eine eigene Abteilung für Qualitätskontrolle existiert.

Die Bildungsstandards sind in § 11 des Bildungsgesetzes festgelegt. Qualitätsentwicklung und Evaluation regeln §§ 44 bis 47 „Über die Steuerung und Kontrolle im Bildungswesen“. Demnach sollen die Standards ständig überprüft und aktualisiert werden, das Bildungsministerium ist verantwortlich für die Verbesserung der unterrichtsbezogenen Qualitätsentwicklung sowie die Ausarbeitung von entsprechenden Konzepten und Instrumenten.

Für die Qualitätssicherung im Schulsystem werden von staatlichen Stellen regelmäßige Kontrollen angeordnet und durchgeführt in Form von:

- Selbstkontrollen (interne Kontrollen innerhalb der Bildungseinrichtung/Schule),
- Inspektionen der Bildungseinrichtungen (Schulinspektionen durch die Abteilung für Qualitätskontrolle beim Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit den Bildungskomitees, Bildungs- und Jugendabteilungen unter Aufsicht der Lokalverwaltungen),

- Inspektionen der lokalen Bildungskomitees, der Bildungs- und Jugendabteilungen (durch die Abteilung für Qualitätskontrolle beim Bildungsministerium mit dem Ziel, die bildungsbezogenen Aktivitäten dieser Stellen und die Bildungsqualität der unter ihrer Aufsicht stehenden Bildungseinrichtungen zu bewerten).

Alle zu prüfenden Sachverhalte sind bis ins Detail in den entsprechenden Amtsvorschriften geregelt und reichen von hygienischen Anforderungen bis hin zur Qualifikation der Lehrer. Angaben zu den Lernanforderungen im Fach „Mensch, Gesellschaft und Staat“ oder zu demokratiepädagogischen Maßnahmen an belarussischen Schulen gibt es allerdings nicht, auch das Instrument des Europarates „Tool for Quality Assurance of Education for Democratic Citizenship“ wird in Belarus nicht angewandt.

Qualitätssicherung ist einer der wenigen Punkte im Bildungsbereich, in dem sich Belarus gerne an den europäischen Standards orientiert. In offiziellen Dokumenten positioniert sich das Land im Vergleich zur EU und greift Indikatoren aus dem Katalog der „Standing Group on Indicators and Benchmarks“ heraus, um die Leistungsfähigkeit des belarussischen Bildungssystems zu belegen. In der Studie „Europäische Ansätze der Qualitätssicherung in der Bildung und ihr Vergleich mit den Ansätzen in der Republik Belarus“⁴⁵ werden praktisch alle europäischen Indikatoren mit den belarussischen verglichen. Belarus erarbeitet gegenwärtig Vorschläge zur „Integration des belarussischen Qualitätssicherungssystems in das gesamteuropäische“. 2005 gab es zudem den Versuch, eine Untersuchung nach PISA-Kriterien an Schulen in den Gebieten Minsk und Witebsk und in der Stadt Minsk durchzuführen. Dies war allerdings nur eingeschränkt möglich, da Belarus entsprechende Gebühren nicht gezahlt hat und die Testaufgaben nicht in vollem Umfang erhielt. Dass einzelne Untersuchungen nach PISA dennoch möglich wurden, war der russischen Bildungsakademie zu verdanken, die die Musteraufgaben an Belarus weitergegeben hatte.

Die „planmäßigen“ staatlichen Kontrollen der Schulen sind als Instrument der Qualitätssicherung ambivalent: Einerseits gestehen Direktoren ein, dass sie für die Schulentwicklung grundsätzlich förderlich sind, gleichzeitig stöhnen Schulleitung wie Lehrer offen über den damit verbundenen bürokratischen Mehraufwand (Protokolle, Berichte etc.). Die durch die Kontrollen absorbierte Zeit ist einer der Gründe für die vermeintliche Passivität vieler Lehrer. Zudem werden Schulinspektionen

⁴⁵ Vgl.: Sagumjonnowyj, Schelkowitzsch, „Europejskie podchody k ozenke katschestwa obrasowanija i ich srawnenie s podchodami w Respublike Belarus“ http://www.ibe.unesco.org/cops/russian/EU_App_Edu_Quality_%20Assesment.pdf.

unter dem Vorwand der Qualitätssicherung auch verbreitet als ein Instrument der ideologischen Kontrolle der Schulen ge- beziehungsweise missbraucht.⁴⁶

Obwohl hier der staatlich-politische Druck auf die Schulen enorm ist, gibt es auch beim Thema Qualitätskontrolle (eingeschränkte) Möglichkeiten, demokratische Elemente der Schulorganisation den offiziellen Stellen gegenüber durchaus selbstbewusst zu präsentieren. Wenn die Schulqualität geprüft wird, geht es zwar vor allem um Lehr- und Lernleistungen, aber auch das Lernumfeld, z.B. die Außenkontakte der Schule (zu Eltern, Partnerorganisationen, staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen etc.) werden bei der Bewertung berücksichtigt. So steht z.B. in vielen von den Gebietsverwaltungen genehmigten Schulverfassungen, dass die Schulkuratorien („popetschitel'skie sowety“) selbst bestimmen können, welche Veranstaltungen außerhalb des Lernplanes durchgeführt und welche Kooperationen eingegangen werden. Aktive Elternräte, Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, gemeinsame Projekte mit anderen Schulen in Belarus sind Formen der Öffnung und damit auch der Demokratisierung von Schule, für die grundsätzlich eine positive Notierung von den Schulinspektoren eingefordert werden kann. Ihre Umsetzung hängt vom Mut und der Zivilcourage der Schulleitung oder der Lehrer ab, da die staatlichen Stellen alle Mittel haben, nicht genehme Lehrer oder Direktoren mit Sanktionen zu belegen.

3.7 Die Rolle der Lehrer

Obwohl die Lehrergehälter im Landesdurchschnitt relativ niedrig liegen, hat es wegen der allgemein stabilen wirtschaftlichen Situation des Landes – auch wenn das wirtschaftliche Niveau sehr niedrig ist – im Unterschied zu anderen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas (z.B. Polen, Ukraine) in den letzten Jahren keinen wesentlichen Abwanderungsprozess von Lehrern aus dem Bildungssystem gegeben. Allerdings hat auch keine wirkliche personelle Erneuerung stattgefunden: Die alten Lehrer leisten verbissenen Widerstand, wenn sie pensioniert werden sollen (was auch finanzielle Gründe hat), und die jungen Lehrer wollen nicht in die Schule. Das ist auch eine Folge der ausgesprochen konservativen Lehrerbildung und dem System der Zwangseinteilung („raspredelenie“) in Belarus: Die guten Absolventen der pädagogischen Hochschulen oder Fachhochschulen kommen in die besseren Schulen, die schlechten in die Landschulen, die schlechtesten in die strahlenverseuchten Gegenden.⁴⁷

⁴⁶ Die Schließung des Jakub-Kolas-Lyzeums 2003 wurde mit einem Argument aus dem Bereich der Qualitätssicherung äußerst fadenscheinig begründet; es hieß, der Unterrichtsprozess müsse optimiert werden.

Lehrer arbeiten in Belarus – wie fast alle Staatsbeamtete – seit einigen Monaten auf Vertragsbasis („kontraktnaja osnowa“), d.h. ihnen kann jederzeit gekündigt werden. Dadurch ist dem Staat ganz direkt die Möglichkeit gegeben, Lehrer politisch zu instrumentalisieren. Das ist während der Präsidentschaftswahlen im März 2006 in großem Maßstab auch passiert. Da sich die meisten Wahllokale in Schulen befanden, wurden Lehrer und Direktoren maßgeblich zur Mitwirkung bei der Fälschung der Wahlen verpflichtet. Der Bevölkerung in Belarus ist die Rolle der Schulen bei der Wahlfälschung bewusst, aber auch die Abhängigkeit der Lehrer – es gab zahlreiche Fälle im ganzen Land, bei denen Lehrer entlassen wurden, die sich an der Fälschung der Wahlen nicht beteiligten. Dabei sind Schulleitung oder Direktoren nicht verpflichtet, den wahren Grund der Entlassungen anzugeben.

Das Ansehen und der soziale Status des Lehrerberufes sind im Vergleich zur sowjetischen Zeit stark gesunken. Das führt wiederum zu einer starken Verunsicherung der Lehrer und der Angst, von den Schülern nicht mehr akzeptiert zu werden, sobald sie ihre autoritäre Haltung ablegen. Wenn die Schule aber einer der ersten (und der besten) Orte sein soll, an denen ein Kind seine Erfahrungen im sozialen Umgang mit seinen Mitmenschen machen kann, von wem soll es sie dann erhalten, wenn nicht vom Lehrer? Dieser aber kann keine positiven Erfahrungen vermitteln, weil er sie selbst nicht besitzt oder gerade dabei ist, sie zu machen. Um das Vertrauen der Kinder zu gewinnen und für eine demokratische Lernkultur an den Schulen einzutreten, müssen die Lehrer heute bereit sein, ständig dazu zu lernen und sich weiter zu entwickeln, und zwar nicht in den staatlichen Fortbildungskursen, in denen dieses Angebot nicht bereit gestellt wird.

Hier sind es momentan fast ausschließlich Projekte, Programme, Seminare von NGOs, die es belarussischen Lehrern ermöglichen, demokratiepädagogische Ansätze kennen zu lernen. Diese Kurse finden meistens am Wochenende statt, bedeuten eine zusätzliche zeitliche Belastung für die Lehrer, und es ist häufig nicht unproblematisch, offen darüber zu sprechen: Weiterbildungen außerhalb des offi-

⁴⁷ Eine junge, in Belarus ausgebildete Lehrerin, die mittlerweile in Deutschland als Übersetzerin lebt und arbeitet, schrieb zur Frage der Lehrerausbildung: „Ich glaube, dieses Undemokratische an unseren Schulen rührt von der superkonservativen Lehrerausbildung her. Dabei muss man zwei Dinge auseinander halten: Studium an pädagogischen Hochschulen (jetzt nennen sie sich alle stolz Universität) und an pädagogischen Fachschulen (die sich meist College nennen, den Unterschied begreife ich nicht). Wenn du was unberührt Sowjetisches erleben willst, lass dir beim nächsten Besuch in Minsk ein Treffen mit der Verwaltung einer pädagogischen Fachschule organisieren (in Minsk vielleicht nicht, lieber in einer Provinzstadt. Ich kann dir zwei besonders empfehlen: Borissow (dort habe ich vier Jahre meines Lebens verloren) und Polozk, in dem mich vor drei Jahren plötzlich ein unangenehmes Gefühl übermannte, ich sei in der Sowjetunion und komme nicht mehr raus). Das demokratische Handeln an belarussischen Schulen ist von allen Seiten her erschwert.“

ziellen Kanons an den staatlichen Fortbildungseinrichtungen werden nicht gerne gesehen. Der Koordinator der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen in Belarus beschreibt es als ausgesprochen schwierig, momentan Freistellungen von Deutschlehrern für Fortbildungen zu bekommen.

Das schlechte Ausbildungssystem und der politische Druck haben zur Folge, dass es zwar schwierig ist, Lehrer in Belarus zu finden, die engagiert, motiviert und offen für demokratiepädagogische Ansätze sind. Gleichzeitig öffnet sich ein breites und wichtiges Handlungsfeld für externe (internationale) Akteure: Nicht nur ist es gegenwärtig sehr wichtig, die engagierten und demokratischen Lehrer vor allem moralisch zu unterstützen. Ein Austausch von Methoden und Erfahrungen etwa zwischen deutschen (und anderen ausländischen) und belarussischen Lehrern sowie die Diskussion alternativer Ansätze im Bereich der Demokratieerziehung würde einem großen, wenn auch öffentlich nicht eingestandenem Bedarf in Belarus entsprechen.

IV. Ansätze der Demokratiebildung in Belarus

4.1 Demokratische Fassade und simulierte Demokratie

Demokratiebildung im Sinne etwa des Europaratsprogramms „Learning and living democracy“ kann sich unter autoritären politischen Rahmenbedingungen strukturell in der Schule nicht entwickeln, zumal wenn das Bildungswesen streng hierarchisch und zentralistisch organisiert ist wie in Belarus, wo die Schulen unter der direkten politischen Kontrolle der Gebietsverwaltung beziehungsweise des Bildungsministeriums stehen und über diese Organe im Sinne der Staatsmacht auch aktiv instrumentalisiert werden. Ein grundlegender Unterschied zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen liegt in der Frage, ob Staat und Regierung eine aktive Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Gesellschaft wünschen und unterstützen. Politische (oder auch demokratische) Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle:

„One of the differences between democratic and authoritarian political systems is that democracy demands the involvement of its citizens. This is a constituent element of democracy. In order to get involved, citizens need certain competencies. These are learned for instance in civic education.“⁴⁸

Das System in Belarus zeichnet sich dadurch aus, dass es die politische Mitbestimmung seiner Bürger zu verhindern versucht. Die Aktivität von Schülern und Jugendlichen wird dabei besonders gefürchtet, weil hier ein besonders hohes Protestpotential vermutet wird. Und so werden Schulen besonders in Minsk immer häufiger dazu angehalten, die Schüler auch über den Unterricht hinaus intensiv zu beschäftigen und ihnen so den zeitlichen Spielraum zu nehmen, sich politisch zu engagieren.⁴⁹

Der reale (Schul)Alltag steht sehr häufig im Widerspruch zu einer „demokratischen Fassade“, die sich etwa in Gremien wie Schulversammlungen, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Projektlernen in fast allen belarussi-

⁴⁸ Ingrid Halbritter, „Principles and Basics for Professional Planning, Monitoring and Evaluation of Educational Project Work in Schools; working paper.“ Sarajewo 2006. Frau Halbritter hat maßgeblich den UNESCO-Bildungsserver Daedalos in Sarajewo aufgebaut (<http://www.dadalos.org>), der in 14 – vornehmlich südosteuropäischen – Sprachen online-Materialien (inhaltlich und methodisch) zu Demokratie, Menschenrechten Friedenspädagogik u.ä. bereit stellt und der eines der besten Projekte im Bereich der Education for Democratic Citizenship auf dem Balkan ist.

⁴⁹ Ein Lehrer in Minsk berichtet, dass seine Schule mit Blick auf eine von der Opposition angekündigte Protestveranstaltung von der Bildungsverwaltung angewiesen wurden, an dem entsprechenden Tag die Schüler länger in der Schule zu behalten und durch zusätzliche Projekte davon abzuhalten, an der Veranstaltung teilzunehmen.

schen Schulen finden. Hinter diesen Fassaden verbirgt sich allerdings keinesfalls eine demokratisch organisierte Schule oder ein demokratisches Schulklima. Häufig sind sie staatlich-kollektiv verordnet und in der Folge ihrer „demokratischen Substanz“ entleert. Sie wirken – auf den Schulalltag übertragen – der Entwicklung individueller Handlungskompetenzen oder einer unabhängigen Entscheidungsfähigkeit unter den Schülern entgegen. Und so wird in der Regel Demokratie lediglich simuliert, demokratische Institutionen existieren zwar formal, die Schumatmosphäre ist jedoch autoritär, eine Kritikultur fehlt und wirkliches Mitspracherecht für Schüler gibt es nicht.

4.2 Partizipation und Scheinpartizipation

Partizipationsformen, über die Schüler das schulische Leben mitgestalten können, existieren praktisch an jeder belarussischen Schule. Zu nennen sind hier vor allem Formen der Schülerselbstverwaltung („*utschenišcheskoe samoupravlenie*“), Schülerzeitungen, Schulwebsites, aber auch Schulverfassungen, die von den Schülern mitgeschrieben werden. In einzelnen Schulen ist die Selbstverwaltung sogar sehr differenziert entwickelt.⁵⁰ Es gibt Organe, die der politischen Exekutive eines Staates (in Form von Innen-, Außen-, Arbeitsministerium, Pressezentrum etc.) nachgebildet sind und in denen Schüler die Möglichkeit haben, sich zu engagieren und auszuprobieren.⁵¹

Strukturell finden sich verschiedene Beteiligungsformen in den Schulen verankert, etwa punktuelle Beteiligung (Interessenserhebung durch Befragung z.B. in Schülerzeitungen), repräsentative Formen (Klassen- oder Schulsprecher) oder alltägliche Formen der Partizipation (Beteiligung der Schüler bei der Bewältigung alltäglicher Probleme).⁵² Eine genaue Betrachtung zeigt hingegen, dass es sich hier ganz überwiegend um Formen der Schein-Beteiligung nach Arnstein handelt,⁵³ denn Schulverfassungen müssen der Bezirksverwaltung vorgelegt und von dieser genehmigt werden, Internet- oder Schulzeitungsprojekte werden von Lehrern

⁵⁰ Wladimir Kolas schreibt in einem Bericht über die Teilnahme an einer Konferenz in Sibirien, dass die russischen Kollegen von den Erfahrungen, die die belarussischen Schulen auf dem Gebiet der Schülerselbstverwaltung gesammelt haben, beeindruckt waren. Vgl. Kolas, *Sibirskija Uroki*, 2005/2006

⁵¹ Es wird unterschieden zwischen Gremien der gesellschaftlichen, der territorialen, funktionalen, direkten und der Schülerselbstverwaltung, es gibt methodische Empfehlungen zur Verbesserung des Niveaus der Selbstverwaltung; vgl. Power Point Präsentation der *Srednjaja Schkola* 161, Minsk.

⁵² Vgl. „Demokratie-Baustein ‚Partizipation‘“, www.blk-demokratie.de.

⁵³ Vgl. den „Demokratie-Baustein ‚Partizipation – Einführung‘“ (<http://www.blk-demokratie.de/materialien/demokratiebausteine/programmthemen/partizipation-einfuehrung.html>), der Stufenmodelle der Partizipation vorstellt, die den Unterschied zwischen wirklicher Beteiligung und einer „Schein-Beteiligung“ von jungen Menschen deutlich machen.

geleitet, und die Rechte der Schulsprecher erschöpfen sich meist in der Übernahme technischer Aufgaben (Organisation von Festen etc.). Auch der an allen Schulen begangene Tag des Lehrers, bei dem Schüler und Lehrer die Rolle tauschen, ist eher eine Weiterführung sowjetisch-kultureller Traditionen (wie auch der 8. März), hat aber mit wirklichen Partizipationsmöglichkeiten der Schüler im Sinne der Übertragung von Macht, oder Entscheidungskompetenzen für Teilbereiche nichts zu tun. Direktoren lehnen es auf Nachfrage ausdrücklich ab, Schüler direkt bei „harten Fragen“ (Notengebung, Konflikte zwischen Lehrern und Schülern etc.) zu hören oder zu beteiligen, da diese erst lernen müssten, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen und die Schule die Aufgabe habe, sie darauf vorzubereiten, nach der Schule dazu in der Lage zu sein.⁵⁴

Eine ähnliche Ambivalenz zeigt sich bei der Außendarstellung der Schulen: Das Themenspektrum von Schülerzeitungen wiederholt sich auffällig (Modeshows, Sportveranstaltungen, militärische Jahrestage, gesunde Lebensführung), auch Flyer oder Schulwebsites scheinen nach einem vorgegebenen Schema von verantwortlichen Lehrern mit „technischer Unterstützung“ von Schülern gestaltet. Dennoch ist das Bild hier nicht monolithisch: Seit einiger Zeit wird ein jährlicher landesweiter Wettbewerb für die besten Schüler- und Studentenzeitungen von der Belarussischen Staatlichen Universität, TBS und Supolnasz' (zu den Organisationen, s.u.) organisiert. Gewonnen hatte 2005 die vom Jakob-Kolas-Lyzeum herausgegebene und ausschließlich von Schülern gestaltete Zeitung „Trykutnik“ (Dreieck). 2006 nahmen immerhin acht Schülerzeitungen an demselben Wettbewerb teil, was darauf hindeutet, dass es immer noch Schulen gibt, in denen Schülern zumindest in Teilbereichen wirkliche Entscheidungskompetenzen übertragen werden.

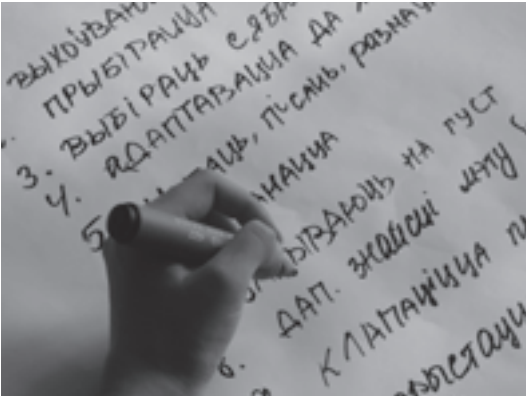
4.3 Lernen in Projekten

Auch wenn Projekte nicht immer auf das demokratische Lernen an der Schule beziehungsweise „die Stärkung der individuellen Handlungskompetenzen von Schülern“⁵⁵ zielen, ist dieses Element in Belarus doch so weit entwickelt und akzeptiert, dass es vermutlich der Bereich ist, in dem am ehesten Prozesse unterstützt werden können, die auf eine Demokratisierung der Schule in Belarus zielen.

Projektlernen ist ein fester Bestandteil des schulischen Lebens in Belarus. An den meisten Schulen gibt es Geschichtsprojekte (häufig in Verbindung mit Schulmuseen), Projekte zur gesunden Lebensführung oder Internet-Projekte, weiterhin

⁵⁴ Gespräche des Autors der Studie an mehreren Schulen in Minsk.

⁵⁵ Georgi, Viola (2006), S. 27.



Demokratisches Lernen an einer Schule in Minsk, Belarus

- je nach Profil der Schule
- zahlreiche Musik- oder Sportprojekte. In der Regel sind diese Projekte allerdings nicht von Schülern initiiert und werden von diesen auch nicht eigenverantwortlich umgesetzt. Vielmehr handelt es sich – ähnlich wie bei den Partizipationsformen – um die Erfüllung von staatlichen Vorgaben: In jedem Schul-

museum ist im Rahmen der übergeordneten Patriotismuserziehung eine Sektion dem Zweiten Weltkrieg und dem Sieg der Roten Armee, eine Sektion der Heimat Belarus („Mein Belarus“) und eine den belarussischen Volkstraditionen gewidmet. Thematische Abweichungen gibt es nur dort, wo die Museen die lokale Einbettung der Schule reflektieren: In der Mittelschule 210 in Minsk, die im Stadtteil Schabany liegt, ist eine Abteilung des Schulmuseums dem nahe gelegenen ehemaligen Konzentrationslager Trostenez gewidmet. Die erst zwei Jahre alte Schule 130 setzt sich in mehreren Projekten mit dem nahe gelegenen „Loschizkij Park“ auseinander. Die Projekte helfen den Schülern, die soziokulturellen Besonderheiten der Schulumgebung kennen zu lernen und Grundzüge einer Identität für die Schule zu erarbeiten. Hier bekommen die Projekte tatsächlich eine eigenständige und nachhaltige Bedeutung im schulischen Leben.

Auch soziale Projekte wie die „Woche der guten Tat“ („nedelja dobra“), Weihnachtsaktionen für behinderte Kinder („dети detjam“) oder die Betreuung von Veteranen des Zweiten Weltkrieges können die meisten Schulen vorweisen. Erneut haben diese Projekte allerdings eher den Charakter von – bisweilen noch ideologisch geprägter – Planerfüllung, als dass hier kooperatives Lernen mit gemeinsamen Zielen und Lösungen von Problemen eingeübt wird. Und so hängt es oft von den einzelnen Lehrern ab, ob die Begegnung mit Veteranen zu Zeitzeugengesprächen weiter entwickelt und den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, eigene Ideen in das jeweilige Projekt zu integrieren.

Dabei ist grundsätzlich hervorzuheben, dass die staatliche Bildungspolitik die Bedeutung von Projektlernen an den Schulen durchaus anerkennt: In Minsk führte das Bildungskomitee der Stadtverwaltung 2006 bereits zum sechsten Mal einen

Projektwettbewerb für Schulen durch, bei dem jeweils bis zu 100 Schulprojekte mit Preisen oder staatlichen Zuwendungen unterstützt wurden. Allerdings dominierten 2005 in der Liste der geförderten Projekte vor allem Vorhaben aus den Bereichen „Neuer pädagogischer Technologien“, „Effizienzsteigerung durch Monitoring“ oder „Systeme der ideologischen und ideell-erzieherischen Arbeit in Schulen“,⁵⁶ zudem wurden die Projektvorschläge ausschließlich von Lehrern entwickelt.

Auch NGOs organisieren Projektwettbewerbe für Schulen in Belarus. Sie unterscheiden sich von den staatlichen Wettbewerben grundlegend und sind weitaus stärker an der Idee des Demokratielernens in der Schule orientiert. Die markantesten Unterschiede liegen darin, dass die Themenwahl frei ist und die Projekte ganz überwiegend in einer Schüler-Lehrer Partnerschaft initiiert und geschrieben werden. 2006 konnten in einem von Supolnasz' durchgeführten landesweiten Wettbewerb 25 Schulprojekte in drei Kategorien (a. politische Bildung und Förderung des kritischen Denkens; b. Entwicklung und Verbreitung eigener Bildungsprogramme; c. Propagierung demokratischer Werte und Demokratisierung des Bildungsprozesses)⁵⁷ ausgezeichnet und mit geringen Geldsummen für die Umsetzung der Idee unterstützt werden. Projekte werden hier zudem auch als Methode reflektiert. Auf der Website www.nastaunik.info etwa berichtet eine Lehrerin aus der Mittelschule Nr. 22 in Orscha über die von ihr gesammelten Pro- und Contra-Argumente zur Methode des Projektlernens und folgert, dass die Methode erlaubt, das Wissen der Schüler aus verschiedenen Bereichen organisch in den Problemlösungsprozess zu integrieren und zusätzlich die Möglichkeit bietet, das erworbene Wissen in der Praxis anzuwenden.⁵⁸

⁵⁶ Vgl. das „Register der Bildungsprojekte, die im Jahr 2005 Zuwendungen vom Minsker Exekutivkomitee (Mingorispolkom) erhalten haben.“ Minsk 2006. Die Projekte sind in sieben Oberkapitel eingeteilt: 1. Vervollkommnung des Systems der ideologischen und ideell-erzieherischen Arbeit.

2. Organisation der Arbeit zur Formierung einer gesunden Lebensführung bei Kindern und Jugendlichen. 3. Realisierung des Übergangs zu einer neuen Bildungsqualität durch die Einführung neuer pädagogischer Technologien.

4. Schaffung von Bedingungen für die Organisation eines Unterrichts in Profilen in einer Reformschule. 5. Schaffung von Bedingungen für Bildungseinrichtungen, die auf die Entwicklung von begabten Schülern ausgerichtet sind.

6. Erhöhung der Effektivität der Leitung von Bildungseinrichtungen durch ein System der kontrollierenden Untersuchungen („monitoringowyje issledowanija“).

7. Komplexe Ausstattung der Bildungseinrichtungen der Stadt mit Informationstechnologie.

(Die hölzernen Übersetzungen geben den bürokratisch-sowjetischen Duktus in amtlichen belarussischen Dokumenten zur Bildungsfragen wieder.)

⁵⁷ Vgl. www.nastaunik.info/news/52

⁵⁸ Vgl.: <http://www.nastaunik.info/metoda/traditional/>

4.4 Öffnung von Schule/Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

Eine „Schule in der Demokratie“ (Modul 4 des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“) existiert in Belarus nicht, da die Rahmenbedingungen dafür fehlen: Weder Staat noch Gesellschaft weisen die grundlegenden demokratischen Wesensmerkmale auf (Meinungs- und Pressefreiheit, Gewaltenteilung, eine entwickelte Bürgergesellschaft etc.). Dennoch bietet sich auch hier kein vollkommen einheitliches Bild. Die Kooperation belarussischer Schulen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und ihre Öffnung gegenüber dem sozial-räumlichen Umfeld findet auf ganz unterschiedlichen Stufen statt, die als Indikator für eine relative Offenheit der Einrichtung gelten können.

Die Verordnung, nach der in jeder Schule zwei Pionierorganisationen (BRSM, BRPO)⁵⁹ vertreten sein müssen, die beide de jure den Status von gesellschaftlichen Vereinigungen (obschtschestwennye ob"edinenija) besitzen, belegt die Tendenz, in Belarus zu den Traditionen der sowjetischen Schule zurückzukehren. Auf beide Organisationen wird auch in erster Linie verwiesen, wenn nach der Zusammenarbeit der Schule mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gefragt wird. Beide nehmen in der Außendarstellung vieler Schulen (Flugblätter, Website, Präsentationen) und auch bei den offiziellen Aushängen in den Schulen einen hervorgehobenen Platz ein. Sowohl ihre Entstehungsgeschichte als auch der Mechanismus ihrer Einsetzung in den Schulen offenbaren allerdings den eigentlichen Charakter dieser Strukturen. Human Rights Watch schrieb bereits 1999:

„President Lukashenka formed the BPSM as a national organization to unite young people into working for the common interest of the country. In effect, however, the BPSM's formation marked a bold attempt by the president to politically indoctrinate current and future generations of young people into the ranks of his supporters and to actively counter opposition party youth groups. The BPSM's omnipresence on state university campuses has been an important element in government efforts to enforce political orthodoxy on campus.

The BPSM is a state-funded organization that vigorously supports the president and his policies. Officially formed in May 1997, the organization currently boasts some 140,000 members across the country and has official representatives in almost every state university and school. A BPSM member now sits alongside the entrance examination committee in each state university. Membership is optional, although students in state universities are strongly encouraged to join by university administrators.”⁶⁰

⁵⁹ BRSM: Belarussische nationale Union der Jugend (Belaruskí Respublikanski Sajus áÓladsí). BRPO: Belarussische nationale Pionierorganisation (Belorusskaja Respublikanskaja Pionerskaja Organizacija).

Sowohl BRSM als auch BRPO werden von Schülern und Eltern als nicht nur staatsnah, sondern als direkt von der Präsidialverwaltung gesteuert wahrgenommen. Schulen und Lehrer erhalten Vorgaben, wie viele Schüler pro Schuljahr sie für diese Organisationen gewinnen/rekrutieren sollen. Erfolgsmeldungen werden belohnt, Misserfolge gelegentlich auch bestraft.⁶¹ In vielen Schulen beschränkt sich die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf die Anwesenheit von BRSM und BRPO, die nicht selten auch die Funktion der ideologischen Kontrolle im Schulleben übernehmen.

Eine weitere Form der Zusammenarbeit von Schulen mit ihrem sozialen Umfeld kann in dem Kontakt mit Veteranenverbänden gesehen werden, die in der Umgebung der Schule organisiert sind, sowie zu besonderen Gelegenheiten (Weihnachten, Ostern) mit Behinderteneinrichtungen. Diese Kooperationen werden von den zuständigen staatlichen Organen (Bildungsabteilung der lokalen Exekutivkomitees) nahe gelegt, vor allem aber sind diese außerschulischen Akteure keine Vertreter einer unabhängigen Zivilgesellschaft, sondern (halb)staatliche Organisationen.

Weiterhin unterscheiden sich Schulen in Belarus dadurch, ob sie auch offen sind für andere Jugendorganisationen wie etwa den UNESCO-Klubs (dazu siehe Kap. 5.2) oder ob es hier Debattenklubs gibt, über die Kontakte mit anderen Schulen und Schülern, gelegentlich sogar ins Ausland, geknüpft werden können. Ein „Debattenprogramm“ gibt es in Belarus seit 1994, ein Jahr später wurde der „Neue Gesprächsklub“ („Nowyj klub obschtschenija“) gegründet, der die Bewegung der Debattenklubs koordiniert. In ihm sind heute 54 schulische Debattenklubs und 13 studentische Debattenklubs im ganzen Land organisiert. Es gibt gegenwärtig mehr als 2.500 Mitglieder der Debattenbewegung in Belarus. Viele der Klubs sind darüber hinaus Mitglied in der belarussischen Debattenvereinigung,⁶² die seit 2000 auch Mitglied im internationalen Debattenverband IDEA ist. Die Bewegung der belarussischen Debattenklubs wurde anfänglich von der Soros Foundation unterstützt, nach deren Verbot gingen die Aktivitäten merklich zurück. Die Methode der Debatten wird auch von anderen belarussischen NGOs in ihrer Arbeit mit Schulen verwendet: 2004 organisierte das Bildungszentrum Post in Minsk ein Debattenturnier zu ökologischen Fragen. 2005 stellte Irina Semko, Expertin des internationalen Debattenprogramms (IDEA) und Direktorin des Zentrums zur Unterstützung

⁶⁰ Human Rights Watch Report on Belarus, 1999. <http://www.hrw.org/reports/1999/belarus/Belrus99-06.htm>.

⁶¹ „However, some teachers at these schools might have lost their jobs if they had not joined the BRSM.“ Siehe Newsletter des Institute for War and Peace Reporting (IWPR), No. 38, 29.10.2003.

⁶² Belorusskaja debatnaja assoziazija; <http://ncc-debate.org>.

studentischer Initiativen an der Europäischen Humanistischen Universität, in der Zeitschrift „Adukatar“ die „Debattentechnik“ einem Fachpublikum vor.⁶³

Zu den relativ offenen Schulen zählen diejenigen, die mit nicht-staatlichen Akteuren im Bildungsbereich zusammenarbeiten, indem sie Lehrern die Möglichkeit einräumen, an Seminaren, Fortbildungen oder Projekten von NGOs teilzunehmen und über diese Wege auch internationale Kontakte zu knüpfen. Voraussetzung ist dabei, dass die Schulleitung den Lehrern Eigeninitiative über die Gestaltung des eigenen Unterrichts hinaus zugesteht. Durch diese Zusammenarbeit ist es NGOs in der Vergangenheit gelungen, Netzwerke von Lehrern zu bilden und zu unterstützen, die an einer demokratischen Entwicklung der belarussischen Schule interessiert sind.

4.5 Politische Bildung – Lernen in der belarussischen Schule

In der Regel ist die politische Bildung (in den länderspezifischen Ausformungen) der Ort, wo Schülern gesellschaftspolitisches Wissen vermittelt wird. In Deutschland wird sie als Kern des Demokratielernens begriffen. Das analoge Fach heißt in Belarus „Mensch. Gesellschaft. Staat.“ („Tschelowek. ébschtschestwo. Gosudarstwo.“) und wird in den Klassen 8-11 unterrichtet. Der inhaltliche Zuschnitt des Faches ist in den letzten Jahren erfolgt, die Lehrbücher stammen vorwiegend aus den Jahren 2002/2003. In den staatlichen Dokumenten zur Umsetzung des Faches an den Schulen spielen Demokratie, demokratische Werte oder das Lernen der Funktionsweisen demokratischer Institutionen eine untergeordnete Rolle, im Vordergrund steht die Entwicklung eines Gefühls von Patriotismus bei den Schülern sowie die Vermittlung von Kenntnissen der ideologischen Grundlagen des belarussischen Staates.⁶⁴ Ideologische Bildung und Erziehung sind hier an die Stelle des Lernens von Demokratie getreten.

Bis 2004 hat es zahlreiche Projekte vorwiegend von NGOs in Belarus gegeben, mit denen versucht wurde, ein ideologiefreies Fach der politischen Bildung in den belarussischen Schulen zu etablieren, in dessen Mittelpunkt das Lernen von Demokratie steht. 1999 wurde in Polen die Publikation „Über die politische Bildung zur

⁶³ Vgl. Semko, Irina, „Technologija ‚Debaty‘ w kontekste graschdanskogo obrasowanija“. Adukatar No. 1 (4), 2005, S. 30-33.

⁶⁴ Vgl. den „instruktiv-methodischen“ Brief der APO zum Kurs „Mensch. Gesellschaft. Staat.“ für das Schuljahr 2005/2006: „In Anbetracht der Tatsache, dass es zu den vordringlichen Aufgaben des Kurses ‚Mensch. Gesellschaft. Staat.‘ gehört, eine aktive bürgerliche Position und das Gefühl des Patriotismus unter den Jugendlichen zu befördern, weisen wir die Lehrer auf die Notwendigkeit hin, eine verstärkte Aufmerksamkeit den Fragen der ideologischen Bildung und Erziehung zu widmen.“ <http://academy.edu.by/materials/official/imp/1123831505.html>

Demokratie“ für Lehrer in Belarus herausgegeben, 2001-2002 wurden im Rahmen eines EU-Projektes insgesamt 30 regionale Initiativen von Lehrern gegründet, die im Bereich der politischen Bildung tätig sind. Diese Initiativen wurden in einem Projekt des Deutsch-Russischen Austausches weiter vernetzt und gestärkt, das im Rahmen des Förderprogramms Belarus der deutschen Bundesregierung gefördert wurde.

Der Versuch, ein landesweites Netzwerk von Lehrerinitiativen im Bereich der politischen Bildung zu gründen, konnte nicht umgesetzt werden, weil das Bildungsministerium seine Zustimmung verweigerte.

Da die meisten dieser Ansätze spätestens 2004 abgebrochen sind, ist bereits vieles von ihrer Wirkung verpufft. Neuere Veröffentlichungen und Seminare zeigen, dass weiterhin ein ganz grundlegender Bedarf bei belarussischen Lehrern besteht, mehr über Formen, Inhalte und Methoden des Lehrens von Demokratie im Rahmen eines Schulfaches der politischen Bildung zu erfahren. In diesem Zusammenhang haben erneut vor allem die belarussischen NGOs – sehr viel eher als die staatlichen Lehrerfortbildungseinrichtungen – langjährige Erfahrungen in der Organisation von Austausch- oder Fortbildungsprojekten für Lehrer gesammelt. Insgesamt liegen eine Menge von Projektideen sowie umfangreiches Material für die Entwicklung von Kursen oder gar Schulfächern zu Demokratiebildung in Belarus vor, die aber aus politischen Gründen gegenwärtig nicht realisiert werden können. Es wäre wünschenswert, diese Ansätze weiter zu entwickeln und zu bündeln sowie zu versuchen, politische Unterstützung zu organisieren.

Neben dem Fach „Mensch. Gesellschaft. Staat.“ wird außerhalb des regulären Unterrichts – staatlich toleriert und gefördert – eine Reihe von sozialen Themen in der Schule aufgegriffen, die geeignet sind, Schüler zu gesellschaftspolitischem Engagement zu motivieren. Dazu gehören Initiativen zum Kampf gegen AIDS, Projekte, die sich mit den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl auseinandersetzen und Schülergruppen, die zu ökologischen Themen oder zu Kinderrechten arbeiten. Häufig werden diese Themen im Rahmen von Aktivitäten der UNESCO-Klubs behandelt. Hier tun sich durchaus Nischen auf, in denen teilweise sogar mit Unterstützung des Staates zivilgesellschaftliche Themen in der Schule behandelt werden können.

V. Akteure im Demokratiebildungsbereich in Belarus

Abgesehen von einigen NGOs ist es momentan schwer, renommierte Akteure im Demokratiebildungsbereich zu benennen: Das Bildungsministerium, seinerseits abhängig von den Weisungen aus der Präsidentialadministration, ist keine demokratische Struktur. Die ihm untergeordneten Abteilungen der Bildungsverwaltung sind mit der Kontrolle von Schülern und Lehrern und nicht mit der Entwicklung von demokratischen Konzepten für die Schulen befasst. Die Schulen selbst sind als Institutionen nicht einmal frei bei der Gestaltung des Austausches mit internationalen Partnerschulen.

In dieser Situation hängt, wie erwähnt, viel von den Lehrern ab, da der Unterrichtsrahmen eine der letzten Nischen ist, um Themen anzusprechen und Formen einzuführen, die die Schule in Belarus demokratischer machen. Dazu ist es aber nötig, ein Klima der Angst zu überwinden, das das Land und auch die Schulen prägt. Ein Open Space mit 140 Lehrern, der im September 2006 zum Thema „Wir besprechen Projekte gemeinsam“ („ébsuschaem proekty wmeste“) in Minsk stattfand, offenbarte das Dilemma: Obwohl die Form des Open Space eine größtmögliche Offenheit für die Diskussion von frei gewählten Anliegen bot, wurde von den teilnehmenden Lehrern kein demokratiepädagogisches Thema eingebracht. Einzig die Frage, wo die Balance zwischen reiner Wissensvermittlung und einer an der Persönlichkeit des Kindes orientierten Pädagogik liege, zielte vage in diese Richtung. Während der anschließenden Kleingruppendiskussion wurde dann aber das Thema nicht ernsthaft problematisiert, das Gespräch drehte sich um allgemeine Aspekte, lediglich vereinzelt wurde mehr Handlungsspielraum für die Lehrer eingefordert.⁶⁵

Hier zeigen sich zwei Probleme: Da das IPK in Minsk im Verbund mit der Bildungsverwaltung der Stadt als Veranstalter des Open Space figurierte und durch

⁶⁵ Die Ergebnisse der Gruppendiskussion waren sehr allgemein: Resultate/Empfehlungen/Beschlüsse:

- Veränderung der äußeren Umwelt: Architektur- und Landschaftsdesign.
- Formierung einer psychologischen Kultur des Lehrers.
- Erhöhung der professionellen Kompetenz des Lehrers.
- Erweiterung des Bestands des SPPS, psychologische Begleitung jeder Klasse.
- Bildung eines Portfolios des Schülers (persönliche Qualitäten, Leistungen).
- Freiheit für den Lehrer bei der Wahl des Lehrprogramms.
- Bildung von individuellen Entwicklungsprogrammen der Schüler.
- Gewährung einer Wirkungsfreiheit für den Lehrer (Kontrolle, Monitoring).

Vgl.: das Protokoll des Open Space auf der Homepage des Bildungsausschusses der Stadt Minsk unter: <http://ipk.minsk.edu.by/main.aspx?uid=140263>.

hochrangige Vertreterinnen auch präsent war, fehlte vielen Teilnehmern scheinbar der Mut, demokratiepädagogische Themen offen anzusprechen beziehungsweise als Anliegen vorzubringen. Darüber hinaus wurde das Projektlernen an sich nicht thematisiert und auch die Verbindung zur Demokratiebildung („Lernen in Projekten als ein Lernen von Demokratie“) nicht gezogen. Hier mangelte es offensichtlich an dem Bewusstsein für die Bedeutung von Projekten im schulischen Lernen. Das Thema wäre wohl auch dann nicht diskutiert worden, wenn unter den Teilnehmenden das Gefühl bestanden hätte, unkontrolliert sprechen zu können.

5.1 Schulen

Die einzige Schule, die heute noch als Institution demokratisch organisiert ist, ist das 1990 gegründete Jakob-Kolas-Lyzeum (JKL) in Minsk, das seit 2003 nur noch illegal existiert. Es könnte unter veränderten politischen Rahmenbedingungen als Modell für eine demokratische Schule in Belarus dienen. Die Gründer des humanistischen Lyzeums wollten Anfang der 90er Jahre eine Bildungseinrichtung neuen Typs ins Leben rufen, denn die belarussische Schule wies damals ausgeprägte kommunistische Züge auf, etwa Erziehung im Geiste des Gehorsams gegenüber dem totalitären Staat, Hinwegsetzung über demokratische Werte und Verdunkelung des Geschichtsbewusstseins.⁶⁶ Die Idee entsprach 1990 den Stimmungen in der Gesellschaft. Es konnten staatliche Hilfen für das Projekt gesichert werden, die, so der Direktor des Lyzeums, entscheidend für die anfänglichen Erfolge waren. Neben dem Lyzeum in Minsk wurden Filialen in allen Gebietszentren und in den Städten Swetlogorsk und Dserschinsk gegründet, es gab anfänglich sogar einen Verlag, eine Bibliothek, ein Fremdenverkehrsbüro und ein Filmstudio.

Unter Lukaschenko fiel das Lyzeum schnell in Ungnade, mit seiner gut funktionierenden, unabhängigen Schüler selbstverwaltung, an deren Spitze ein Präsident stand (ein Wort, für das Lukaschenko in Belarus ein Monopolrecht besitzt), der ihm ein Dorn im Auge war. Letzen Endes wurde das Lyzeum auf Beschluss des Bildungsministeriums „liquidiert“. Die Schließung wurde mit der Notwendigkeit begründet, „den Unterrichtsprozess zu optimieren.“ Die Lyzeumsschüler blieben aber ihren Lehrern treu, der Unterricht findet heute entweder privat bei Lehrern oder in dafür gemieteten Wohnungen statt. Seit 2005 müssen der Schulbetrieb außerhalb der Stadt und naturwissenschaftlicher Unterricht in den Schulferien in Polen organisiert werden, wo Partnerschulen Klassenräume und technische Aus-

⁶⁶ Vgl. hier und im Folgenden die Angaben zur Geschichte des Lyzeums unter der Schulwebsite: <http://licej.net/hist.htm>.

stattung den belarussischen Schülern zur Verfügung stellen. Gegenwärtig lernen 80 Schüler in dem Lyzeum, von denen monatlich ein Schulgeld gezahlt wird. Die staatlichen Abschlussprüfungen werden extern abgelegt. Bestehende Kontakte des JKL zu einer Schule nach Berlin sind Ende der 90er Jahre abgerissen, der Wunsch nach Kontakten zu einer deutschen Partnerschule ist aber weiterhin groß.⁶⁷ Neben dem JKL, das in jeder Hinsicht eine Ausnahme in Belarus ist, gibt es weiterhin eine Reihe von Schulen, die es ihren Lehrern erlauben, an Bildungsprojekten von NGOs teilzunehmen, vor allem solche, die deutsche Partnerschulen haben oder an denen verstärkt Deutsch unterrichtet wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es allerdings schwierig, eine adäquate Form zu finden, um mit Schulen in Belarus auf einer institutionellen Ebene zu arbeiten.

5.2 Nicht-staatliche Akteure

Ein großes Dilemma im belarussischen Bildungsbereich liegt in dem spannungsgeladenen Verhältnis zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Ein inhaltlicher Dialog findet hier nur selten statt und verläuft dann zumeist wenig konstruktiv. Aufgrund der zunehmenden politischen Polarisierung im Land ist das Misstrauen auf beiden Seiten sehr groß. Die Stimulierung des Dialoges zwischen Bildungspolitikern und NGO-Aktivisten im Bildungsbereich ist ein auf jeden Fall schwieriger, gleichwohl aber sehr wichtiger Bereich, in dem externe Unterstützung hilfreich scheint. Wenn internationale Förderer mit der belarussischen Bildungsverwaltung oder mit Schulen als Institutionen kooperieren wollen, ist es dringend anzuraten, die Beteiligung von NGOs als Bedingung einer Projektförderung festzuschreiben: So werden beide Seiten zu einer konstruktiven Kooperation ermutigt, und nur so kann auch gewährleistet werden, dass der Schwerpunkt gemeinsamer Projekte tatsächlich auf demokratischen Themen liegt. Demokratiepädagogik scheint dabei ein geeignetes Oberthema, da so die Gefahr gering gehalten wird, ungewollt eine autoritäre Bildungspolitik zu unterstützen.

Der erwähnte Open Space mit Lehrern hat gezeigt, dass eine zumindest formale Kooperation zwischen NGOs und Einrichtungen der Bildungsverwaltung durchaus ein produktiver Ansatz sein kann: Die Verwaltung ermöglichte den Kontakt zu den Schulen und trat als Veranstalter auf (siehe auch die „Vermarktung“ des Open Space auf der Homepage des Bildungskomitees der Stadt Minsk), und das nicht-staatliche Bildungszentrum „Post“ war für die inhaltliche Rahmensetzung (Durchführung des Open Space) verantwortlich.

⁶⁷ Gespräch mit Wladimir Kolas in Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte, am 31.05.2006.

Was sind die wichtigen Themenfelder, zu denen belarussische NGOs im Bildungsbereich gegenwärtig arbeiten und an die sich anknüpfen lässt? Auf der Grundlage durchgeführter Projekte und der Veröffentlichungen der letzten Jahre lassen sich zusammengefasst folgende Bereiche benennen:

- Die pädagogische Methode, die momentan wohl am breitesten in Belarus diskutiert wird, ist das aktive Lernen.⁶⁸ Darunter werden Aspekte wie eine Subjekt-Subjekt-Beziehung zwischen Schülern und Lehrern, eine vielseitige („mnogostoronnjaja“) Kommunikation, der Einsatz von Selbsteinschätzung und Feed-back sowie die Stimulierung der Schüler zu aktivem Handeln oder Verhalten verstanden. Von den NGOs in zahlreichen Projekten schon vor Jahren aufgegriffen, wird die Methode jetzt auch von den staatlichen Fortbildungseinrichtungen für ihre Kurse übernommen.
- Bildung und nachhaltige Entwicklung wird von belarussischen NGOs vor allem im Zusammenhang mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ diskutiert.⁶⁹ Konkret wird das Thema in zahlreichen ökologischen Projekten mit Schulen und Jugendlichen behandelt. Hier besitzen NGOs, wie etwa ECO-Dom in Minsk, lange Erfahrungen und hervorragende Expertisen. Ökologische Projekte von Schulen werden darüber hinaus auch durchaus im Rahmen staatlicher Schulwettbewerbe gefördert. Anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe wurde 2006 von der vom Bildungsministerium herausgegebenen Zeitschrift Narodnaja Asweta und der Organisation BLRP (s.u.) ein Wettbewerb für das beste ökologische Schulprojekt („Semlja – nasch dom“) durchgeführt, der unter anderem die Stärkung der Umwelterziehung in den Schulen zum Ziel hatte.⁷⁰
- Zahlreiche Publikationen von belarussischen NGOs sind zur politischen Bildung („Graschdanskoe obrasowanie“), vereinzelt auch zur Demokratiebildung erschienen.⁷¹ Die Bücher und methodischen Handreichungen versuchen ein Vakuum zu füllen, das entstanden ist, weil es kein ideologiefreies Schulfach in Belarus gibt, in dem die Grundlagen der Demokratie vermittelt werden. Allerdings wird in den Publikationen und Projekten nicht an moderne westeuropäische Diskurse, etwa um Education for Democratic Citizenship, Demokratie leben und lernen in der Schule oder an skandinavische oder britische Modelle der Civic Education angeknüpft.

⁶⁸ Vergleiche hier auch das Buch „Wir lernen anders“ („Obutschaem inatsche. Strategija aktiwnogo obutschenija“) von Grigal’tschik, Gubarewitsch, Petrusew, Minsk 2003.

⁶⁹ Vgl. die Ausgabe Nr. 3/2004 von Adukatat zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

⁷⁰ Siehe auch die Beschreibung des Wettbewerbs in der Ausgabe 4/2006 von Narodnaja Asweta, S. 85-89.

⁷¹ Auch hier gibt es eine aktuelle Sondernummer des Adukatat, Nr. 7/2006, „Bildung und Demokratie“.

- Ein großer Bedarf unter belarussischen Lehrern besteht im Kennenlernen neuer Methoden, der von den staatlichen Lehrerfortbildungseinrichtungen nicht befriedigt wird. In den meisten Ausgaben der Zeitschrift *Adukat* finden sich im Mittelteil praktische Übungen für Lehrer (Anleitungen zur Projektarbeit, Gruppenarbeit, Diskussionen im Unterricht, interaktive Spiele etc.), die herausgenommen und für den Unterricht verwendet werden können. In der Regel zielen die Methoden darauf, die klassische Frontalorganisation der Schulstunden aufzubrechen und die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern offener zu gestalten. Die methodischen Anregungen im *Adukat* sind auch unter ukrainischen Lehrern sehr beliebt.⁷²
- Belarussische NGOs sind in der Regel von internationaler Projektförderung abhängig, wobei die internationalen Partner meist ihre eigene Agenda in den Kooperationsprojekten verfolgen. Das führt dazu, dass bestimmte ausländische Ansätze, etwa die schwedische Idee der *study circles* oder deutsche Projekte zur *Zivilcourage*, besonders intensiv reflektiert werden. Diese Ansätze korrespondieren aber meist nur unzureichend mit den aktuellen Diskussionen des Europarats oder den Bildungsprogrammen der EU. Bezeichnenderweise werden in Folge der politischen Isolierung des Landes europäische Bildungsdiskussionen auch von NGOs nur selten aufgenommen.

Nicht-staatliche Organisationen sind gegenwärtig in Belarus die einzigen Akteure, die Themen aus dem Bereich der Demokratiebildung offen diskutieren. Deshalb werden im Folgenden die wichtigsten im Bildungsbereich tätigen belarussischen NGOs kurz vorgestellt. Sie spielen nicht nur als Zielgruppe, sondern auch als Vermittler von demokratiepädagogischen Ansätzen an Schulen eine zentrale Rolle.

AGA (Organisationen der politischen Bildung)⁷³

Als wichtigste Referenzadresse beim Thema Demokratiebildung in Belarus können 16 NGOs genannt werden, die in einem seit Anfang 2000 bestehenden informellen Netzwerk von Organisationen der politischen Bildung „AGA“ zusammengeschlossen sind. Damit gehört dieses Netzwerk gegenwärtig zum stärksten nicht-staatlichen Verbund in Belarus überhaupt.⁷⁴ AGA wird vom Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes (IZZ/DVV) und vom

⁷² Polina Werbitska von *Nowa Doba* aus L'wiv berichtet, dass ukrainische Lehrer sie gebeten hätten, die methodischen Materialien aus dem *Adukat*, den sie in der Ukraine nicht beziehen könnten, zu scannen und als pdf-Dokument ins Internet zu stellen, damit die Materialien für sie verfügbar seien.

⁷³ *Arganisazyi gramadsjanskaj adukazyi*; <http://adukatar.net/wiki/>.

Studieförbundet Vuxenskolan aus Schweden unterstützt. Das Ziel von AGA ist es, durch die Entwicklung der politischen Bildung einen Beitrag zu leisten zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft und eines unabhängigen belarussischen Staates. Das soll erreicht werden durch die unterstützende Begleitung von Veränderungen in der Bildungspolitik in Belarus, durch Kooperation mit der Bildungsverwaltung auf allen Ebenen und durch die Sicherung von Qualitätsstandards im Bereich der non-formalen Bildung. Politische Bildung ist der thematische Fokus des Netzwerks, der über das Fach „Mensch. Gesellschaft. Staat.“ auch seine Abbildung im offiziellen schulischen Kanon hat. Dabei bietet das Fach noch am ehesten die Möglichkeit, demokratische Inhalte und demokratiepädagogische Formen in die Schule zu transportieren.

Gemeinsame Aktivitäten von AGA sind einzelne Veranstaltungen wie Wochen oder Festivals der politischen Bildung, Veröffentlichungen methodischer Handreichungen wie einer Broschüre „Das Lehren von Demokratie“ (Anfang 2006) sowie seit 2004 die Herausgabe der Zeitschrift „Adukatar“ (s.u.). Daneben führen die einzelnen Mitglieder von AGA unabhängig voneinander Kooperationsprojekte durch, häufig mit internationalen Partnern.

Die Mitgliedsorganisationen von AGA versuchen, den Kontakt zur internationalen Bildungsdiskussion zu halten, was aber nur punktuell gelingt. Die aufgegriffenen Ansätze betreffen zumeist Formen der non-formalen Bildung oder des lebenslangen Lernens außerhalb der Schule. Demokratiepädagogische Methoden oder Modelle sind, insbesondere wenn sie aus dem Ausland kommen, im staatlichen belarussischen Schulsystem praktisch nicht umsetzbar.

Die drei NGOs, deren Projekte am stärksten auf eine Demokratisierung der belarussischen Schulen zielen, sind das Bildungszentrum „Post“, „Tschasjenija“ und „Supolnasz“.

Bildungszentrum „Post“ (Minsk)

Das Bildungszentrum „Post“ füllt sowohl in Bezug auf die AGA als auch auf die

⁷⁴ Mitglieder der AGA sind im Einzelnen: Bildungszentrum „Post“ (Minsk), „Centre for Social Innovations“ (Minsk), Social Pedagogical Public Union „Tschasjenija“ (Zaslau, Minsk region), Association of Young Intellectuals „VIT“ (Grodno), „Foundation Open Society“ (Minsk, www.opensociety.ngo.by), Union of Belarusians of the World „Bats'kauschyna“ (Minsk, www.iac.unibel.by), „Community Development Projects“ (Gomel; <http://www.cdp-by.org/>); „Center Supolnasz“ (Minsk), „Leu Sapieha Foundation“ (Minsk), „Women Independent Democratic Movement“ (Minsk, www.widm.org), „Focus-group“ (Minsk, www.focus_group.ngo.by), „Ecohome“ (Minsk), „YMCA Belarus“ (Lida, www.ymca-belarus.ru), International Public Association „Education without Borders“ (Faniel, Minsk region), International Enlightenment Public Union „ACT“, Centre for Informational Support of Public Initiatives „The Third Sector“.

Zeitschrift „Adukatar“ die Rolle des Koordinators aus; Post verfügt zudem über langjährige Kontakte zu deutschen Partnern und Erfahrungen in gemeinsamen Bildungsprojekten.

Ziel von Post ist es, zur Demokratisierung des Bildungsprozesses sowohl im formal-schulischen Rahmen als auch im non-formalen außerschulischen Bereich in Belarus beizutragen. Zielgruppe sind v.a. Lehrer und Schüler. Seit seiner Gründung 1997 hat Post um die 225 Bildungsprojekte und -seminare mit über 3.000 Teilnehmern aus verschiedenen Ländern umgesetzt. Mit Post arbeiten projektbezogen 20 Trainer, Pädagogen und Psychologen zusammen. Ein Beispiel ist das Projekt „Gewaltprävention in der Schule“ („ébrasowanie protiw nasilija“), mit dem eine Kultur der konstruktiven Konfliktlösung auf der Grundlage demokratischer Werte und Prinzipien in den Schulen befördert werden soll. Lehrer von mehreren Pilotschulen nehmen an Projektmodulen wie „interkultureller Bildung“, „Konfliktmanagement“, „Projektlernen“ etc. teil. Weiterhin sind eine Studienreise nach Deutschland und die Herausgabe eines Handbuchs zum Thema vorgesehen. Das Projekt wird im Rahmen des Förderprogramms Belarus der deutschen Bundesregierung umgesetzt.

Tschasenija (Zaslaue, Minsker Gebiet)

Eine der interessantesten Organisationen, die ganz unmittelbar um die Popularisierung von demokratiepädagogischen Ansätzen in der belarussischen Schule bemüht ist, ist Tschasenija.⁷⁵ Die Organisation ist 1997 als eine Vereinigung von Lehrern, Psychologen, Sozialpädagogen, Studenten und Doktoranden entstanden, die sich zum Ziel gesetzt haben, durch Bildungsmaßnahmen die Entwicklung von freien, verantwortlichen und sozial aktiven Menschen zu fördern. Je nach Programm stehen als Zielgruppe Lehrer, Studenten, Schüler verschiedener Altersgruppen, Sozialpädagogen, Pädagogen im außerschulischen Bereich und NGO-Vertreter im Mittelpunkt. Das Angebot an Bildungsveranstaltungen ist vielseitig, es gibt Projekte zur Schüler selbstverwaltung, zum Leadership, zu Themen wie „Ich und die Gruppe“, „Kommunikation im pädagogischen Prozess“, „Gruppenpädagogik“, „Strategie des aktiven Lernens“, „Diskussion im Unterricht“, „Förderung der kritischen Urteilskraft“. Die Seminare und Trainings finden vorwiegend am Wochenende statt, sie sind nicht als Fortbildungsveranstaltungen anerkannt und werden

⁷⁵ „Tschasenija“ heißt eine Erzählung von Wladimir Korotkewitsch, in deren Mittelpunkt eine Blume steht, die im Fernen Osten wächst und sogar auf felsigem Untergrund überdauern kann. Vermutlich gibt es eine solche Blume tatsächlich nicht. Das Wort wird heute symbolisch gebraucht und bezeichnet die Fähigkeit, in schwierigen Umständen zu überdauern.

meist über Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt gemacht. Häufig gelingt es allerdings der Organisation, über gute Beziehungen zur lokalen Bildungsverwaltung⁷⁶ nicht nur die Zustimmung zur Durchführung der Seminare, sondern auch die Schulen als Veranstaltungsort zu gewinnen. Wichtigstes Prinzip der Projekte von Tschaseniya ist die Freiwilligkeit der Teilnahme, es mussten bereits Seminare abgesagt werden, weil die Lehrer zur Teilnahme zwangsverpflichtet worden waren. Tschaseniya arbeitet vorwiegend in ländlichen Gegenden der Gebiete Minsk, Witebsk und Mogiljow.

Von 2000 bis 2004 veröffentlichte die Organisation 22 Ausgaben des Informationsblattes „Lehren anders“ für Lehrer. Die methodischen Konzepte, die durch Tschaseniya-Mitglieder entwickelt und nach der erstmaligen Erscheinung im Informationsblatt „Lehren anders“ in der Praxis erprobt wurden, sind in das Handbuch „Lehren anders. Strategie des aktiven Lernens“ eingegangen.

Zusammen mit Supolnasz' ist Tschaseniya ein wichtiger Multiplikator, über den ein direkter Kontakt mit demokratischen Lehrern und Direktoren hergestellt werden kann.

Supolnasz' (Minsk)

Das Zentrum „Supolnasz'“ („Gemeinschaft, Gesellschaft“) wurde bereits 1995 in Minsk gegründet mit dem Ziel, die im Entstehen begriffene Zivilgesellschaft in einem unabhängigen Belarus zu stärken. Der Name der Organisation spielt auf die Anfänge der nationalen Unabhängigkeitsbewegung in den frühen 80er Jahren und die gleichnamige Zeitschrift aus der Zeit an, die das Sprachrohr der jungen Aktivisten war.

Aus der Erkenntnis, dass über 80 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Form Kontakt mit der Schule haben,⁷⁷ entwickelte die Organisation eine Reihe von Bildungsprogrammen, mit denen versucht wird, durch die Arbeit mit Schulen und Lehrern zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen. Über die Kooperation mit lokalen NGOs und einem kleinteiligen persönlichen Kontakt zu den Menschen hat Supolnasz' über die Jahre eine Datenbank von Lehrern und Direk-

⁷⁶ Die Qualität der Seminare von Tschaseniya-Trainern wird auch von offizieller Seite meist sehr viel höher geschätzt als die staatlicher Fortbildungsangebote.

⁷⁷ Aus einer ppt.-Präsentation von Supolnasz':

Pedagogues are:

- multipliers of knowledge
- 80 percent of population have relations with school
- can form democratic position of young citizens
- More than half of the numbers of pooling-station commissions are pedagogues.

toren aufgebaut, die sich für eine demokratische Organisation der Schule in Belarus engagieren. Seit 1999 koordiniert Supolnasz' das Programm „Lehrer. Schüler. Gesellschaft.“, bei dem zahlreiche Fortbildungen für Lehrer im methodischen Bereich durchgeführt sowie die Gründung von Lehrerklubs und Lehrervereinigungen im ganzen Land unterstützt und betreut wurden.

Da Supolnasz' im Bereich der Demokratisierung von Schule und Gesellschaft die Funktion eines Ressource-Centres ausübt, ist die Organisation hier einer der wichtigsten Partner für Akteure, die die Entwicklung einer demokratischen Schule in Belarus unterstützen möchten.

TBS (Gesellschaft belarussischer Schulen)

Die „Gesellschaft der belarussischen Schulen“ (Tawarystwa belaruskaj schkoly – TBS) geht auf eine Gründung im Jahr 1921 zurück, als die Organisation insbesondere im Westen des Landes eigene Volksschulen mit dem Ziel zu eröffnen begann, „Bildung im belarussisch-nationalen, menschlichen und christlichen Sinne“⁷⁸ zu fördern. Die Gesellschaft wurde 1937 von den polnischen Machthabern verboten und 1996 als „nationale, gemeinnützige Organisation“ wieder gegründet.

Das langfristige Ziel der TBS nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit von Belarus war der Entwurf eines Konzeptes für eine belarussische nationale Schule, eingebettet in einen europäischen Bildungskontext (vgl. Satzung TBS, Pkt. 2.3.). Durch die politische Entwicklung ab Mitte der 90er Jahre und das Zurückdrängen des Belarussischen als Unterrichtssprache in den Schulen wurde der Akzent jedoch verstärkt auf die Bewahrung der belarussischen Sprache gesetzt.

Die wesentlichen Tätigkeiten der TBS in den letzten Jahren umfassen die Herausgabe zahlreicher methodischer Handreichungen, die Durchführung wissenschaftlicher Konferenzen, die Organisation von Erfahrungsaustausch mit polnischen Lehrern sowie von belarussischsprachigen Sommerlagern (in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium), zahlreiche Wettbewerbe (die beste Schüler- oder Studentenzeitung, Bewahrung der nationalen Kultur und des historischen Erbes), Seminare für Fremdsprachenunterricht an belarussischen Schulen und die Organisation von Seminaren zu Themen wie „Schule und Gesellschaft – Pädagogik der sozialen Kompetenz“ oder Ethnopädagogik.

Die TBS verfügt über ein starkes Netz von regionalen Zentren, pflegt einen engen Kontakt mit den meisten Schulen, in denen das Belarussische Unterrichtssprache ist und hat über seine Mitglieder oder Experten gute Kontakte in die Bildungsver-

⁷⁸ Diese und folgende Informationen siehe Website www.nastaunik.info.

waltung auf verschiedenen Ebenen bis in das Bildungsministerium. TBS arbeitet eng zusammen mit der Franzyska-Skaryna-Gesellschaft der belarussischen Sprache („Tawarystwa belaruskaj mowy imja Franzyska Skaryny” – TBM).

Die TBS ist im Bildungsbereich ein wertvoller Partner, da sie den direkten Kontakt zu einem umfangreichen Pool von Schulen in Belarus herstellen kann. Die Idee der belarussischen Schule garantiert eine gewisse Unabhängigkeit vom autoritären Regime, weil die Organisation offen ist für neue methodische Ansätze und weil sie die Einbettung der belarussischen Schule in einen europäischen Bildungskontext zu ihrem Satzungsziel erklärt hat.

BLRP (Belarussische Liga der Eltern und Pädagogen – Step by Step), Minsk⁷⁹

Ein gutes Beispiel für die schwierige, häufig ambivalente Situation, in der sich nicht-staatliche Organisationen in Belarus befinden, ist die BLRP. Sie wurde 1998 gegründet, entstammt aber ursprünglich dem seit 1993 operierenden Step by Step-Programm der belarussischen Soros Foundation, die ihre Tätigkeit 1998 einstellen musste. BLRP ist Mitglied im internationalen Netz von Step by Step-Organisationen, das seinen Hauptsitz in den Niederlanden hat, dessen Filialen jedoch fast ausschließlich in Zentral- und Osteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion agieren. Step by Step ist ein von George Soros initiiertes pädagogisch-gesellschaftlicher Ansatz mit dem Ziel der Stärkung von demokratischen Prinzipien in der Schule sowie eine größere Beteiligung von Eltern und Gemeinde bei der (früh-)kindlichen Erziehung.⁸⁰ Ausgehend von gemeinsamen Grundsätzen entwickelt jede Länderfiliale den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entsprechende eigene Schwerpunkte.

In Belarus strebt BLRP nach eigenem Bekunden einen „systemischen Wechsel“ in Bildungsinstitutionen und anderen Bereichen der Zivilgesellschaft an.⁸¹ Dieses Ziel soll mit Hilfe von zivilgesellschaftlichen Bildungs- und Publikationsprogrammen erreicht werden, in denen Lehrer und Schüler in Step by Step-Methoden trainiert, die Integration von behinderten Kindern in allgemeinbildende Schulen gefördert, die Zusammenarbeit zwischen Eltern sowie Lehrern und Schulverwal-

⁷⁹ Belorusskaja liga roditelej i pedagogov ‚Krok za krokam‘.

⁸⁰ „The International Step By Step Association (ISSA) is a non-governmental membership organization established in the Netherlands in 1999, which unites individuals and organizations into a powerful network to foster democratic principles and promote parent and community involvement in early childhood education. (...) ISSA is an open forum for parents, educators, and communities to advocate for democratic values and access to quality care and education for all children.“ Vgl. <http://www.issa.nl/index.html>.

⁸¹ <http://www.issa.nl/network/belarus/belarus.html>.

tung gestärkt und die Einbindung der Schulen in die lokale Gemeinde unterstützt werden. Zur Umsetzung seiner Programme ist BLRP in Belarus darauf angewiesen, relativ eng mit den staatlichen Bildungsorganen zusammenzuarbeiten. Doch während eine solche Zusammenarbeit in anderen Ländern problemlos oder sogar vertrauensvoll ist, kann sie in Belarus nur als Gratwanderung beschrieben werden.⁸² Konkret zeigt sich diese Ambivalenz in den Publikationen von BLRP: Seit 2003 hat die Organisation eine offizielle Rubrik in der Zeitschrift „Narodnaja Asweta“, dem wichtigsten Periodikum in Belarus für allgemeinbildende Schulen. Dadurch ist es zwar möglich, Projekte und Ansätze von BLRP einem breiten Fachpublikum zugänglich zu machen, gleichzeitig scheint dieser Zugang jedoch durch Referenzen an die offizielle Bildungspolitik erkauft: In einem Aufsatz zur Wechselbeziehung zwischen Familie und Schule bezieht sich etwa die Autorin von BLRP auf beispielhafte Vorgaben in der Gesetzgebung der Sowjetunion zur Volksbildung,⁸³ die Ankündigung eines Wettbewerbs ökologischer Projekte für Kinder- und Jugendorganisationen, der von BLRP organisiert wird, beginnt mit einer Passage, die im Wortlaut und Duktus an die staatlich-ideologischen Phrasen aus der verordneten Patriotismuserziehung in der Schule erinnert.⁸⁴ Dennoch ist eine Zusammenarbeit mit BLRP zu empfehlen, weil die Organisation in den vergangenen Jahren ein Netzwerk von Step by Step-Schulen und -Lehrer in Belarus aufgebaut hat, die grundsätzlich offen für eine Demokratisierung der Schule sind. BLRP besitzt darüber hinaus gute Kontakte in die staatliche Bildungsverwaltung auf zentraler und lokaler Ebene und verfügt über erhebliche Erfahrung bei der Ausrichtung von Schulwettbewerben, bei denen Schüler und Lehrer Projektarbeit einüben und entwickeln.

UNESCO-Klubs

Die UNESCO-Klubs sind eine der ältesten unabhängigen Jugendorganisationen in Belarus, offiziell wurden sie 1991 in das internationale Netzwerk von UNESCO-Zentren und -klubs aufgenommen. Sie haben zahlreiche lokale und internationale

⁸² Irina Lapizkaja, die Direktorin von BLRP, beschreibt in einem Beitrag für die Zeitschrift der internationalen Step by Step Association Anfang 2006 die Situation als „Inside, Outside, or On the Border“ („Inside, Outside, or On the Border? Negotiating the Relationship between Step by Step and the Ministry of Education System in Belarus“) in *Educating Children for Democracy. The Journal of the International Step by Step Association*, Number 10, Winter/Spring 2006, S.41-45.

⁸³ M. Belaja, „Sem'ja, schkola, sozium: nawstretschu, drug drugu“, in: *Narodnaja Asweta*, 4/2006, S. 80.

⁸⁴ „Die wichtigste Bedingung für einen starken und blühenden Staat ist die Erziehung der heranwachsenden Generation.“ I. Lapizkaja, T. Bajdina, *Konkurs schkol'nych ekologitscheskich projektow „Semlja – nasch dom“*, in: *Narodnaja Asweta*, 4/2006, S. 85.

Partner (unter anderem in Russland, Lettland, Deutschland, Frankreich, den USA, Schweden) und sind an 69 belarussischen Schulen oder Jugendeinrichtungen vertreten. Im Zentrum ihrer Programme stehen Informationen über die UNO und die UNESCO, weiterhin Themen wie Kulturen der Welt, Umwelt, gesunde Lebensführung, Kinder- und Menschenrechte. Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind internationale Programme und Sprach- und Freiwilligencamps, an denen ausländische Partner teilnehmen oder die im Ausland stattfinden. Im vorliegenden Zusammenhang sind die internationale Ausrichtung der UNESCO-Klubs, das Netzwerk in Belarus und die Verankerung in den belarussischen Schulen von Interesse. Über die Sprachcamps ist es zudem möglich, ein Milieu von Schülern mit guten Deutschkenntnissen direkt anzusprechen.

2004 sind die UNESCO-Klubs dem staatlich kontrollierten belarussischen Komitee der Jugendorganisationen beigetreten, und die einzelnen regionalen Klubs waren nach einem Gesetz vom Juli 2005 aufgefordert, unter Androhung des Ausschlusses aus dem Verbund bis Mai 2006 Rechenschaft vor den lokalen Behörden abzulegen.⁸⁵ Es bleibt zu prüfen, wie notwendig die Schritte waren, um den Bestand des Netzwerkes zu garantieren oder wie weitgehend die Organisation mittlerweile ihre Unabhängigkeit verloren hat und zum Instrument einer autoritären Jugend- und Bildungspolitik geworden ist.

Robert-Schuman-Gesellschaft (Minsk)

Die belarussische Robert-Schuman-Gesellschaft wurde 2002 in Minsk gegründet und 2003 in Warschau registriert. Ihr wichtigstes Ziel besteht in der Popularisierung der Idee der europäischen Einigung. Ihre Aktivitäten liegen im Bereich der kulturellen Bildungsarbeit und umfassen Übersetzungen, die Herausgabe von Publikationen zum Thema Belarus und seine Position in Europa, Kurse und Vorlesungen an Hochschulen, Veranstaltungen mit Gastdozenten aus anderen Ländern, Konferenzen, Seminare und Runde Tische.

Im schulischen Bereich organisiert die Gesellschaft seit 2004 den Wettbewerb „Was weiß ich über Europa?“, der seit 2005 landesweit durchgeführt wird. Das Projekt wird von den Botschaften Polens und Litauens sowie von der Stefan-Batory-

⁸⁵ Nach dem Gesetz Nr. 36-3 vom 19.07.2005 „Über Aufnahmen von Veränderungen und Ergänzungen zum Gesetz der Republik Belarus „Über gemeinnützige Organisationen““ müssen alle strukturellen Unterabteilungen von gemeinnützigen Organisationen sich bei den lokalen Verwaltungsorganen anmelden. Im Zusammenhang mit den Forderungen des Justizministeriums der Republik Belarus müssen alle UNESCO-Klubs dringend die Meldeprozedur innerhalb eines Monats, d.h. bis zum 15.05.2006, durchlaufen. UNESCO-Klubs, die keine Meldebestätigung haben, werden auf der Sitzung des Vorstandes im Juni 2006 aus dem Verbund ausgeschlossen.

Stiftung in Warschau unterstützt. Bei Bedarf erhalten teilnehmende Lehrer von den Organisatoren Informationen zur Geschichte Europas und den europäischen Institutionen sowie Lehrmittel mit methodischen Hinweisen, Anregungen und Vorschlägen für einzelne Unterrichtsstunden.

Die Gesellschaft berät darüber hinaus Schulen, die europäische Schulklubs aufbauen wollen. Hierfür gibt es auf der Website eine detaillierte Anleitung. Die Initiative sollte von Schülern ausgehen, Lehrer und die Robert-Schuman-Gesellschaft unterstützen ihr Vorhaben.

Die Ziele der europäischen Schulklubs sind unter anderem:

- Popularisierung der Idee der europäischen Einigung,
- Vermittlung der Kenntnisse über die EU-Länder,
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen und nationalen Bewusstseins (Belarus soll als ein Bestandteil Europas verstanden werden),
- Stärkung des Bewusstseins für die Wichtigkeit des Fremdsprachenunterrichts,
- Knüpfen von Beziehungen zu anderen europäischen Schulklubs,
- Knüpfen von Beziehungen zu Gleichaltrigen in der EU.

Die europäischen Schulklubs in Belarus werden auch von der polnischen Robert-Schuman-Gesellschaft in dem Programm „Über europäische Bildung zur Zivilgesellschaft“ unterstützt. Hier wurden bereits mehrere Studienreisen für belarussische Lehrer nach Polen, Seminare und Fortbildungen in Belarus sowie Schüleraustauschprogramme zwischen Belarus und Polen organisiert.

5.3 Medien

Zu Demokratiebildung gibt es in Belarus nur einen begrenzten öffentlichen Diskurs, grundsätzlich findet dieser in zwei Medien statt: Zum einen gibt es zahlreiche staatliche Fachpublikationen im Bildungsbereich, die das Thema bislang zwar nicht explizit aufgegriffen haben, jedoch als mögliche Foren zur Vorstellung von demokratiepädagogischen Ansätzen in Schulen denkbar sind. Gleichzeitig haben in der Vergangenheit belarussische NGOs zahlreiche Veröffentlichungen zu verschiedenen Aspekten, vornehmlich der politischen Bildung, herausgebracht, in denen Fragen der Demokratisierung von Schule offen diskutiert werden. Daneben gibt es wenige Websites, die sich auf Bildungsthemen spezialisiert haben, von denen mindestens eine sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat, mit den bereitgestellten Informationen und Dokumenten zu einer breiten Diskussion um eine demokratische Schule in Belarus beizutragen. Die wichtigsten Medien werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Narodnaja Asweta

Die Zeitschrift „Narodnaja Asweta“ (Volksbildung) ist die zentrale pädagogische Zeitschrift für allgemeinbildende Schulen in Belarus, herausgegeben vom belarussischen Bildungsministerium. Die Zeitschrift erscheint monatlich in einer Auflage von ca. 3.000 Stück (01/2006), sie enthält Beiträge auf Russisch und Belarussisch. Diskutiert werden Fragen der Bildungsreform, der strategischen Entwicklung im Bildungssektor, es wird über Schulwettbewerbe informiert, außerdem können Lehrer Musterstunden in einzelnen Fächern veröffentlichen. Die Zeitschrift gibt die Struktur vor für ähnliche fächerspezifische Publikationen, die vom Bildungsministerium herausgegeben werden. Für pädagogisch-erzieherische Themen ist z.B. die Zeitschrift „Adukacija i wyhawanne“ („Bildung und Erziehung“) maßgebend. Obwohl demokratiepädagogische Themen in Narodnaja Asweta und anderen Publikationen nicht besprochen werden, scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Zeitschriften als Forum dienen können, um deutsche oder westeuropäische Ansätze im Bereich der Demokratiebildung einem Fachpublikum vorzustellen. So war es immerhin möglich, dass in der Ausgabe 1/2006 ein Geschichtslehrer des Gymnasiums Nr. 2 in Wolkowyska den Ansatz zur Entwicklung des kritischen Denkens in dem Fach „Mensch. Gesellschaft. Staat.“ vorstellte.⁸⁶

Adukatat

Die Zeitschrift „Adukatat“ wird seit 2004 vom Netzwerk AGA herausgegeben und richtet sich an Bildungspraktiker (Lehrer) und Experten aus der Bildungsverwaltung. Ziel der Zeitschrift ist es, Material aufzuarbeiten und Diskussionen abzubilden für Pädagogen, die „ihre Bildungstätigkeit auf den Prinzipien der Demokratie und des Pluralismus aufbauen und die versuchen, im Bildungsprozess nicht einfach ‚Wissen weiterzugeben‘, sondern beim Adressaten die Fähigkeit zum selbstständigen Denken und zur sozialen Kompetenz zu entwickeln.“⁸⁷ Entsprechend finden sich in Adukatat Diskussionen zu demokratiepädagogischen Themen, und es wird eine Anknüpfung an internationale Diskurse gesucht. Regelmäßig werden ausländische Experten eingeladen, über ihre Erfahrungen zu berichten.⁸⁸ Die Zeitschrift erscheint zwei bis drei Mal im Jahr jeweils zu einem Leitthema, die Beiträge sind überwiegend auf Russisch, zum Teil auf Belarussisch, es gibt

⁸⁶ Vgl. M.G. Apanowitsch, „Tol’ko istinnaja l’jubow’ moschet stat’ poesiej. Raswitie nawykow kritischeskogo myschlenija w kurse „Tschelowek.Obschtschestwo.Gosudarstwo.“. Narodnaja Asweta, 1/2006, S. 91, 92.

⁸⁷ Vgl. die Selbstdarstellung von Adukatat auf der Seite <http://adukatar.net/wiki>.

⁸⁸ So schreiben z.B. in Ausgabe 7/2006 Sebastian Welter über Erwachsenenbildung im Zuge der EU-Erweiterung oder in Ausgabe 8/2006 Marilyn Melmann über Bildung für nachhaltige Entwicklung.

mittlerweile eine Sonderausgabe mit ausgewählten Texten auf Englisch. Sie hat gegenwärtig eine stabile internationale Finanzierung aus Deutschland und Schweden (IZZ/DVV, Studieförbundet Vuxenskolan) und wird von der staatlichen Bildungsverwaltung toleriert, aber nicht unterstützt.

Bislang sind acht Ausgaben des Adukatar zu Themen wie „Bildung und nachhaltige Entwicklung“, „Bildung und der 3. Sektor“, „Bildung und internationale Zusammenarbeit“ erschienen. Da jede Ausgabe auch umfangreiches methodisches Material liefert, ist die Zeitschrift unter Lehrern der politischen Bildung in Belarus und sogar in der Ukraine stark nachgefragt. Die Rezeption der Zeitschrift in Russland verläuft lediglich punktuell über die Netzwerke des IZZ/DVV. Es wäre interessant, die Zeitschrift als ein noch stärker überregionales Medium auszubauen, die Verbindungen in die Ukraine zu stärken und nach Russland zu entwickeln.

Programm „Lehrer. Schule. Gesellschaft.“ und Website www.nastaunik.info

Das Programm „Lehrer. Schule. Gesellschaft.“ (Nastaunik. Schkola. Gramadstwa.) existiert in Belarus seit 1999 und richtet sich vor allem an belarussische Lehrer. Als ein Ziel des Programms wird benannt:

„To make teachers more active as a social group, to promote democratic values by supporting community-active educational initiatives that might unite and influence a wide spectrum of society in their localities.“⁸⁹

Es umfasst ein weites Spektrum von Aktivitäten, angefangen bei der Organisation von Schulklubs, der Ausrichtung von Schulwettbewerben, über den Austausch unter Lehrern und mit Eltern, die Herausgabe von Schulzeitungen und -bulletins, bis zur Zusammenarbeit mit ökologischen, sozialen und Bildungsinitiativen. Für die verschiedenen Projekte konnten v.a. in der ersten Zeit zahlreiche Förderer vorwiegend aus Polen und den USA gewonnen werden,⁹⁰ so dass dem Erfahrungsaustausch mit polnischen (aber auch ukrainischen) Schulen beziehungsweise Lehrern anfänglich ein besonderes Gewicht zukam. Grundüberzeugung des Programms ist es, dass es keine belarussische Schule ohne progressive Methodik, demokratische Grundlagen und europäische Orientierung geben kann.

Um Lehrern, die an einer entsprechenden Entwicklung der belarussischen Schule

⁸⁹ Aus einer Power-Point Präsentation zum Programm von Supolnasz', vergleiche die belarussische Version unter <http://www.nastaunik.info/initiative/program>.

⁹⁰ Unter anderem die Batory-Stiftung, IDEE (Institute for Democracy in Eastern Europe, Warschau), die Kanadische Botschaft, Freedom House, die Mott Foundation, Orsa-Romano Educational and Cultural Foundation (alle USA).

interessiert sind, methodische und praktische Hilfestellung zu geben, wurde 2005 im Rahmen des Programms die Website <http://www.nastaunik.info> (nastaunik = Lehrer) eingerichtet.⁹¹ Sie bietet Informationen über internationale Bildungsdiskussionen und neue Lehrmethoden sowie Erfahrungsberichte dazu, wie diese Methoden in Belarus angewandt werden. Ausführliches Material gibt es beispielsweise zu Formen des aktiven Lernens, Diskussionen im Unterricht, Rollenspielen, zu Methoden der Förderung kritischen Denkens etc. Gleichzeitig sind zahlreiche Links dem Thema der politischen Bildung in der Schule und der außerschulischen Bildungsarbeit gewidmet. Politische Bildung wird in dem Menü der Seite als ein extra Punkt aufgeführt und bietet im Unterschied zu anderen Quellen nicht vorwiegend theoretische Informationen, sondern auch praktische Tipps bis hin zu Vorlagen für einzelne Stunden in der Schule und im außerschulischen Bereich. Fragen nach demokratiebildenden Maßnahmen in der Schule werden hier direkt angesprochen.

Die Seite ist insgesamt sehr aktuell, liefert auch Informationen über staatliche Wettbewerbe, Austauschprogramme, Stipendien etc. und ist mit den staatlichen Bildungsstellen (Ministerien, Lehrerfortbildungseinrichtungen usw.) gut verlinkt. Die Seite ist komplett auf Belarussisch, sie wird sowohl im Design als auch inhaltlich von Lehrern ganz überwiegend auf freiwilliger Basis gestaltet.

Die Zusammenarbeit mit den Autoren dieser Website und den an ihr beteiligten NGOs (Zentrum Supolnasz', TBS, TBM, „Nowaja kastalija“, „Swarotnaja suwjas'“, Tschaseniija und andere) ist sehr zu empfehlen. Nastaunik.info ist dasjenige Forum in Belarus, das Demokratiebildung im internationalen Zusammenhang am aktivsten diskutiert und im lokalen Rahmen am nachhaltigsten Versuche unterstützt, demokratische Ansätze in der Schule umzusetzen. Durch ihren an den Bedürfnissen der Lehrer orientierten Ansatz ist die Seite ein hervorragender Multiplikator.

Website adukacyja.info

Das Bildungsportal „adukacyja.info“ (adukacyja = Bildung) ist im Dezember 2005 auf eine Initiative der Franzyska-Skaryna-Gesellschaft der belarussischen Sprache („Tawarystwa belaruskaj mowy“ – TBM)⁹² zur Förderung der belarussischen Sprache entstanden. Die Unterstützung des Projekts läuft im Rahmen des UNO-Entwicklungsprogramms „Internet2“ in Belarus. Dem Portal liegt das Learning Management System (LMS) Moodle auf Open-Source-Basis zugrunde, dessen belar-

⁹¹ Im Zuge der Ausstattung der Schulen mit Computern und Internetzugang werden online-Informationen zunehmend verfügbar werden. Laut Tamara Mazkiewitsch, der Koordinatorin von www.nastaunik.info, hat die Mehrzahl der Menschen mit höherer Bildung heute Zugang zum Internet.

russische Version auch vom Portal „E-Learning – IATP Belarus“ (Internet Access and Training Program)⁹³ genutzt wird.

Die Organisatoren des Bildungsportals adukacyja.info begrüßen ihre Nutzer mit der Hoffnung,

„dass jeder, der sich uns anschließt, zu einem Multiplikator neuen Wissens wird und Anregungen bekommt, die demokratische Weltanschauung der Schüler zu fördern, Eltern und Kollegen zusammenzuschließen und die Verankerung von Demokratie in der belarussischen Gesellschaft herbeizuführen.“⁹⁴

Dieses Ziel wird nicht durch die direkte Vermittlung oder Bereitstellung demokratiepädagogischer Inhalte angestrebt, sondern indirekt auf zwei Weisen: Belarussischen Schülern (Abiturienten) und Studierenden werden auf adukacyja.info umfangreiche und aktuelle Informationen über Stipendien und Studienmöglichkeiten im Ausland bereitgestellt. Außerdem werden auf der Website Informationen über Initiativen und Projekte im Bereich des E-Learning für Lehrer gebündelt. Die Internetplattform gibt belarussischen Lehrern die Möglichkeit, ihre Erfahrungen, Kontakte, nützliche Links etc. auszutauschen, ohne auf kosten- und zeitaufwändige Präsenzmethode zurückzugreifen. Daneben zeigt das Bildungsportal mehrere Optionen auf, webbasierte Lehr- und Lernmethoden in Kursform gemeinsam zu nutzen und zu schaffen. Jeder Nutzer kann bei Bedarf eingreifen, um seine Vorschläge umzusetzen oder einfach Kommentare abzugeben. Gemeinsam entwickelte Kurse und Programme sollen frei zugänglich sein. Für Einsteiger werden unter „Einführung in die Lernplattform“ Anweisungen für den Zugang und die Navigation zusammengefasst.

Website school.iatp.by

Die Website „school.iatp.by“ ist schon 2002 ebenfalls im Rahmen eines UNDP-Programmes (Internet2-Project) mit Unterstützung des IATP-Programms des amerikanischen State Departments eingerichtet worden. Die gut strukturierte und

⁹² F. Skaryna Gesellschaft der Belarussischen Sprache wurde 1989 mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung der belarussischen Sprache zu fördern und ihre „linguistischen Rechte“ zu schützen. Die Organisation hat Filialen in 76 Städten in Belarus sowie in Moskau, Irkutsk, St. Petersburg, Riga, Kohtla-Järve, Toronto usw. Gegenwärtig hat die TBM 8.000 Mitglieder. Vgl. auch <http://www.tbm-language.com>.

⁹³ Vgl.: <http://distance.iatp.by>. Während „E-Learning – IATP Belarus“ eine Plattform für die Online-Nutzung der virtuellen Bildungsangebote in mehreren Fächern aus dem Schul- und Hochschulprogramm bietet und sich sowohl an Schüler als auch an Lehrer und Dozenten richtet, ist das Bildungsportale „[Adukazyja](http://adukacyja.info)“ als eine Internetressource zur Unterstützung kooperativer Lehrmethoden gedacht.

⁹⁴ Vgl. <http://adukacyja.info>.

komplett russischsprachige Seite richtet sich an Lehrer, Schüler, Eltern, Vertreter der Schulverwaltung und Bildungsexperten und versucht, grundlegende Informationen über das gesamte Spektrum der schulischen Bildung bereitzustellen: Angefangen bei den relevanten Gesetzestexten über methodisches Material für Lehrer, Zeitungen und Zeitschriften, Fachpublikationen, Informationen für Schulpsychologen bis zu Links zu Schulwebsites und einem Forum zum virtuellen Austausch bietet sie einen umfangreichen Pool an Dokumenten und weiterführenden Links. Problem der Seite, die als gute grundlegende Ressource gelten kann, ist die fehlende Aktualität sowie bei den Links zu den Publikationen eine fast ausschließliche Orientierung an russischen Zeitschriften. Der aktuelle Bildungsdiskurs in Belarus wird nicht reflektiert, und auch die Tätigkeiten von belarussischen NGOs im Bildungsbereich sind nicht abgebildet.

Gleichwohl ist die Seite eine gute Grundlage, um etwa Basisinformationen über Demokratiebildung und den europäischen Diskurs dazu zu platzieren und einer interessierten (Fach)Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Aktualisierung der Seite und eine Ergänzung um demokratiepädagogische Inhalte scheint eine Frage der finanziellen Ressourcen zu sein, deshalb besitzt dieses Projekt durch seine vorliegende Struktur erhebliches Potenzial und stellt darüber hinaus eine sinnvolle Ergänzung zu existierenden belarussischen Web-Ressourcen dar.

VI. Ausländische Akteure in Belarus: Europa, die Nachbarn, Deutschland

6.1 Ausländische Förderer und internationale Programme im Bildungsbereich in Belarus

Noch bis in die späten 90er Jahren entfaltete das belarussische Bildungsministerium rege Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. 1998 gab es 240 Vereinbarungen mit Bildungseinrichtungen in 16 Ländern, Belarus arbeitete eng mit internationalen Organisationen wie dem Europarat und der UNESCO zusammen.⁹⁵ Hier hat sich die Situation bis heute grundlegend geändert. 1997 wurde Belarus der Gaststatus im Europarat aberkannt und die Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU suspendiert. Seitdem verschlechterten sich die Beziehungen zwischen EU und Belarus kontinuierlich. Nach den Parlamentswahlen von 2004, die international nicht anerkannt wurden, sind auch die meisten bilateralen Kontakte zu Belarus auf offiziellen Ebenen eingefroren. Belarus reagierte seinerseits, indem es internationale Bildungsprogramme, das Engagement ausländischer Stiftungen oder die Zusammenarbeit mit europäischen Programmen (Tacis) oder Bildungsinformationssystemen (z.B. Eurydice) entweder stark eingeschränkt oder ganz verboten hat.⁹⁶ Das hat vielfältige Konsequenzen für die Schulen: Für Lehrer gibt es kaum noch Möglichkeiten, an einem Erfahrungsaustausch mit ausländischen Kollegen teilzunehmen. Dienstliche Reisen werden, selbst wenn sie offensichtlich dem Zweck der Fortbildung dienen, in der Regel nicht genehmigt.⁹⁷ Und internationale Schulpartnerschaften gelten, auch wenn sie von den Lehrern gewünscht, von der Schulverwaltung formal unterstützt und offiziell nicht verboten sind, als politisch nicht opportun. (Eine Ausnahme sind hier vielleicht Kooperationen mit russischen Schulen.)

Hinzu kommt ein Erlass vom 9. März 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels, demzufolge die Entscheidung über den Schul- und Studentenaustausch allein in den Händen des Bildungsministeriums liegt. D.h. in jedem Einzelfall wird entschieden, ob der Student/der Schüler ein Auslandssemester/Auslandsjahr machen darf. In den Erklärungen zu einem entsprechenden Gesetzentwurf (das Gesetz sollte im September 2006 in Kraft treten) ist zu lesen, dass Abgeordnete gegen die

⁹⁵ Vgl.: The Education For All (EFA) 2000 Assessment: Country Report Belarus unter: http://www2.unesco.org/wef/countryreports/belarus/rapport_1.html.

⁹⁶ Döbert, Hans et al. (2004), S. 611.

⁹⁷ Die einzige belarussische Teilnehmerin an der an der Sommerakademie „Demokratie leben und lernen in der Schule“ in Berlin musste ihre Teilnahme an der Akademie, für die sie sich aufwändig beworben hatte, als Privatreise deklarieren.

Aufnahme der Passage über den Schüleraustausch in das neue Gesetz gestimmt haben mit der Begründung, es sei kontraproduktiv und nicht im Sinne des Kindes, dass diesem die Möglichkeit eingeräumt werde, im Ausland zu lernen, aber es ein ganzes Jahr in der Schule verlöre, weil die Lehrpläne nicht übereinstimmten.

Internationale Programme zur Demokratiebildung hat es in Belarus explizit nicht gegeben, in den 90er Jahren liefen allerdings einzelne Projekte, die den Bildungsreformprozess im Land unterstützen sollten. Hier ist vor allem die Kooperation der Europäischen Humanistischen Universität (EHU) in Minsk mit dem amerikanischen Civic Education Project (CEP)⁹⁸ zu nennen, die aufgrund der Schließung der Universität und der Einstellung des Programms auf amerikanischer Seite nicht weiter entwickelt werden konnte.

Die Anzahl der ausländischen Förderer, die heute noch Projekte im Bildungsbereich in Belarus finanzieren, ist überschaubar. Das hängt auch damit zusammen, dass seit 2004 eine Registrierungspflicht für internationale Projekte gilt, an der die meisten Vorhaben scheitern. Ohne Registrierung durch die zuständigen Ministerien sind die Projekte illegal und Projektgelder können nicht auf einheimische Konten überwiesen werden; weder der rechtlich problematische Status noch der notwendige Bargeldtransfer ist für die meisten Zuwendungsgeber akzeptabel. Offenbar unkomplizierter ist das Verfahren für ausländische Botschaften.

Zumeist waren demokratische Bildungsprojekte in der Vergangenheit ein Teil größerer zivilgesellschaftlicher Programme. Bis 2003 stellte USAID über 9 Mio. Dollar jährlich zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Belarus zur Verfügung, dabei wurden auch Bildungsprojekte gefördert. Die Charles S. Mott Foundation war daran interessiert, Bildungsprojekte im Bereich des „Community Development“ in Belarus zu unterstützen.⁹⁹ Bislang aber scheiterten die Pläne wiederholt an den beschriebenen Registrierungsproblemen. Schweden hat schon vor Jahren entschieden, zivilgesellschaftliche Projekte in Belarus langfristig zu fördern, der Studieförbundet Vuxenskolan koordiniert dabei zahlreiche Bildungsprojekte. Das Matra-Programm des niederländischen Außenministeriums, das über die Botschaft in Warschau verwaltet wird, fördert Kleinprojekte im zivilgesellschaftlichen Bereich, vereinzelt finden sich hier auch Bildungsprojekte. Auf deutscher Seite unterstützt das Förderprogramm Belarus der Bundesregierung schon seit 2002 Projekte deutsch-belarussischer Initiativen zur Entwicklung der belarussischen Zivilgesellschaft:

„Mit über 70 Projekten in den letzten drei Jahren hat sich das Förderprogramm als wichtiges Instrument der deutsch-belarussischen Beziehungen und der Entwick-

⁹⁸ Vgl.: <http://www.civiceducationproject.org/>.

⁹⁹ Sie tut dies erfolgreich in der Ukraine, von wo aus auch die Aktivitäten in Belarus koordiniert werden.

lung der belarussischen Zivilgesellschaft etabliert. Neben der humanitären Hilfe von etwa 20 Millionen Euro und der Aufnahme von über 10.000 Kindern und Jugendlichen ist mit Hilfe des Förderprogramms eine dritte Säule von Aktivitäten der etwa 600 deutschen Belarusinitiativen entstanden. Mit (und ohne) direkte Unterstützung des Förderprogramms engagieren sich die deutsch-belarussischen Initiativen für nachhaltige Veränderungen und Weiterentwicklung in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt und Kleinunternehmen.“¹⁰⁰

Bei den Bildungsprojekten, die im Rahmen des Förderprogramms finanziert wurden, waren auf deutscher Seite vor allem der Deutsch-Russische Austausch und das IZZ/DVV die Kooperationspartner von belarussischen NGOs. In den 2006 und perspektivisch auch 2007 geförderten Projekten liegt der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit zwischen den Initiativen und belarussischen Behörden.

Mit der Durchführung des Förderprogramms ist das IBB¹⁰¹ in Dortmund/Minsk beauftragt, der mit Abstand größte Akteur in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Belarus. 1985 gegründet, arbeitet das IBB vor allem mit Instrumenten der politischen Bildung für Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern. Ein wichtiges Projekt des IBB in Minsk ist die Geschichtswerkstatt, die seit 2003

„Interessierten, Zeitzeugen und Wissenschaftlern aus Belarus, Deutschland und anderen Ländern die Möglichkeit (eröffnet), miteinander in Dialog zu treten, die eigene Sicht auf die Geschichte aus anderer Perspektive zu prüfen und Vorurteile abzubauen.“¹⁰²

Im Rahmen der Geschichtswerkstatt werden laufend Forschungsprojekte unterstützt, Ausstellungen organisiert, Seminarreihen und Konferenzen abgehalten, die den Zweiten Weltkrieg, Zwangsarbeit und die Bedeutung der historischen Erfahrung für die Gegenwart auch über die deutsch-belarussische Geschichte hinausgehend zum Thema haben. Besonders für Zeitzeugen ist die Geschichtswerkstatt eine Anlaufstelle mit der Möglichkeit sich regelmäßig zu treffen, Kontakte auch zu Institutionen im Ausland zu pflegen und Lebensgeschichten zu dokumentieren.

¹⁰⁰ Siehe: <http://www.ibb-d.de/belarus.html?belarus/foerderprogramm.html>.

¹⁰¹ IBB = Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, <http://www.ibb-d.de/>.

¹⁰² <http://www.ibb-d.de/geschichtswerkstatt.html>.

6.2 Europarat (EDC) und Europäische Union

Da Belarus nicht Mitglied des Europarats ist, hat das Land weder an den Aktivitäten im Rahmen des European Year of Education for Democratic Citizenship teilgenommen noch sich der Initiative Living and Learning Democracy 2006-2009 angeschlossen. Ebenso wenig war Belarus Teilnehmer an den europäischen Untersuchungen zur Bildungsqualität (IEA- beziehungsweise PISA-Studien) oder den europäischen Programmen zur Förderung der Mobilität von Studierenden (Socrates, Erasmus, Comenius, Lingua und Grundtvig sowie Leonardo da Vinci).¹⁰³ Auch das vom Europarat entwickelte, in zahlreiche europäische Sprachen übersetzte und über Trainingsmaßnahmen verbreitete Handbuch zur Menschenrechtserziehung „Kompass“ kommt in Belarus bislang nicht zum Einsatz, und Seminare zu Kompass für belarussische Lehrer wurden, da staatlicherseits mit hohen Steuern belegt, bislang außerhalb des Landes durchgeführt.

Dass auch das PCA (Partnership Cooperation Agreement) zwischen der EU und Belarus bislang nicht ratifiziert ist, hat Auswirkungen auf die Förderprogramme der EU gegenüber Belarus: Über das Tacis-Hauptprogramm werden gegenwärtig keine Projekte für Belarus ausgeschrieben.¹⁰⁴ Bis 2005 konnten Vorhaben noch im Rahmen der Programmlinie IBPP (Institution Building Partnership Programme) beantragt werden, und hier wurden in der Vergangenheit tatsächlich mehrere Bildungsprojekte gefördert. Dieses Instrument ist allerdings mit der Einführung des beschriebenen Registrierungsverfahrens wirkungslos geworden, da die belarussischen Behörden keines der von der EU bewilligten 24 Projekte in der notwendigen Frist registriert haben. Gegenwärtig versucht die EU, in einer anderen Programmlinie zivilgesellschaftliche Projekte in Belarus zu fördern, über die es mittelfristig durchaus möglich sein könnte, Bildungsprojekte mit demokratiepädagogischen Schwerpunkten zu beantragen.¹⁰⁵

6.3 Kontakte zu Bildungsakteuren aus Russland und der Ukraine

Sowohl bei belarussischen Schulen, unter Vertretern der Bildungsverwaltung und Bildungsexperten als auch bei belarussischen NGOs existieren z.T. gute Kontakte nach Russland und in die Ukraine. Vor allem im Westen des Landes ist darüber hinaus die belarussisch-polnische Zusammenarbeit relativ gut ausgebaut.¹⁰⁶

¹⁰³ http://www.ibe.unesco.org/cops/russian/EU_App_Edu_Quality_%20Assesment.pdf.

¹⁰⁴ In dieser Programmlinie wird *nota bene* in der Ukraine momentan ein umfangreiches Civic Education Projekt gefördert.

¹⁰⁵ Weitere Informationen über diese EU-Programmlinie können hier nicht gegeben werden, um die Umsetzung der bereits laufenden Projekte in Belarus nicht zu gefährden.

Die Kontakte zwischen nicht-staatlichen Akteuren im Bildungsbereich in Belarus, Russland und der Ukraine sind punktuell und haben einen Schwerpunkt beim Austausch von methodischen und theoretischen Materialien im Bereich der politischen Bildung.¹⁰⁷ Die von AGA herausgegebene Zeitschrift „Adukatar“ wird von ukrainischen Lehrern aufgrund ihrer methodischen Beilagen sehr geschätzt. AGA besitzt gute Kontakte zum ukrainischen Lehrernetzwerk Nowa Doba, in L'wiw. Projekte im Bereich des Community School Development in Russland (federführend „Sotrudnitschestwo“, Krasnojarsk) und der Ukraine (federführend Ukrainian Step by Step Foundation, Kiew) hätten in Supolnasz' einen gleichwertigen Partner in Belarus, der auch bereits ein entsprechendes Projekt entwickelt hatte. Da aber eine von NGOs begleitete Öffnung von Schulen gegenüber ihrem sozialräumlichen Umfeld politisch gegenwärtig nicht möglich ist, kann dieser Ansatz momentan in Belarus nicht umgesetzt werden.

Der Bedarf an Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen belarussischen, russischen und ukrainischen Akteuren im Bildungsbereich auf verschiedenen Ebenen ist groß, es gibt jedoch nur selten Gelegenheit, die bestehenden losen Kontakte zu stärken. Die Sommerschule Demokratie leben und lernen, die 2006 mit Teilnehmern aus mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern in Berlin stattfand, war auch in dieser Hinsicht eine wertvolle Initiative und sollte eine Fortsetzung finden.¹⁰⁸ Die Förderung länderübergreifender gemeinsamer Projekte im Bereich der Demokratiepädagogik oder die Entwicklung von Materialien zur Demokratiebildung, die in Schulen aller drei Länder Anwendung finden könnten, wären hier zweifellos eine sehr bedarfsorientierte Initiative.

Der Gedanke einer transnationalen Zusammenarbeit zwischen Belarus, Russland und der Ukraine im Bereich der Demokratiebildung an Schulen scheint auch aus historischer, politischer und sozialer Perspektive überzeugend. Ungeachtet aktueller politischer Unterschiede besitzen alle drei Staaten keine den westlichen Erfahrungen vergleichbare Demokratietradition, und viele Probleme bei Fragen der demokratischen Organisation von Schulen besitzen große Ähnlichkeit: Wladimir

¹⁰⁶ Vgl. etwa die Kooperation der polnischen und belarussischen Schuman-Gesellschaften oder die Unterstützung des JKL durch Warschauer Schulen.

¹⁰⁷ Da die Sprachbarrieren zwischen dem Ukrainischen, Belarussischen und Russischen relativ gering sind, können auch anderssprachige Publikationen gelesen werden. Das Russische ist aber in der Regel die gemeinsame Verkehrssprache.

¹⁰⁸ Allerdings nahm 2006 nur eine Vertreterin aus Belarus an der Sommerakademie teil, die zudem aus dem universitären und nicht dem schulischen Bereich kam. Sie hob hervor, dass die Anforderungen in der Ausschreibung zur Teilnahme an der Akademie für belarussische Lehrer deutlich zu hoch waren, weswegen sich insgesamt nur wenige Interessenten aus Belarus beworben hätten.

Kolas, Direktor des JKL, berichtet von seinem Vortrag auf einer Konferenz zum Thema öffentliche Schulfonds (Óbschtschestwennye schkol'nye fondy) in Russland. Als er über die belarussischen Erfahrungen bei der Vermittlung demokratischer Prinzipien in der Schule sprach, kommentierten russische Zuhörer:

„Wir glauben, wir brauchen keine Demokratie, denn gerade diese Demokratie hat Chaos und Armut verursacht“, hieß es wiederholt. Dies war der Denkanstoß, die gemeinsame sowjetische Vergangenheit in Erinnerung zu rufen und über die fehlende demokratische Konsolidierung in Belarus, Ursachen der Reproduktion überholter sowjetischer Muster und das Scheitern zahlreicher demokratischer Initiativen zu reflektieren. In Belarus wie in Russland besteht ein dringender Bedarf an Aufklärung in Sachen Demokratie. Die Schule ist wohl der beste Ort, an dem sich eine solche generationsübergreifende Aufklärungsarbeit durchführen lässt. Die allgemeine Zweckbestimmung der Schulen mache sie zu einem geradezu idealen Ort, an dem die ersten ‚Kurse für Analphabeten‘ durchgeführt werden könnten.“¹⁰⁹

Auch in anderer Hinsicht war der Austausch zwischen russischen und belarussischen Lehrern auf der Konferenz sehr produktiv: Russische Teilnehmer waren an belarussischen Erfahrungen im Bereich Schülerselbstverwaltung, interaktive Ansätze im Schulunterricht und Auslandskontakten interessiert. Die Belarussen zeigten sich von dem ausgeprägten Freiheitsgefühl der russischen Kollegen, ihrem entspannten Umgang mit der Muttersprache und den fehlenden Problemen mit dem nationalen Selbstbewusstsein beeindruckt.

6.4 Deutsche Sprache in Belarus – Chancen für Schulkontakte

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus haben einen besonderen Stellenwert, der im Alltag in Belarus deutlich sichtbar ist. Einerseits sind die Leiden und Verluste der Menschen in Belarus während des Zweiten Weltkrieges immer noch sehr präsent, und der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion, die deutsche Besetzung von Belarus und der Sieg der Roten Armee werden auch in Schulen und Schulbüchern sehr lebendig gehalten. Andererseits prägen das deutsche Engagement nach 1989 und der Einsatz für Völkerverständigung und Versöhnung ein positives Deutschlandbild. Insbesondere die zahlreichen Tschernobyl-initiativen haben dazu geführt, dass es eine regelrechte Deutschlandbegeisterung im Land gibt, die auch in den Schulen deutlich zu spüren ist. Rolf Hoffmann, Koordinator der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Minsk, berich-

¹⁰⁹ Vgl.: Kolas, Wladimir, Sibirskija Uroki, 2005/2006.

tet von einer starken Affinität zu Deutschland unter Schülern und einem stets sehr großen Interesse unter Lehrern, als Teilnehmer oder Begleitpersonen im Rahmen von Tschernobylprogrammen mit Kinder- und Jugendgruppen nach Deutschland zu reisen.¹¹⁰

Auch in Bezug auf die Förderung der deutschen Sprache in Belarus gibt es zahlreiche gute Ansätze: Gegenwärtig arbeiten drei deutsche Fachlektoren an DSD-Schulen in Belarus (zwei in Minsk, einer in Brest), daneben sind DAAD-Lektoren in Grodno und Brest sowie mehrere Bosch-Lektoren im Land tätig. Das Niveau der Kenntnisse der deutschen Sprache unter belarussischen Schülern ist laut Hoffmann sehr hoch. Im Schuljahr 2005/2006 gab es 50 erfolgreiche Absolventen des Deutschen Sprachdiploms in Belarus, die in der Folge die Möglichkeit haben, ein Studium an einer deutschen Universität aufzunehmen.

Eine sehr wichtige Arbeit leistet das Goethe-Institut in Minsk, mit dessen Hilfe im letzten Jahr ein Deutschlehrerverband gegründet wurde, dem auch Hochschullehrer angehören. Mindestens ebenso wichtig ist die Basisarbeit der ZfA-Fachlektoren insbesondere im methodischen Bereich: Da die fremdsprachlichen Lehrbücher in Belarus überwiegend von schlechter Qualität sind, kursieren die Übungsblätter der deutschen Lektoren in Kopie im ganzen Land und finden bisweilen sogar Eingang in Prüfungen im Rahmen von Spracholympiaden. Auch auf offizieller Seite ist das Interesse an deutscher Expertise groß. Kürzlich erging eine Anfrage aus dem belarussischen Bildungsministerium an die Fachlektoren, über deutsche Standards im Fremdsprachenunterricht zu berichten.

Bei der Frage nach Ansätzen von Demokratiebildung in belarussischen Schulen meint Hoffmann, die deutschen Lektoren nutzten ihre Schulstunden durchaus, um die Schüler zu selbstständigem Denken, Urteilen und eigener Meinungsbildung zu motivieren, und in der Landeskunde wird auch Grundlagenwissen über die demokratischen Institutionen in Deutschland vermittelt. Dies habe aber kaum mehr als punktuellen Charakter, zudem zeigen seine Erfahrungen im Unterricht, dass belarussische Schüler beim Thema Deutschland zwar die Wirtschaftskraft des Landes und die individuellen Freiheiten dort bewunderten, an der Demokratie als Staatsform der Bundesrepublik jedoch kein Interesse besäßen.

Der Schulaustausch zwischen belarussischen und deutschen Schulen ist ein schwieriges Thema. Zwar bekunden auf Nachfrage alle Schulen ein großes Interesse an Partnerschaften mit deutschen Schulen, doch ist jeder Schulaustausch für belarussische Schulen mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden,

¹¹⁰ Gespräch am 17.09.2006 in Minsk.

der bei der großen zeitlichen Belastung der Lehrer und Schulleitung kaum zusätzlich leistbar ist. Dennoch existieren gegenwärtig 31 Partnerschaften zwischen deutschen und belarussischen Schulen.

Und so regt Hoffmann an, eher bestehende Schulpartnerschaften zu stärken als zu versuchen, neue Kontakte anzubahnen. Generell gibt es Zweifel an einem grundsätzlichen Interesse unter deutschen Schulen, Partnerschaften mit Schulen in Belarus einzugehen. Die bestehenden Kontakte sind entweder im Rahmen von Städtepartnerschaften bereits Anfang der 90er Jahre entstanden oder eine Folge privater Initiativen.

VII. Zusammenfassung

Das Vorhaben, Formen der Demokratiebildung in Belarus zu beschreiben, scheint auf den ersten Blick widersprüchlich: Wie können in „der letzten Diktatur Europas“ demokratiepädagogische Ansätze in den Schulen erprobt oder umgesetzt werden? Was gibt es hier überhaupt zu beschreiben?

In der Tat sind die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer demokratischen Schule in Belarus denkbar schlecht: Sowohl die politischen Institutionen (Präsidialverwaltung, Ministerien, Parlament) als auch die Bildungsverwaltung im Land sind Repräsentanten eines explizit nicht-demokratischen Systems und folglich nicht an der Stärkung von demokratischen Strukturen in belarussischen Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsinstitutionen interessiert. Hinzu kommt, dass dem System Lukaschenko eine Vertikale zugrunde liegt, deren Hauptaufgabe in der Ausübung von politisch-ideologischer Kontrolle besteht. Schulen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, da ein Großteil der Bevölkerung in irgendeiner Form Kontakt zu ihnen hat und über sie prägender Einfluss auf die künftigen Generationen ausgeübt werden kann. Und so kontrolliert das Bildungsministerium die Bildungsverwaltung, diese die Schulen beziehungsweise Direktoren in den Schulen, diese wiederum die Lehrer, und am Ende der Kette stehen die Schüler als schwächstes Glied. Folgerichtig sind Formen der Demokratiebildung in belarussischen Schulen weder in offener Form zu finden, noch wird das Thema offiziell diskutiert. Zwar trifft man bei der Suche nach Anknüpfungspunkten auf demokratische Versatzstücke, die an fast allen Schulen existieren. Diese fügen sich allerdings nicht zum Gesamtbild einer demokratisch organisierten Schule oder sorgen für ein demokratisches Schulklima. Auch auf der bildungstheoretischen Ebene gibt es in Belarus kein Äquivalent zu den europäischen Diskussionen um die EDC. Entfernt vergleichbare Initiativen wie das BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“ sind hier gegenwärtig nicht vorstellbar.

Gleichwohl ist das Gesamtbild der Situation in Belarus in Bezug auf Demokratiebildung uneinheitlich: Da der Unterrichtsrahmen eine der letzten Nischen ist, um Themen anzusprechen und Formen einzuführen, die die Schule in Belarus weniger autoritär machen, hängt momentan viel von den Lehrern ab. Und in der Tat gibt es zahlreiche Lehrer, die dem politischen Druck von oben trotzen und die versuchen, den beschränkten Spielraum zu nutzen, um mehr oder weniger „demokratische“ Elemente in die Schule einzuführen. Hier spielen nicht-staatliche Einrichtungen in Belarus eine wichtige Rolle, die in den letzten Jahren mehrere unabhängige Lehrernetzwerke initiiert und gefördert haben. NGO-Datenbanken umfassen gegenwärtig ca. 2000 Lehrer in ganz Belarus – vorwiegend auf dem Land –, die gemein-

nützig und ehrenamtlich tätig sind und Initiativen entwickeln, welche auf eine Demokratisierung der Schule zielen und die Atmosphäre dort tatsächlich nachhaltig positiv beeinflussen.

Wer heute Ansätze von Demokratiebildung in Belarus unterstützen will, sollte sich an diesen beiden Zielgruppen orientieren: Unabhängigen (ständig von Entlassung bedrohten) Lehrern sollte das Gefühl geben werden, nicht isoliert von der demokratischen Welt und den europäischen Programmen und Diskussionen im Bereich der Demokratiebildung zu sein. Über sie können einzelne Schulen in Belarus ermutigt werden, verstärkt demokratische Elemente in die eigene Schulorganisation aufzunehmen. Gleichzeitig sollte die Arbeit der nicht-staatlichen Organisationen im Bildungsbereich in Belarus zielgerichtet und nachhaltig unterstützt und dabei positiv berücksichtigt werden, dass viele NGOs in Belarus gegenwärtig gezwungen sind, ohne offizielle Registrierung zu arbeiten: Förderinstrumente sollten für diese Zielgruppe so flexibel wie möglich strukturiert sein.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist ein (deutsches, europäisches) Engagement in Belarus mit dem Ziel der Stärkung demokratischer Kräfte und Ansätze in den Schulen momentan immens wichtig.

Abkürzungen

AGA	Arganisazyi gramadsjanskaj adukazyi / Organisationen der politischen Bildung
APO	Akademija poslediplomnogo obrasowanija / Akademie der postuniversitären Bildung
BLRP	Belorusskaja liga roditelej i pedagogov ‚Krok za krokam‘ / Belarussische Liga der Eltern und Pädagogen
BRPO	Belorusskaja Respublikanskaja Pionerskaja Organizazija / Belarussische nationale Pionierorganisation
BRSM	Belaruski Respublikanski Sajus ōÓladi / Belarussische nationale Union der Jugend
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
CEP	Civic Education Project
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DIPF	Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung
DSD	Deutsches Sprachdiplom
EDC	Education for Democratic Citizenship
EFA	Education for All
EHU	Europäische Humanistische Universität
EU	Europäische Union
IATP	Internet Access and Training Programme
IBB	Internationales Bildungs- und Begegnungswerk
IBPP	Institution Building Partnership Programme
IDEA	International Debate Education Association
IDEE	Institute for Democracy in Eastern Europe
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
IEARN	International Education and Resource Network
IPK	Institut powyschenija kwalifikazii i perezpodgotowki rukowodjaschtschich rabotnikow i spezialistow obrasowania / Institut zur Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern und Spezialisten im Bildungsbereich
IWPR	Institute for War and Peace Reporting
IZZ/DVV	Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V.
JKL	Jakub-Kolas-Lyzeum
LMS	Learning Management System

NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PISA	Programme for International Student Assessment
RIPO	Respublikanskij Institut professional'nogo obrasowanija / Nationales Berufsbildungsinstitut
RiWSch	Respublikanskij Institut Wyschey Schkoly / Nationales Hochschulinstitut
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TBM	Tawarystwa belaruskaj mowy imja Franzyska Skaryny / Franzyska-Skaryna-Gesellschaft der belarussischen Sprache
TBS	Tawarystwa belaruskaj shkoly / Gesellschaft belarussischer Schulen
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization
USAID	United States Agency for International Development
ZfA	Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

DEMOKRATIEBILDUNG IN RUSSLAND



Schüler mit der Direktorin des Lyzeum Nr. 10 in Perm

ANNEGRET WULFF

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	85
II.	Das russische Bildungssystem im Überblick	87
2.1	Das Schulsystem	87
2.2	Private Schulen und Universitäten	90
2.3	Experimentalschulen	91
2.4	Zuständigkeiten und Finanzierung	92
2.5	Die Situation der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen	94
2.6	Die Ergebnisse der PISA-Studie in Russland	95
2.7	Reformen	97
III.	Die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Russland	100
3.1	Russland zwischen Aufschwung, Aussterben und nationalen Projekten	100
3.2	Das nationale Projekt „Bildung“	102
3.3	Demokratieverständnis, Pressefreiheit und Toleranz in Russland	104
3.4	Bürgerschaftliche Bildung und patriotische Erziehung	107
IV.	Akteure und Programme der Demokratiebildung	112
4.1.	Demokratiebildung auf staatlicher Ebene	112
4.2.	„European Year of Democratic Citizenship through Education“ des Europarates	117
4.3.	Die Rolle von Stiftungen	119
4.4.	Die Arbeit der NGOs	122
4.5.	Bildungspolitik in den Medien	128

V.	Formen von Demokratiebildung in der Praxis	131
5.1.	Vermittlung demokratischer Kompetenzen im Unterricht	133
5.2.	Lernen in Projekten	134
5.3.	Schulische Mitbestimmung	135
5.4.	Öffnung der Schulen	138
5.5.	Die Rolle von Schulpartnerschaften	140
5.6.	Die Demokratische Schule Moskau	141
VI.	Fazit	145

*„Demokratien können nur etabliert werden,
wenn die Schulen dazu ihren Beitrag leisten.
Bisher wird allerdings den Schülern Demokratie
meistens schulmeisterhaft von oben herab verordnet,
wobei so praktische Demokratie nicht vermittelt werden kann.“¹*

ALEKSANDR NAUMOWITSCH TUBELSKIJ,
DIREKTOR DER DEMOKRATISCHEN SCHULE MOSKAU

I. Einleitung

Der Europarat widmete mit seiner Initiative „European Year of Democratic Citizenship through Education“ im Jahr 2005 der politischen Bildung einen Schwerpunkt seiner Arbeit. In den 46 Mitgliedsstaaten wurden nationale Koordinierungsstellen eingerichtet, die in Kooperation mit Partnern zahlreiche Projekte in den einzelnen Ländern entwickelten und durchführten. In diesem Zusammenhang zeigte sich insbesondere Eines: dass sich vorgefertigte Modelle und Sichtweisen nicht ohne weiteres von einem Land auf ein anderes übertragen lassen. Demokratiebildung muss die historischen und kulturellen Gegebenheiten und Traditionen berücksichtigen, die eine Gesellschaft prägen. Diese Erkenntnis gilt auch und besonders für Russland.

Die Begriffe Russland und Demokratie werden derzeit in den meisten westlichen Medien als Gegensatz verstanden. Meldungen über die Morde an der Journalistin Anna Politkowskaja und dem ehemaligen Agenten Alexander Litwinenko bestimmen die Schlagzeilen und nähren Spekulationen über die Verwicklung höchster politischer Kreise bis hinein in den Kreml. Während die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit und Putins „gelenkte Demokratie“ bei vielen westlichen Politikern in der Kritik stehen, sieht die Mehrheit der Russen in ihrem Präsidenten einen Garanten für Stabilität und Wohlstand des Landes.

Die Absicht dieser Arbeit ist es, die spezifischen Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Russland aufzeigen und zu untersuchen, wie diese konkret an Schulen umgesetzt wird. Da das russische Bildungssystem derzeit von großer Dynamik, schnellen Umbrüchen und auch Widersprüchen geprägt ist, kann und

¹ Tubelskij, Aleksandr Naumowitsch: Pädagogik der Selbstbestimmung. Versuch einer Antwort auf die Herausforderungen an die russische Pädagogik für eine demokratische Gesellschaft. http://www.kontakte-kontakty.de/deutsch/schule_demokratie/lehrer_und_schueleraustausch/referat_tubelski_1999.php.

will diese Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie ist vielmehr eine Momentaufnahme der aktuellen Situation im Bildungsbereich auf der Basis zahlreicher Besuche russischer Schulen und Gespräche mit Experten, Bildungspolitikern und Akteuren der Demokratiebildung.

Im ersten Kapitel gilt es zunächst, die Struktur des russischen Bildungssystems mit seinen verschiedenen Schultypen, staatlichen Zuständigkeiten und jüngsten Reformen kurz zu umreißen. Daran anknüpfend werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen analysiert und Reformbemühungen skizziert, um den inner-russischen Demokratiediskurs und die wachsende Bedeutung von Patriotismus einordnen zu können. Unter Rückgriff auf die Strukturen des Bildungssystems einerseits und das Demokratieverständnis in Russland andererseits liegt der Fokus des vierten Kapitels auf den zentralen Akteuren im Bildungsbereich. Hierbei geht es um die Rolle des Staates als gesetzlicher Rahmengeber und Träger der meisten Bildungseinrichtungen sowie um die Bedeutung von Stiftungen sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Partner und Ideengeber. Schließlich wird im fünften und letzten Teil gezeigt, welche Formen der Demokratiebildung es konkret an russischen Schulen gibt und wie sie methodisch umgesetzt werden.

Die Informationen für diese Arbeit beruhen zum einen auf meist russischsprachigen aktuellen Veröffentlichungen und zum anderen auf Recherchen der Verfasserin in Russland. Die Untersuchungen vor Ort umfassten Gespräche mit Schülern und Lehrern sowie Vertretern von Bildungsadministrationen, Stiftungen und NGOs. Im März, Mai und September 2006 besuchte die Verfasserin in den Regionen Perm, Smolensk und Moskau insgesamt 19 Schulen.

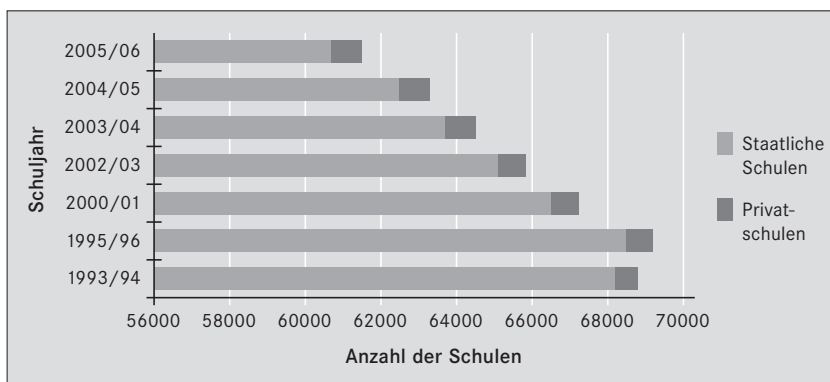
II. Das russische Bildungssystem im Überblick

2.1 Das Schulsystem

Der rechtliche Rahmen aller Bildungsaktivitäten in Russland ist im Bildungsgesetz „Über die Bildung“ („Ob obrasowanii“) vom 10. Juni 1992 und in einer Reihe späterer Ergänzungen festgelegt. In Artikel 1 dieses Gesetzes wird die Bildung als prioritäre Aufgabe der Russischen Föderation herausgestellt.²

In diesem Gesetz sieht der Staat einen elfjährigen Schulbesuch ab sechs bzw. sieben Jahren vor, wobei es an einigen Schulen durch Überspringen der 4. Klasse möglich ist, die Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen. Im Schuljahr 2005/2006 lern-ten insgesamt 15,185 Millionen Kinder und Jugendliche an 61.497 allgemeinbil-denden Schulen.³ Dabei hat die Zahl der staatlichen Schulen in den letzten Jahren stark abgenommen, während sich die Zahl der privaten Schulen seit Anfang der 90er Jahre verdoppelt hat. Diese beiden Phänomene sind allerdings nicht kausal mit einander verbunden. Auf der einen Seite steht die alarmierende demografische Situation in Russland und auf der anderen Seite der sich langsam entwickelnde private Bildungssektor.

Anzahl und Verteilung der Schulen in Russland⁴



² Vollversion des Gesetzestextes: http://www.edu.ru/index.php?page_id=105.

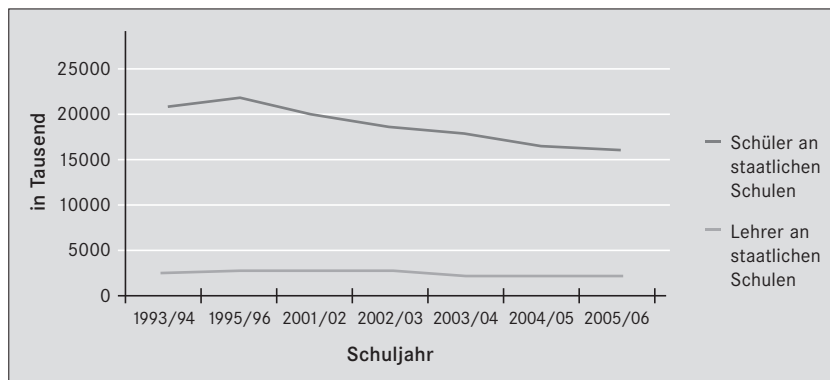
³ Hierbei sind die Abendschulen nicht berücksichtigt, deren Zahl seit 1993 nur leicht abgenommen hat und 2005/2006 bei 1.677 lag.

⁴ Datenquelle: Federal'naja sluschba gosudarstvennoj statistiki (Föderales Statistikamt): http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-03.htm.

Die große Mehrheit (99,54 Prozent) der Schüler besuchte staatliche Schulen, während lediglich 0,46 Prozent (circa 72.000 Schüler) an 726 privaten Bildungseinrichtungen lernten.

Vergleicht man die aktuellen Schülerzahlen mit denen der letzten zehn Jahre, so ist ein kontinuierlicher Rückgang zu erkennen. Gegenüber 1995/1996 hat die Zahl der Schüler um 6,408 Millionen bzw. 29 Prozent abgenommen.

Anzahl der Schüler und Lehrer an staatlichen Schulen⁵



Ähnlich wie im deutschen Bildungssystem existiert auch in Russland eine Einteilung in verschiedene Schulstufen: Die 1. bis 4. Klasse wird als Anfangsstufe bezeichnet (natschal'noe), die 5. bis 9. als Grundstufe (osnownoe) und die fakultative 10. und 11. Klasse als Mittelstufe (srednee). Nur in Ansätzen vergleichbar ist hingegen die Gliederung in Schultypen, da sie deutlich weniger differenziert als in Deutschland ist. Die meisten Schüler besuchen von der 1. bis zur 11. Klasse durchgängig eine allgemeinbildende Schule. Darüber hinaus gibt es Gymnasien, deren Schwerpunkt auf geisteswissenschaftlichen Fächern liegt, sowie Lyzeen, die sich stärker auf die Naturwissenschaften konzentrieren, und andere Schulen mit einem speziellen Fächerangebot. Im Schuljahr 2005/2006 gab es in Russland 1.251 Gymnasien mit 878.000 Schülern und 981 Lyzeen mit 561.000 Schülern. In einigen ländlichen Gebieten bestehen zudem kleine Grundschulen, die je nach Region die ersten vier oder die ersten neun Klassen abdecken. Eine – wenn auch zurückgehende – Bedeutung kommt den Abendschulen zu, die Berufstätigen die Möglich-

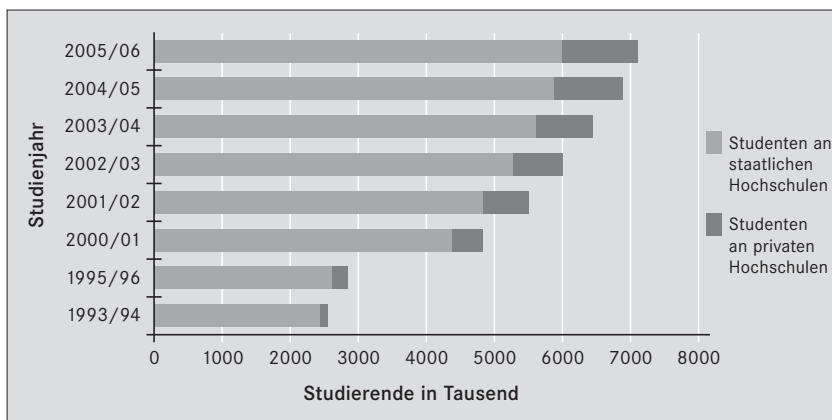
⁵ Datenquelle: Federal'naja sluschba gosudarstvennoj statistiki (Föderales Statistikamt): http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-04.htm.

keit geben, einen Abschluss nachzuholen.

Im Anschluss an die 9- bzw. 11-jährige Schulzeit stehen den maximal 17 Jahre alten Absolventen je nach Interesse und schulischen Leistungen drei verschiedene Ausbildungsniveaus zur Auswahl:

- Im Rahmen der **beruflichen Grundausbildung** können die Schüler derzeit zwischen 280 verschiedenen Berufen wählen, die an den technischen Berufsschulen (professional´no-technitscheskie utschilitschtscha) angeboten werden. Hierbei erstreckt sich das Angebot von Berufen im Dienstleistungsbereich bis zur Ausbildung zum einfachen Industriearbeiter. Diese Ausbildungsebene hatte in der Sowjetunion eine zentrale Bedeutung. Die Nachfrage hat in den letzten Jahren gegenüber den anderen beiden Optionen jedoch rapide abgenommen.
- Für die **mittlere Berufsausbildung** entscheiden sich jährlich circa 2,3 Millionen Jugendliche. Sie werden überwiegend in praktischen technischen oder sozialen Berufen an so genannten Colleges oder Technika ausgebildet.⁶
- Die **höhere Ausbildung** endet mit einem wissenschaftlichen Abschluss und kann an einer Universität, einer Akademie oder einem Institut absolviert werden. Im Jahr 2005/2006 studierten 7,064 Millionen Studenten an insgesamt 1.068 Hochschulen. Im Gegensatz zu den Schülerzahlen ist die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren stark angestiegen.

Entwicklung der Studierendenzahlen in Russland⁷



⁶ Vgl: Föderaler Bildungsserver „Federal´nyj portal Rossijskoe Obrasowanie“: http://www.edu.ru/index.php?page_id=116.

⁷ Datenquelle: Federal´naja sluschba gosudarstwennoj statistiki (Föderales Statistikamt): http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-09.htm.

2.2 Private Schulen und Universitäten

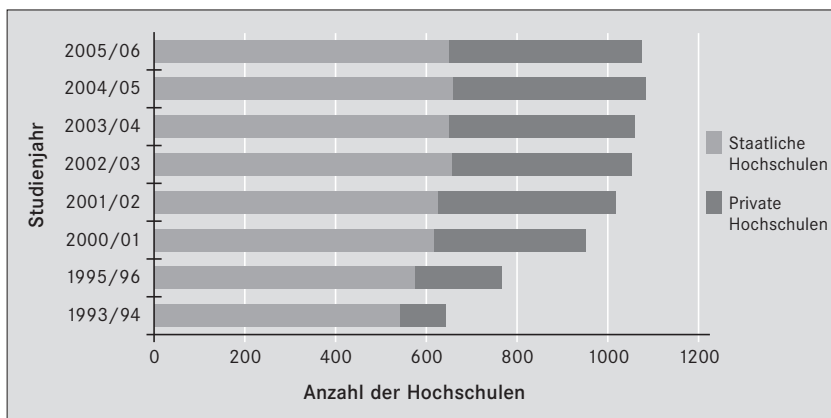
Wie zu Beginn des Kapitels bereits dargelegt, spielen Privatschulen in Russland eine untergeordnete Rolle. Es gibt im ganzen Land nur 726 private Bildungseinrichtungen. Diese geringe Zahl ist in erster Linie auf die fehlende staatliche Bezuschussung für private Bildungseinrichtungen sowie die daraus resultierenden hohen monatlichen Gebühren zurückzuführen. Immerhin sind die privaten Bildungseinrichtungen von der Umsatzsteuer befreit, sofern sie ihre Gewinne wieder reinvestieren. Wegen der hohen Schulgelder konzentrieren sich private Schulen vor allem auf die Finanzzentren Moskau und Sankt Petersburg. Im Permer Gebiet gibt es dagegen nur drei und im Smolensker Gebiet keine private Bildungseinrichtung. Wie die Untersuchungen für die vorliegende Studie zeigen, sind private Schulen nicht per se ein Ort von Innovationen. Zum Beispiel erwies sich die „Europäische Schule“ in Perm als eine ihrem Namen widersprechend sehr konservative Einrichtung.⁸ Die Privatschulen sind meist materiell besser gestellt und haben auch ein zahlenmäßig günstigeres Schüler-Lehrer-Verhältnis.

Während die privaten Schulen einen nicht immer begründbaren besseren Ruf genießen als die staatlichen, ist der Ruf der privaten Universitäten keinesfalls besser als der der renommierten staatlichen Hochschulen. Zwar werden auch an privaten Universitäten Studiengebühren erhoben, eine anspruchsvolle Aufnahmeprüfung, wie an den staatlichen Hochschulen, ist allerdings nicht notwendig. Die vereinfachten Zugangsbedingungen erklären die hohe Zahl der privaten Universitäten und Studierenden, die eine private Universität besuchen.⁹ Im Studienjahr 2005/2006 waren von den insgesamt 1.068 Hochschulen in Russland 413 private Einrichtungen.

⁸ Schulbesuch der „Europäischen Schule“ Perm am 31.03.2006.

⁹ Vgl.: Aleksej Wantschugow: Negosudarstwennoe lutschsche? In: Ekonomika Obrasowanije Segodnja, http://www.eed.ru/schools/s_2.html.

Entwicklung der Zahl staatlicher und privater Hochschulen ¹⁰



2.3 Experimentalschulen

Eine besondere Rolle kommt in Russland den so genannten Experimentalschulen (Eksperimental'naja Ploschtschadka) zu. Häufig sind dies nur einzelne Jahrgänge einer allgemeinbildenden Schule. Da es sich um staatliche Einrichtungen handelt, ist der obligatorische Unterricht für die Schüler an diesen Schulen kostenfrei, lediglich die Zusatzkurse sind je nach Kommune kostenpflichtig. Die Schüler erhalten einen staatlich anerkannten Schulabschluss, der für die weitere Ausbildung unerlässlich ist. Die garantierte Finanzierung des obligatorischen Unterrichts durch die entsprechenden kommunalen Stellen wird oft ergänzt durch eine zusätzliche Finanzierung des experimentellen Bildungsansatzes durch die Kommune oder das Bildungsministerium. Es sind primär diese über das gesamte Land verteilten Einrichtungen und Jahrgänge in Schulen, die den experimentellen und innovationsfreudigen Charakter des russischen Bildungssystems prägen.

So existiert in der kleinen Stadt Jarzewo im Smolensker Gebiet beispielsweise eine große Schule, an der in den drei ersten Klassen jeweils nach unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen unterrichtet wird.¹¹

¹⁰ Datenquelle: Federal'naja sluscha gosudarstvennoj statistiki (Föderales Statistikamt): http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/08-09.htm.

¹¹ Schulbesuch der Schule Nr.1 in Jarzewo am 15.05.2006, Gespräch mit der stellvertretenden Direktorin, Frau Swetlana Petrowna Gontscherova.

Schule ohne Schulgebäude:

Beispiel einer innovativen staatlichen Schule in Smolensk

Am 1. September 1991 wurde die erste Klasse im Rahmen des Experimenta-
raums „Ökologie der Kindheit“ (Eksperimental´naja ploschtschadka „Ekologija
detstwa“) an der Smolensker Schule Nr. 26 eingeschult. Nach den ersten Erfolgen
dieses an Waldorfschulen orientierten Ansatzes wurde das Programm auf zwei
weitere Jahrgänge ausgeweitet, die allerdings an anderen Schulen untergebracht
werden mussten, da kein eigenes Gebäude zur Verfügung stand. Derzeit bemüht
sich die Schulleitung, diesen Mangel zu beheben, indem sie die Planungen für
den Bau eines eigenen Schulgebäudes vorantreibt. Die Initiative „Ökologie der
Kindheit“ erhielt schnell die notwendige Akkreditierung und die Anerkennung
als Experimentalschule. Lediglich die Zusatzkurse sind kostenpflichtig (400
Rubel im Monat – circa 11 Euro).¹²

2.4 Zuständigkeiten und Finanzierung

Die Zuständigkeiten im Bildungsbereich orientieren sich in Russland an der ad-
ministrativen Gliederung in eine föderale, regionale und kommunale Ebene. Auf
der föderalen Ebene agiert das Ministerium für Bildung und Wissenschaft unter
dem derzeitigen Minister Andrej Fursenko. Hier werden allgemeine rechtliche
Rahmenbedingungen festgelegt, Bildungsstandards ausgearbeitet sowie die Grund-
züge der staatlichen Bildungspolitik definiert. Für die praktische Umsetzung die-
ser Vorgaben sind die Kommunen mit ihren unterschiedlichen Bildungsverwaltun-
gen (Departament obrasowanija, Gorodskoj komitet obrasowanija,...) zuständig. Sie
verfügen bei der Implementierung der Vorgaben über einen beschränkten Ge-
staltungsspielraum.

¹² Schulbesuch der staatlichen Waldorfschule in Smolensk am 12.05.2006, Gespräch mit dem Direktor
der Schule Sergej Ipatow.

Zuständigkeiten im Bildungssystem ¹³

Föderale Ebene	Regionale Ebene	Kommunale Ebene
		Vorschulbildung
		Allgemeine Schulbildung
Berufliche Grundausbildung	Berufliche Grundausbildung (in 19 Regionen)	
Mittlere Berufsausbildung	Mittlere Berufsausbildung	
Höhere Bildung		
	Berufliche Erwachsenenbildung	

Russische Schulen sind eigenständige juristische Personen. Dieser Status gibt ihnen zwar vielfältige Freiheiten, z.B. eigenständig neue Methoden auszuprobieren und Lehrmaterial anzuschaffen. Die Kosten für alle über die obligatorischen Unterrichtseinheiten hinausgehenden Angebote müssen die Schulen selbst tragen.¹⁴ Zwar hat sich die Finanzierung mit dem wirtschaftlichen Aufschwung seit dem Jahr 2001 insgesamt verbessert, in vielen Bereichen ist das Schulsystem aber nach wie vor unterfinanziert. Das gilt insbesondere für die schlechte Bezahlung der Lehrer und die ungenügende Ausstattung zahlreicher allgemeinbildender Schulen. Da die Kommunen für deren Finanzierung verantwortlich sind, bestehen je nach Prosperität enorme Divergenzen zwischen einzelnen Schulen. So gibt es in ärmeren Kommunen Bildungseinrichtungen, die um den Bau sanitärer Einrichtungen kämpfen müssen, während andere, wie beispielsweise die Schule Nr. 140 in Perm, über ein eigenes Schwimmbad verfügen. Vor diesem Hintergrund konkurrieren die Schulen häufig um Schüler aus finanziell besser gestellten Familien, da diese die Möglichkeit haben, für zusätzliche Leistungen zu zahlen oder aber auch die Schule bei anfallenden Renovierungsarbeiten und Anschaffungen finanziell zu unterstützen.

Die Ausstattung der russischen Schulen mit Computern und Internetanschlüssen geht in vielen Fällen auf private Initiativen zurück. Den Anstoß hierfür gaben vor

¹³ Vgl: Föderaler Bildungsserver „Federal´nyj portal Rossijskoe Obrosowanie“: http://www.edu.ru/index.php?page_id=106.

¹⁴ Das Recht auf wirtschaftliche Tätigkeit der Schulen ist im Bildungsgesetz § 47 festgeschrieben.

allem private Förderer wie das Open Society Institute (Soros) und der JuKOS-Konzern unter dem damals noch nicht in Ungnade gefallenen Michail Chodorkowskij. Mit Unterstützung von JuKOS entstand beispielsweise der Bund für Internetbildung,¹⁵ welcher heute zahlreiche regionale Zentren für die Schulung von Lehrern im Umgang mit dem Internet betreibt.

2.5 Die Situation der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen

Die russische Lehramtsausbildung ist je nach dem späteren Lehrauftrag differenziert: Während die Lehrkräfte für die Anfangs- und Grundstufe an pädagogischen Fachschulen und Colleges ausgebildet werden, studieren ihre Kollegen für die Mittelstufe an pädagogischen Instituten oder Universitäten. Um die Qualität des Unterrichts zu gewährleisten, müssen die Lehrer während ihrer regulären Arbeit regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen und ihren Unterricht Evaluationen unterziehen lassen. Bei dieser Qualitätssicherung geht es allerdings häufig um die Vollständigkeit der Klassenbucheinträge, die korrekte Buchhaltung oder das Absolvieren vorgeschriebener Fortbildungen anstatt um die tatsächliche Bewertung des Unterrichts, bedarfsgerechte Weiterbildung oder die inhaltliche Diskussion neuer Methoden.

Obwohl der Beruf des Lehrers in Russland durchaus ein gesellschaftliches Renommee genießt, möchte nur ein Bruchteil der Lehramtsabsolventen an Schulen arbeiten. Dieses Phänomen resultiert in erster Linie aus der schlechten Bezahlung. So beträgt das durchschnittliche Gehalt für 18 bis 39 Unterrichtsstunden in der Woche – der Umfang der Unterrichtsstunden hängt von weiteren Aufgaben des Lehrers an der Schule ab – zwischen 1.110 und 2.020 Rubel im Monat, was etwa 30 bis 60 Euro entspricht. Mit 7500 Rubel (215 Euro) verdient ein Industriearbeiter monatlich rund das Vierfache und eine Sekretärin in der freien Wirtschaft mit 13.000 Rubel (370 Euro) sogar das Siebenfache.¹⁶ Aufgrund dieser schlechten Bezahlung sehen sich viele Lehrer dazu gezwungen, den anderthalbfachen oder doppelten Stundensatz auf sich zu nehmen, ihr Gehalt mit Privatstunden aufzubessern oder andere Zusatz Tätigkeiten auszuüben. Letzteres ist vor allem für Fremdsprachenlehrer eine lukrative Alternative, da sie als Übersetzer in der freien Wirtschaft deutlich mehr verdienen.

Dass es trotz dieser schlechten Bedingungen keinen Mangel an Lehrkräften in

¹⁵ Vgl. Federazija internet obrasowanija, <http://www.fio.ru>.

¹⁶ Vgl. Ekonomika Obrasowanije Segodnja: Elena Konstantinowa: Kakoj tolschtschiny koschelek utschitelja?



Lehrerinnen der Schule Nr. 43 in Perm

Russland gibt und an vielen Schulen innovative Ideen umgesetzt werden, ist im Wesentlichen auf die hohe Motivation und den Idealismus der meist weiblichen Lehrer zurückzuführen. So paradox dies vielleicht angesichts der schlechten Bezahlung der Lehrer klingen mag, sind die vielen Innovationen und pädagogischen Experimente an russischen Schulen ohne das oft freiwillige Engagement der Lehrer undenkbar. Viele Lehrerinnen empfinden die Arbeit mit Jugendlichen als etwas Wertvolles, sie widmen sich ihrer Aufgabe mit viel Enthusiasmus und Innovationsfreude. Die individuell gestalteten Klassenräume sind ebenfalls ein Ausdruck dieses starken Verantwortungsgefühls.

Die starke Identifikation mit dem Lehrerberuf ist neben der geringen Pension eine Erklärung dafür, warum zahlreiche Lehrerinnen auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter von 55 Jahren hinaus noch an „ihrer“ Schule tätig sind. Dieses Phänomen führt zu einer „Überalterung“ des Lehrkörpers. Exemplarisch für viele andere Bildungseinrichtungen steht die Schule in der kleinen westrussischen Stadt Jarzewo, wo insgesamt 68 Lehrerinnen und der Schulleiter arbeiten. Unter ihnen sind lediglich zehn jünger als 30 Jahre, während die anderen alle über 50 Jahre alt sind.

2.6 Die Ergebnisse der PISA-Studie in Russland

„Wir haben zu wenig im Blick, dass das erworbene Wissen zu Erfolg im Leben des Menschen führen soll. Bei uns steht das Wissen für sich selbst, und das, was daraus folgt, auch.“¹⁷ Andrej Fursenko, Bildungsminister

Das „Programme for International Student Assessment“ (PISA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zielt darauf ab, die

¹⁷ Arganowitsch, Maria: Uspechu moschno naučit'. Potschemu w meschdunarodnyh rejtjngach rossijskie schkol´niki – w konze spiska. In: Rossijskaja gaseta. 09.02.2005.

Kenntnisse von 15-jährigen Schülern aus verschiedenen Ländern in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften zu vergleichen. Obwohl Russland nicht Mitglied der OECD ist, nahm es an allen drei Untersuchungen in den Jahren 2000, 2003 und 2006 teil. Der Datenerhebung liegen je nach nationaler Umsetzung zwischen 4.500 und 10.000 Testergebnisse aus zuletzt 62 Teilnehmerstaaten zu Grunde.¹⁸ In Russland ist das Zentrum zur Bewertung der Bildungsqualität der Russischen Bildungsakademie für die nationale Koordination verantwortlich.¹⁹

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf die Ergebnisse der zweiten PISA-Studie aus dem Jahr 2003, für die bereits eine detaillierte, belastbare Auswertung in Bezug auf Russland vorliegt. Im internationalen Vergleich mit den 40 weiteren Teilnehmerländern lagen die Ergebnisse der russischen Schüler unterhalb des Durchschnitts: Bei der „Mathematischen Grundbildung“ erreichten sie Platz 29 (Deutschland 19), bei der „Lesekompetenz“ Rang 32 (Deutschland 21) und in der „naturwissenschaftlichen Grundbildung“ Rang 24 (Deutschland 18).

Nach Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 war die öffentliche Reaktion in Russland zunächst negativ bis ablehnend. Anfangs vertraten viele Russen die Einstellung, dass die den Testes zu Grunde liegenden Methoden und generellen Anforderungen für die russische Bildung nicht annehmbar seien.²⁰ Diese Reaktion korreliert mit der nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter Politikern weit verbreiteten Annahme, das russische Bildungssystem sei das beste der Welt. Der Stolz vieler Russen gilt insbesondere dem Literaturunterricht, der bei der ersten PISA-Studie im Mittelpunkt stand. Erst nach dem ebenfalls schlechten Abschneiden der russischen Schüler im Rahmen der zweiten PISA-Studie machte sich bei vielen russischen Bildungspolitikern die Erkenntnis breit, dass es im russischen Schul- und Bildungswesen erhebliche Defizite gibt:

„Wir sind sowohl in den Tests schlecht, die das Niveau des Wissens zeigen, als auch in solchen, die eine praktische Anwendung dieses Wissens fordern.“²¹ so Galina Kowalewa, die verantwortliche Koordinatorin für die PISA-Studie im Zentrum zur Bewertung der Bildungsqualität der Russischen Bildungsakademie.

¹⁸ Organisation for Economic Co-Operation and Development: PISA: Programme for International Student Assessment, http://www.pisa.oecd.org/pages/0,2966,en_32252351_32235907_1_1_1_1,00.html.

¹⁹ Zentr Ozenki Katschestwa Obrasowanija <http://www.centeroko.ru>.

²⁰ Arganowitsch, Maria: Uspechu moschno nautschit'. Potschemu w meschdunarodnych rejtingach rossijskie schkol'niki – w konze spiska. In: Rossijskaja gaseta. 09.02.2005.

²¹ ebd.

Die Gründe für das schlechte Abschneiden liegen vor allem in der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems sowie in der traditionellen Konzentration auf die Vermittlung von Faktenwissen anstelle von selbstständigem Lernen und der Anwendung von Wissen.

Für die weiteren Untersuchungen scheint es an dieser Stelle sinnvoll, einige Ergebnisse der Studie kurz zu skizzieren:

- Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen den Leistungen der Schüler und ihrer sozialen Herkunft.
- Die Leistungsdifferenz zwischen den einzelnen Schulen ist enorm. Während insbesondere in den Großstädten sehr gute Ergebnisse erreicht werden, sind die Resultate in ländlichen Gebieten häufig deutlich schlechter. Zudem sind die Ergebnisse im Bereich Mathematik an den naturwissenschaftlich ausgerichteten Lyzeen, aber auch an Gymnasien in Ballungsgebieten überdurchschnittlich gut.
- Den russischen Schülern fällt insbesondere das Lösen von lebensnahen Aufgaben schwer.²²

Gerade der letzte Aspekt ist für die Frage der Demokratiebildung von zentraler Bedeutung, denn auch hier geht es nicht darum, vorgegebenes Wissen oder die Meinung des Lehrers zu repetieren, sondern auf Grundlage von verschiedenen Standpunkten und Informationen eine eigene Meinung zu entwickeln. An vielen Schulen dominieren immer noch die sowjetischen Lehrmethoden des Auswendiglernens, die die Schüler auf die komplexe und sich ständig verändernde Lebenswirklichkeit nicht ausreichend vorbereiten. An den vielen innovativen Schulen im Land zeichnet sich bereits ein Umdenken ab.

2.7 Reformen

Nach den Wirren zu Beginn des Transformationsprozesses in den 90er Jahren, werden seit der Jahrtausendwende zahlreiche Reformen im Bildungsbereich diskutiert und umgesetzt – das russische Bildungssystem befindet sich in einer Phase der Umgestaltung. Die Reformen werden kontrovers diskutiert. Viele Lehrer und Schuldirektoren begrüßen jedoch prinzipiell Veränderungen im Schulsystem, da die Überzeugung vorherrscht, dass sich die Schüler nur mit Hilfe zeitgemäßer Lehrmaterialien und Unterrichtsmethoden auf die veränderten Rahmenbedingungen in Russland und der Welt vorbereiten können.

²² Resultate der PISA-Studie 2003 auf http://www.centeroko.ru/pisa03/pisa3_res.htm.

Wichtige Themen in diesem Diskurs sind vor allem:

■ Festlegung nationaler Bildungsstandards

Hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie eine moderne russische Schulbildung aussehen soll. Neben inhaltlichen Überlegungen geht es hierbei auch um die nationale Vereinheitlichung von Bildungsstandards, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

■ Neuordnung der Zuständigkeiten und der Finanzierung des Bildungssektors

Wie zu Anfang des Kapitels aufgezeigt, legt das Ministerium für Bildung und Wissenschaft die Lehrpläne zentral auf der föderalen Ebene fest, während die kommunalen Bildungsverwaltungen und die Schulen in Teilbereichen Mitgestaltungsmöglichkeiten haben. Auf dem Prüfstand stehen sowohl die unklare Zuständigkeitsverteilung als auch die bisherige Finanzierung im Bildungssektor.

■ Profilbildung

Bei der Profilbildung geht es um die Fokussierung auf bestimmte Fächer in den letzten zwei Schuljahren. In den Klassen acht und neun wählen die Schüler zunächst Vorprofile, um sich auf die Profilmächer in den abschließenden beiden Jahren vorzubereiten. Diese liegen meist im mathematischen oder naturwissenschaftlichen, seltener im geisteswissenschaftlichen Bereich.

■ Verlängerung der Schulzeit auf zwölf Jahre

Ziel dieser Ausweitung ist die Angleichung des russischen Bildungssystems an westliche Standards. Jugendliche in den USA, Kanada, Japan und Schweden gehen zwölf Jahre zur Schule, in Deutschland, Tschechien und Italien sogar 13 Jahre lang. Russische Schüler müssen das gleiche Pensum in zehn bis elf Jahren bewältigen, was häufig zu einer Überlastung der Jugendlichen führt. Die Belastung der Schüler hat sich in den letzten 15 Jahren um das Anderthalbfache erhöht. Diese starke Belastung ist im Wesentlichen der Grund dafür, dass nur zehn Prozent der Schüler eines Jahrgangs gesund sind.²³

Gleichzeitig hofft man, dass die Verlängerung der Schulzeit dazu beiträgt, die Leistungen russischer Schüler im internationalen Vergleich zu verbessern.²⁴

■ Einführung eines „einheitlichen staatlichen Exams“²⁵

Ab 2009 sollen die Abschlussprüfungen an den allgemeinbildenden Schulen und die Aufnahmeprüfungen an den staatlichen Hochschulen einem einheitli-

²³ Das Thema Gesundheit hat sich bei vielen Gesprächen als zentrales Thema herausgestellt. Besonders die Bildungsverwaltungen sehen in diesem Bereich starken Handlungsbedarf.

²⁴ Die wesentlichen Argumente finden sich auf der Seite der Russischen Bildungsakademie (Rossijskja Akademija Obrasowanija) <http://ismo.ioso.ru>.

²⁵ (Edinyj gosudarstwennyj eksamen, EGE) <http://www.ege.ru>.

chen Standard folgen. Ziel ist es zum einen, eine landesweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse herzustellen, zum anderen gilt es, das komplizierte und korruptionsanfällige System der Vorbereitungskurse für die Hochschulzugangsprüfungen zu bekämpfen. Häufig sind Repetitor und Prüfer die gleiche Person, was insbesondere vor dem Hintergrund der schlechten Bezahlung im Bildungswesen die Bestechung vereinfacht.

III. Die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Russland

3.1 Russland zwischen Aufschwung, Aussterben und nationalen Projekten

Demokratische Bildung findet nicht im luftleeren Raum statt. Sie benötigt nicht nur pädagogische Vermittlungsmethoden, sondern immer auch eine klare Zielsetzung und eine gesellschaftliche Einbettung.

Die meisten Russen verbinden mit den 90er Jahren unter Präsident Boris Jelzin die Erinnerung an chaotische Zustände. Durch die Hyperinflation und die Finanzkrisen in den Jahren 1994 und 1998 verloren viele Menschen von einem Tag auf den anderen ihre gesamten Ersparnisse. Gehälter und Renten wurden mit monatelanger Verspätung oder gar nicht gezahlt und einige wenige Oligarchen eigneten sich auf unrechtmäßige Weise große Teile des Staatseigentums an. Während der Unterschied zwischen den vielen Armen und den wenigen Reichen immer größer wurde, konnte sich eine die Zivilgesellschaft tragende Mittelschicht nicht in größerem Maße herausbilden. In dieser Situation wuchs bei vielen Bürgern der Wunsch nach einer starken ordnenden Hand.

Das heutige Russland unter Präsident Wladimir Putin ist dagegen relativ stabil. Das Wirtschaftswachstum lag, vor allem aufgrund der steigenden Energiepreise auf dem Weltmarkt und umfangreicher Rohstoffexporte, in den vergangenen Jahren stabil bei sieben Prozent und mehr, die Löhne steigen und der politische Einfluss des Landes in der Welt wächst. Diese zunehmende Stabilität geht allerdings mit erheblichen Einschnitten, zum Beispiel im Bereich der Pressefreiheit, einher.

Vor dem Hintergrund steigender Staatseinnahmen durch Energieexporte und des damit einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwungs auf der einen und nach wie vor großer gesellschaftlicher Herausforderungen auf der anderen Seite hat die russische Regierung im Jahr 2005 vier „nationale Projekte“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Projekte ist es, den Lebensstandard in Russland zu erhöhen, um damit der negativen demografischen Entwicklung entgegen zu wirken. So ist die Zahl der Einwohner Russlands von 1990 bis 2005 um mehr als vier Millionen Menschen (fast drei Prozent) zurückgegangen.²⁶ Insbesondere die Geburtenrate ist erschreckend gesunken, die Abwanderung gut ausgebildeter Akademiker ist alarmierend hoch. Die nationalen Projekte beschäftigen sich mit den vier Schwerpunkten Gesundheit, Bildung, Wohnungswesen und Landwirtschaft:

²⁶ Vgl. Russisches Föderales Statistikamt: http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/04-01.htm.

*„Die Lösung gerade dieser Fragen wirkt auf die demografische Situation im Land, und schafft – was äußerst wichtig ist – gute Startbedingungen für die Entwicklung des so genannten menschlichen Kapitals.“*²⁷ Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, 5. September 2005.

Während das Zitat die Relevanz der vier nationalen Projekte unterstreicht, verdeutlicht die Setzung der Schwerpunkte auf die vier Aspekte, die im Folgenden kurz dargestellt werden, welche sozialen Probleme aus Sicht der russischen Regierung besonders wichtig sind:

Gesundheit

Russland hat die niedrigste Lebenserwartung in ganz Europa. Bei den Männern lag sie im Jahr 2004 bei 58,9 Jahren, bei Frauen betrug sie 72,3 Jahre.²⁸ Neben gesundheitsschädlichen Lebensgewohnheiten vieler Männer liegt der Grund für die geringe Lebenserwartung vor allem darin, dass viele sich keine medizinische Versorgung leisten können.

Landwirtschaft

Der Unterschied zwischen der Lebensqualität in russischen Städten und der in ländlichen Gebieten ist sehr groß: Von der Wohnsituation über die medizinische Versorgung und Verdienstmöglichkeiten bis hin zur Bildung und zum Kulturangebot sind fast alle Lebensbereiche betroffen. Durch eine intensivere Förderung der Landwirtschaft soll dieses Stadt-Land-Gefälle reduziert werden.

Wohnungswesen

Wohnraum war und ist insbesondere in den Ballungsgebieten knapp und die ärmeren Teile der Bevölkerung haben Schwierigkeiten, ihn zu bezahlen. Deshalb plant die Regierung, den Bau kostengünstiger Wohnungen zu forcieren. Geplant sind unter anderem günstige Kreditprogramme für junge Familien.

Bildung

In den offiziellen Verlautbarungen heißt es, das Land könne nur von gut ausgebildeten Menschen vorangebracht werden und sein Erfolg hänge von der Qualität der Bildung ab.

²⁷ Vgl. www.rost.ru.

²⁸ Vgl. Russisches Föderales Statistikamt: http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/04-01.htm.

Das folgende Kapitel beleuchtet konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Bildungssystems.²⁹

3.2 Das nationale Projekt „Bildung“

Das nationale Projekt „Bildung“ verfolgt drei zentrale Ziele:

1. Förderung von innovativen, für das gesamte Schulwesen modellhaften Ansätzen im Bildungssystem.

Hierfür standen bis Ende 2006 für 3.000 Schulen jeweils eine Million Rubel (etwa 30.000 Euro) zur Verfügung.

2. Unterstützung neuer Formen der schulischen Selbstverwaltung.

Diese sollen zu einem transparenteren und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Bildungswesen führen.

3. Umgestaltung der Finanzierung von Bildungseinrichtungen.

Demnach sollen zusätzliche Mittel aus dem föderalen Etat künftig direkt in die Schulen fließen. Die Bezahlung der Lehrer soll erhöht werden und leistungsbezogen erfolgen. Im Einzelnen sollen Klassenlehrer einen Gehaltszuschlag in Höhe von 1.000 Rubel monatlich (circa 300 Euro) erhalten, das Gehalt aller anderen Lehrer soll um 26,5 Prozent steigen. Darüber hinaus sollen alle Schulen bis Ende 2007 mit Computern sowie Internetanschlüssen ausgestattet werden. 5.000 Bildungseinrichtungen erhalten neue Lehrmittel im Gesamtwert von 2,6 Milliarden Rubel (circa 76,5 Millionen Euro). Für die Schulen im ländlichen Bereich werden Schulbusse zur Verfügung gestellt.³⁰

Im Zusammenhang mit dem Thema Demokratieerziehung ist insbesondere der erste Punkt, „Förderung innovativer Schulen“, interessant, da dessen Umsetzung Rückschlüsse darauf erlaubt, wie sich die politischen Entscheidungsträger die Zukunft des Schulwesens vorstellen.

Die Förderung innovativer Ansätze erfolgte durch einen Wettbewerb, für den das Bildungsministerium ein Gesamtbudget von drei Milliarden Rubel (86 Millionen Euro) zur Verfügung stellte. Jede Schule konnte sich mit ihrem eigenen Innovationsprojekt bis Ende 2006 um die Fördersumme in Höhe von einer Million Rubel (30.000 Euro) bewerben. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass in der Regel die kommunale und nicht die föderale Ebene für die Finanzierung der Schulen zuständig ist.

²⁹ Diese und weitere Informationen über die nationalen Projekte unter <http://www.rost.ru>.

³⁰ Vgl. <http://www.rost.ru/projects/education/ed2/ed24/aed24.shtml>.

Bei der Auswahl innovativer Schulen ist ausschlaggebend, dass:

- die Qualität der Ausbildung und Erziehung auf einem hohen Niveau stattfindet; das bedeutet, dass der Anteil der Schüler, die bis zum Alter von 15 Jahren die 9. Klasse nicht abgeschlossen haben unter dem örtlichen Durchschnitt liegen sollte,
- moderne Bildungsmethoden – im Idealfall unter Einbeziehung von Computern – angewendet werden,
- die Lehrer sich vielfältiger Lernformen bedienen,
- die Schule allen Schülern, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, gleiche Ausgangsbedingungen bietet,
- demokratische Selbstverwaltungsmechanismen berücksichtigt werden,
- die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Schüler gewährleistet ist,
- kommunale, regionale, föderale oder internationale Festivals, Wettbewerbe oder andere Veranstaltungen in den Unterricht einbezogen werden,
- die Schüler zur Fortführung der Tätigkeit auch außerhalb der Schule animiert werden und an zusätzlichen Kursen teilnehmen können.³¹

Im Smolensker Gebiet haben 19 Schulen die genannte Förderung erhalten, in der Permer Region 59 und in Moskau 118 Schulen.³²

Die Aufnahme des Bildungswesens in den „Nationalen Projektplan“ und die damit verbundene bessere finanzielle Versorgung bringt zweifelsohne große Chancen mit sich. Ob und inwieweit dieses Reformvorhaben die grundlegenden Defizite im Bildungssystem generell und bei der Demokratiebildung im Besonderen beheben kann, wird sich zeigen. Lehrer und Schuldirektoren sehen die Reformen mit gemischten Gefühlen: Auf der einen Seite werden die Investitionen sowie einige der Anforderungen als positiv bewertet. Auf der anderen Seite kritisieren viele Lehrkräfte, dass mit den Geldern hauptsächlich die bereits guten und innovativen Schulen gefördert würden, während die schlechteren meist leer ausgingen. Das verstärkt die ohnehin schon große Kluft im Schulwesen weiter. Darüber hinaus richtet sich die Kritik einiger Lehrer gegen das Auswahlverfahren, das lediglich auf der Auswertung der schriftlichen Bewertungen und nicht auf Besuchen vor Ort basiert.³³

³¹ Vgl. <http://www.rost.ru/projects/education/ed2/ed24/aed24.shtml#qw3>.

³² Vgl. <http://mon.gov.ru/main/3169>.

³³ Vgl. Dr. Buhbe, Matthias: Meinungen zur Sozialpolitik in Russland. Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse. 2006. http://www.femos/Publikat/003_Sozialpolitik_2006/sozialpolitik_in_Russland_dt.pdf.

3.3 Demokratieverständnis, Pressefreiheit und Toleranz in Russland

Die Ermordung der kritischen Journalistin Anna Politkowskaja, das im Frühjahr 2006 erlassene Gesetz zur Registrierung von NGOs oder die JuKOS-Affäre mit der Verurteilung des politisch engagierten Oligarchen Michail Chodorkowskijs – all diese Ereignisse belegen, wie aktuell das Thema Demokratie und Grundrechte in Russland derzeit ist. Während viele westliche Politiker, Journalisten und NGOs die Politik Putins als neoautoritär kritisieren, ist die Zustimmung in der russischen Bevölkerung für den Präsidenten hoch. Putin wird als Garant für die zunehmende Prosperität und politische Stabilität im Sinne einer „gelenkten Demokratie“ (uprawljaemaja demokratija) wahrgenommen.³⁴

Demokratieverständnis

Das Demokratieverständnis in Russland unterscheidet sich erheblich von dem in Deutschland. Anfang der 90er Jahre galt die Bezeichnung Demokrat den meisten Russen als Schimpfwort, und Demokratie stand als Synonym für Chaos und Werteverfall. Viele Bürger vertraten die Meinung, dass die Demokratie aufgrund der historischen Entwicklung keine für Russland annehmbare Staatsform sei. Mittlerweile hat sich die Einstellung in der Bevölkerung deutlich zu einem positiveren Bild von Demokratie gewandelt. Was die Menschen in Russland heute unter Demokratie verstehen und welche Attribute sie mit dem Begriff verbinden, geht aus einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten Studie des Mittelrussischen Beratungszentrums Wladimir aus dem Jahr 2004³⁵ hervor, deren Ergebnisse im Folgenden kurz dargestellt werden.

Mittlerweile sind 58 Prozent der Russen der Meinung, dass die Demokratie die beste Staatsform sei. Allerdings hält nur knapp ein Drittel der Befragten die russische Gesellschaft für demokratisch, während 41 Prozent davon ausgehen, dass diese im Entstehen sei und 21 Prozent nicht daran glauben, dass es in Zukunft eine demokratische Gesellschaft geben werde. Überraschenderweise sehen die meisten Befragten Russland zusammen mit China auf den beiden letzten Plätzen einer Liste demokratischer Länder, während die USA und Deutschland an der Spitze liegen.

³⁴ Vgl. Petrosjan, D.I., Swinzow: Russische Demokratie – ein Gegenwartsbild. Werte und Institutionen der Demokratie im Bewusstsein der Russen. Wladimir 2004. Auf: http://www.fesmos.ru/Publikat/011_Demokratiewerte_2006/Demokratiewerte_dt.pdf.

³⁵ ebd.

Die Menschen in Russland verbinden mit Demokratie vor allem die Gleichheit vor dem Gesetz und soziale Gerechtigkeit (51 Prozent) sowie die Aufhebung einer scharfen Trennung zwischen Reichen und Armen (41 Prozent). Rund ein Drittel erwähnten zudem Wahlen in einem Mehrparteiensystem (32 Prozent), politische Rechte und Freiheiten der Bürger (29 Prozent), die Beteiligung der Bürger an der Regierung des Staates durch Wahlen (28 Prozent) sowie generell einen großen Einfluss des Volkes (25 Prozent) als zentrale Attribute. Seltener wurden die Unabhängigkeit der Medien von politischer Zensur (17 Prozent) und die Verteidigung von Minderheitenrechten genannt (13 Prozent). Als wichtigste demokratische Rechte werden das Recht auf Leben (43 Prozent) und das Recht auf kostenlose medizinische Hilfe (32 Prozent) genannt. Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem ein großes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen, allein der Präsident wird als Garant für die Demokratie in Russland wahrgenommen.³⁶

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Mehrzahl der Russen der Demokratie mittlerweile positiv gegenübersteht, auch wenn sie die russische Gesellschaft noch nicht für demokratisch hält. Entscheidender als diese Einschätzung ist allerdings das Verständnis von Demokratie. Hier zeigt sich, dass neben klassischen Attributen der Demokratie wie die Gleichheit vor dem Gesetz vor allem die Hoffnung auf die Lösung sozialer Probleme mit Demokratie verbunden wird. In westlichen Staaten als wesentlich betrachtete zentrale Eigenschaften wie die Pressefreiheit oder der Minderheitenschutz spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.

Pressefreiheit

„In der Theorie der ‚gelenkten Demokratie‘ geht es unter anderem um die Frage nach Sicherheit und Freiheit. Die Freiheit wird derzeit in Russland massiv eingeschränkt. Nach den 90er Jahren, als alle Macht bei den Oligarchen lag, gibt es jetzt nur noch einen Oligarchen: die Administration des Präsidenten. Medien werden zu ‚staatlicher PR‘ degradiert.“³⁷

Mit diesen Worten brachte Leonid Parfenow, Chefredakteur der Zeitung Russkij Newsweek und kritischer Journalist, die Situation der Demokratie und der Medien während eines Vortrages auf den Punkt. Sowohl im Fernsehen als auch bei der regionalen Presse gibt es mittlerweile keine Pressefreiheit mehr. Lediglich einige überregionale Zeitungen agieren noch weitestgehend unabhängig. So ist die

³⁶ ebd.

³⁷ Vortrag von Leonid Parfenow „Medienfreiheit in Russland“ am 2. August 2006 in den Räumen des Axel-Springer-Verlages in Berlin.

„Nowaja Gaseta“, für die auch Anna Politkowskaja arbeitete, eine der wenigen Zeitungen, die sich kritisch mit dem Thema Korruption und dem Krieg in Tschetschenien beschäftigt.³⁸ Diese zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit spiegelt sich auch in der Rangliste der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wider, die Russland unter 168 bewerteten Ländern hinsichtlich der Pressefreiheit auf Platz 147 sieht.³⁹

Fremdenfeindlichkeit

Neben der Pressefreiheit spielt auch das Thema Toleranz in der Diskussion über Demokratie und demokratische Bildung eine entscheidende Rolle. Die Frage, wie tolerant die russische Gesellschaft gegenüber Fremden ist, rückte am 4. November 2005, dem russischen Nationalfeiertag, in den Fokus der Öffentlichkeit. Mehrere nationalistische Gruppierungen riefen zum „Russischen Marsch“ auf. Überraschend war nicht nur der Aufruf an sich, sondern die Tatsache, dass mit 2.000 Menschen gut doppelt so viele Personen wie erwartet an der Kundgebung teilnahmen. Das Problem des Rechtstextremismus' gibt es in Russland mindestens seit Anfang der 90er Jahre. Allerdings nahm die Gewalt, die sich meist gegen Ausländer, insbesondere aus dem Kaukasus und Andersfarbige, richtet, in den vergangenen Jahren deutlich zu. Statt gegen Übergriffe vorzugehen, verharmlosen die zuständigen Behörden derartige Vorfälle, indem sie als Hooligan-Aktionen eingestuft und auf diese Weise nicht statistisch erfasst werden.

Präsident Putin nimmt das Problem zwar wahr, wie das folgende Zitat belegt:

„...bis heute gibt es Antisemitismus, Nationalismus und Fremdenhass in dem Land, das mehr als alle anderen zum Sieg über den Faschismus beigetragen hat.“⁴⁰

Aber auch er leitete bisher keine konkreten Maßnahmen gegen die Probleme der Ausländerfeindlichkeit und fehlenden Toleranz in Teilen der Gesellschaft ein.

In Schulen haben rechtsextreme und fremdenfeindliche Gruppen bisher keinen Einfluss, wie Schüler und Lehrer in verschiedenen Interviews unabhängig voneinander berichteten. Zur Begründung hieß es, dass Schüler zum einen den gesamten Tag in der Schule beschäftigt seien und kaum Freizeit hätten, sich solchen Gruppierungen anzuschließen. Zum anderen seien rechtsextreme Organisationen

³⁸ Vgl. Dornbüth, G.: „Nowaja Gaseta“: Das Risiko der Pressefreiheit. DW-RADIO/Russisch, 9.10.2006, Fokus Ost-Südost.

³⁹ Vgl. Reporters Sans Frontieres: http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=639.

⁴⁰ Vgl. Antisemitischer Überfall auf Moskauer Synagoge. 12.01.2006. http://www.aktuell.ru/russland/panorama/antisemitischer_überfall_auf_moskauer_synagoge_1953.html.

weniger auf Schüler als vielmehr auf Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, ausgerichtet. Diese Einschätzung bestätigte Galina Koschewnikowa, Direktorin des Analysezentrams „Sowa“ in Moskau während der Deutsch-Russischen Herbstgespräche 2006. Zwar würde in so genannten patriotisch-militärischen Klubs eine Basis geschaffen, auf die rechtsextreme Gruppen aufbauen könnten, an Schulen hätten sie jedoch noch keinen direkten Einfluss. Besorgnis erregend sei die Entwicklung dennoch, das gelte insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das staatliche Programm „Toleranz“ Anfang des neuen Jahrtausends zugunsten des Programms „Patriotismuserziehung“ abgeschafft worden sei.

3.4 Bürgerschaftliche Bildung und patriotische Erziehung

Im Rahmen des Civic-Education-Projektes untersuchte die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) 1999 die politische Bildung Jugendlicher, ihre demokratische Grundhaltung sowie die Bereitschaft zu demokratischem Handeln in 28 Ländern. Mit Unterstützung des Zentrums zur Bewertung der Qualität der Bildung (Zentr Ozenki Katschestwa Obrasowanija) wurden in Russland insgesamt 4.200 Schüler der 11. Klassen an 191 Schulen interviewt.

Im Hinblick auf das Verständnis von Demokratiebildung in Russland verdeutlichen die Ergebnisse, dass russische Schüler zwar genauso viel über Demokratie wissen wie ihre Altersgenossen aus anderen Ländern, dass sie bei der praktischen Anwendung dieses Wissens allerdings schlechter abschneiden. So zeigten sie laut Studie die vergleichsweise geringste Bereitschaft, demokratische Pflichten wahrzunehmen, wie die Teilnahme an Wahlen oder die vorherige Information über Kandidaten. Gleichzeitig sehen sie den Staat bei der Erfüllung sozialer Aufgaben am stärksten in der Pflicht, obwohl sie seinen Institutionen weniger Vertrauen entgegenbringen als die Schüler aus den anderen 27 Ländern. Dabei bildet die Schule eine rühmliche Ausnahme: Mit 82,1 Prozent haben sie das vergleichsweise höchste Vertrauen in diese Institution.

Mit Blick auf das Bildungswesen wird deutlich, dass für Russland „ein deutlich konservativerer, weniger am Prinzip der Diskursivität orientierter Unterricht“⁴¹ charakteristisch ist. So sind russische Schüler vergleichsweise am häufigsten der Meinung, es sei am besten, Fakten auswendig zu lernen, um gute Noten zu erhalten (83,6 Prozent). Hingegen bestätigten nur 68,7 Prozent, ermutigt zu werden, sich eine eigene Meinung zu bilden.⁴²

⁴¹ Oesterreich, Detlef: Demokratieerziehung in Mittel- und Osteuropa. Ergebnisse aus dem Civic-Education Projekt der IEA. Fonds „Erinnerung und Zukunft“. Berlin 2005, S. 41.

Diese Ergebnisse vermitteln einen guten Eindruck davon, wie die Einstellung der russischen Schüler zur Demokratie ist und wie diese an den Schulen vermittelt wird.

„Bürgerschaftliche Bildung“ (graschdanskoe obrasowanie) wird an russischen Schulen vorwiegend im Fach „Bürgerkunde“ (Graschdanovedenie) oder „Gesellschaftskunde“ (Obschtschestwosnanie) unterrichtet. Sie spielt aber auch in anderen Fächern wie Geschichte, Recht, Wirtschaft und Literatur eine Rolle. Da es ein Schulfach zur politischen Bildung in der Sowjetunion nicht gab, kam dem Literaturunterricht eine große Bedeutung auf diesem Gebiet zu:

„...mehr als jedes andere Fach erfüllte die Literatur an den Schulen zur Sowjetzeit den staatlichen Auftrag, einen ‚sowjetischen Menschen‘ heranzuziehen.“⁴³

Erst in den 90er Jahren begann man das Fach Bürgerkunde zu unterrichten; seit dem Jahr 2006 gehört es zu den Pflichtfächern.

Über das Verständnis, die Ziele und die Inhalte der Bürgerschaftlichen Bildung gibt der „Methodische Brief des Bildungsministeriums über die Bürgerschaftliche Bildung der Schüler an allgemeinbildenden Schulen“⁴⁴ Auskunft. Demnach ist bürgerschaftliche Bildung als Gesamtheit politischer, rechtlicher und moralischer Bildung und Erziehung zu verstehen. Sie soll sowohl im Unterricht, als auch in der außerschulischen Arbeit stattfinden und sich in der demokratischen Ordnung des schulischen Lebens widerspiegeln.

Unter bürgerschaftlicher Bildung (civic education) wird in dieser offiziellen Handreichung verstanden: Entwicklung des Gefühls von Liebe zur Heimat, Interesse an der Geschichte des Landes und den Gesetzen des Staates, Erziehung zu Verantwortungsbewusstsein für seine Handlungen und die Erziehung zur Fähigkeit zu bürgerschaftlichem Engagement.

Als demokratische Werte, die an der Schule vermittelt werden sollen, werden an erster Stelle genannt: Patriotismus, Dienst für das Vaterland (Militärdienst), Humanismus, individuelle Freiheit, Menschenrechte etc.⁴⁵

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Wolkow, Sergej: Toleranzernziehung als Wesenszug des Literaturunterrichts. In: 8. Deutsch-Russisches Herbstgespräch „Macht Demokratie Schule – macht Schule Demokratie?“ Berlin 2006. S. 10.

⁴⁴ Vgl. Informazionno-metoditscheskoe pis´mo Minobrasowanija RF Nr. 13-51-08/13 ot 15.01.2003: O graschdanskome obrasowanii utschaschtschichsja w obschtscheobrasowatel´nych utschreschdenjach Rossijskoj Federazii.

⁴⁵ ebd.

Diese Ziele korrespondieren zum einen mit Werten, die der Bürgerschaftlichen Bildung zu Grunde liegen, und zum anderen mit Fähigkeiten, die es durch die Bildungsarbeit zu vermitteln gilt. Unter die zu vermittelnden Fähigkeiten fallen insbesondere die konstruktive Lösung von Konflikten, die Kompetenz, in komplexen Situationen Entscheidungen zu treffen sowie die Dialogfähigkeit und die Achtung gegenüber anderen Meinungen.

Um die hier aufgeführten zentralen Ziele bürgerschaftlicher Bildung zu erreichen, empfiehlt das Bildungsministerium aktive und interaktive Methoden. Zudem müsse das gesamte Schulleben auf eine demokratische Basis gestellt werden, da sonst keine authentische Bildungsarbeit möglich sei.

Für eine solche demokratische Schulordnung seien die Demokratisierung der Schulverwaltung, die Entwicklung einer Schülerselbstverwaltung, die Öffnung der Schule hin zur Gesellschaft, die breite Beteiligung der Schüler bei der Lösung schulischer und gesellschaftlicher Probleme, sowie der Vorrang der Persönlichkeitsrechte entscheidend.

Konkret besteht der Vorschlag, soziale Projekte durchzuführen, da sie den Schülern die Möglichkeit geben, eigene Standpunkte und Lösungswege zu entwickeln. Im Gegensatz zur Arbeit im Unterricht können sie hier sozial relevante Resultate direkt erleben.⁴⁶

Bei genauer Betrachtung der bürgerschaftlichen Bildung in Russland wird deutlich, dass sie sich in ihrer Zielsetzung, ihrem Inhalt und der Methodik teilweise mit den Ansätzen der Demokratiebildung in Deutschland deckt. Hier wie dort geht es um die Demokratisierung des gesamten Schullebens, um die Partizipationsmöglichkeiten der Schüler, um die Öffnung der Schule und das Lernen in Projekten.⁴⁷

Das besondere an der russischen Lesart ist allerdings die starke Ausrichtung auf den Patriotismus. Gerade diese Differenz verdient an dieser Stelle besondere Beachtung. So nimmt die Entwicklung eines Gefühls der Liebe zur Heimat eine exponierte Stellung ein, der Patriotismus sowie der Dienst für das Vaterland gehören zu den wichtigsten vermittelten demokratischen Werten. Diese Erkenntnis ist für das Verständnis der Demokratiebildung an russischen Schulen elementar.

⁴⁶ Vgl. Informazionno-metoditscheskoe pis´mo Minobrasowanija RF Nr. 13-51-08/13 ot 15.01.2003: O graschdanskome obrasowanii utschaschtschichsja v obschtscheobrasowatel´nych utschreschdenijach Rossijskoj Federazii.

⁴⁷ Vgl. den von Viola Georgi dargestellten deutschen Diskurs (Demokratiebildung 2006) und das BLK-Programm „Demokratie leben & lernen“ <http://www.demokratie-blk.de>.

Patriotismus

Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung von Patriotismus im gesellschaftlichen Diskurs im Allgemeinen und im Schulwesen im Besonderen soll dieser hier kurz beleuchtet werden.

Der Begriff Patriotismus ist in Russland im Gegensatz zu Deutschland, wo er aus historischen Gründen – trotz der aktuellen Diskussion um einen positiven Patriotismus – immer noch zurückhaltend verwendet wird, sehr positiv konnotiert. Gerade weil er nicht genau definiert ist, bietet er eine breite Projektionsfläche für verschiedene (ideologische) Interpretationen. Zur Zeit der Sowjetunion galt Patriotismus in erster Linie als militärischer Begriff. Es ging darum, die Bürger auf die Verteidigung des Landes mit der Waffe in der Hand einzuschwören. Diese stark militärische Akzentuierung trägt bis heute. So ist der Umgang mit Waffen noch immer ein Attribut für Männlichkeit. Wer den Umgang mit dem Gewehr nicht beherrscht, gilt häufig nicht als „richtiger“ Mann.⁴⁸

In den letzten Jahren hat es die russische Politik nicht nur verstanden, das identifikationsstiftende Potenzial und die vielfältige Verwendbarkeit des Begriffes Patriotismus für ihre Ziele zu nutzen, sondern ihm bewusst eine zusätzliche Dynamik zu verleihen. Hinweise darauf sind unter anderem die Wiedereinführung sowjetischer Symbole, wie der Hymne mit einem neuen Text, sowie die Einführung des Programms „Patriotische Erziehung der Bürger der Russischen Föderation für die Jahre 2001-2005“ im Jahr 2001 und dessen Erneuerung 2005 für die Jahre 2006 bis 2010. Außenpolitisch macht sich der Patriotismuskurs nicht zuletzt durch das wieder erstarkende Großmachtgebaren bemerkbar. Dies ist verknüpft mit dem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss Russlands in der Welt.

Im Zusammenhang mit der Demokratieerziehung an Schulen ist das Thema relevant, weil Patriotismuserziehung, wie oben aufgezeigt, ein zentraler Bestandteil bürgerschaftlicher Bildung ist; zum Teil werden die beiden Begriffe sogar synonym verwendet. Es stellt sich die Frage nach dem Ziel der patriotischen Erziehung. Und auch, ob den Schülern die Fähigkeit, kritisch zu denken und selbst Entscheidungen zu treffen, vermittelt werden soll, oder ob diese nicht viel mehr zu loyalen Staatsbürgern erzogen werden sollen, die ihr Land unkritisch lieben, „wie auch immer es sei“.⁴⁹

⁴⁸ Die Vermittlung der Erkenntnisse aus der interkulturellen Pädagogik sollte aber nicht auf die Geschichts- und Politiklehrer beschränkt bleiben. Diese Kenntnisse können Lehrern aller Schulfächer nützen.

Für die sehr militärische Zielsetzung der patriotischen Erziehung sprechen die Ergebnisse zahlreicher Interviews an verschiedenen russischen Schulen. So bestätigte die Direktorin der Schule Nr. 22 in Perm, dass die Schüler sich regelmäßig mit Veteranen des Zweiten Weltkrieges⁵⁰ trafen und patriotische Lieder sangen.⁵¹ Zum anderen ist der militärische Verlag „Armpress“ für die Herausgabe der Lehrmaterialien für das Fach „Patriotische Erziehung“ verantwortlich.⁵²

Trotz der weitestgehenden Übereinstimmung zwischen den theoretischen Zielen, Methoden und Inhalten bürgerschaftlicher Bildung mit denen im europäischen Diskurs findet in Russland eine politisch gewollte Verquickung von bürgerschaftlicher Bildung und Patriotismus statt. Im Hinblick auf die Demokratiebildung im Sinne selbstbestimmter, kritisch denkender Bürger ist diese Entwicklung äußerst bedenklich, da den Ansätzen entgegengesetzte Ziele zugrunde liegen.

Ein politischer Grund für diese starken patriotischen Tendenzen in der russischen Gesellschaft und im russischen Bildungssystem seit dem Machtantritt Putins ist in der Orientierungslosigkeit der 90er Jahre zu suchen. Der Wunsch nach nationalem Selbstbewusstsein ist sehr groß. So besteht an Schulen und in der Bevölkerung ein breiter Konsens über die Wichtigkeit dieser Werte. An jeder besuchten Schule wurde von der Schulleitung überzeugend versichert, dass patriotische Erziehung ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsprogramms ist und sein sollte. Abstufungen gab es im Hinblick auf den Grad von militärischem Anteil bis zur Bevorzugung der Formulierung „Liebe zur kleinen Heimat“.

Nur in einem sehr engen Kreis wird das Verständnis und die Bedeutung von Patriotismus hinterfragt bzw. in Frage gestellt. Der russische Soziologe Daniil Dondurej konstatiert, dass im Moment unter den verschiedenen politischen Strömungen ein Kampf um die Definitionshoheit des Begriffes Patriotismus stattfindet. Es beschreibt das Verständnis als ein sehr antidemokratisches, rückwärtsgewandtes. So sei in den nationalen Strömungen ein Patriot jemand, der den Westen und westliches Denken hasst. Auch die militärische Ausrichtung des Verständnisses sei eine Sackgasse. Die staatliche Vorstellung von Patriotismus sei isolierend und deshalb nicht offen für die Aufbau konkurrenzfähiger Strukturen.⁵³

⁴⁹ Dies ist eine häufig verwendete Floskel in diesem Zusammenhang, „kakim on ne est“.

⁵⁰ In Russland nennt man den Zweiten Weltkrieg den „Großen Vaterländischen Krieg“.

⁵¹ Schulbesuch Schule Nr. 22 mit vertieftem Unterricht der französischen Sprache am 29.03.2006 in Perm, Direktorin Frau Elena Fedorowna Smirnowa.

⁵² Vgl. <http://www.armpress.ru>.

⁵³ Vgl. Semenow, Wladimir: Mirno-patriotitscheskoe wospitanie. Nasche ponimanie ljubwi k rodine wyraschtscheno Stalinym. Daniil Dondurej. In: Nesawisimaja Gaseta. 24.10.2006. http://www.ng.ru/szenario/2006-10-24/11_dondurej.html.

IV. Akteure und Programme der Demokratiebildung

4.1 Demokratiebildung auf staatlicher Ebene

Zunächst sollen hier die staatlichen Einrichtungen, die an Demokratiebildung auf föderaler und kommunaler Ebene mitwirken mit dem Fokus auf deren „Strategie der staatlichen Jugendpolitik in der Russischen Föderation“ vorgestellt werden.

Auf der föderalen Ebene ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft unter Andrej Aleksandrowitsch Fursenko für die Bildungspolitik zuständig. Für die Umsetzung der politischen Vorgaben ist die angegliederte Föderale Bildungsagentur (Federal'noe Agenstwo po obrasowaniju) verantwortlich, der die staatlichen Hochschulen direkt unterstehen. Eine weitere wichtige Einrichtung auf föderaler Ebene ist die Russische Bildungsakademie (Rossijskaja Akademija Obrasowanija) mit zahlreichen angegliederten Instituten.

Die neue Strategie der staatlichen Jugendpolitik

In den vergangenen Jahren hat das Bildungsministerium eine Reihe von Reformen angestoßen, darunter auch das im zweiten Kapitel beschriebene nationale Projekt „Bildung“. An dieser Stelle soll die „Strategie der staatlichen Jugendpolitik in der Russischen Föderation“⁵⁴ genauer vorgestellt werden. Im vergangenen Jahr diskutierten sowohl Bildungspolitiker und staatliche Stellen als auch nichtstaatliche Organisationen über diese Strategie. Die Grundlage hierfür bildete eine Analyse des Bildungsministeriums, die zu dem Schluss kommt, dass es dem russischen Bildungssystem in seiner bisherigen Form nicht gelingen werde, „selbstständige, fantasievolle, verantwortliche junge Menschen“⁵⁵ zu erziehen, die gut auf das Leben in einer modernen, sich schnell verändernden Gesellschaft vorbereitet sind. Das gelte insbesondere im Hinblick auf die steigenden Herausforderungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Russland. So werde das Verhältnis zwischen arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Menschen im Jahr 2016 1.000 zu 709 betragen und damit um zwanzig Prozent höher liegen als im Moment.⁵⁶ Eine weitere, in der Problemanalyse identifizierte, Herausforderung für die Jugendpolitik ist das verbreitete Desinteresse der Jugendlichen an gesellschaftli-

⁵⁴ Vgl. „Strategie der staatlichen Jugendpolitik“ <http://www.ed.gov.ru/files/materials/1741/molstrategy.doc>.

⁵⁵ ebd. S. 4.

⁵⁶ ebd. S. 5.

cher Beteiligung. Derzeit partizipieren lediglich 2,7 Prozent der Jugendlichen mehr oder weniger regelmäßig an der Arbeit gesellschaftlicher Organisationen.⁵⁷

Aus diesen und weiteren Herausforderungen wird in dem Strategiepapier die „Entwicklung und Realisierung des Potenzials der Jugend im Interesse Russlands“⁵⁸ als Hauptziel abgeleitet. Um dieses Potenzial entwickeln zu können, gelte es vor allem Voraussetzungen zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglichen, auftretende Probleme selbstständig und effektiv lösen zu können.⁵⁹ Konkret will das Bildungsministerium drei Programmlinien umsetzen:

1. Integration der Jugendlichen in das soziale Leben und eine wirkungsvollere Information über potenzielle Entwicklungsmöglichkeiten
Hierfür bietet sich der Aufbau eines Informationsinstrumentariums,⁶⁰ die Schaffung einer effektiven Freiwilligenstruktur,⁶¹ die Unterstützung bei Berufsplanung und -einstieg⁶² sowie die Unterstützung von jungen Familien⁶³ an.
2. Förderung des aktiven Engagements Jugendlicher
Zur Realisierung sollen die beiden Projektlinien „Mannschaft“ (Komanda)⁶⁴ und „Der Erfolg liegt in Deinen Händen“⁶⁵ aufgebaut werden.
3. Integration benachteiligter junger Menschen in das gesellschaftliche Leben⁶⁶
Die hierfür konzipierte Projektklinie heißt „Ein Schritt auf Dich zu“.⁶⁷

Fasst man die abstrakte Problemanalyse sowie die darauf aufbauenden Lösungsansätze zusammen, so ist zu konstatieren, dass die aktuellen Probleme im Jugendbereich sehr kritisch analysiert werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Vorgaben des Bildungsministeriums ist die positive Tendenz, von den Jugendlichen Eigeninitiative zu fordern und diese zu fördern, erkennbar. Allerdings werden die Jugendlichen als direkt Betroffene sowohl bei der Identifikation ihrer Belange, als auch bei der Zielsetzung und der Umsetzung der Strategie nicht direkt mit einbezogen; diese Aufgabe übernimmt viel mehr der Staat für sie. Darüber hinaus bleibt

⁵⁷ ebd. S. 5.

⁵⁸ ebd. S. 8

⁵⁹ ebd. S. 9.

⁶⁰ ebd. S. 15.

⁶¹ ebd. S. 17.

⁶² ebd. S. 19.

⁶³ ebd. S. 21.

⁶⁴ ebd. S. 22.

⁶⁵ ebd. S. 24.

⁶⁶ ebd. S. 10.

⁶⁷ ebd. S. 26.

unklar, in welcher Form die Zivilgesellschaft an der Umsetzung der „Strategie der staatlichen Jugendpolitik“ beteiligt werden soll.⁶⁸

Die kommunalen Bildungsadministrationen in Perm, Smolensk und Jarzewo

Russische Schulen unterstehen mit wenigen Ausnahmen der direkten Verantwortung der kommunalen Bildungsadministrationen. Aus diesem Grund können sich die Rahmenbedingungen für einzelne Schulen von Region zu Region sehr stark unterscheiden.

Um aufzuzeigen, wie groß die Unterschiede im Einzelnen sein können und welche Auswirkung die regionalen Rahmenbedingungen auf das Schulwesen haben, sollen im Folgenden exemplarisch die Schwerpunkte der Bildungspolitik in Perm, Smolensk und der kleinen Stadt Jarzewo beschrieben werden.

Perm hat rund eine Million Einwohner und ist das Zentrum einer Industrieregion westlich des Urals mit reichen Rohstoffvorkommen, insbesondere Erdöl und Erdgas. Dementsprechend sind viele große Unternehmen wie der Mineralölkonzern LukOil vor Ort. Die wirtschaftliche Prosperität sorgt dafür, dass im Haushalt der regionalen Verwaltung verhältnismäßig viel Geld für die Bildungspolitik zur Verfügung steht. Das Departement für Bildung der Stadt Perm ist für 149 allgemeinbildende Schulen, 49 Freizeitzentren und 230 Kindergärten zuständig. Für das Jahr 2006 legte es folgende Prioritäten fest:⁶⁹

1. Sport,
2. Klub der Lustigen und Schlagfertigen(KWN),⁷⁰
3. Bürgerschafts- und Rechtsbildung, darin auch patriotische Erziehung.

Darüber hinaus unterstützt das Bildungsdepartement verschiedene Projekte, von denen hier einige genannt werden sollen:

⁶⁸ Gespräch mit Anna Timofeewa, Geschäftsführerin der Association of Young Leaders am 12.09.2006 in Moskau. In einem Gespräch mit den Mitarbeitern des Bildungsministeriums Herrn Woronin und Frau Taratanowa am 04.04.2006 waren diese nicht bereit, Informationen über den Stand der Strategie zur Verfügung zu stellen. Das Gespräch war geprägt von großem Misstrauen dem Anliegen gegenüber. Die Geschäftsführerin des Donors Forum Frau Kaminarskaja meinte dazu, dieses Verhalten wäre symptomatisch für die Kontakte mit dem Bildungsministerium, die sich meist als sehr schwierig erweisen.

⁶⁹ Gespräch mit dem Leiter des Departements für Bildung der Stadt Perm Herrn Karpuschin am 27.03.2006.

⁷⁰ Die Abkürzung KWN steht für „Klub Weselych i Nachodtschiwyh, übersetzt: „Klub der Lustigen und Schlagfertigen“, eine in Russland sehr populäre Bewegung von Comedy-ähnlichen Mannschaftsauführungen mit Wettbewerbscharakter.

- Tag der Erinnerung an die Opfer politischer Verfolgung (30. Oktober) mit besonderen Unterrichtsschwerpunkten und Museumsbesuchen; organisiert von der Stadt-Duma;
- Aufsatzwettbewerb „U menja est' prava“ (Ich habe Rechte) zum Thema Kinderrechte; organisiert vom Zentrum für bürgerschaftliche Bildung und Menschenrechte;
- Schulwettbewerb „Lutschschaja Schkola“ (Beste Schule), der auf der kommunalen, regionalen und föderalen Ebene stattfand; auf kommunaler Ebene vom Komitee für Jugendpolitik organisiert;
- das Projekt „Ja - graschdanin Rossii“ (Ich bin ein Bürger Russlands).

Smolensk ist die Hauptstadt des Smolensker Gebietes, das im Westen an Belarus grenzt. Mit circa 300.000 Einwohnern zählt die Stadt zu den kleineren Großstädten Russlands in einem eher landwirtschaftlichen und ärmeren Gebiet der russischen Föderation. Hier existieren 44 allgemeinbildende Schulen, darunter drei Gymnasien – ein humanistisches, ein künstlerisches und ein Wirtschaftsgymnasium. Außerdem bieten zwei Schulen vertieften Fremdsprachenunterricht und vertieften Geschichtsunterricht an. Im Gegensatz zu Perm gibt es in Smolensk keine Privatschule.

Hervorzuheben ist die verhältnismäßig große Anzahl experimenteller Konzepte, die von staatlicher Seite gefördert werden. So greifen insgesamt fünf Schulen auf innovative pädagogische Ansätze in den Bereichen Ökologie und Dialektik, Waldorfpädagogik, Wirtschaftspädagogik und Humanistische Bildung zurück.⁷¹

Die Prioritäten ihrer Arbeit sieht die regionale Bildungsadministration im nationalen Projekt „Bildung“. Hier wird das nationale Projekt nicht nur auf Bildungsaufgaben, sondern auch auf erzieherische Aufgaben bezogen. In diesem Zusammenhang spielt die neu gegründete Jugendorganisation „Gagarin“⁷² eine wichtige Rolle. Die mittlerweile 5.000 Kinder umfassende Organisation soll die Lücke füllen, die das Wegfallen der sozialistischen Pionierorganisation Anfang der 90er Jahre hinterlassen hat.

Das größte Problem im Schulbereich ist allerdings der schlechte Gesundheitszustand vieler Kinder. Nach Angaben verschiedener Gesprächspartner sind lediglich zehn Prozent der russischen Kinder völlig gesund. Aus diesem Grund investiert die Regionalverwaltung viel Geld in Kuraufenthalte. Allein im letzten Jahr

⁷¹ Vgl. Administracija g. Smolenska: Munizipal'nye obrasowatel'nye utschreschdenija goroda Smolenska. Sprawotschnik. Smolensk 2002.

⁷² Der sowjetische Kosmonaut wurde im Smolensker Gebiet geboren.

führen 2.400 Kinder aus Smolensk in verschiedene Sanatorien.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit der regionalen Bildungsadministration sind die Ausstattung der Schulen mit modernen Computern, die Entwicklung moderner Unterrichtsmethoden und der damit verbundene Aufbau eines Weiterbildungssystems.⁷³

Jarzewo ist eine kleine, ehemalige Industriestadt im Smolensker Gebiet mit circa 60.000 Einwohnern. Die Schließung der drei größten Betriebe Anfang der 90er Jahre führte zu einer hohen Arbeitslosigkeit und ist zugleich der Grund für die leeren Stadtkassen. Dies stellt heute eines der größten Probleme dar.

In Jarzewo gibt es 24 Schulen und fünf Freizeiteinrichtungen, in denen die Schüler nachmittags Beschäftigung finden. Alle Einrichtungen sind trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage der Stadt kostenfrei, da nur die wenigsten Bürger im Stande wären, für die Bildung und Freizeitgestaltung ihrer Kinder zu bezahlen.⁷⁴ Für die hier „Komitee für Bildung“ genannte Bildungsadministration ist eine der Hauptprioritäten, die Schulen bei der Modernisierung ihrer zum Teil veralteten Unterrichtsmethoden zu unterstützen. So haben sie mit Unterstützung der Vereinigung „Für bürgerschaftliche Bildung“⁷⁵ das Programm „Meine Wahl“ an Schulen in Jarzewo implementiert. Dabei geht es um einen zwölf Einheiten umfassenden Kurs mit handlungsorientierten Methoden, die den Schülern vermitteln soll, dass jede Entscheidung Konsequenzen nach sich zieht. Ziel ist, diese abzusehen und zu lernen, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen.

Die Rolle der Bildungsadministrationen ist nicht zu unterschätzen, da sie nicht nur zuständig für die jeweilige Finanzierung der Schulen sind und damit administrative Aufgaben erfüllen, sondern auch in einem gewissen Maß Einfluss auf das Lehrprogramm im Rahmen der so genannten regionalen Komponente haben. Die föderale Komponente, die den größten Anteil ausmacht, wird im Bildungsministerium festgelegt, für die Schulen bleibt noch ein kleiner Teil an Freiheit, Schwerpunkte im Bildungsprogramm zu setzen. Die im Rahmen der Studie besuchten Verwaltungen sind offen für und interessiert an innovativen Neuerungen im Schulsystem.

⁷³ Gespräch mit Frau Nina Aleksewna Woronowa, stellvertretende Leiterin des Amtes für Bildung und Jugendpolitik (Uprawlenie obrasowanija i molodeschnoj politiki) am 12.05.2006 in Smolensk.

⁷⁴ Gespräch mit Natalja Nikolajewna Solowewa, stellvertretende Leiterin des Bildungskomitees (Komitet po obrasowanije) am 15.05.2006.

⁷⁵ Diese Organisation der „Lehrerzeitung“ wird im Kapitel 4.5. vorgestellt.

4.2 „European Year of Democratic Citizenship through Education“ des Europarates⁷⁶

„Ob es sich um Lehrpläne für Schulen oder informelle Programme für lebenslanges Lernen handelt, Russland ist eines der aktivsten und innovativsten Länder im Bereich Demokratieverziehung. Die Aufgabe besteht darin, Bürger darin zu schulen, mit der Komplexität eines Landes, das sich mit erheblichen Umbrüchen und der Bedrohung durch den Terrorismus konfrontiert sieht, umgehen zu können.“
Tatjana Bolotina, Koordinatorin des „European Year of Democratic Citizenship through Education“ (EDC) in Russland.⁷⁷

Der Europarat rief das Jahr 2005 als „European Year of Democratic Citizenship through Education“ aus. Intention dieser Initiative war es, in den 46 Mitgliedsländern verschiedene Programme zur Demokratiebildung unter einem gemeinsamen Dach anzustoßen. Für diesen Zweck wurden jeweils nationale Stellen eingerichtet, welche die Projekte in den einzelnen Staaten koordinieren. Für Russland lag diese Aufgabe in den Händen der Leiterin des „Zentrums für bürgerschaftliche Bildung“ (Zentr graschdanskogo obrasowanija), Frau Tatjana Bolotina. Das Zentrum mit Hauptsitz in Moskau ist angegliedert an die russische Akademie für Fortbildung im Bildungsbereich (Akademija powyschenija kwalifikazii i perepodgotowki rabotnikow obrasowanija). Insgesamt gibt es noch weitere vierzig regionale Zentren in den Regionen. Seine Aufgaben sieht das Zentrum darin, die bürgerschaftliche Bildung durch wissenschaftliche Forschungen, die Ausarbeitung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien sowie Informationen über Menschenrechte, das russische Rechtssystem und die Demokratie zu fördern. Darüber hinaus führt es in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern Fortbildungsseminare, Wettbewerbe, Olympiaden und Ausstellungen durch.⁷⁸

Für die Durchführung des EDC wurde ein Organisationskomitee (CAHCIT) eingerichtet, in dem wichtige Akteure des Bildungsbereiches vertreten sind:

Ministerium	Fredljanow, A. N., stellvertretender Bildungsminister
Regierung	Basin, G.W., Leiter der Abteilung Bildung des Departements für Massenkommunikation, Kultur und Bildung der Russischen Regierung

⁷⁶ Das Jahr wurde ins Russische übersetzt mit „Ewropejskij god graschdanstwenosti tscheres obrasowanije“, übersetzt: Europäisches Jahr der Bürgergesellschaft durch Bildung. Somit ist der demokratische Aspekt – zumindest im Namen – verloren gegangen.

⁷⁷ Interview auf <http://www.coe.int>.

⁷⁸ Vgl. „Zentr graschdanskogo obrasowanija“ www.civicedu.ru.

	Sereda, E. W., Leiter des Koordinierungsbüros der „Bevollmächtigten für Menschenrechte“
Duma	Ermolin, A. A., Abgeordneter
Bildungsakademie	Prutschenkow, A. S.
Weiterbildungsakademie	Tschetschel', I. D., Prorektor für Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit der Weiterbildungsakademie der Russischen Föderation
Medien	Dimowa, I. G., „Utschitel´ skaja Gaseta“ (Lehrerzeitung)
NGOs	Beljakow, E. M., Leiter „Civitas-Russia“ Sungurow, A. Ju., Präsident des Petersburger Zentrums „Strategie“ und Berater des Präsidenten zur Förderung der Entwicklung von Instituten für bürger-schaftliche Bildung und Menschenrechte
Wirtschaft	Molodzew, Ju. W., Stellvertretender Vorsitzender des Moskauer „Bundes der Unternehmer“ (Moskowskaja assoziazija predprinimatelej) ⁷⁹

Es ist gelungen, zahlreiche unterschiedliche Akteure auf dem Gebiet der demokratischen Bildung an einen Tisch zu holen und ihre Projekte im Bereich Zivilgesellschaft und Demokratie zu koordinieren. Das ist sicherlich die Hauptleistung des Jahres. Im Februar 2005 verabschiedete das Organisationskomitee einen nationalen Handlungsplan für das EDC-Jahr und rief dazu auf, regionale Pläne zu erstellen. Als Beleg für den Erfolg des EDC-Jahres in Russland wird die Etablierung des Faches „Bürgerkunde“ (Graschdanowedenie) als Pflichtfach für die Klassen neun bis elf an russischen Schulen angeführt. Dieses wird allerdings schon seit Ende der 90er Jahre als fakultatives Angebot an zahlreichen Schulen angeboten. Die Initiative des Europarates hat nicht zu einer markanten Zunahme der Projekte im Bereich Demokratiebildung in Russland geführt. Vielmehr liefen zahlreiche, ohnehin geplante Programme im Rahmen des EDC und profitierten von der finanziellen Unterstützung.

Wie in den meisten Bereichen der demokratischen Bildung in Russland spielte die Patriotismuserziehung auch im Rahmen des EDC-Jahres eine wichtige Rolle:

„Junge Absolventen ... verließen das Land, da Russland keine Zukunftsaussichten für sie bot. Das Ergebnis war, dass wir eine ganze Generation junger Menschen

⁷⁹ Vgl. „Zentr graschdanskogo obrasowanija“ www.civicedu.ru.

verloren haben. Eine der Prioritäten des EDC-Projektes ist es deshalb auch, der jüngeren Generation ihr eigenes Land wieder näher zu bringen. Wir legen viel Wert darauf, ihnen zu helfen, ihr Kritik- und Urteilsvermögen zu entwickeln, zwischen militärischem Nationalismus und Patriotismus als Möglichkeit zu wählen, stolz auf sein Land und loyal gegenüber seinem Land zu sein.^{4 80}

Obwohl die Patriotismuserziehung ein wichtiger Teil vieler Projekte war, gab es zahlreiche Programme, die andere Schwerpunkte setzten. Exemplarisch hierfür steht das Projekt „Demokratische Schule“ in Kaliningrad. Bei vier aufeinander folgenden Treffen diskutierten Vertreter aus zehn Schulen des Kaliningrader Gebietes. Die Teams bestanden jeweils aus Schülern, einem Vertreter der Bildungsverwaltung, den Schulleitern, Lehrern und jeweils einem Vertreter der Elternschaft. Es ging um die Entwicklung einer demokratischen Schule, um Selbstverwaltung und das Thema Menschenrechte. Die Teilnehmer versuchten, die Arbeitsergebnisse an ihren Schulen zwischen den vier Treffen umzusetzen und präsentierten den anderen Vertretern ihre Fortschritte bei der jeweils nächsten Diskussion in einem geschützten Raum.⁸¹

4.3 Die Rolle von Stiftungen

Während sich in den 90er Jahren hauptsächlich ausländische Stiftungen, wie das Open Society Institut des US-ungarischen Milliardärs George Soros, in Russland engagierten, entstehen mittlerweile mehr und mehr russische Stiftungen. Beide Arten von Stiftungen sind im russischen Stiftungsverband, dem Donors Forum (Forum Donorow)⁸², organisiert.

Die Arbeitsbedingungen für Stiftungen in Russland sind im Vergleich zu anderen Ländern recht schwierig. Dies ist vor allem auf die unklare und zum Teil widersprüchliche Gesetzgebung in diesem Bereich und eine nicht immer nachvollziehbare Rechtsprechung zurückzuführen. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist

⁸⁰ Tatjana Bolotina, Koordinatorin des EDC-Jahres in Russland. Interview auf <http://www.coe.int>.

⁸¹ Gespräch mit Frau Tatjana Bolotina, Direktorin des Föderalen Zentrums für bürgerschaftliche Bildung am 03.04.2006 in Moskau.

⁸² Vgl. Donors Forum: <http://www.donorsforum.ru>. Das Donors Forum mit seiner Geschäftsführerin Natalja Kaminarskaja erfüllt seine Netzwerkfunktion auf hervorragende Weise. Auf meine Anfrage nach Informationen zu Stiftungen, die im Bereich Schule aktiv sind, wurde kurzerhand ein Treffen von Vertretern dieser Stiftungen organisiert, das am 05.04.2006 in Moskau stattfand. Es stellte sich heraus, dass dies ein willkommener Anlass war, mehr über die jeweilige Arbeit der anderen Stiftungen zu erfahren, Anknüpfungspunkte wurden schnell gefunden, Erfahrungen ausgetauscht und weitere Treffen zu bestimmten Themen verabredet. Das zweite Treffen zum Thema „Effektivität der Bildungsförderung“ fand bei meinem nächsten Aufenthalt in Moskau am 16.05.2006 statt.

der Prozess gegen den ehemaligen JuKOS-Chef und Oligarchen Michail Chodorkowskij vor zwei Jahren. Nach seiner Festnahme 2003 wurden sämtliche Konten der Chodorkowskij nahen Stiftung „Open Russia“ (Otkrytaja Rossija) gesperrt, woraufhin die Stiftung den größten Teil ihrer umfangreiche Arbeit im Bildungssektor einstellen musste. Im vergangenen Jahr sorgte vor allem das neue NGO-Gesetz für Unsicherheit. Es erweiterte die Kontrollmöglichkeiten der Behörden insbesondere gegenüber Organisationen, die ausländische Unterstützung erhalten und bedeutet für viele NGOs einen erheblichen Mehraufwand in der ohnehin umfangreichen Verwaltung. Ein weiterer Grund für die schwierigen Rahmenbedingungen liegt darin, dass es in Russland keine das Stiftungswesen fördernde Steuergesetzgebung, wie etwa Regelungen für die Absetzbarkeit von Spenden, gibt. Darüber hinaus ist die Arbeit von Stiftungen in der russischen Bevölkerung bisher nicht oder nur kaum bekannt.

Um ihre Situation zu verbessern und die Stiftungsarbeit bekannter zu machen, erklärte das Donors Forum das Jahr 2006 zum „Jahr der Wohltätigkeit“. Mit verschiedenen Veranstaltungen sollte der Stiftungsgedanke in Russland verbreitet und die Bereitschaft der Menschen, sich aktiv in die Zivilgesellschaft einzubringen, gestärkt werden.⁸³ Um das Bild des Stiftungswesens in Russland mit besonderem Fokus auf den Bildungsbereich greifbar zu machen, werden im Folgenden einige Stiftungen und Projekte vorgestellt:

Die „**Stiftung zur Förderung der Russischen Lehrerschaft**“⁸⁴ entstand im Jahr 2001 auf Grundlage einer Initiative der „Lehrerzeitung“ (Utschitel´skaja Gaseta). Wichtigste Teilhaber sind neben der „Lehrerzeitung“ die „Vereinigung für Internet-Bildung“ (Federazija Internet Obrasowanija) und das Bildungsministerium.⁸⁵ Die Finanzierung erfolgt vor allem durch die föderale Bildungsakademie und Sponsoren wie die Wneschtorg-Bank, Microsoft und verschiedene Verlage.

Die FPRU sieht sich ausdrücklich als Förderer der gesamten russischen Lehrerschaft und weniger von einzelnen Lehrern oder Schulen. Sie führt die föderalen Wettbewerbe „Beste Schule“ (Lutschschaja Schkola), „Lehrer des Jahres“ (Utschitel´ goda) und „Leader der Bildung“ (Lider Obrasowanija) durch. Außerdem bringt sie zehn Mal im Jahr die Zeitschrift „Lider Obrasowanije“ heraus.

⁸³ Vgl. <http://www.blago.ru>.

⁸⁴ Fond Podderschki Rossijskogo Utschitel´stwa, im Folgenden FPRU, auf <http://fpru.org>.

⁸⁵ Vgl. Fond Podderschki Rossijskogo Utschitel´stwa: Ottschet sa 2004 god. Moskwa 2005.

Im Kontext der vorliegenden Studie ist das Programm „Beste Schule“⁸⁶ von besonderem Interesse, da es Rückschlüsse darauf zulässt, welche Eigenschaften eine gute Schule in den Augen einer staatlich-privaten Stiftung ausmachen. Das Foto zeigt die Auszeichnung: eine versilberte Schulglocke für den traditionell an den russischen Schulen sehr wichtigen so genannten „letzten Gong“ (poslednyj swonok) am Ende des Schuljahres.

Über den Zweck und die Zielsetzung der Initiative „Beste Schule“ gibt die Aussage des Geschäftsführers der FPRU-Stiftung, Herrn Safronow, Auskunft. Er geht davon aus, dass sich das russische Bildungssystem am Ende einer stark experimentellen Phase befindet. Nun müssten die unterschiedlichen Erfahrungen analysiert und daraus Schlussfolgerungen für das gesamte Schulsystem gezogen werden. Laut seiner Aussage gebe es in Russland eine leistungsstarke Avantgarde sehr guter Schulen, deren Ansätze nun auf alle Schulen übertragen werden müssten.⁸⁷

Die Antragsunterlagen für den Wettbewerb umfassen 35 Formulare sowie eine Liste mit Anlagen und Dokumentationen, die ebenfalls einzureichen sind.⁸⁸ Ausgehend hiervon sind für die Qualität einer Schule das Budget, also die materielle Ausstattung, die Qualifikation der Lehrer, der Werdegang der Absolventen sowie die Siege in Olympiaden und andere Auszeichnungen entscheidend. Darüber hinaus werden erfragt: die Organisation der Selbstverwaltung, die Kooperation mit den Eltern und Experten sowie die Durchführung sozialer Projekte. Diese Aspekte lassen zwar eine gewisse Nähe zu Demokratie- und Bürgerschaftlicher Bildung erkennen, die Begriffe selbst kommen allerdings nicht explizit vor.

Die Auswahl der besten Schulen erfolgt dann auf Grundlage einer Präsentation, deren Sieger zur Auszeichnung in den Kremlpalast eingeladen wird. Mit dieser prestigeträchtigen Ehrung wird zwar die Arbeit engagierter Schulleiter und Lehrer aufgewertet, allerdings hat dieser Wettbewerb stark elitäre Züge. Kleinere Schulen, die zwar innovative Konzepte, aber nur einen geringen Etat haben, sind hier chancenlos. Gefördert und motiviert werden nicht Schulen, die am Anfang einer Entwicklung stehen, sondern bereits etablierte und dafür honorisierte Schulen.

Ein sehr interessantes Projekt wurde von der **New Eurasia Foundation** und der **Charles Stewart Mott Foundation** angestoßen. Sie führen seit Mai 2005 ein gemeinsames Programm zur Förderung demokratischer Prozesse an russischen Schulen

⁸⁶ „Beste Schulen Russlands“ <http://www.bestschool.org.ru>.

⁸⁷ Gespräch mit Herrn Sergej Safronow, Geschäftsführer FPRU Fond Podderschki Rossijskogo Utschitel´stwa am 06.04.2006 in Moskau.

⁸⁸ Vgl. FPRU: Lutschschie Schkoly Rossii – 2006. Priloschenie 4 k ob’’javleniju o konkurse.

durch, mit dem sie die Entwicklung von „Gesellschaftlich aktiven Schulen“ (Obschtschestwenno-aktiwnye shkoly) und deren Vernetzung fördern möchten. Dabei liegen die Schwerpunkte in den Bereichen schulische Selbstverwaltung, Schülerparlamente, Öffnung von Schule und der Vermittlung demokratischer Kompetenzen. Gerade die enge Verbindung dieser Bereiche ist nach Ansicht des Leiters der Mott Foundation in Russland, Herrn Bachmin, von großer Bedeutung, da es in Russland zwar viele Aktivitäten im Bereich der demokratischen Bildung gäbe, die Schulen nach innen aber nach wie vor autoritär geführt würden.⁸⁹ Für die Umsetzung der Projekte sind die beiden Stiftungen nicht selbst verantwortlich, sondern sie kooperieren dabei mit verschiedenen NGOs, die auch als Multiplikatoren fungieren.

Die **Charities Aid Foundation (CAF)** führt in Russland das Programm „100 klassnych proektow“ (100 Klasse Projekte) durch, bei dem es im Rahmen eines Wettbewerbes darum geht, kleine Projekte an Schulen zu fördern und den Projektgedanken damit zu verbreiten. Der Sieger erhält eine Prämie, die der Schule zur Verfügung stehen soll.

Einen ähnlichen Charakter hat das Programm „Dobro tvorim vmeste“ (Gemeinsam Gutes schaffen) der **Kadetten-Stiftung**. Auch hier geht es um die Förderung kleiner Projekte im Schulbereich.

Die Stiftung „**Freie Sache**“ (Vol'noe Delo) bringt im Rahmen des Programms „Schkoly nowogo pokolenija“ (Schulen einer neuen Generation) seit eineinhalb Jahren eine Zeitung für Schüler heraus.

Die **Kinderstiftung „Viktorija“** fördert vor allem Waisenkinder, um deren starker sozialer Marginalisierung entgegen zu wirken.

4.4 Die Arbeit der NGOs

Memorial

Die im Ausland bekannteste russische Nichtregierungsorganisation ist Memorial.⁹⁰ Die Organisation wurde 1989 mit dem Ziel gegründet, die Geschichte der politischen Repressionen in der Sowjetunion aufzuarbeiten. Ihre Aufgaben liegen im Wesentlichen in den Bereichen Forschung, Erinnerungsarbeit, Menschenrechte und Information. In den letzten siebzehn Jahren hat Memorial die Geschichte der Gulags und des russischen Geheimdienstes KGB erforscht, verschiedene Museen aufgebaut, unterschiedliche Denkmäler zum Gedenken an die Opfer staatlicher

⁸⁹ Gespräch mit Herrn Bachmin, Mott Foundation am 06.04.2006 in Moskau.

⁹⁰ „Memorial“ <http://www.memo.ru>.

Repressalien errichtet und Schriftenreihen publiziert. Sie initiierte 1991 das „Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer von politischen Repressionen“ und wirkt durch intensive politische Arbeit auf dessen Annahme hin. Außerdem sammelt Memorial Daten über Menschenrechtsverletzungen und unterstützt hiervon betroffene Personen.

In Bezug auf das Thema Demokratiebildung ist sicherlich der Schülergeschichtswettbewerb von Memorial von Interesse. Der unter dem Motto „Das Schicksal des Menschen in der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ laufende Wettbewerb wird bereits zum achten Mal ausgeschrieben; im aktuellen Schuljahr 2006/07 steht das Thema „Das russische Alltagsleben in den Jahren 1945-1965“ im Mittelpunkt. Ziel der Initiative ist es, Jugendliche dazu zu bewegen, sich mit der jüngeren Vergangenheit ihres Landes zu beschäftigen. Die Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung wurde bereits im Kontext der bürgerschaftlichen Bildung in Kapitel drei hervorgehoben. Irina Scherbakowa, Mitarbeiterin bei Memorial, erklärt die Bedeutung des Wettbewerbes folgendermaßen: ⁹¹ „Die derzeitigen russischen Machthaber suggerieren, dass wir unbedingt Mythen brauchen, um unsere Kinder zu Staatsbürgern erziehen zu können.“ ⁹² Vielen Entscheidungsträgern fehle das Vertrauen, dass man mit einer kritischen Sicht auf die Dinge ein normales Verhältnis zum Staat und seiner Geschichte aufbauen könne. „Die Heuchelei der neuen ideologischen Losung besteht darin, dass sich die Einstellung zur sowjetischen Geschichte offenkundig weg vom kritischen hin zu einem positiven oder gar mit Stolz behafteten Blick verschoben hat.“ ⁹³ So würden einseitig die Heldentaten des russischen Volkes während des Zweiten Weltkrieges gefeiert, die Opfer aber nicht thematisiert. „All dies geschieht zugleich vor dem Hintergrund eines wachsenden alltäglichen Nationalismus und Chauvinismus.“ ⁹⁴ Deshalb sei es von so ungeheurer Wichtigkeit, diesen Tendenzen Fakten und Dokumente entgegen zu halten.

Neben dieser Förderung kritischen Auseinandersetzens mit einer allzu häufig beschönigten Vergangenheit verfolgt der Wettbewerb zwei weitere Anliegen. Zum einen tragen die Aufsätze der Jugendlichen dazu bei, individuell erlebte Geschichte

⁹¹ Der gesamte Vortrag findet sich in der Dokumentation des 8. Deutsch-Russischen Herbstgesprächs „Macht Demokratie Schule – macht Schule Demokratie?“ Berlin 2006.

⁹² ebd. S. 14.

⁹³ ebd. S. 15.

⁹⁴ ebd. S. 15.

zu dokumentieren und zugänglich zu machen. Zum andern soll die Auseinandersetzung mit problematischen historischen Erlebnissen im eigenen Umfeld das Verständnis und die Toleranz gegenüber Menschen stärken, die heute ähnliche Schicksale durchleben. Hierunter fallen beispielsweise Flüchtlinge aus Tschetschenien oder Aserbaidschan, die in Russland häufig diskriminiert werden.

Eine weitere, im Kontext dieser Studie interessante Initiative von Memorial trägt den Namen „Perm 36“. Auf dem Gelände dieses einzigen in eine Gedenkstätte umgewandelten Lagers für politische Gefangene aus der Sowjetzeit betreibt die Organisation in Zusammenarbeit mit der Gebietsverwaltung der Region Perm ein Museum.⁹⁵ Hier wird nicht nur die Geschichte der Repression und des Widerstandes gegen das kommunistische Regime dokumentiert, sondern die Mitarbeiter bieten auch speziell auf Schüler zugeschnittene Führungen und Projekte wie z.B. die eigenständige Konzeption von Ausstellungen an. Dadurch sollen die Schüler angeregt werden, einen Bezug zwischen historischem Geschehen und der Gegenwart herzustellen. Konkret geht es dabei um Fragen wie die folgenden: Könnte es geschehen, dass Russland zu einer durch staatliche Repressionen geprägten Regierungsform zurückkehrt? Welche Institutionen und Aktivitäten bilden die Grundlage für Demokratie? Welche dieser Grundlagen existieren in Russland und wo bestehen Defizite? Welche Konsequenzen bringen diese Defizite mit sich? Darüber hinaus hat das Museum ein Curriculum zur Behandlung der Themen Totalitarismus und Unterdrückung an Schulen ausgearbeitet, da diese im Geschichtsunterricht nach wie vor nur vereinzelt angesprochen werden. Mit Hilfe dieser Ansätze möchten die beiden Träger einen Beitrag zu einer engagierten und aufgeklärten Zivilgesellschaft leisten.⁹⁶

Association of Young Leaders

Die Jugendorganisation „Association of Young Leaders“ mit ihrem Hauptsitz in Moskau wurde im Jahr 1992 mit Unterstützung der amerikanischen „California Association of Students Councils“ gegründet. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche dabei zu unterstützen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. In fünf-tägigen Trainings vermitteln sie mit Hilfe praxisorientierter Methoden Grundwissen über Gruppendynamik, Konfliktlösung und Präsentationstechniken. Die Young Leaders unterstützen im Aufbau befindliche Studenten- oder Schülervertretungen und sind in mehr als 22 Regionen vertreten. Im Gegensatz zu

⁹⁵ „Perm 36“ <http://www.perm36.ru>.

⁹⁶ Vgl. http://www.sitesofconscience.org/ger/gulag_programs.htm.

den anderen vorgestellten Organisationen werden alle Aufgaben, wie zum Beispiel die Durchführung von Seminaren, von Jugendlichen organisiert.⁹⁷

Mit Blick auf das Thema Demokratievermittlung kommt dem „Arbeitsbuch zur Unterstützung beim Aufbau von Schülervertretungen“, das die Young Leaders im Jahr 2005 herausbrachten, eine besondere Bedeutung zu. Die Finanzierung der Publikation durch die Föderale Bildungsagentur Russlands, die eine nachgeordnete Einrichtung des Bildungsministeriums ist, macht deutlich, dass von staatlicher Seite die dort beschriebenen Ansätze als förderungswürdig betrachtet werden. Das Handbuch selbst richtet sich explizit an Schüler, was sich sowohl in der inhaltlichen, wie auch der sprachlichen und grafischen Konzeption widerspiegelt. Hier wird sehr anschaulich beschrieben, welche Rolle die Demokratie im Zusammenhang mit der Schüler selbstverwaltung spielt. Der nachfolgend zitierte Absatz greift das in Russland weit verbreitete Vorurteil auf, Demokratie sei automatisch mit Chaos verbunden:

„Wir wissen aus dem Geschichtsunterricht, dass Demokratie die Herrschaft des Volkes ist – in unserem Fall also der Schüler. Dass heißt aber nicht, dass die Schüler in der Schule machen können, was sie wollen und sich so verhalten können, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt. Eine demokratische Gesellschaft funktioniert dank bestimmter Prinzipien. Die Möglichkeit eines jeden Bürgers, selbst Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, die sein Leben betreffen, ist darunter eines der wichtigsten.“⁹⁸

Das Handbuch der Young Leaders ist einer der wenigen direkt an Schüler gerichteten Veröffentlichungen, die sich mit Demokratie auseinandersetzen. Demokratie wird nicht als ein theoretisches Konstrukt verstanden, sondern wird praktisch anwendbar gemacht. Das zeigt sich beispielsweise in der Erklärung zur Organisation und Durchführung von Wahlen an der Schule, die demokratietheoretisch unterfüttert wird. Daran anknüpfend empfiehlt das Buch der Schüler selbstverwaltung eine Öffnung der Schule hin zur Gesellschaft und stellt einige Projektideen für eine „sozial aktive Schule“ vor.

Sotrudnitschestwo Krasnojarsk („Zusammenarbeit Krasnojarsk“)

Die NGO „Zusammenarbeit Krasnojarsk“ entstand 1997. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die zivilgesellschaftliche Bildung zu fördern. Zur Erfüllung dieser Aufgabe

⁹⁷ Gespräch mit Frau Anna Timofeeva, Geschäftsführerin der Assoziation, am 12.09.2006 in Moskau.

⁹⁸ Timofeeva, Anna: Rabotschaja kniga schkol´nogo soweta. Schag sa schagom. Moskwa 2005, S. 22.

bieten ihre Mitarbeiter im Rahmen des regionalen Ressourcenzentrums Fortbildungen und Beratungen an, sie geben Lehrbücher und Handreichungen heraus und initiieren ehrenamtliche Projekte.

Eines ihrer Programme mit dem Titel „Demokratisierung der Schulen“ will die Schulen dabei unterstützen, demokratische Grundsätze in allen Bereichen des schulischen Lebens zu implementieren. Es soll ein Paradigmenwechsel von der administrierten Schule zur demokratischen Schule stattfinden. Spannend in diesem Zusammenhang ist ihre Definition von demokratischer Schule in Abgrenzung zu einer rein administrierten Schule. Die Leitung soll sich als politische Führung verstehen. Fern von Hierarchien sollen funktionale Prozesse im Mittelpunkt stehen. Demokratische Schule ist gekennzeichnet durch Teamarbeit.⁹⁹

New Civilization (Nowaja Ziwilisazija)

Die Initiative „New Civilization“ ist mit zwei für die Bildungsarbeit in Russland wichtigen Personen verbunden. Beide haben gemeinsam, dass sie von den staatlichen bildungspolitischen Vorstellungen abweichen bzw. abwichen.

Anatolij Ermolin ist heute Mitglied des russischen Parlaments und gehörte bis zu seinem Ausschluss aus der Fraktion Putins Partei „Edinaja Rossija“ (Einiges Russland) an.¹⁰⁰ Ermolin engagiert sich stark in den Bereichen Bildung, Demokratiebildung und gesellschaftliches Engagement. Er rief die Initiative „New Civilization“ ins Leben und prägt bis heute viele ihrer Aktivitäten.

Die zweite Person ist der heute verurteilte ehemalige JuKOS-Chef Michail Chodorkowskij. Die von ihm gegründete Stiftung „Open Russia“ (Otkrytaja Rossija) war bis zum Einfrieren des gesamten Stiftungskapitals und der Zerschlagung des JuKOS-Konzerns Träger und Geldgeber von „New Civilization“. Mittlerweile versucht sich das Programm mehr schlecht als recht über andere Partner zu finanzieren.

Mitte der 90er Jahre begann „New Civilization“ Planspiele an russischen Schulen durchzuführen, die in den zwölf Regionen lagen, in denen JuKOS tätig war. Ziel dieser Planspiele mit dem Titel „Kinderrepublik“ („Detskaja respublika“) war es, den Schülern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge sowie die demokratischen Spielregeln in einem Staat zu veranschaulichen. Die Jugendlichen sollten ein Verständnis für dieses neue System entwickeln.

Aus diesem Projekt hat sich mittlerweile ein komplexes System von Programmen

⁹⁹ Vgl. Sotrudnitschestwo <http://kccp.ru>.

¹⁰⁰ Gespräch mit Anatolij Ermolin und seiner Mitarbeiterin Marina Schtscherbakowa am 06.04.2006 in Moskau.

für junge Menschen verschiedener Altersgruppen entwickelt. „Nowaja Ziwilisazija“ war in den letzten zehn Jahren an 1.000 Schulen tätig und hat mehr als 250.000 Schüler erreicht. Durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratiebildung ist eine Reihe methodischer Handreichungen entstanden, die an den Schulen angewendet werden.

Während Präsident Putin Michail Chodorkowskij seinerzeit zwar für sein bildungspolitisches Engagement auszeichnete, dieser aber bis 2013 inhaftiert ist, engagiert sich Anatolij Ermolin weiterhin in der Bildungspolitik. So gründete er eine Pfadfinderorganisation, in der militärische Traditionen und demokratische Lebensform miteinander verbunden werden sollen.¹⁰¹ Zudem beteiligt sich Ermolin auch wissenschaftlich am bildungspolitischen Diskurs in Russland. In dem Buch „Wie man den Zombie tötet. Liberale Erziehung gegen totalitäre Stereotypen“¹⁰² setzt er sich mit den Erziehungszielen der Sowjetunion und immer noch aktiven Bildungstereotypen auseinander.

Civitas@Russia

Die NGO Civitas@Russia wurde 1995 auf Initiative der amerikanischen Lehrervereinigung „American Federation of Teachers“ gegründet. Die Hauptaufgabe der Organisation besteht darin, die Entwicklung der bürgerschaftlichen Bildung in Russland zu fördern. „Wir sind davon überzeugt, dass dies [die Arbeit von Civitas@Russia, Anm. d. Verfassers] der direkte und unbedingte Weg zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft mit demokratischen Institutionen, den Werten der Freiheit und des Humanismus, der Freundschaft und dem gegenseitigen Verständnis zwischen den Völkern, insbesondere zwischen Russland und Amerika, ist.“¹⁰³

Konkret führt Civitas@Russia Lehrer-Austauschprogramme zwischen Russland und den USA durch, organisiert Weiterbildungsprogramme, an denen auch die Ukraine und Bulgarien beteiligt sind, veranstaltet Konferenzen und ist einer der Partner des Bildungsministeriums bei der Durchführung des Programms „Ich bin ein Bürger Russlands“. Darüber hinaus gibt die Organisation Lehrbücher heraus und beteiligt sich an der Beilage „Bürgerkunde“ der „Lehrerzeitung“, auf die im nächsten Kapitel eingegangen wird. Aktuell plant Civitas@Russia außerdem die

¹⁰¹ Vgl. Ottschet sa 2004 god. Gruppy obrasowatel'nych proektow. Moskwa 2005.

¹⁰² Ermolin, Anatolij: Kak raskoldowat' „zombi“. Liberal'noe wospitanie protiv totalitarnych stereotipow. Moskwa 2004.

¹⁰³ <http://www.civitas-russia.ru/?rid=4&pid=1>.

Herausgabe einer Methodensammlung „Aktive Methoden“ (Aktivnye Metody) und eine Aufsatzsammlung „Die aktive Schule“ (Aktivnaja Schkola).¹⁰⁴

4.5 Bildungspolitik in den Medien

In Russland gibt es eine Reihe von Fachzeitschriften für den Bildungsbereich, die alle Ebenen, vom Kindergarten¹⁰⁵ bis zur Hochschule,¹⁰⁶ erfassen. In diesem Kapitel werden zunächst die wichtigsten Zeitschriften aufgeführt, um anschließend das Blatt „Utschitel´skaja gaseta“ („Lehrerzeitung“) exemplarisch genauer zu beschreiben.

Die nachfolgende Liste gibt einen Eindruck von der Vielfalt an Zeitschriften im Bildungsbereich und verdeutlicht, dass insbesondere innovative Themen und psychologische Fragen häufig thematisiert werden:

- Mir Schkoly (Welt der Schule)
- Raswitie Litschnosti (Entwicklung der Persönlichkeit)
- Schkol´nyj psiholog (Der Schulpsychologe)
- Direktor Schkoly (Der Schulleiter)
- Nowye Zennosti Obrasowanija (Neue Werte in der Bildung)
- Na putjach k nowoj shkole (Auf dem Weg zu einer neuen Schule)
- Lider Obrasowanija (Vorreiter in der Bildung)
- Ekonomika – Obrasowanie – Segodnja (Ökonomie – Bildung – Heute)
- Pervoe Sentjabrja (Erster September)

„Lehrerzeitung“ (Utschitel´skaja gaseta)

Die „Utschitel´skaja gaseta“ ist in erster Linie eine Fachzeitschrift für Lehrer und die interessierte Fachöffentlichkeit, die sich durchaus mit kontroversen Themen auseinandersetzt. So kritisiert der Artikel „Militarisierung in Reinform. Es wird Zeit, die Akzente anders zu setzen“,¹⁰⁷ dass die Heldenverehrung im russischen Geschichtsunterricht häufig eine wichtigere Rolle als die nüchterne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit spiele. Außerdem gibt es eine Beilage zur Zeitschrift zum Thema „Bürgerschaftliche Bildung“.

Abgesehen von seiner publizistischen Tätigkeit engagiert sich das Blatt auch auf

¹⁰⁴ Vgl. „Civitas@Russia“ <http://civitas-russia.ru>.

¹⁰⁵ z.B. „Detskij sad so wsech storon“ („Der Kindergarten von allen Seiten“).

¹⁰⁶ z.B. „Pedagogika“ („Pädagogik“).

¹⁰⁷ Danilewskij, Igor': Sploschnaja Militarizacija. Pora menjat' akcenty! <http://www.ug.ru/issue/?action=topic&toid=12005>.

andere Weise im Bildungsbereich. So führt es verschiedene Veranstaltungen wie z.B. den Geschichtswettbewerb für Schüler „Sie gingen jung an die Front ...“ (Uschli na front molodymi) durch.

Im Zusammenhang mit dem Thema Demokratieerziehung ist die 1995 auf Initiative der „Lehrerzeitung“ ins Leben gerufene Vereinigung „Für bürgerschaftliche Bildung“ (Assoziazija „Sa graschdanskoe obrasowanie“)¹⁰⁸ besonders interessant. Sie hat etwa 10.000 Mitglieder in mehr als 60 Regionen Russlands. Neben der Herausgabe von Literatur, die sich mit Fragen der bürgerschaftlichen Bildung beschäftigt, will die Organisation Lehrer bei der Durchführung von Projekten unterstützen sowie die internationale Zusammenarbeit und den internationalen Austausch zur „Erziehung der Jugend im Geiste der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte“¹⁰⁹ fördern. Darüber hinaus initiiert sie verschiedene Projekte wie beispielsweise das methodische Programm „Meine Wahl“ (Moj vybor), das zum Beispiel am Gymnasium in Jarzewo umgesetzt wird.¹¹⁰

Besonders verdient machte sich die Vereinigung „Für bürgerschaftliche Bildung“ im Hinblick auf das Fach Bürgerkunde. Zum einen setzte sie sich im Rahmen des EDC-Jahres besonders für die Erhöhung der Wochenstundenzahl des Fachs ein. Zum anderen stieß sie 1997 die erste Olympiade zur Bürgerkunde an. Da es in Russland in allen etablierten Fächern Olympiaden gibt, bedeutet die Initiierung einer solchen im Bereich Bürgerkunde einen großen Fortschritt im Hinblick auf die Anerkennung und die Verbreitung des Faches.

Internetressourcen

Neben den Printmedien bietet vor allem das Internet zahlreiche, in ihrer Qualität sehr unterschiedliche Beiträge zum Thema Bildung. Da mittlerweile fast alle Schulen über einen Internetzugang verfügen und die letzten bis 2007 mit Computern und einem Anschluss versorgt werden sollen, bietet sich Schülern wie Lehrern hier eine umfangreiche Informationsquelle. Nicht zuletzt die zahlreichen Verweise auf russischsprachige Webseiten in dieser Arbeit machen deutlich, wie groß das Angebot in diesem Medium bereits ist. An dieser Stelle werden die wichtigsten Seiten und Portale übersichtlich zusammengefasst:

¹⁰⁸ Vereinigung „Für bürgerschaftliche Bildung“ <http://www.ug.ru/civicnet/>.

¹⁰⁹ Vgl. <http://www.ug.ru/civicnet/civic.htm?civic>.

¹¹⁰ Schulbesuch Gymnasium Nr. 3 in Jarzewo am 15.05.2006 und Gespräch mit der Direktorin Galina Nikolaewa.

Internetseite	Kurzbeschreibung
<i>Staatliche Seiten</i>	
www.mon.gov.ru	Offizielle Seite des russischen Bildungsministeriums
www.edu.ru	Föderales Internetportal zu Bildungsfragen in Russland
www.ed.gov.ru	Föderale Bildungsagentur
www.school.edu.ru	Portal zu Themen der allgemeinbildenden Schulen
www.rost.ru	Informationen zu den nationalen Projekten
www.infoblago.ru	Internetportal des „Jahres der Wohltätigkeit 2006“ in Russland mit vielen interessanten Informationen über die russische Zivilgesellschaft
<i>Zeitschriften</i>	
www.ug.ru	Fachbeiträge und aktuelle Diskurse rund um das Thema Bildung der „Lehrerzeitung“
www.eed.ru	Artikel aus der Zeitung „Ökonomie – Bildung – Heute“
<i>Stiftungen & NGOs</i>	
www.donorsforum.ru	Übersicht über die russische Stiftungslandschaft
www.fio.ru	Webseite des Bundes für Internetbildung
www.civicedu.ru	Seite des Zentrums für bürgerschaftliche Bildung mit Informationen über das „Year of Democratic Citizenship through Education“
<i>Weitere Seiten</i>	
www.auditorium.ru www.aermolin.ru	Internetportal für Geisteswissenschaften und politische Bildung
	Seite des Duma-Abgeordneten Ermolin mit Informationen über das „Year of Democratic Citizenship through Education“

V. Formen von Demokratiebildung in der Praxis

In den vorangegangenen drei Kapiteln wurden die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Demokratiebildung analysiert sowie wichtige Akteure und Ansätze der Bildungspolitik identifiziert. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel dargestellt, ob und wie Demokratiebildung an den besuchten Schulen vermittelt wird und welche innovativen Ansätze es gibt.

Die Basis für diese Untersuchung bilden 19 Schulbesuche in den Regionen Perm, Smolensk und Moskau sowie Interviews, welche die Verfasserin im Zeitraum März bis September 2006 mit Direktoren, Lehrern und Schülern durchgeführt hat. Die vorliegende Analyse kann und will daher keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Die Lehrer unterrichteten aufgrund der Anwesenheit eines ausländischen Gastes nicht wie gewohnt. Bei dieser notwendigen Interpretation von Situationen spielt auch der persönliche Referenzrahmen der Verfasserin eine Rolle.

Um zu beantworten, inwieweit die untersuchten Schulen demokratisch sind und ob an ihnen Demokratiebildung stattfindet, ist zunächst eine genauere Bestimmung des Begriffes Demokratiebildung notwendig. Diese soll hier in Anlehnung an den Diskurs über Demokratie und bürgerschaftliche Bildung im 3. Kapitel erfolgen. Folgende Punkte wurden jeweils an den Schulen betrachtet:

1. **Vermittlung demokratischer Kompetenzen im Unterricht:** Eine erfolgreiche demokratische Bildung im Unterricht hat die Vermittlung demokratischer Kompetenzen zum Inhalt.
2. **Lernen in Projekten:** Eine effektive Methode zur Förderung von Handlungs- und Sozialkompetenzen bietet das Lernen in Projekten.
3. **Demokratische Schule:** Die demokratische Organisation der Schule mit entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten für Schüler ist entscheidend für das Gelingen demokratischer Bildung.
4. **Öffnung der Schule:** Voraussetzung für eine erfolgreiche demokratische Bildung ist die Verankerung der Schule in der Gesellschaft.

Die Schulbesuche bestätigten die Einschätzungen der Bildungsexperten hinsichtlich der starken Heterogenität russischer Schulen. Verallgemeinerungen sind vor diesem Hintergrund schwierig. Die Aufgabenstellung, innovative Ansätze zu identifizieren bringt es mit sich, dass im Folgenden besonders gute und Erfolg versprechende Beispiele angeführt werden. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die besuchten Schulen eine gewisse Elite des russischen Schulsystems darstellen.

Das russische Bildungsgesetz spricht ausdrücklich vom „Demokratischen [...] Charakter der Leitung / Verwaltung [und der] Autonomie der Bildungseinrichtungen“ sowie von „Freiheit und Pluralismus in der Bildung“. ¹¹¹

Laut Gesetz haben die Schulen also die Möglichkeit, die oben beschriebenen Kriterien umzusetzen. Ob und inwieweit das in der Praxis funktioniert, gilt es im Folgenden zu untersuchen.

Dimensionen der Demokratiebildung

Im Zusammenhang mit Demokratiebildung sind zwei Dimensionen von Demokratie wichtig: die des Wissens und die des Handelns.

Erstere lässt sich folgendermaßen definieren: Demokratie bedeutet die Herrschaft des Volkes und basiert auf der Gleichheit aller, der Geltung und dem rechtsstaatlichen Schutz bürgerlicher Grundrechte sowie den Partizipationsmöglichkeiten der Bürger durch ein gleiches Wahlrecht. ¹¹² Diese Definition von Demokratie sowie die zum tieferen Verständnis wichtigen historischen und politischen Hintergründe liegen auf der Wissensebene und können daher vergleichsweise einfach erlernt werden.

Demokratisches Handeln setzt diese Kenntnis von Demokratie und deren Prinzipien voraus, geht aber weit darüber hinaus. Demokratische Handlungskompetenzen können nur zum Teil theoretisch gelernt werden, sie müssen vor allem ausprobiert werden. Kurzum: es geht darum, Demokratie zu lernen und zu leben.

Daraus ergeben sich zwei Fragen: Welche Kompetenzen sollte Demokratiebildung konkret vermitteln? Und in welcher Form sollten diese Kompetenzen vermittelt werden? Bei der Vermittlung geht es vor allem um folgende Kompetenzen:

- Reflektion der eigenen Meinung,
- Artikulation der eigenen Meinung und Interessen (Kommunikationsfähigkeit),
- Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Interessen,
- Aushandeln von Kompromissen in einem demokratischen, gewaltfreien Prozess,
- Konfliktfähigkeit,
- Akzeptanz von demokratisch ausgehandelten Kompromissen.

¹¹¹ § 2 des Russischen Bildungsgesetzes: § 2 Prinzipien der staatlichen Politik im Bereich der Bildung (Auszug): 3) Allgemeine Zugänglichkeit zur Bildung, Anpassung des Bildungssystems an das Niveau und die Besonderheiten der Schüler; 5) Freiheit und Pluralismus in der Bildung; 6) Demokratischer ... Charakter der Leitung / Verwaltung der Bildung, Autonomie der Bildungseinrichtungen.

¹¹² Vgl.: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München 2001, S. 51f.

Mit Blick auf die Form der Vermittlung ist es entscheidend, die beiden Bereiche Demokratie lernen und Demokratie leben miteinander zu verbinden. Hierbei muss neben der theoretischen Wissensvermittlung die praktische Anwendung im Mittelpunkt stehen. Für den Schulunterricht bedeutet das konkret, praxisorientierte Methoden, wie Planspiele, Projekte oder Formen schulischer Mitbestimmung anzuwenden. Ein zentrales Element aller Methoden ist die Partizipation, d.h. die Fähigkeit und die Bereitschaft, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich einzusetzen. Ohne diese Einsatzbereitschaft des Einzelnen kann Demokratie nicht funktionieren. Gleichzeitig muss der Staat genug Raum für Partizipation lassen. Seine Aufgabe ist es, einen stabilen Rahmen zu schaffen, in dem die Bürger ihre Interessen formulieren und verwirklichen können.

5.1 Vermittlung demokratischer Kompetenzen im Unterricht

„Fachlich qualifizierter Unterricht im Bereich der politischen Bildung bringt aber noch keine demokratische Grundhaltung [...] Das Erlernen demokratischen Handelns und der Aufbau einer demokratischen Grundhaltung sind an ein Lernumfeld gebunden, in dem Grundregeln eines demokratischen Miteinander unterrichtet und praktiziert werden“¹¹³

Bei der Beobachtung des Unterrichts sowie durch Gespräche mit Lehrern wurde deutlich, dass die besuchten russischen Schulen dem hier formulierten Anspruch nur in Teilen gerecht werden.

Das Unterrichtsfach „Bürgerkunde“ ist erst im Entstehen begriffen. Die Inhalte sind nicht klar definiert und in den entsprechenden Kreisen der Lehrer und Experten Gegenstand einer Diskussion. Schulbücher sind publiziert, befinden sich aber gerade erst in der Erprobungsphase. Ebenso wie in den anderen Fächern ist auch in diesem Bereich die Vermittlung des Inhaltes kognitiv ausgerichtet und auf das Anhäufen eines möglichst großen Wissensschatzes angelegt. Wissen wird häufig als Wert an sich betrachtet. Die Schüler bringen viel Zeit und Kraft für das Auswendiglernen des Lernstoffs, das Erledigen umfangreicher Hausaufgaben und die intensive Vorbereitung auf die zahlreichen Prüfungen auf. Es war schon die Rede von der großen Beanspruchung der Schüler. Diese liegt wohl eher in der Form des Lernens als im quantitativen Unterrichtsvolumen begründet. So liegt die Jahresstundenzahl mit 859 in Russland unter denen vieler anderer Länder, wie

¹¹³ Oesterreich, Detlef: Demokratieerziehung in Mittel- und Osteuropa. Ergebnisse aus dem Civic Education Projekt der IEA. Fonds „Erinnerung und Zukunft“, Berlin, S. 10.

beispielsweise Polen, Estland, Tschechien oder Ungarn.¹¹⁴ Allmählich findet ein Umdenken von der Vermittlung von Wissen hin zu dialogischen Unterrichtsformen und der Vermittlung von Kompetenzen statt.

So zeigte sich zum Beispiel an der Schule Nr. 43 in Perm, dass die Lehrer durchaus alternative Unterrichtsmethoden anwenden. Die Schule bietet vertieften Unterricht im künstlerischen Bereich an. Im Gegensatz zum Unterricht in den Standardfächern setzen sich die Schüler in Fächern wie Kunst, Zeichnen oder Breakdance individuelle Ziele, lernen diese gemeinsam mit den Lehrern zu überprüfen und arbeiten in ihrem eigenen Tempo. Darüber hinaus entwickeln sie bei der Arbeit in Gruppen automatisch andere Kompetenzen als beim rein kognitiven Lernen mit Hilfe von Lehrbüchern. Die Direktorin der Schule beschreibt die Ergebnisse dieser Form des Lernens folgendermaßen: *„Unsere Kinder sind anders: selbstständiger und aktiver. Das Selbstbewusstsein der Schüler wird gestärkt, da sie sich nicht nur über die schulischen Leistungen definieren müssen, sondern auch über die kreative Arbeit.“*¹¹⁵

Das Gespräch mit einem Bildungsexperten machte jedoch deutlich, dass es im Bereich der Vermittlung demokratischer Kompetenzen an russischen Schulen nach wie vor große Defizite gibt. Der Großteil von ihnen werde autoritär geführt. Konflikte gelte es eher zu vermeiden, als zu lernen, sie auszutragen. Eigenständiges und kritisches Denken werden kaum gefördert.¹¹⁶

Diese Darstellungen können lediglich Tendenzen aufzeigen. Nichtsdestotrotz wird deutlich, dass es zwar einige Ansätze zur praxisorientierten Vermittlung von Wissen gibt, in den meisten Schulen aber das Auswendiglernen noch dominiert.

5.2 Lernen in Projekten

*„Viele Schulen sind sehr weit im Bereich Projektmanagement. ... Der Hauptfehler vieler Lehrer und Schüler ist jedoch, jede beliebige mehr oder weniger selbstständige Tätigkeit Projekt zu nennen... Dann hören wir auf, zu verstehen, worin das Besondere in der eigentlichen Projektstätigkeit besteht, dann verlieren wir das Wichtigste.“*¹¹⁷

¹¹⁴ Vgl. ebd. S. 51, Unterrichtsstunden im Jahr: Russland: 859, Polen, Rumänien: 870, Estland: 893, Tschechien: 947, Ungarn: 871.

¹¹⁵ Besuch der Schule Nr. 43 in Perm am 28.03.2006.

¹¹⁶ Gespräch mit Herrn Isaew am 27.03.2006 und Herrn Bachmin am 05.04.2006.

¹¹⁷ Prichodko, Ewgenija Wladimirowna: Proekty. <http://734.com 1.ru/article.php?storyid=85>.

Die meisten russischen Schulen sind Ganztagschulen. In dieser Zeit bietet sich den Schülern genug Raum, um neben dem Unterricht an Projekten und anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Diese haben eine lange Tradition. Sie reichen von der Organisation kultureller Veranstaltungen und Wettbewerben über themenbezogene Projekte bis hin zu Exkursionen. Im kulturellen Bereich ist KWN, der „Klub der Lustigen und Schlagfertigen“ sehr verbreitet. Dabei geht es darum, in einem Comedy-Wettbewerb in Mannschaften gegeneinander anzutreten. Neben dem Unterhaltungswert lernen die Schüler auf diese Weise auch, selbstbewusst aufzutreten. Darüber hinaus gibt es in vielen russischen Schulen eine lange Tradition kultureller Ereignisse wie Bälle und Theateraufführungen, die bei der Außendarstellung der Schulen eine wichtige Rolle spielen. In dieser Hinsicht ist die russische Schule nicht nur eine Lerninstitution, sondern erfüllt auch wichtige Funktionen bei der Freizeitgestaltung der Kinder.

Aus der Vielzahl an Aktivitäten soll an dieser Stelle die Schule Nr. 9 in Perm herausgegriffen werden. Dort haben sich die Schüler fachübergreifend mit der Person des britischen Geologen Roderick Murchison beschäftigt, der 1841 die Bezeichnung Perm für einen Zeitabschnitt der Erdgeschichte prägte. Während sie im Geschichtsunterricht sein Leben behandelten, standen in Geografie seine geologischen Forschungen und seine Reisen durch Russland im Mittelpunkt. Im Laufe der Auseinandersetzung mit der Person Murchisons entstand die Idee, dem Wissenschaftler, der Perm in der ganzen Welt berühmt gemacht hatte, eine Gedenktafel zu stiften. Zur Finanzierung dieser Idee organisierten die Schüler Basare.¹¹⁸

Projekte dieser Art verdeutlichen, dass der Ansatz des „Lernens durch Projekte“ an russischen Schulen keineswegs neu und an vielen Schulen verbreitet ist.

5.3 Schulische Mitbestimmung

Im bereits erwähnten Bildungsgesetz „Ob Obrasowanii“ ist das Recht der Schüler auf Teilhabe an der schulischen Selbstverwaltung festgeschrieben. Dort heißt es wörtlich: „Schüler aller Bildungseinrichtungen haben das Recht auf Beteiligung an der Verwaltung der Bildungseinrichtung.“¹¹⁹ Diese Vorgabe geht mit der Einschätzung einher, dass sich eine demokratische Schule in erster Linie an der Möglichkeit der Mitgestaltung und Einflussnahme messen lassen muss.

¹¹⁸ Besuch der Schule Nr. 9 in Perm 29.03.2006.

¹¹⁹ Bildungsgesetz § 50.

Bereits in der Sowjetunion spielten Schülerräte (Sowjet Schkol'nikow) als Mitbestimmungsorgan der Schulen eine Rolle. Diese klassische Form der Partizipation, bei der gewählte Vertreter aus den Reihen der Schüler die Interessen der gesamten Schülerschaft vertreten, ist auch heute noch weit verbreitet.

Die Schüler sollen sich nach ihren eigenen Ansichten und denen der Lehrer und Eltern in folgenden Bereichen beteiligen:¹²⁰

Erwartungen der Schüler:

- Schaffen einer freundschaftlichen Atmosphäre an der Schule
- Lösen von Problemen zwischen Schülern und Lehrern
- Organisation schulischer Veranstaltungen
- Unterstützung von Schülern beim Lernen und in anderen Bereichen
- Unterstützung der Klassen bei ihren Veranstaltungen
- Verbesserung des Schullebens
- Zusammenarbeit mit anderen Schulen und deren Schülervertretungen
- Suche nach Geldgebern für die Schule

Erwartungen der Lehrer:

- Zusammenarbeit der Lehrer und Schüler außerhalb des Lernprozesses
- Einbindung der Eltern in das Schulleben
- Erziehung der Schüler zu Verantwortung und dem Ergreifen von Initiative
- Einführung und Unterstützung der Schulordnung
- Entwicklung neuer und interessanter Ideen für schulische Veranstaltungen

Erwartungen der Eltern:

- Förderung der persönlichen Entwicklung der Kinder
- Schaffung interessanter Freizeitbeschäftigungen für die Schüler
- Ansprechpartner für die Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung
- Möglichkeit zur Instandsetzung der Schule ohne die finanzielle Belastung der Eltern
- Schutz der Rechte der Kinder in der Schule.

So vielfältig die geäußerten Erwartungen auch sind, es zeigt sich doch, dass die Beteiligung bei weitem nicht alle Bereiche umfasst. Der Unterricht als zentrale Einheit des schulischen Lebens wird ausgespart.

Ebenso vielfältig wie die Erwartungen waren auch die Partizipationsmodelle an

¹²⁰ In: Timofeewa, Anna: Rabotschaja kniga schkol' nogo soweta. Schag sa schagom. Moskwa 2005, S. 6

den besuchten russischen Schulen. Zwar basierten die meisten Ansätze auf dem Konzept der Räte aus Sowjetzeiten, doch hatten alle Schulen die Modelle an ihre Bedürfnisse angepasst und in Form eines Organigramms vorliegen.

Leider kommt es zwischen den einzelnen Schulen nicht zu einem breiten Ideenaustausch über die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten. Ein solcher könnte die bereits erreichten Ergebnisse vernetzen und die Arbeit auf diesem Gebiet erleichtern und verbessern.

Im Jahr 2005 veranstaltete das russische Bildungsministerium in Kooperation mit der Akademie für Weiterbildung der Mitarbeiter im Bildungssystem und der überregionalen Organisation New Civilization erstmals einen gesamtrossischen Wettbewerb für Modelle der Schülerelbstverwaltung (Wserossijskij konkurs modelej utschenitscheskogo samouprawlenia). Bei diesem wurde eine große Zahl von Modellen der schulischen Selbstverwaltung ausgezeichnet.¹²¹

An dieser Stelle werden drei Beispiele für Formen der Schülerbeteiligung an verschiedenen russischen Schulen dargestellt.

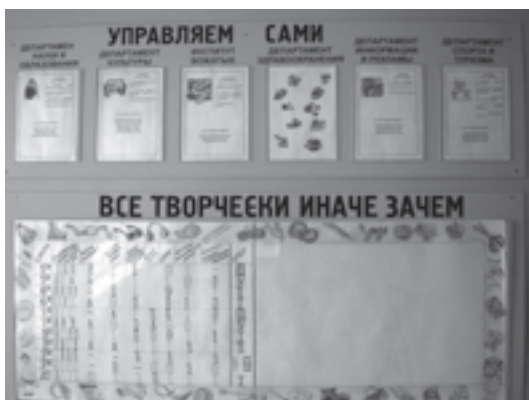
Der Klassiker einer spielerischen Partizipationsform ist der „Tag der Selbstverwaltung“, den es an fast allen russischen Schulen gibt. Meist findet er am 5. Oktober, dem Tag des Lehrers in Russland statt. Die dahinter stehende Idee birgt ein großes Potenzial: Indem Schüler und Lehrer ihre Rollen tauschen kommt es zu einem interessanten Perspektivenwechsel. Die Schüler können feststellen, mit welchen Schwierigkeiten die Unterrichtsführung bisweilen verbunden sein kann, und die Lehrer erleben die Perspektive der Schüler. Leider werden die Chancen dieses Instruments oft nur unzureichend ausgeschöpft, an vielen Schulen ist dieser Tag eher ein fröhliches Fest.

Die Permer Schule Nr. 140 hat in den letzten Jahren ein vielschichtiges und lebendiges System schulischer Selbstverwaltung entwickelt. Schüler-, Eltern- und Lehrervertreter verstehen sich als gleichberechtigte Gruppen, die gemeinsam für die Gestaltung des Schullebens verantwortlich sind. Einmal jährlich richten beispielsweise die beiden anderen Gruppen den Tag der Schüler, der Lehrer bzw. der Eltern für die jeweils im Mittelpunkt Stehenden aus.

¹²¹ Pruttschenkow, A.S., Kalisch I.W., Nowikowa, T.G.:Organisazija utschenitscheskogo samouprawlenia w obrazowatel´nom utschreschdenii: regional´nye modeli. Moskwa 2005.

Darüber hinaus hat der Schülerrat eine Vereinbarung mit der Schuladministration ausgearbeitet, die gemeinsame Aktionen für das Schuljahr festlegt. Bei der Ausrichtung der Wettbewerbe „Die Klasse des Jahres“ und „Der Schüler des Jahres“ kommen Schülern, Eltern und Lehrern unterschiedliche Aufgaben bei der Planung, Realisierung und Evaluation zu. Im gesamten Bereich der Selbstverwaltung unterstützte die Permer Organisation „Elternhaus“ (Roditel'skij dom) die Schule Nr. 140. So wurde gemeinsam das Unterrichtsfach Soziale Praxis (Sozial'naja praktika) entwickelt, in dem es unter anderem um Konfliktmanagement und Beteiligungsformen in der Schule geht.¹²²

Ein weiteres Beispiel für eine erprobte und interessante Beteiligungsform ist das Partizipationsmodell der Schule Nr. 153 in Perm. Nach Vorbild des Staatsaufbaus in Russland wählen die Schüler einen Präsidenten, der ihre Interessen gegenüber der Schulverwaltung vertritt. Parallel dazu gibt es einzelne Departements, die sich an den Ministerien orientieren.



Schema der Schüler selbstverwaltung der Schule Nr. 153 in Perm

Hier engagieren sich Gruppen von Schülern in den Bereichen Wissenschaft und Bildung, Kultur, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheit oder Sport. Auf diese Weise übernehmen die Jugendlichen nicht nur Verantwortung und gestalten ihre Schule mit, sondern erhalten durch die Simulation politischer Zusammenhänge auch einen Einblick in die Arbeitsweise einer Regierung.¹²³

5.4 Öffnung der Schulen

Eingangs wurde darauf hingewiesen, wie wichtig die Verankerung der Schule in der Gesellschaft ist. Nur wenn die Schule sich als Teil einer demokratischen Gesellschaft versteht, kann Demokratiebildung gelingen.

¹²² Besuch der Schule Nr. 140 in Perm am 31.03.2006.

¹²³ Besuch der Schule Nr. 153 in Perm am 28.03.2006.

Die wichtigste externe Gruppe, die sich in der Regel an russischen Schulen engagiert, sind die Eltern. Sie unterstützen die Schulen häufig finanziell oder helfen bei der Sanierung der Gebäude mit. So ist es an der Schule Nr. 140 in Perm Tradition, dass vor den Sommerferien Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam durch die Schule gehen und überlegen, welche Aufgaben in den Ferien anstehen. An der Schule Nr.1 in Jarzewo¹²⁴ streichen die Eltern in den Ferien den Klassenraum ihrer Kinder und in Perm besorgte die Mutter eines Schülers ein neues Musikinstrument für die Schule Nr. 43. Ohne dieses starke Engagement der Eltern würde das Schulleben in Russland kaum funktionieren.

Ein weiterer Aspekt der gesellschaftlichen Verankerung von Schulen stammt aus der sowjetischen Vergangenheit: Mehrmals jährlich finden obligatorische Treffen mit Veteranen des Zweiten Weltkrieges und ehemaligen Soldaten des Afghanistankrieges statt. Diese Begegnungen erfüllen den zweifelhaften Zweck, die Erinnerung der Schüler an die „heldenhafte“ Geschichte ihres Landes zu stärken.

Ein beeindruckendes Beispiel für eine intensive Einbindung der Schule in die Gesellschaft bietet das Lyzeum Nr. 10 in Perm. Die Schule wurde auf Initiative der örtlichen Hochschule für Wirtschaft gegründet und soll die Schüler durch einen vertieften mathematisch-ökonomischen Unterricht auf ein Wirtschaftsstudium vorbereiten. Im „Verwaltungsrat“ (Uprawljajuschtschij sowjet) sitzen neben Lehrern und Schülervertretern auch Menschen, die nichts direkt mit der Schule verbindet. Es sind hauptsächlich Vertreter aus Wirtschaftsunternehmen, die bei der Weiterentwicklung der Schule mitwirken und ihre Erfahrungen im Bereich Fundraising einbringen. Wie erfolgreich dies geschieht, zeigt sich bei einem Gang durch die Räumlichkeiten des noch im Bau befindlichen Gebäudes: In fast allen Unterrichtsräumen hängen Schilder, die angeben, wer die Ausstattung ermöglicht hat. Dies ist eine prinzipielle Beobachtung für Russland: es gibt wenig Berührungspunkte zwischen Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft.

Darüber hinaus hat das Lyzeum eine Patenschaft mit dem städtischen Kinderheim Nr. 2 aufgebaut. Dahinter steht der Gedanke, dass nicht allein wirtschaftliche Kompetenzen von Bedeutung sind, sondern es auch wichtig ist, soziale Verantwortung zu übernehmen. In regelmäßigen Abständen finden Treffen und gemeinsame Veranstaltungen statt; so sammelten die Schüler zuletzt Bücher für die Bibliothek des Kinderheimes.

¹²⁴ Besuch der Schule Nr. 1 in Jarzewo am 15.05.2006.

Für die Öffnung der Schulen gegenüber der Gesellschaft machen sich in Russland vor allem die New Eurasia Stiftung und die Mott Stiftung im Rahmen der Initiative „Gesellschaftlich aktive Schulen“ stark. Außerdem besteht seit einigen Jahren die NGO „Community Schools“ (Obschtschestwenno-aktiwnaja schkola). In dem von ihr getragenen Netzwerk tauschen sich Schulen aus 35 Regionen Russlands unter anderem darüber aus, wie sie Absolventen besser in die Schularbeit integrieren können.¹²⁵

5.5 Die Rolle von Schulpartnerschaften

„Ich sagte zu, trotz anfänglicher Bedenken, die durch gewisse unschöne Gerüchte über die schlechten Zustände in Russland hervorgerufen wurden. Als ich in Smolensk ankam, stellte ich allerdings fest, dass ich mir umsonst Sorgen gemacht habe. Die Gerüchte erwiesen sich als falsch. [...] Im Gegenteil, alle Leute, denen ich in Smolensk begegnete, waren unglaublich nett zu mir und stets bereit, mir zu helfen. Der Aufenthalt in Smolensk hat mir so gut gefallen, dass ich beschloss, in diesem Jahr noch einmal zu fahren.“¹²⁶

Dieser Ausschnitt aus dem Erfahrungsbericht eines deutschen Schülers, der an einem Austauschprojekt mit einer Smolensker Schule teilnahm, verdeutlicht den Sinn und Zweck von Schulpartnerschaften: Es geht in erster Linie um den Austausch von Erfahrungen, den Abbau von Vorurteilen und die internationale Verständigung. Das russische Bildungsministerium hat Kontakte zu mehr als 70 Ländern und über 300 Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. In einem Strategiepapier zur Bildungspolitik wird die internationale Zusammenarbeit als zentrale Aufgabe bezeichnet.¹²⁷

Für die meisten russischen Schulen sind Schulpartnerschaften eine attraktive Option, um Kontakte ins Ausland zu knüpfen. Bei zahlreichen Schulbesuchen versicherten die Schulleiter ausnahmslos, dass sie Interesse an einer Schulpartnerschaft mit einer deutschen Schule hätten. Während sich dieses Vorhaben für Schulen in kleineren Städten oder auf dem Land aufgrund der mangelhaften Infrastruktur und schlechten finanziellen Ausstattung meist schwierig gestaltet,

¹²⁵ Besuch des Lyzeums Nr. 10 in Perm am 29.03.2006.

¹²⁶ Erlebnisbericht eines Schülers der 11. Klasse der Hagener Waldorfschule über seinen dreimonatigen Aufenthalt an der Smolensker Waldorfschule. In: 20 Jahre Städtepartnerschaft Hagen – Smolensk. Hrsg. Stadt Hagen. 2005.

¹²⁷ Vgl. Bildungsministerium <http://mon.gov.ru>.

unterhalten städtische Schulen im europäischen Teil Russlands oft Partnerschaften ins Ausland. Das gilt besonders für Schulen mit einer verstärkten fremdsprachlichen Ausrichtung. Die Sprachkenntnisse der Schüler in den höheren Jahrgängen sind meist so gut, dass Austauschprogramme problemlos möglich sind.

Für viele Schulen sind vorhandene Städtepartnerschaften ein guter Anknüpfungspunkt für Kontakte ins Ausland. So besteht zwischen dem Smolensker Prschewalskij-Gymnasium und dem Fichte-Gymnasium aus der deutschen Partnerstadt Hagen seit 15 Jahren eine projektorientierte Schulpartnerschaft.¹²⁸ Für das tatsächliche Gelingen derartiger Partnerschaften sind persönliche Kontakte zwischen den Lehrern unerlässlich. Im Falle der beschriebenen Partnerschaft knüpfte ein Kunsterziehungslehrer des Hagener Fichte-Gymnasiums 1988 erste Kontakte.¹²⁹

Neben dieser Kooperation besteht auch ein langjähriger Kontakt zwischen der Hagener und der Smolensker Waldorfschule. Nachdem die deutschen Lehrer ihre russischen Kollegen zunächst in der Gründungsphase der Smolensker Schule unterstützten, findet mittlerweile ein regelmäßiger Austausch auf Schüler- und Lehrerebene statt.¹³⁰

Mit Blick auf die Zukunft des erfolgreichen Konzepts der Schulpartnerschaften besteht die Hoffnung, dass sich mit Gründung der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch die praktische Seite des Schüleraustausches, wie Visavergabe und Bezuschussung von Reisekosten, in Zukunft vereinfachen wird. Wünschenswert wäre ein gleichberechtigter Austausch, der auch weitere Ebenen des russischen Bildungssystems mit einbezieht. So sind beispielsweise viele Mitarbeiter der kommunalen Bildungsverwaltungen daran interessiert, das deutsche Schulwesen kennen zu lernen und Einblicke in ihre Arbeit zu gewähren.

5.6 Die Demokratische Schule Moskau

„Wir lehren keine Demokratie.

Wir bauen unser Leben nach demokratischen Prinzipien.“

Motto auf der Homepage der Schule der Selbstbestimmung in Moskau

¹²⁸ Besuch des Gymnasiums Nr. 1 in Smolensk am 12.05.2006.

¹²⁹ Nachzulesen ist die interessante Geschichte der Städtepartnerschaft Hagen – Smolensk in der Broschüre: 20 Jahre Städtepartnerschaft Hagen – Smolensk. Hrsg. Stadt Hagen. 2005.

¹³⁰ Besuch der Waldorfschule in Smolensk am 12.05.2006.

Die „Schule der Selbstbestimmung“ läutete in Gestalt eines wissenschaftlich-pädagogischen Vereins 1987 als eine der ersten Schulen die demokratische Wende in der russischen Bildungslandschaft ein. Sie wurde mit Hilfe des Bildungsministeriums durch die Zusammenlegung der Moskauer Schule Nr. 734 und des Kindergartens Nr. 869 gegründet. Der Anspruch der Einrichtung ist es, die Suche nach modernen Inhalten und Methoden einer persönlichkeitsorientierten Bildung mit der Erziehung von Kindern im Alter zwischen 3 und 17 Jahren zu verbinden.¹³¹

Die Prinzipien der „Schule der Selbstbestimmung“ sind in ihren Statuten festgelegt:¹³²

- Die Schüler und Lehrer sind gleichberechtigte Bürger der Schule.
- Die Schüler haben die Möglichkeit zu entscheiden, was, wann und bei wem sie lernen.
- Die Bildung in der Schule ist nicht nur Sozialisation, sondern vor allem Entwicklung der Individualität der Schüler.
- Der Bildungsprozess beinhaltet nicht nur den Unterricht, sondern auch Exkursionen, Rollenspiele, Projekte und freie Lernräume.
- Das wichtigste Resultat ist nicht die Summe des Wissens in den einzelnen Fächern, sondern die individuellen Kompetenzen.
- Die Schüler sind nicht Objekt des Lernens, nicht Teilnehmer am Prozess, sondern Subjekt der Bildung.
- Die Verantwortung aller ist das Schaffen einer demokratischen und toleranten Lebensweise.

Vorstand des Vereins und Direktor der Schule ist Aleksandr Naumowitsch. Neben seiner praktischen Arbeit beschäftigt er sich theoretisch als Autor mit dem Thema demokratische Schulführung. Damit steht er in einer langen Tradition von russischen Pädagogen, die neue pädagogische Ansätze entwickelt haben.¹³³

Zusammen mit den Lehrern der Schule geht es ihm darum, „Wege für die Schaffung von Bedingungen für die Entwicklung der Individualität des Kindes“¹³⁴ aufzuzeigen. Das heißt, die Kinder und Jugendlichen sollen dazu animiert werden, selbstständig und frei zu denken sowie praktische Erfahrungen durch demokrati-

¹³¹ Weitere Informationen finden sich auf der Seite der Schule <http://734.com1.ru>.

¹³² Vgl. <http://734.com1.ru/modules/start>.

¹³³ Tradition der „Autorenprogramme“ (awtorskaja programma), die im Zuge der Modernisierung des russischen Schulsystems vom Bildungsministerium gefördert werden.

¹³⁴ Tubel'skij, A. N.: Demokratisazija utschebnogo prozessa. Moskwa 2006. S. 5.

ches Handeln zu sammeln. Darunter fallen Toleranz gegenüber anderen Meinungen, die gewaltfreie Lösung von Konflikten, Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen und ein Mitspracherecht der Schüler bei wirklich allen Belangen der Schule, vor allem auch im Unterricht selbst. Demokratie wird nicht nur theoretisch in dem Fach Bürgerkunde unterrichtet, sondern die Schüler leben diese durch die gleichberechtigte Beteiligung an der Selbstverwaltung, beim gemeinsamen Festlegen von Regeln und in der Projektarbeit.

Da das „Lernen in Projekten“ elementarer Bestandteil der Demokratiebildung ist, finden an der „Schule der Selbstbestimmung“ monatliche Projekttag statt. Sie sind in den Unterricht eingebunden, so dass alle Schüler daran teilnehmen. Während die Jugendlichen ab der 7. Klasse selbstständig Projekte entwickeln, setzen die jüngeren Schüler Gemeinschaftsprojekte um.

In Anknüpfung an diese monatliche Arbeit gibt es Projektwochen, die bestimmten Themen gewidmet sind. So findet einmal im Jahr die „Lyzeumswoche“ statt, in der sich die gesamte Schule in das Zeitalter Puschkins zurück versetzt. Die Lehrer tragen einen Frack, die Schüler organisieren Lesungen und es finden Bälle statt. Diese handlungsorientierte Form des Lernens stößt bei den Schülern auf große positive Resonanz und ergänzt den theoretischen Wissenserwerb aus Schulbüchern.

Im Gegensatz zu anderen Schulen in Russland dauert eine Unterrichtseinheit an dieser Schule 35 statt 45 Minuten. Diese Umstellung nahm der frühere Schuldirektor Tubel'skijs vor, um die Lehrer zur Umgestaltung ihres Unterrichts zu bewegen.

Das wichtigste Organ der schulischen Selbstverwaltung ist die „Vollversammlung aller Bürger der Schule“ (Obschtschij Sbor). Die Vollversammlung trifft alle wichtigen Entscheidungen und beschließt die Schulverfassung. Außerdem wählt sie den aus fünf Lehrern und sieben Schülern bestehenden Schulrat (Sowjet Schkoly) in geheimer Abstimmung. Darüber hinaus existiert das so genannte „Gericht der Ehre“, das auftretende Konflikte lösen soll. So hob das Gericht beispielsweise eine Entscheidung der Lehrer bezüglich des Schulverweises eines Schülers auf. Zusätzlich zu diesen ständigen Organen gibt es zeitlich begrenzte Gremien, die zu verschiedenen Zwecken zusammen kommen, zum Beispiel für die Vorbereitung von Rollenspielen oder Festen. Durch all diese Gremien wie auch das gesamte schulische Leben zieht sich das Prinzip der gemeinsamen Entscheidungsfindung von Lehrern und Schülern.

Dass auch der Staat den Erfolg dieser Methoden anerkennt, beweist die Auszeichnung der Schule mit der Prämie des Präsidenten im Bereich Bildung im Jahr 2001.

Die Lehrer der „Schule der Selbstbestimmung“ sehen ihre Aufgabe nicht nur darin, im eigenen Haus demokratische Bildungsarbeit zu leisten und neue Methoden zu entwickeln, sondern diese auch an andere Schulen zu tragen. Dies geschieht in Form von „Gutachten“ (Ekspertisy). Dazu fährt ein Team von Lehrern und Schülern auf Einladung an eine andere Schule und bewertet, inwieweit die dortigen Regeln und deren Umsetzung demokratisch sind. Zunächst wird nur beobachtet, dann gemeinsam diskutiert und anschließend überlegt, an welchen Stellen und in welcher Form die Schule sich weiterentwickeln kann. Die so untersuchte Schule entscheidet selbst, welche Ansätze sie annehmen will, woraufhin gemeinsam Pläne für die Umsetzung der Vorschläge ausgearbeitet werden. Um die Nachhaltigkeit dieses Konzepts zu gewährleisten, sind alle teilnehmenden Schulen in der Assoziation demokratischer Schulen (Assoziazija demokratitscheskich schkol) organisiert. Bislang gehören dem Netzwerk etwa vierzig Schulen aus zwölf Regionen an. Die so vernetzten Bildungseinrichtungen bieten in ihrer Region Seminare an und kontaktieren andere Schulen, um demokratische Grundsätze weiter zu tragen.¹³⁵

¹³⁵ Besuch der „Schule der Selbstbestimmung“ am 05.04.2006 und 11.09.2006.

VI. Fazit

Ziel dieser Untersuchung war es, die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Russland zu beschreiben, die wichtigsten Akteure zu identifizieren und anhand von Beispielen innovative Ansätze der demokratischen Bildung an Schulen zu zeigen.

Die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in Russland unterscheiden sich erheblich von denen hierzulande. Die Ergebnisse der PISA-Studien legen nahe, dass es in vielen Bereichen des russischen Bildungssystems Defizite gibt. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die schlechte finanzielle Ausstattung des Bildungsektors. Der Lohn der Lehrer ist landesweit mit monatlich 30 bis 60 Euro sehr niedrig. Darüber hinaus bereiten viele russische Schulen nicht auf eine praktische Anwendung des erlernten Wissens vor. Der Fokus im russischen Bildungswesen liegt immer noch auf dem Auswendiglernen möglichst umfassender Stoffmengen.

Das Budget und das Ausbildungsniveau der einzelnen Schulen hängen in Russland in starkem Maße von der Prosperität der Regionen ab. Deshalb sind die Unterschiede zwischen einigen gut ausgestatteten Schulen, die meist in Ballungszentren liegen, und der großen Zahl an unterversorgten Bildungseinrichtungen in ländlichen oder ärmeren Regionen groß.

Vor diesem Hintergrund ist die von der Regierung im Rahmen der „nationalen Projekte“ angestrebte Reform des Bildungswesens zu begrüßen. Ziel ist es unter anderem, alle Schulen bis Ende 2007 mit Computern und Internetanschlüssen auszustatten und die Lehrergehälter um 26,5 Prozent zu erhöhen. Die Förderung innovativer Ansätze als weiterer Teil der Reform ist allerdings zu elitär ausgerichtet, was die Gefahr birgt, die Kluft zwischen den Schulen zu vergrößern.

Neben den bildungspolitischen sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Demokratiebildung entscheidend. Das Verhältnis der Russen zu Demokratie ist ambivalent. Sie verbinden mit Demokratie neben den klassischen Attributen wie Gleichheit und dem Bestehen eines Mehrparteiensystems vor allem soziale Gerechtigkeit. Presse- und Meinungsfreiheit sowie Minderheitenrechte und Toleranz spielen eine untergeordnete Rolle.

Ein spezifisches Phänomen im Kontext des gesellschaftlichen Demokratiediskurses ist die zunehmende Bedeutung von Patriotismus in Russland. So geht es bei

der bürgerschaftlichen Bildung in Russland sowohl um die methodisch vielfältige Vermittlung und Einübung demokratischer Prinzipien als auch um Heimatliebe und Wehrerziehung. Bisweilen werden die Begriffe „bürgerschaftliche Bildung“ und „Patriotismuserziehung“ sogar synonym verwendet.

Im Bereich der Demokratiebildung sind in Russland zahlreiche Akteure tätig. Der Staat engagiert sich zum einen mit einer landesweiten jugendpolitischen Strategie. Zum anderen fördern die kommunalen Verwaltungen je nach finanziellem Spielraum Projekte an den ihnen unterstellten Schulen. Darüber hinaus spielen vor allem Stiftungen und NGOs bei der demokratischen Bildung eine wichtige Rolle, da sie mit ihren vielfältigen Programmen andere Prioritäten als der Staat setzen. So fördert die Stiftung Memorial beispielsweise ein Museumsprojekt, bei dem die Schüler Gefahren für die Demokratie in Russland identifizieren und die „Association of Young Leaders“ erklärt in einem Buch für Schüler, wie Demokratie an der Schule funktioniert.

Die Recherchen an 19 Schulen in Moskau, Perm und Smolensk ergaben ein durchaus heterogenes Bild. Neben der nach wie vor dominierenden Vermittlung demokratischen Wissens durch Frontalunterricht, gibt es an überraschend vielen Schulen innovative Projekte zur Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen. Sie reichen von dem in Russland traditionellen „Tag der Selbstverwaltung“, an dem Lehrer und Schüler ihre Rollen tauschen, über individuell auf Schüler zugeschnittene Unterrichtsmethoden bis hin zu umfangreichen Formen der Schüler-selbstverwaltung. Ein Paradebeispiel für lebendige Demokratiebildung ist die „Schule der Selbstbestimmung“ in Moskau. Hier treffen Lehrer und Schüler alle die Schule betreffenden Entscheidungen gemeinsam, es findet regelmäßig Projektarbeit statt und die Schüler lernen Toleranz und Konfliktlösungsstrategien in der Praxis.

Das russische Bildungssystem im Allgemeinen und die Demokratiebildung im Besonderen befinden sich in einem Prozess starker Veränderungen. Die Innovationsfreude ist groß und es gibt zahlreiche viel versprechende Ansätze. Allerdings ist auch die Ungleichheit zwischen denjenigen, die Zugang zu einer hochwertigen, innovativen Schulbildung haben und denjenigen, die unter schlechten Bedingungen lernen, stark ausgeprägt. Während sich die meisten Programme noch als Eliteförderung verstehen, sind dringend notwendige Ansätze einer Breitenförderung im Bildungsbereich erst im Entstehen begriffen.

Das Bildungssystem ist von verhältnismäßig großen Freiheiten der Schulen geprägt, die insbesondere dort positiv wirken, wo ideenreiche und motivierte Lehrer für innovative Ansätze sorgen. Diese Lehrer sind der Überzeugung, dass Schule, sofern sie die Schüler auf die Anforderungen des sich verändernden Lebens vorbereiten will, selbst neue Wege beschreiten muss. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Modernisierung der Schule ist das Fundament für die Hinwendung zu einer handlungsorientierten Demokratiebildung und eine Demokratisierung russischer Schulen. Eine breite öffentliche Diskussion um den demokratischen Weg Russlands ist dem Land zu wünschen. Sie müsste die Position der Zivilgesellschaft stärken und diese mobilisieren.

Für die Entwicklung der Demokratiebildung in Russland wird entscheidend sein, welchen weiteren Kurs die russische Regierung einschlägt. Ungeachtet dessen stoßen private Initiativen im Bildungsbereich auf eine große Offenheit der Entscheidungsträger in den Kommunen und an den Schulen für Innovation, Austausch und Kooperation.

DEMOKRATIEBILDUNG IN DER UKRAINE



Service Learning des Educational Initiatives Center, L'wiw, Ukraine

STEPHAN MALERIUS

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	153
II.	Das Bildungssystem der Ukraine im Überblick	156
2.1	Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten	156
2.2	Das Schulsystem	158
2.3	Die Finanzierung des Bildungssektors	160
2.4	Die Situation der Lehrer	162
2.5	Lehrerfortbildung und Qualitätssicherung	164
2.6	Unterrichtssprachen und Schulen für nationale Minderheiten	166
III.	Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in der Ukraine	169
3.1	Staatliche Bildungspolitik: Hauptsache Demokratie	169
3.2	Zusammenarbeit von Staat und nicht-staatlichen Akteuren	171
3.3	Die Ukraine und die Europäische Union	172
3.4	Korruption in der Schule	174
3.5	Ukrainische Identität	176
3.6	Demokratische Inseln im post-sowjetischen Ozean?	178
IV.	Formen der Demokratiebildung an ukrainischen Schulen	180
4.1	Das Experimentierfeld Ukraine	180
4.2	Nationale Projekte im Demokratiebildungsbereich	181
4.3	Partizipationsformen	185
4.4	Projektlernen	187
4.5	Öffnung von Schule – die Rolle von Schulklubs	189
4.6	Politische Bildung im Unterricht – demokratische Themen in der Schule	191
4.7	Ukrainische Schulen und Europa: Einstiegskurs „Europäische Studien“ und Euroklubs	193

V.	Akteure im Demokratiebildungsbereich in der Ukraine	195
5.1	Schulen	195
5.2	Nicht-staatliche Akteure	197
5.3	Medien	203
VI.	Internationale Programme zur Demokratiebildung in der Ukraine	208
VII.	Schulpartnerschaften	215
7.1	Kontakte zwischen ukrainischen und deutschen Schulen	215
7.2	Partnerschaften von ukrainischen und polnischen Schulen	216
7.3	Kontakte ukrainischer Bildungsakteure nach Belarus und Russland	218
VIII.	Zusammenfassung	220
	Abkürzungen	222

*Unsere Kinder haben sich verändert:
Vielleicht wissen sie jetzt weniger in Mathe,
dafür können sie gut malen.
Sie lernen Mensch zu sein und Selbstbewusstsein
in ihre eigene Kräfte zu entwickeln.*
LEHRERIN AUS DER KINDERGARDEN SCHOOL
IN BORIWKA, UKRAINE, MAI 2006

I. Einleitung

Das vom Europarat zum „European Year of Citizenship through Education“ erklärte Jahr 2005 fiel vielleicht nicht ganz zufällig mit dem Beginn einer neuen Etappe in dem schwierigen Transformationsprozess, den die Ukraine nach Erlangung der Unabhängigkeit zu durchschreiten hatte, zusammen. Dieser Prozess war in den zurückliegenden 15 Jahren geprägt durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Krisen, durch eine komplizierte nationale Konsolidierung, durch Bedrohung der territorialen Integrität (Abspaltungstendenzen vor allem auf der Krim), massive Einflussnahme des benachbarten Russlands und das schädliche Erstarken wirtschaftlicher Klans und Interessensgruppen. Weder dem ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk noch seinem Nachfolger Leonid Kutschma gelang es in dieser Zeit, die tiefen Konflikte zwischen Parlament und Verwaltung zu lösen und wichtige Reformen im Land einzuleiten.¹

Im Bildungsbereich hatte die Ukraine wie alle Länder des ehemaligen Warschauer Paktes mit einem kommunistischen beziehungsweise sowjetischen Erbe zu kämpfen, das über 40 Jahre lang das Bildungssystem dominiert hatte. Das Land startete 1991 mit einem Schulsystem, das

„nach dem sowjetischen Modell der Einheitsschule (gestaltet war), die ihrerseits der marxistisch-leninistischen Ideologie als Grundlage des gesamten Bildungs- und Erziehungsprozesses verpflichtet und in eine zentralistische, von Moskau gesteuerte Organisation des Bildungswesens eingebettet war.“²

Ein transatlantisches Projekt im Bereich der politischen Bildung beziehungsweise Civic Education (Titel: Education for Democracy in Ukraine)³ geht noch im Jahr

¹ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2006, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/158.0.html>.

² Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho/ Mitter, Wolfgang (Hrsg.): „Die Schulsysteme Europas“, Baltmannsweiler 2004, S. 611.

2000 davon aus, dass ein demokratisches Bildungsreformvorhaben in der Ukraine sich zu allererst mit den immer noch starken Einflüssen sowjetischer Ideologie und Identität auseinander zu setzen habe.⁴ Während zahlreichen westlichen Nachbarländern vor allem dank des europäischen Integrationsprozesses in den 90er Jahren und des EU-Beitritts 2004 der Anschluss an die europäischen Bildungsdiskussionen und -standards gelang, war die Situation für die Ukraine vor allem wegen der massiven wirtschaftlichen Probleme des Landes schwieriger. So leidet das ukrainische Bildungssystem bis heute an einer chronischen Unterfinanzierung, der bauliche Zustand der Schulen ist schlecht, die Bezahlung der Lehrer viel zu niedrig und die Korruption im Bildungswesen grassierend. Das hat direkte Auswirkungen auf die Entwicklung einer demokratischen Schule in der Ukraine, ein Ziel, das in der Prioritätensetzung vieler Bildungspolitikern relativ weit hinten rangiert.⁵

Auf der anderen Seite gab es in der Ukraine bereits in den 90er Jahren ein lebhaftes Interesse an europäischen und globalen (Bildungs)Diskussionen, und das Land beziehungsweise seine politische Elite war grundsätzlich offen für internationale Kooperationen und Erfahrungsaustausch. Das führte allerdings nur selten dazu, dass man sich im Bildungsbereich dem internationalen Wettbewerb stellte. Die Ukraine nahm weder an der IEA-Studie⁶ Ende der 90er Jahre noch an den PISA-Studien in den Jahren danach teil. Die EU konstatierte noch 2004:

„Quality monitoring is absent. In comparison to the OECD set of indicators and the EU set of quality indicators, Ukrainian authorities are not operating with the major part of (...) indicators. (...) Notably, Ukraine has not participated in any international comparative educational assessment.”⁷

³ Im Folgenden wird der deutsche Begriff „politische Bildung“ synonym mit dem englischen „Civic Education“ verwendet, der in den meisten internationalen Programmen gebräuchlich ist. Beide Begriffe können wiederum als Synonym zu „Education for Democratic Citizenship“ verstanden werden. Die ukrainische Entsprechung, „gromadjanska osvita“, wäre wörtlich mit „bürgerliche Bildung“ zu übersetzen.

⁴ Alden W. Craddock in: Politeia Newsletter 39, October 2005 (http://www.politeia.net/newsletter/politeia_newsletter_39_october_2005/article__1).

⁵ Dürr, Karl-Heinz: First Report of the International Curriculum Development Expert, 20 February – 31 March 2006: „However, in Ukraine Civic Education (CE – Education for Democratic Citizenship) is obviously seen as an important but not as a major component of educational reform policies.“ Kiev 2006, S. 2.

⁶ Die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) hatte 2001 die Ergebnisse einer länderübergreifenden Studie veröffentlicht, die politisches Verstehen, Engagement und Einstellungen vierzehnjähriger Schüler aus 28 demokratischen Staaten untersuchte. Alle weiteren Abkürzungen im Text sind auch in einem Anhang auf S. 222f. aufgeschlüsselt.

⁷ European Union, Delegation of the European Commission in Ukraine. Tacis Action Programme 2002. Ukraine. Terms of Reference to Civic Education, May 2004, S. 6.

Der Westen seinerseits, besonders Amerika, entdeckte in dieser Zeit die strategische Bedeutung der Ukraine und setzte sich in der Folge (nicht uneigennützig) für eine nachhaltige demokratische Entwicklung des Landes und die Festigung seiner Unabhängigkeit ein.⁸ Der Bildungsbereich spielte bei dem ausländischen Engagement in der Ukraine von Anfang an eine wichtige Rolle. Schon in den späten 90er Jahren wurden zahlreiche zumeist amerikanische Programme aufgelegt, die im weiteren Sinne auf die Stärkung einer demokratischen Schule in der Ukraine abzielten. Und so war die während der „Orangen Revolution“ erstrittene politische Partizipation der Bevölkerung sicherlich auch ein Resultat der Veränderungen im Bildungssystem, in dem seit Jahren zahlreiche Ansätze des Lehrens und Lernens von Demokratie getestet wurden und vor allem Schulen den Handlungsspielraum besitzen, neue, demokratische Partizipationsformen auszuprobieren oder mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren.

Die vorliegende Studie umreißt die aktuelle Situation im ukrainischen Bildungsbereich, stellt den Diskurs unter wesentlichen Akteuren in der Ukraine zur Demokratiebildung dar und porträtiert schulische und außerschulische Einrichtungen sowie Programme beziehungsweise Projekte, in denen demokratiepädagogische Ansätze erprobt wurden und werden. Den Referenzrahmen für die Untersuchung bilden die Studie von Viola Georgi „Demokratie lernen in der Schule“, das Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) „Demokratie leben und lernen“ sowie die Europaratsinitiativen „2005 European Year of Citizenship through Education“ und „Learning and living democracy: Programme 2006-2009“. Die Studie basiert auf Schulbesuchen in Boriwka (Kiewer Gebiet, Makariwskij Bezirk), Kiew und L'wiw im Mai und Oktober 2006 sowie auf zahlreichen Gesprächen mit Lehrern, Bildungspolitikern, Vertretern von NGOs sowie von ausländischen Stiftungen und Akteuren, die in der Ukraine tätig sind.

⁸ Vgl. auch die Schlussfolgerungen von Andreas Umland in seiner Studie zu westlichen Förderprogrammen in der Ukraine: „Nichtsdestoweniger kann hier festgestellt werden, dass die USA in der einzelstaatlichen Förderung der Ukraine mit großem Abstand führen. (...) Die USA verfolgen in der Ukraine zwar nicht nur allgemeine humanitäre Ziele, sondern etwa auch geostrategische und wirtschaftliche Interessen.“ In: Andreas Umland, „Westliche Förderprogramme in der Ukraine. Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991“ Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapier Nr. 63, Dezember 2004, S. 16.

II. Das Bildungssystem der Ukraine im Überblick

2.1 Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten

Zuständig für die Bildungspolitik auf allen Ebenen von der Vorschulerziehung bis hin zu den Universitäten ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaften der Ukraine (âinisterstwo oswity i nauky Ukrainy, im Folgenden „MON“) in Kiew. Den rechtlichen Rahmen für die Arbeit des MON gibt seit April 2002 die „Nationale Doktrin zur Entwicklung der Bildung“ vor, der zufolge die Verantwortung für Konzeption und Umsetzung der staatlichen Bildungs- und Wissenschaftspolitik einschließlich der Vorgabe von Bildungsprioritäten und Finanzierung sowie der Aufsicht über alle nachgeordneten Institutionen in Kiew liegt. Die gesetzlichen Grundlagen für die Bildungspolitik sind niedergelegt in der Verfassung der Ukraine sowie den Gesetzen „Über die Bildung“, „Über die umfassende Sekundar- ausbildung“, „Über die Schulbildung“, „Über die außerschulische Bildung“, „Über die berufliche Bildung“, „Über die Hochschulbildung“ und „Über den Kinderschutz“.⁹

Die Politik begann in den 90er Jahren, die aus Sowjetzeiten stammende traditionelle Zentralisierung des Bildungssystems der Ukraine aufzubrechen und einzelne Verantwortungsbereiche (Finanzierung von Vorschuleinrichtungen und Schulen) durchaus erfolgreich auf die lokale Ebene zu übertragen:

„About 75 per cent of total public education expenditure is decentralized to different regional and local levels, from Oblasts to villages. More than 70 per cent of decentralized expenditures are budgeted at the level of Rayons (lower-tier administrative unit) and cities that are directly under Oblast control. (...) Only Russia and Ukraine have this degree of decentralization in the Central and Eastern European region.“¹⁰

Die Alphabetisierungsrate lag 2001 bei 99,9 Prozent. Das Bildungsniveau in der Ukraine hat sich in der Transformationszeit erhöht. Während bei der letzten sowjetischen Volkszählung 1989 etwa 27,4 Prozent aller Einwohner über eine höhere

⁹ Entsprechend: „Pro oswitu“, „Pro zagalnu serednju oswitu“, „Pro doschkilnu oswitu“, „Pro posaschkilnu oswitu“, „Pro profesijno-technitschnu oswitu“, „Pro witschschu oswitu“, „Pro sachist ditini“.

¹⁰ European Union, Terms of Reference to Civic Education, Mai 2004, S. 7. Vgl. auch: Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth: challenges, tendencies and priorities. Kiew, 2004, S. 16/17: „Invariant constituent of secondary education contents is formed on the State level. It is to be common for all secondary educational institutions. Variable constituent, on the other hand, is formed by a comprehensive educational institution itself taking into consideration particular qualities of the region and individual demands of pupils.“

Bildung verfügten, waren dies 2001 bereits 31,3 Prozent. Der Anteil von Ukrainern mit mittlerem Abschluss nahm mit 65,1 Prozent gegenüber 66 Prozent im Jahre 1989 leicht ab. In der Ukraine besteht Schulpflicht für Kinder und Jugendliche ab fünf, sechs oder sieben Jahren. Das ukrainische Schulsystem hat in der Regel elf und soll zukünftig zwölf Klassen haben.¹¹

Nach wie vor existiert ein großes Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land: So gaben 2001 fast 38 Prozent der städtischen Bevölkerung an, über eine höhere Bildung zu verfügen, auf dem Land hingegen nur 17,7 Prozent. Diesen Unterschied könnte eine Verwaltungsreform noch vertiefen, über die in der Ukraine seit längerem diskutiert wird und bei der es um einen Neuzuschnitt von (dann größeren) Verwaltungseinheiten (Gebieten, Regionen) im ganzen Land geht. Sollte die Reform umgesetzt werden, würde das die Schließung von zahlreichen Schulen in ländlichen Gebieten nach sich ziehen, was den lokalen Budgets zwar Entlastung bringen würde, zugleich aber katastrophale Folgen für die Bevölkerung hätte. Bei einem kaum existenten öffentlichen Nahverkehr würden sich die Schulwege für die Kinder häufig um ein Vielfaches verlängern. Dieses Problem ist dem Staat bewusst, der sich durchaus bemüht, bessere Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Land zu schaffen. Seit 2004 wird z.B. ein staatliches Programm „Schulbus“ erprobt, das den realen „Zugang zur Bildung“ für Kinder aus ländlichen Gegenden deutlich erleichtern soll.¹²

Auch ohne die Reform wird es künftig in vielen Gegenden nicht mehr möglich sein, alle Schulen zu erhalten. Grund ist die äußerst kritische demografische Situation in der Ukraine: Seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 ging die Bevölkerungszahl der Ukraine um mehr als 5 Mio. Menschen zurück. Die folgende Tabelle zeigt, dass sich der Bevölkerungsrückgang drastisch auf die Entwicklung der Schülerzahlen auswirkt. Seit acht Jahren nehmen sie jährlich um über 100.000 ab, in den letzten vier Jahren gingen jährlich über 300.000 Kinder weniger in ukrainische Schulen. Hauptgrund für diesen erschreckenden Bevölkerungsrückgang ist die tiefe wirtschaftliche Krise in der Ukraine in den 90er Jahren. Als nach dem Zerfall der Sowjetunion viele Menschen urplötzlich drastisch verarmten, sahen sie sich nicht mehr in der Lage, finanzielle Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Nota bene ist der erste einschneidende Rückgang von Schulanfängern im Schuljahr 1997/98 zu verzeichnen, bezieht sich also auf die Generation der 1991/92 Geborenen:¹³

¹¹ Zu den statistischen Angaben vgl. hier und im Folgenden: Staatliches Statistikkomitee der Ukraine, www.ukrstat.gov.ua sowie Ukrainisches Ministerium für Bildung und Wissenschaft, www.education.gov.ua.

¹² Vgl.: Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth, 2004, S. 29.

Allgemeinbildende Bildungseinrichtungen¹⁴

(zu Beginn des Unterrichtsjahres, in Tausend)

Schuljahr	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Schüler in allgemeinbildenden Bildungseinrichtungen
1990/91	21,8	7132
1991/92	21,9	7102
1992/93	22,0	7088
1993/94	22,1	7096
1994/95	22,3	7125
1995/96	22,3	7143
1996/97	22,2	7134
1997/98	22,1	7078
1998/99	22,1	6987
1999/00	22,2	6857
2000/01	22,2	6764
2001/02	22,2	6601
2002/03	22,1	6350
2003/04	21,9	6044
2004/05	21,7	5731
2005/06	21,6	5399

2.2 Das Schulsystem

Das ukrainische Schulsystem gliedert sich in drei Schulstufen. Die Einschulung findet in der Regel mit sechs Jahren, je nach Wunsch der Eltern aber auch mit fünf beziehungsweise sieben, in Ausnahmefällen auch mit acht Jahren statt.

Für die Grundschule (I. Stufe) sind bis zu vier Jahre vorgesehen, bei guten Testergebnissen der Schüler kann sie jedoch auf drei Jahre verkürzt werden. Die Mittelschule (II. Stufe) entspricht der deutschen Sekundarstufe I und dauert in der Regel fünf Jahre. Die Oberschule (III. Stufe) umfasst drei Klassen und ist der deutschen Sekundarstufe II vergleichbar. In Abhängigkeit von den örtlichen Bedingun-

¹³ Vgl. hierzu auch Peter Hilkes, Interview für „Fokus“ am 31.08.2006., <http://www2.dw-world.de/ukrainian/politik/1.195061.1.html>.

¹⁴ Tabelle aus: <http://www.ukrstat.gov.ua>.

gen kann jede dieser Stufen als eigenständige, aber auch als integrierte Schule eingerichtet werden, die alle drei Stufen beinhaltet oder als so genannte Verbundeinrichtung, z.B. Stufen I und II, Stufe III und Hochschuleinrichtung.¹⁵

Es gibt verschiedene Schultypen:

- Die etwa 3.000 Elementarschulen machen knapp ein Siebtel aller Bildungseinrichtungen aus. Sie umfassen nur die Grundschule.
- In den allgemeinbildenden Schulen sind alle drei Schulstufen von der ersten bis zur zwölften Klasse zusammengefasst.
- Diesem Typ ähneln die Spezialschulen mit dem Unterschied, dass hier einige ausgewählte Fächer der III. Stufe vertieft unterrichtet werden.

Dazu ist in den 90er Jahren eine Reihe von Schulen für unterschiedlich, zumeist überdurchschnittlich Begabte gekommen:

- Die über 270 Gymnasien umfassen nur Mittel- und Oberstufe und unterrichten je nach Spezialisierung bestimmte Fächer vertieft.
- Die über 230 Lyzeen sind reine Oberschulen, die bereits auf den späteren Beruf vorbereiten.
- Die 25 Colleges beinhalten ebenfalls nur die III. Stufe, haben demgegenüber aber eine humanistische, philosophische, philologische, kulturelle oder ästhetische Ausrichtung. Ein College wird mit dem Bachelor abgeschlossen.¹⁶

Diese Schulen gewährleisten eine profilierte Ausbildung in humanistischer, humanistisch-sozialwissenschaftlicher oder humanistisch-naturwissenschaftlicher Richtung, die über das staatliche Bildungsminimum (die staatlichen Standards) hinausgeht. Die Klassenstärke ist auf 20 Schüler begrenzt (bei bis zu 35 Schülern in staatlichen Schulen), der Besuch dieser kostenpflichtigen Schulformen setzt eine bestandene Aufnahmeprüfung voraus.

Privatschulen sind in der Ukraine zumeist Neugründungen von Ende der 90er Jahre, vorwiegend in den großen Städten. Es handelt sich dabei mehrheitlich um Gymnasien oder Lyzeen, d.h. prestigeträchtige Eliteschulen. Sie werden nicht unkritisch gesehen, da sie sowohl technisch als auch personell sehr viel besser ausgestattet sind als staatliche Schulen, gleichzeitig es sich aber nur sehr wenige Menschen leisten können, die eigenen Kinder dorthin zu schicken. Das bringt den Vorwurf mit sich, dass das private Schulwesen die soziale Ungerechtigkeit in der

¹⁵ Vgl. Döbert et al. 2004, S. 584.

¹⁶ Stand von 2003, Angaben auf den Seiten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung mit Verweis auf das MON: www.internationale-kooperation.de.

Gesellschaft vertieft. Das Thema des gleichen Zugangs zu Bildung und der Nutzung von Bildungschancen, das trotz der (oft vermeintlich) vorhandenen Einheitlichkeit in Bildung und Erziehung schon zu Sowjetzeiten diskutiert wurde, ist seit der Unabhängigkeit der Ukraine aktueller geworden:

„System structure seems increasingly to favour the better off urban population in the more well-off parts of the country who are able to access higher quality Upper Secondary Education and enrol at tertiary institutions. The result is a bifurcation of the system between the better-off who continue to progress through elite secondary programs and move on to higher education and a less fortunate group of students who are dropping out of school with incomplete secondary education or even incomplete primary education. These trends augment socio-economic inequality, given the universal pattern of increasing private returns to education and the correlation between limited education and poverty.“¹⁷

Auf der anderen Seite wird in Privatschulen offen und offiziell für die Bildung gezahlt. Angesichts der verbreiteten Korruption im ukrainischen Bildungssektor mehren sich die Stimmen, die eine weit reichende Privatisierung von Schulen und Universitäten fordern, um so der versteckten und fallweise anfallenden privaten „Finanzierung“ einzelner Lehrender durch Bestechungsgelder entgegen zu wirken. Quantitativ spielt das private Schulwesen in der Ukraine gegenwärtig noch keine nennenswerte Rolle. Von insgesamt 22.100 Schulen insgesamt waren 2004 lediglich 267 in privater Hand.¹⁸

2.3 Die Finanzierung des Bildungssektors

Die finanzielle Misere des ukrainischen Bildungswesens begann unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991. Neben den Folgen der wirtschaftlichen Transformation galt es, den Übergang von einer sowjetischen auf eine ukrainische Schule zu bewältigen. Allein die Umstellung der Schulbücher und der Unterrichtssprache auf ukrainische Inhalte und Texte war dabei mehr als ein formaler Akt. Weit über 1.000 Schulbuchtitel und mehr als 600 zusätzliche Lehrmaterialien wurden seit 1991 vom MON neu lizenziert, und dennoch sind heute die Schulen mit Lehrbüchern immer noch sehr schlecht ausgestattet.¹⁹

Die Kürzungen in den Bildungsetats betrug Mitte der 90er Jahre häufig 300 – 400 Prozent²⁰ und wurden auch nicht dadurch aufgefangen, dass die finanzielle

¹⁷ European Union, Terms of Reference to Civic Education, S. 7.

¹⁸ Ministry of Education and Science in Ukraine, „High-level education for all youth“, (2004), S. 14.

¹⁹ Vgl.: Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth 2004, S. 35.

Verantwortung für Bildung teilweise vom zentralen auf lokale Budgets übertragen wurde. Obwohl laut Gesetz der Haushalt des Bildungsbereichs zehn Prozent des Nationaleinkommens betragen soll, konnten etwa im Jahr 1998 nur 42,1 Prozent der Instandhaltungskosten der nationalen und regionalen Bildungseinrichtungen durch den Staatshaushalt ausgeglichen werden. Das führte zum Teil zu drastischen Konsequenzen: Ende der 90er Jahre verlängerte das Bildungsministerium die Winterferien an staatlichen Schulen um vier Wochen, um Heizkosten zu sparen.²¹

In Folge der finanziellen Misere sind der bauliche Zustand und die technische Ausstattung der Schulen in der Ukraine überwiegend schlecht. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, Kopierer sind, vor allem auf dem Land, selten vorhanden, Computerkabinette gibt es nur in sehr wenigen Schulen. Noch 2004 konstatierte selbst das ukrainische Bildungsministerium, dass lediglich zehn Prozent der Schulen mit Computer und Internet-Zugang ausgestattet seien. Und bei der Ausrüstung mit audio-visuellem oder naturwissenschaftlichem Instrumentarium erreichten die ukrainischen Schulen im Durchschnitt nur 20 Prozent des eigentlichen Bedarfs.²² Selbst Schulbücher können häufig nicht mehr von den Schulbibliotheken gestellt werden, so dass die Eltern gezwungen sind, sie selbst anzuschaffen.

Auf die Frage, welche organisatorischen und Managementprobleme für die eigene Schule am drängendsten seien, wurden 2004 in einer landesweiten Umfrage unter Schulleitern an allgemeinbildenden Schulen die unzureichende Finanzierung (1.175 von 1.582 befragten Schulleitern, entspricht 74,3 Prozent) und die schlechte technische Ausstattung (961 von 1.582, entspricht 60,7 Prozent) mit großem Abstand an erster Stelle genannt. Die unzureichende Qualifikation der Lehrer (25,5 Prozent) und die Einführung von Neuerungen an den Schulen ohne vorangegangene Testphase (24,8 Prozent) erschienen dagegen als Probleme zweitrangig.²³

In den letzten Jahren hat die Ukraine im Bildungssektor z.T. umfangreiche internationale Unterstützung (vor allem über amerikanische Programme, aber auch durch EU-Projekte) erhalten, und es wird von den Schulen verstärkt versucht, andere, häufig private Mittel einzuwerben:

„Most schools in Ukraine have set up school funds. Contribution to these funds are virtually obligatory in the better urban areas, and they can represent as much as

²⁰ Vgl.: Ministry of Education and Science in Ukraine, Ukraine National Report, Education for All 2000 Assessment, Kiev 1999. Kap. 1. Introduction S.7.

²¹ Vgl.: Döbert, et al 2004, S. 583.

²² Vgl. Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth (2004), S. 36-37.

²³ Vgl.: Ministry of Education and Science of Ukraine, Education Modernisation in Ukraine. An analytical overview. Results of a National Survey of School Heads of Comprehensive Educational Institutions in Ukraine, 2004, S. 22.

*20–30 per cent of school budgets. Tertiary institutions, even state-operated, are obliged to rise up to 30 per cent of their budgets from tuition fees and non-instructional activities.*²⁴

Oft werden mit Hilfe internationaler Experten Seminare zur Entwicklung von Fundraising-Strategien für Schulen organisiert, Konzepte entworfen, mit denen ehemalige Schüler als Freiwillige für die Schule gewonnen oder kostenpflichtige Dienstleistungen dem Schulumfeld angeboten werden können. Hier gibt es mittlerweile eine Reihe sehr guter einzelner Ansätze; für das grundsätzliche Problem im ukrainischen Bildungswesen, dass der Staat nämlich seinen grundlegenden finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt, ist allerdings bislang keine überzeugende Lösung in Sicht.²⁵

2.4 Die Situation der Lehrer

Dank der staatlichen Kontrolle des Bildungssektors gilt die gesetzlich vorgeschriebene fachliche Qualifikation ukrainischer Lehrer an Grund- und weiterführenden Schulen als gut. Praktisch 100 Prozent der Lehrer besitzen eine entsprechende Fach- oder Hochschulbildung. Bei einer Beschäftigung von Pädagogen mit nicht ausreichender Qualifikation drohen den Schulen empfindliche Strafen.²⁶

Grundsätzlich ist das Ansehen des Lehrerberufs, und hier setzt sich eine sowjetische Tradition fast ungebrochen fort, in der Ukraine zwar sehr hoch, doch gleichzeitig gehört der Beruf mittlerweile zu den am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten im Land: Im Juli 2006 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen eines Lehrers 888,58 Griwna (das entsprach etwa 138,50 Euro). Im Vergleich dazu lag das Gehalt eines Industriearbeiters bei 1.233,03 Griwna (192,25 Euro), eines Mitarbeiters in der staatlichen Verwaltung bei 1.704,29 Griwna (266,50 Euro) und eines Mitarbeiters im Finanzsektor bei 2.091,27 Griwna (326,07 Euro). Für alle

²⁴ European Union, Terms of Reference to Civic Education, S. 7. May 2004.

²⁵ Das Grundrecht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung kann vom ukrainischen Staat nicht gewährleistet werden. Vgl.: „However, the level of involvement of children and teenagers in general secondary education in Ukraine does not meet legislative norms“, Lukina, Tetjana: Ensuring Equal Access to Quality General Secondary Education in Ukraine. In: MON, UNDP, Ukraine: Education Quality Monitoring: Development in Ukraine (Educational Policy Recommendations), Kiew 2005, S. 11.

²⁶ „The system of taking teachers on the staff, due to the state control and state belonging of almost all educational institutions of the system of formal basic education for all provides rather high teacher enrolments' level of pedagogical qualification, determined by the Laws. In case of infringement of this rule the management of the educational institution might be incurred a serious penalty. Such policy results a very high qualifying level of pre-schools' and secondary schools' staff in Ukraine.“ In: Ministry of Education and Science in Ukraine, Ukraine National Report. Kap. 6.5.2. Qualification of teachers. S. 2.

Berufszweige lag das monatliche Durchschnittseinkommen bei 1.078,86 Griwna (168,21 Euro).²⁷

Die niedrigen Lehrergehälter in der Ukraine sind eines der größten Probleme im ukrainischen Bildungswesen. In einem UNESCO-Bericht aus dem Jahr 2000 wurde schon angemerkt, dass das ukrainische Bildungsministerium bei der Bezahlung der Lehrer seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkomme.²⁸ Im August 2006 erklärte der ukrainische Bildungsminister zwar, dass die Regierung praktisch alle Gehaltsschulden gegenüber Lehrern und Mitarbeitern im Bildungssektor bezahlt habe,²⁹ das ändert aber nichts daran, dass es in der Ukraine bislang nicht gelungen ist, für einen angemessenen sozialen Status der Lehrer zu sorgen, wie das Ministerium selbst konstatiert:

„However, it was not succeeded to obtain a proper improvement of teachers' status, especially in the question of wages, living conditions, regularity of payments including ones for sanitation, and ensuring privileges and social guarantees. The problem of accommodation is not solved on the level of regions. More than 40 thousand teachers need improvement of living conditions.“³⁰

Die niedrige Bezahlung an sich ist weniger mit einem öffentlichen Ansehensverlust des Berufs verbunden, aber sie führt zu einer hohen Abwanderungsrate: Viele gehen entweder als Lehrer ins nahe Ausland (Polen), finden dort eine fachfremde, besser bezahlte Saisonarbeit, oder sie suchen sich im Land eine Arbeit in der Wirtschaft beziehungsweise machen sich selbstständig.³¹ Aus diesen Tendenzen resultiert vor allem in ländlichen Gebieten eine eklatante Unterversorgung der Schulen mit Lehrern: Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 waren landesweit gut 7.400 Stellen nicht besetzt.

Weitere direkte Folgen der niedrigen Lehrergehälter sind ein sehr hoher Frauenanteil in dem Beruf. Männer, die in der Ukraine immer noch als Ernährer der

²⁷ Vgl. die Angaben des Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine unter www.ukrstat.gov.ua.

²⁸ „Unfortunately, state authorities have no necessary funds to carry out provisions of the Law on Education fully.“ In: MON, Ukraine National Report, Kap. 6.5. Teachers and students in the system of basic education for all. S. 9.

²⁹ Vgl. die Meldung auf ForUm vom 29. August 2006: „Minister: Ukraine does not have salary debts“, <http://en.for-ua.com/news/2006/08/29/140736.html>

³⁰ MON, High-level education for all youth (2004), S. 40.

³¹ „Teachers, doctors, and many other useful workers get the lowest salaries. That's why so many experienced and well-qualified teachers give up their work and start doing something different. Many of them go to Poland to work as teachers, but many more people set up their business, or go abroad (to Italy, Israel etc.) to work on the farms or in the bars.“ Zitat aus: Kerusenko, Tanja: Teachers' Letter, unter: <http://www.onestopenglish.com/section.asp?theme=mag&catid=58256&docid=145886>.

Familie angesehen werden, können dieser als Lehrer keine existentielle Sicherheit bieten. Lediglich bei den Schulleiterposten gibt es keine krasse Divergenz der Geschlechterrelation: 35,9 Prozent der Schulleiter an allgemein bildenden Schulen in der Ukraine sind männlich.³² Lehrerinnen sind außerdem zeitlich sehr stark belastet, da sie neben dem eigentlichen Beruf und der Familie häufig noch eine weitere Tätigkeit ausüben, um einen Nebenverdienst zu haben. Schließlich liegt die schlechte Bezahlung der Lehrer ursächlich der Korruption zugrunde, die ein weiteres großes Problem für die ukrainische Schule darstellt.

2.5 Lehrerfortbildung und Qualitätssicherung

Die Struktur der Lehrerfortbildung in der Ukraine ist komplex und umfasst auf der institutionellen Ebene ein zentrales sowie 26 regionale Lehrerfortbildungsinstitute, ein gesondertes Lehrerfortbildungsinstitut der Krim, 19 Fortbildungsfakultäten an den pädagogischen Universitäten sowie mehrere private Lehrerfortbildungszentren.³³ Der rechtliche Rahmen für die Lehrerfortbildung ist zwar in den Gesetzen „Über die Bildung“ und „Über die Hochschulbildung“ skizziert, es fehlen aber noch genaue Bestimmungen, etwa in Form eines Gesetzes zur Lehrerfortbildung, einer Verordnung über Lehrerfortbildungseinrichtungen oder Regelungen zur Lizenzierung und Akkreditierung von Lehrerfortbildungseinrichtungen. Koordiniert wird die Lehrerfortbildung vom MON, das dabei eng mit der Akademie der Wissenschaften der Ukraine und einem Netzwerk privater Einrichtungen für post-universitäre Bildung zusammenarbeitet.

Die Fortbildung ist für ukrainische Lehrer obligatorisch und findet alle fünf Jahre als einmonatiger Kurs (144 Stunden) an einem „Institut der postuniversitären Bildung“ („Institut pisljadyplomnoji oswiti“) statt. Sie ist fächerbezogen und wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Darüber hinaus können die eigenen Qualifikationen zielgerichtet ausgebaut und Praktika absolviert werden, es gibt zudem die Möglichkeit, sich in anderen Fächern oder im Fernstudium weiterzubilden. Damit besitzt die Ukraine formal gesehen eines der besten Lehrerfortbildungssysteme in Europa, dennoch besteht gerade hier dringender Reformbedarf: Die Fortbildungskurse sind methodisch immer noch weniger auf die Praxis ausgerichtet, und orientieren sich an alten sowjetischen Mustern und dem Einheitsprinzip in Schule und Unterricht. Dürr schreibt zur Qualität der Lehrerfortbildung in der Ukraine:

³² „Unlike the general gender breakdown within the secondary educational system, where the vast majority are women, this trend is not typical of heads – only a minor misbalance is observed among the CEI heads.“ In: Ministry of Education and Science of Ukraine, Education Modernisation in Ukraine 2004, S. 10.

³³ Vgl.: <http://www.mon.gov.ua/education/higher/topic/pdosv/zgv/>.

„However, the efficiency and quality of such training is questioned, even by teachers themselves; there also seem to be no specific assessment of quality, flexibility, innovation and pedagogical modernity of the training measures across the oblasts.“³⁴



Service Learning des Educational Initiatives Center, L'wiw, Ukraine

Ähnlich wie bei der Lehrerfortbildung gehen bei den Systemen der Qualitätssicherung im ukrainischen Bildungswesen interne Kritik und kritische Einschätzung von außen konform. Zwar werden der Bildungsqualität und der Beachtung internationaler Normen bei der Umsetzung des Rechtes auf Bildung laut der Nationalen Doktrin zur Entwicklung der Bil-

dung politische Priorität eingeräumt.³⁵ Doch datiert das erste landesweite Seminar für Fachleute zum Monitoring der Bildungsqualität vom Juni 2004. Obwohl in den letzten Jahren erste Schritte in Richtung Aufbau eines Qualitätssicherungssystems in der Ukraine unternommen und etwa Verfahren der staatlichen Testierung von allgemeinbildenden und außerschulischen Bildungseinrichtungen entwickelt und verabschiedet wurden, halten Kritiker fest, dass

„ [...] approved State Standards of basic and secondary education revealed obvious ineffectiveness of state control system concerning educational institutions work. There is inconsistency between outdated evaluation methods and new educational goals and results, preconditioned by the change of educational paradigm and social needs.“³⁶

³⁴ Dürr, First Report (2006), S. 4.

³⁵ Vgl.: National Doctrine of Education Development in Ukraine. /2nd All-Ukrainian Congress of Educational Workers, Kiew 2002, S.143.

³⁶ Paraschtschenko, Ljudmyla/ Leonskij, Walerij: Monitoring of Quality of Work of an Educational Institution: Kyiv Business Lyceum Monitoring Model Based on the Complex Information System „LECOS“. In: MON, UNDP, Ukraine: Education Quality Monitoring: Development in Ukraine. (Educational Policy Recommendations), S. 147.

Im Bereich der Demokratiebildung ist das Instrument des Europarats und der UNESCO „Tool for Quality Assurance of Education of Democratic Citizenship“³⁷ 2005 ins Ukrainische übersetzt worden. Inwieweit das Instrument in den Schulen angewandt wird, wird eine Expertise zeigen, die das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Auftrag gegeben hat und deren Ergebnisse Ende 2006 erwartet werden.

2.6 Unterrichtssprachen und Schulen für nationale Minderheiten

Die ukrainische Sprache ist zwar seit 1991 die alleinige Amtssprache in der Ukraine, die Verfassung von 1996 fungiert aber als ein wesentlicher Garant für die Rechte der ethnischen Minderheiten in Bezug auf Sprache und Bildung. Das betrifft insbesondere die Russen als größte in der Ukraine lebende Minderheit. In Artikel 10 § 3 der ukrainischen Verfassung heißt es: „In der Ukraine ist die freie Entwicklung, der Gebrauch und der Schutz der russischen Sprache und der Sprachen anderer ethnischer Minderheiten garantiert.“ Und in Artikel 53 § 5 wird „das Recht der Minderheiten auf die Bildung in der Muttersprache oder das Lernen der Muttersprache in den staatlichen kommunalen Bildungseinrichtungen oder durch nationale kulturelle Vereine“³⁸ verbürgt.

Statistische Erhebungen zeigen, dass der Anteil der Schulen, an denen Russisch die Unterrichtssprache ist, seit der Unabhängigkeit des Landes kontinuierlich zurückgegangen ist:

³⁷ Das „Tool“ ist ein Instrument, mit dem die Diskrepanz zwischen den (gut entwickelten) Konzepten zur Demokratieverziehung und ihrer praktischen Umsetzung an den Schulen verringert werden soll. Es ist eingebettet in ein umfassendes System der Qualitätssicherung und Evaluation der Fortschritte im Bereich der Demokratieverziehung.

³⁸ Deutsche Übersetzung der ukrainischen Verfassung in: Schneider, Eberhard, „Das politische System der Ukraine“, Wiesbaden 2005, S. 165 -210.

³⁹ Tabelle aus: van der Stoep, Max: OSCE High Commissioner on National Minorities, The Hague, 12. January 2001.

⁴⁰ Vgl.: „Finally, it would be wrong to conclude that the decline in the number of Russian language schools is an indication for a general weakening of the position of the Russian language in Ukraine. (...) I assume that Ukrainian authorities decided in 1992 to try to bring the number of Ukrainian schools in conformity with the ethnic composition of the population in towns and regions.“ In: van der Stoep, letter to Anatoly Zlenko, 12 January 2001.

**Unterrichtssprachen an allgemeinbildenden Schulen
(in Prozent der Schulkinder)³⁹**

	Russisch	Ukrainisch
1991/92	50,0	49,3
1992/93	47,8	51,4
1993/94	44,9	54,3
1994/95	43,0	57,0
1995/96	41,0	58,0
1996/97	39,0	60,0
1997/98	36,0	63,0
1998/99	34,0	65,0

Im Jahr 2001 stellte der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE fest, dass der Rückgang russischsprachiger Schulen in der Ukraine eher als ein Prozess der Normalisierung gesehen werden kann, bei dem die Ukrainer endlich ein unfängliches Recht erhalten, ihre Kinder auf ukrainischsprachige Schulen zu schicken.⁴⁰ Nach einer Volkszählung von 1989 lebten lediglich 22,1 Prozent ethnische Russen in der Ukraine, und 32,8 Prozent bezeichneten Russisch als ihre Muttersprache, der Anteil der russischen Schulen betrug aber über 50 Prozent.⁴¹ Zudem zeigten Zahlen aus dem Osten des Landes, dass hier der Rückgang der russischsprachigen Schulen bis 1999 weit geringer ausfällt als im Landesdurchschnitt:

Russischsprachiger Unterricht an allgemeinbildenden Schulen in der Ostukraine und auf der Krim (in Prozent der Schulkinder)⁴²

	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99
Krim	99.9	99.9	99.7	99.7	99.5	99.4	99.7	98.1
Donezk	96.7	96.1	95.1	95.0	94.0	93.0	91.0	90.0
Lugansk	93.3	92.7	91.6	91.0	90.8	90.0	89.0	87.0

⁴¹ Die letzte Volkszählung von 2001 wies 17,3 Prozent der Bevölkerung als ethnisch russisch aus, 29,6 Prozent gaben Russisch als Muttersprache an, vgl. www.ukrcensus.gov.ua/results/general/nationality.

⁴² van der Stoep, Max: OSCE High Commissioner on National Minorities, The Hague, 12. January 2001.

Gerade in den letzten Jahren hat sich allerdings die rückläufige Tendenz bei Russisch als Unterrichtssprache verstärkt und unterstreicht deutlich die Teilung des Landes, auf die im Folgenden noch genauer eingegangen wird: Der russischen Dominanz im Osten der Ukraine und vor allem auf der Krim stehen die westlichen Regionen gegenüber, in denen nur noch verschwindend wenig Schulen russischsprachig sind. So war im Schuljahr 2005/2006 Russisch auf der Krim an 93 Prozent der Schulen, im Gebiet Donezk an 71 Prozent und im Gebiet Luhansk an 66 Prozent der Schulen Unterrichtssprache. Gleichzeitig war Ukrainisch im Gebiet Riwna an 99,9 Prozent, in Ternopil' an 99,8 Prozent und in Wolyn und Iwano-Frankiwsk an 99,7 Prozent und selbst in Kiew an 96 Prozent der Schulen Unterrichtssprache.⁴³

Wichtiger als die statistischen Daten erscheint aber das gesetzlich verbriefte Recht von Eltern, die Einrichtung einer russischsprachigen Klasse fordern zu können, sobald sich acht bis zehn Eltern finden, die das für ihre Kinder wünschen.⁴⁴ Außerdem wird die russische Sprache immer noch als Unterrichtsfach in allen weiterführenden Schulen in der Ukraine angeboten. Neben den russischsprachigen Schulen beziehungsweise Klassen gibt es auch Einrichtungen für andere ethnische Minderheiten in der Ukraine: An 64 Schulen findet der Unterricht auf Ungarisch, an 94 auf Rumänisch, an 9 auf Moldauisch, an 13 auf Krim-Tatarisch und an 4 Schulen auf Polnisch statt. Darüber hinaus können Kinder in den entsprechenden Siedlungsgebieten muttersprachliche Klassen besuchen. Es existieren über 200 verschiedene Lehrbücher in Minderheitensprachen sowie Abteilungen in Lehrerfortbildungsinstituten für den Unterricht in einer anderen als der ukrainischen Sprache.⁴⁵

Obwohl der Ukraine auch von internationalen Organisationen hinsichtlich der Wahrung der kulturellen Rechte von Minderheiten immer wieder gute Noten gegeben wurden, war die Sprachenfrage in der Ukraine wiederholt ein Wahlkampfthema, besonders während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004. Wiktor Janukowitsch versprach seinerzeit, das Russische als zweite Amtssprache einzuführen und brandmarkte Wiktor Juschtschenko gerade in der Bildungspolitik als Nationalisten. Dieser sprach sich hingegen dafür aus, bei der Frage der Unterrichtssprache in der Schule die lokalen Behörden entscheiden zu lassen.

⁴³ Angaben des: Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine per E-Mail vom 27.10.2006 L.Naimushyna@ukrstat.gov.ua.

⁴⁴ van der Stoep, Max: OSCE High Commissioner on National Minorities, The Hague, 12. January 2001.

⁴⁵ Vgl.: Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth (2004), S. 23.

III. Rahmenbedingungen für Demokratiebildung in der Ukraine

3.1 Staatliche Bildungspolitik: Hauptsache Demokratie

Die Ukraine ist gegenwärtig wie kein zweites Land unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bemüht, sich von seinem sowjetischen Erbe zu trennen und den Anschluss an europäische Diskussionen und Institutionen zu schaffen. Dieser Prozess ist aufgrund der wirtschaftlichen Probleme des Landes sowie des anhaltend schwierigen Bestrebens, „einem territorial und ethnisch-sprachlich uneinheitlichen Staat eine Identität zu verschaffen“⁴⁶, besonders kompliziert. Beide Probleme wirken sich belastend auch auf den Bildungssektor und den Alltag in den ukrainischen Schulen aus. Trotz dieser Schwierigkeiten sind die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer demokratischen Schule in der Ukraine gut. Der schon in den 90er Jahren eingeschlagene Weg der Dezentralisierung und der Öffnung nach Europa wird bis heute konsequent weiter gegangen:

„Centralised financing and management of education, authoritarian pedagogy and stressing of Mathematics and Natural Sciences noticeably give up place to the elements of decentralisation, pedagogy of co-operation (usage of humanistic paradigm and accentuation of rights of a child), to ensuring the balance between humanitarian and natural sciences subjects in curricula of schools. Participation of Ukraine in the international co-operation in the sphere of education and all forms of contacts and exchanges of Ukrainian pedagogues and institutions with foreign ones constantly increase.“⁴⁷

Mit internationaler Unterstützung sind in den letzten Jahren zahlreiche demokratiepädagogische Ansätze entwickelt und entsprechende Projekte in den ukrainischen Schulen verwirklicht worden. Die „Orangene Revolution“ im Spätherbst 2004 kann in diesem Prozess weniger als ein Wendepunkt, denn als Katalysator von Entwicklungen gesehen werden, die schon früher angelegt waren. Diese allgemeinen Tendenzen spiegeln sich auch in offiziellen Dokumenten wider: Das MON benennt 2004 die Stärkung zivilgesellschaftlicher Werte und die Entwicklung der Ukraine zu einem demokratischen Staat in einem Strategiepapier als bildungspolitische Prioritäten,⁴⁸ in einer bildungspolitischen Analyse von MON und UNDP (United Nations Development Programme) ist sogar konkret von der Stärkung demokrati-

⁴⁶ Wendland, Veronika: Die Ukraine im dritten Jahr ihrer Unabhängigkeit. Probleme, Chancen, Perspektiven, in: Ethnis-Nation 2 (1994), H.1, S.8.

⁴⁷ Zitat aus: MON, Ukraine National Report, Kap. 1. Introduction S.1.

scher Managementmethoden an den ukrainischen Schulen die Rede: Ein modernes Bildungssystem in der Ukraine erfordere ein neues Schulmanagement, das sich durch seine demokratische Natur auszeichne und das organisch staatliche Managementmethoden einerseits mit Beteiligungsformen andererseits verbinde, bei denen der Schulumgebung (Gemeinde) ein realer Einfluss auf die Regulierung der Bildungsprozesse in der Schule eingeräumt werde. Solche Modelle würden eine qualitative Veränderung auf der Ebene der Schulleitung vorantreiben: Mit einer Demokratisierung des Entscheidungs(findungs)prozesses und gleichzeitig größeren Selbstständigkeit der Schulleitung werde grundlegenden Forderungen der „Nationalen Doktrin zur Modernisierung der Bildung in der Ukraine“ entsprochen.⁴⁹

Bei allen positiven Grundsatzserklärungen wird innerhalb des Diskurses um konkrete Ansätze der Demokratiebildung in der Ukraine der Begriff „Demokratie“ allgemein wie ein politisches Schlagwort verwendet, das vor allem der Abgrenzung gegenüber der sowjetischen Tradition dient. Konkrete Vorstellungen davon, wie eine demokratische Schule aussehen kann (Kriterienkataloge), finden sich selten, Entsprechungen zu den Diskussionen um die EDC (Education for Democratic Citizenship) oder „Demokratie leben und lernen“ in Deutschland gibt es kaum. Auch bei den ukrainischen Veröffentlichungen im Rahmen der Europaratsinitiative „European Year of Citizenship through Education“ überwiegt der Eindruck, dass hier punktuelle Ansätze vorgestellt werden, eine landesweite Diskussion darüber, was eine demokratische Schule ist, bislang aber noch fehlt. Zwar sind Aspekte wie Öffnung von Schule, Verstetigung von Projektlernen oder die Stärkung von Partizipationsformen von Schülern durchaus Themen, zumeist werden diese aber als innovative Technologien in der Bildung diskutiert⁵⁰ und nicht als Konsequenz aus der Forderung „Demokratie lernen und Demokratie leben in der Schule miteinander zu verbinden“ (Magdeburger Manifest).

Den meisten politischen Willensbekundungen und Absichtserklärungen steht zudem eine Realität gegenüber, in der sich die finanzielle Notlage vieler Schulen auch auf die Entwicklung einer demokratischen Kultur in ihnen auswirkt. Selbst wenn Lehrer und Schulleitung offen und interessiert sind, stoßen sie vor allem in ländlichen Gebieten auf ganz banale materielle Hindernisse beim Versuch, demo-

⁴⁸ Vgl.: „The object of the State educational policy of Ukraine is (...) to safeguard and increase values of the national culture and civil society, to promote development and strengthening Ukraine as sovereign and democratic state – equitable member of European and world society.“, Ministry of Education and Science in Ukraine, High-level education for all youth (2004), S.2.

⁴⁹ MON, Education Modernisation in Ukraine 2004, S. 21.

⁵⁰ Vgl. Sasonenko, G., Auf dem Weg nach Europa: Projektansatz, in: Europäische Dimension in der Schulbildung der Ukraine, Vereinigung von Schulleitern in Kiew (Hrsg.), Kiew 2006, S.22-24.

kratiepädagogische Ansätze im Schulalltag umzusetzen: Einen Akzent etwa auf Gruppenarbeit im Unterricht zu setzen, ist schwierig, wenn Tische und Stühle so montiert sind, dass sie nicht umgestellt werden können. Wenn die Eltern über Elternabende stärker in die Schule eingebunden werden sollen, fehlt häufig das Geld für Tee und Gebäck, um eine angemessene Atmosphäre zu schaffen. Diese Probleme für die Demokratisierung von staatlichen Schulen sind bekannt. Das Community School Development Projekt der Ukrainian Step by Step Foundation, (USSF, siehe Kap. 4.2) ist hier ein intelligenter Lösungsansatz, bei dem eine Reaktion auf die wirtschaftliche Misere im ukrainischen Bildungssystem verbunden ist mit dem Bestreben, die demokratische Entwicklung der Schule durch Eigeninitiative der beteiligten Akteure zu fördern.

3.2 Zusammenarbeit von Staat und nicht-staatlichen Akteuren

Zwei Voraussetzungen sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass in zahlreichen ukrainischen Schulen demokratiepädagogische Ansätze durchaus erfolgreich erprobt werden konnten: Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch gibt es im Bildungssektor eine Reihe von erfahrenen und professionellen nicht-staatlichen Akteuren, die seit mehreren Jahren an der demokratischen Reform der ukrainischen Schule arbeiten. Sie haben wie etwa Nowa Doba in L'wiv oder USSF in Kiew Netzwerke von Lehrern und/oder Schulen aufgebaut, die zu wichtigen Trägern der Reformprozesse in den Schulen geworden sind. Die enge Zusammenarbeit mit Lehrern sowie die Umsetzung von Projekten mit Schulen sind den NGOs aber nur möglich, weil sie vom Staat nicht als Gegner, sondern als Partner gesehen werden und sich – schon während der Präsidentschaft Leonid Kutschmas, die durchaus autoritäre Züge besaß – im Bildungsbereich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen nicht-staatlichem und staatlichem Sektor, und zwar auf nationaler wie auf lokaler Ebene, entwickeln konnte.⁵¹ Das erscheint auf den ersten Blick insofern etwas erstaunlich, als die entscheidenden Akteure auf beiden Seiten in der Regel unterschiedlich sozialisiert sind. Während die zumeist jüngeren Leiter der in den späten 90er Jahren gegründeten NGOs umfangreiche Auslandserfahrungen besitzen und überwiegend in Westeuropa und den USA mit modernen Ansätzen der politischen Bildung und Demokratieerziehung in Kontakt gekommen sind, wird die Bildungsverwaltung in der Ukraine bis heute von Vertretern dominiert, die in dem sowjetischen Bildungssystem groß geworden und die mit demokratischen Ansätzen in der Schule (Partizipationsmöglichkeiten von Schülern, Öffnung von

⁵¹ Hier unterscheidet sich die Situation in der Ukraine grundlegend von der in Belarus, aber auch zunehmend von der in Russland.

Schule, Stärkung von individuellen Handlungskompetenzen) nicht vertraut sind. Verbindend war sicherlich die Überzeugung, dass die Ukraine nach dem Ende der Sowjetunion die Schule grundlegend reformieren und vor allem vom ideologischen Ballast befreien müsse, wobei das Modell einer demokratischen Schule nach west-europäisch-amerikanischem Muster in den 90er Jahren eine nahe liegende Option war.

Dass sich in der Folge das Verhältnis zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Protagonisten im Bildungsbereich gut und konstruktiv entwickelte, war Ende der 90er Jahre eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich externe Förderer wie die EU, die amerikanische Regierung oder die Weltbank dazu entschieden, den Bildungsreformprozess in der Ukraine finanziell zu unterstützen. Bei vielen der international geförderten Projekte im Bildungsbereich (siehe hierzu Kap. 6) spielte die demokratische Entwicklung der ukrainischen Schule eine wichtige Rolle.

3.3 Die Ukraine und die Europäische Union

Eine weitere positive Voraussetzung für die Förderung von demokratischen Ansätzen im ukrainischen Bildungssektor war zweifelsohne die in den 90er Jahren konsequent betriebene europäische Ausrichtung des Landes. Zwar bemühte man sich, auch das Verhältnis zu Russland durch geschicktes außenpolitisches Taktieren sowie durch einen zwischen beiden Ländern unterzeichneten Freundschaftsvertrag zu verbessern. Gleichzeitig wurde aber die Westbindung der Ukraine durch den Abschluss zahlreicher Abkommen mit der EU gestärkt und die Kooperation insgesamt ausgebaut. Schon unter Präsident Kutschma war die europäische Integration der Ukraine ein politisches Schwerpunktthema, mittlerweile gibt es in Kiew auch ein Ministerium für europäische Integration.

Die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den europäischen Institutionen (Europäische Union, Europarat) sowie den EU-Mitgliedsländern im Bildungssektor kann grundsätzlich als gut gelten. Im MON gibt es eine Abteilung für internationale Zusammenarbeit und europäische Integration mit speziellen Unterabteilungen für die Kooperation mit internationalen Organisationen und Programmen. 2003 unterhielt das Ministerium mit 25 Ländern laufende Kooperationsvereinbarungen auf dem Gebiet der Forschung. Die Ukraine ist in das EU-Programm Tacis (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States), die Bildungsprogramme INTAS (International Association for the Promotion of Co-operation with Scientists from the New Independent States (NIS) of the Former Soviet Union) und Kopernikus direkt sowie in das EU Youth-Programme als Drittland indirekt eingebunden. Bei dem Jugendprogramm gibt es in Polen eine Servicestelle der EU, die bi- und multilaterale Kooperationen von Organisationen aus EU-Mitgliedsstaaten

mit ukrainischen Partnern im Rahmen von Programmen wie etwa dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD) unterstützt.⁵²

Für den Bildungssektor und die Demokratisierung von Schule und Unterricht hat diese pro-europäische Politik gewichtige Konsequenzen: Als Vollmitglied des Europarats ist die Ukraine in die europäischen Initiativen im Bereich der Demokratiebildung eingebunden. So hat es 2005 auch eine Reihe von nationalen Aktivitäten im Rahmen des europäischen Jahres der „Education for Democratic Citizenship“ gegeben. Zwar werden bei der nationalen Umsetzung der europäischen Initiativen bislang wenig eigene Impulse sichtbar, doch ist die grundsätzlich positive Einstellung der Bildungsverwaltung hervorzuheben. Zudem beabsichtigt die ukrainische Regierung gerade im Bereich der Qualitätssicherung in der Bildung Ansätze und Kriterien der EU zu übernehmen, damit das Land künftig an internationalen Vergleichsstudien teilnehmen kann.⁵³

Darüber hinaus wurden in Folge des seit 1998 in Kraft befindlichen PCA (Partnership and Cooperation Agreement) zwischen der Ukraine und der EU zahlreiche Programme beschlossen, die der Ukraine technische Unterstützung im Transformationsprozess bereitstellten. Im Bildungsbereich kam es mit dem Projekt „Education for Democracy“ (2000-2002) sogar zu einer transatlantischen Kooperation. Gegenwärtig läuft ein EU-Projekt aus der EuropeAid-Programmlinie zur Civic Education (siehe Kap. 6).

So erfreulich das europäische Engagement für eine Bildungsreform in der Ukraine einerseits ist, sind doch der Zuschnitt und die Modalitäten der Umsetzung der geförderten Projekte andererseits oft problematisch: Die EU versäumt es nicht selten, ein verpflichtendes Bekenntnis der beteiligten ukrainischen Ministerien zu den Projekten einzuholen, die sich häufig nicht an einmal gemachte Zusagen gebunden fühlen, vor allem wenn es einen Wechsel in der Ministeriumsspitze gegeben hat. Zudem werden die eigenen Vorhaben häufig nicht mit den Programmen anderer Zuwendungsgeber abgestimmt. Das führt nicht selten zu einer Schiefelage im Verhältnis von finanziellem Aufwand und Ergebnissen sowie dazu, dass den Projekten die Nachhaltigkeit fehlt.⁵⁴

⁵² SALTO-YOUTH Eastern Europe and Caucasus Resource Centre, siehe auch die allerdings nicht besonders ergiebige Homepage des Büros unter <http://www.salto-youth.net/eeca/>.

⁵³ Vgl. „The Government of Ukraine is planning to introduce external testing as well as establish a national system of education quality monitoring using the criteria and approaches of the European Union, in order to guarantee the participation of Ukraine in international comparative studies. UNDP Ukraine actively supports developing a national quality educational system which complies with the highest international standards within the context of sustainable human development.“ Aus: <http://www.undp.org.ua/?page=news&news=63>.

3.4 Korruption in der Schule

Die Ukrainer zählen die Bildung neben dem Beamtenwesen, dem Zoll, der Polizei und dem Gesundheitswesen zu den fünf am meisten von der Korruption betroffenen gesellschaftlichen Bereichen. Ein bereits 1995 verabschiedetes Gesetz zum Kampf gegen Korruption⁵⁵ gilt als unzureichend und bezieht sich zudem nur auf Beamte der staatlichen Verwaltung, nicht auf Lehrer.

Die Korruption im ukrainischen Bildungssektor ist ein zentrales Thema in der öffentlichen und zunehmend auch in der wissenschaftlichen Diskussion.⁵⁶ Der Schule kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie wird als ein Entstehungsherd gesehen, von dem ausgehend sich die Korruption in andere gesellschaftliche oder Wirtschaftszweige ausbreitet. Wenn Schüler früh erfahren beziehungsweise an ihren Eltern beobachten, dass wichtige Ziele durch Bestechung erreicht werden können, sind sie geneigt, dieses Verhalten später in anderen Zusammenhängen auch selbst anzuwenden.

Daneben verschärft Korruption die bereits bestehenden sozialen Ungleichheiten im Land weiter: In seiner Studie, zu der er 2005 ca. 1.588 Schüler und Studenten befragt hat, gibt Shaw an, dass das durchschnittliche Bestechungsgeld für die Aufnahme an einer Universität 1.600 \$ beträgt, für ein Institut müssen 1.400 \$, für ein College 750 \$ und für eine technische Hochschule 250 \$ gezahlt werden.⁵⁷ Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung steht also häufig in direkter Beziehung zu den finanziellen Möglichkeiten der Menschen. Das System der Korruption unterläuft die Chancengleichheit in der Bildung, benachteiligt gerade sozial schwache Bevölkerungsschichten und führt zu dem Teufelskreis aus schlechter Bildung und Armut.⁵⁸

⁵⁴ In diese Richtung zielt auch die Einschätzung von Umland (2004), der folgert, dass „...das Potenzial an sinnvoller Zusammenarbeit zwischen themen- und zielverwandten, staatlichen und nichtstaatlichen, anglophonen und nichtanglophonen Programmen (ist) bei weitem nicht ausgeschöpft. (...) Eine Begründung hierfür ist, dass einige der in der Ukraine aktiven Organisationen und Institutionen ihren Mitteleinsatz nicht oder nur begrenzt öffentlich darstellen. Somit mangelt es an einer hinreichend umfassenden Informationsgrundlage für sinnvolle Programmkoordination.“ (S. 5).

⁵⁵ Gesetz über den Kampf gegen die Korruption („Sakon Ukrainy pro borotbu s korupzijej“) vom 5.10.1995.

⁵⁶ Vgl. etwa die Studie „The Determinants of Educational Corruption in Higher Education: The Case of Ukraine.“ von Philip Shaw (2005) oder den Aufsatz von Cabelkova, Hanousek, „The power of Negative Thinking: Corruption Perception and Willingness to Bribe in Ukraine“ In: Applied Economics, 36 (4), 383-397, 2004.

⁵⁷ Vgl.: Shaw (2005), S. 9. Nach Hilkes führt das Ausmaß an Korruption zu einer de facto „Privatisierung“ an den staatlichen Hochschulen. Er schlägt als Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption im Bildungsbereich die Einführung von Studiengebühren, aber auch Lohnerhöhung für Lehrer vor. Vgl. Interview mit Peter Hilkes für „Fokus“ am 31.08.2006 zitiert unter <http://www2.dw-world.de/ukrainian/politik/1.195061.1.html>.

Korruption in der Bildung ist nicht nur in Wahlkämpfen ein beliebtes Thema. In einer Radioansprache Anfang Juni 2006 bezeichnete Präsident Juschtschenko den Kampf gegen die Korruption an Schulen als eines der wichtigsten Ziele seiner Regierungszeit. Er rief Eltern und Schüler dazu auf, Fälle von Korruption der Bildungsverwaltung gegenüber anzuzeigen.⁵⁹ Obwohl das Problem (an)erkannt ist, gibt es bislang jedoch keine überzeugende Lösungsstrategie. Der Aufruf zur Zusammenarbeit von Betroffenen mit der Bildungsverwaltung klingt da nicht viel versprechend, da Verwaltungsbeamte häufig erheblich von dem Bestechungssystem profitieren.⁶⁰

Korruption an der Schule wirkt sich direkt auf die Rahmenbedingungen für Demokratiebildung aus: Korruption und Demokratie schließen sich aus, „da offene Partizipation, fairer Wettbewerb und transparente Entscheidungen von Korruption unterhöhlt werden und Politik in einen informellen Raum verschoben wird.“⁶¹ In einer Schule, in der Fälle von Korruption an der Tagesordnung sind, können demnach demokratiepädagogische Ansätze (partnerschaftliche Beziehungen zwischen Schülern, Lehrern und Eltern, wirkliche Partizipation von Schülern, Öffnung von Schule) nicht glaubwürdig entwickelt werden.

Auf das Thema Korruption in der ukrainischen Schule sind seit einiger Zeit auch internationale Akteure aufmerksam geworden. So finanziert das Open Society Institute (2005-2007) zum Thema „Education against corruption“ in verschiedenen Ländern Osteuropas ein zweijähriges Projekt, unter anderem der Ukraine, das mit Bildungsprogrammen für Lehrer und lokale Gemeinden das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung des Kampfes gegen Korruption schärfen und Organisationen stärken will, die hier aktiv sind. Zwar wurde im Rahmen des Projektes ein Anti-Korruptionskurs für Schulen entwickelt, dieser liegt allerdings bislang nicht auf Ukrainisch vor, und es gibt auch auf Nachfrage keine Informationen, ob und wie dieser an ukrainischen Schulen zum Einsatz kommen soll.⁶²

Da der lokale ukrainische Partner in dem Projekt, das „Intellect Scientific and

⁵⁸ Siehe etwa den Beitrag von Wolfgang Edelstein in der „Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation“ zu „Bildung und Armut. Der Beitrag des Bildungssystems zur Vererbung und zur Bekämpfung von Armut“, Heft 2/2006, S. 120-134.

⁵⁹ Vgl.: Meldung auf der Website des Präsidenten der Ukraine unter: http://www.president.gov.ua/en/news/data/1_8716.html.

⁶⁰ Vgl.: Bertelsmann Transformationsindex 2006, Ukraine: „Despite important institutional progress, fighting corruption did not become a widespread accepted priority among the former Ukrainian elite. (...) Ukraine is a classic case of private interest groups colonizing important parts of the state, patronage networks determining the distribution of state resources, and corruption forming an integral characteristic of the state and administrative culture.“

⁶¹ Olteanu, Tina: Vertrauensverlust. Korruption und Demokratie in Osteuropa, in: Osteuropa 10/2005, S. 123.

Methodical Center for Critical Thinking Development“, selbst maßgeblich von Open Society unterstützt wird, kommt hier noch ein weiteres Problem hinzu: Gerade amerikanische Organisationen besitzen beim Thema Korruption eine schlechte Reputation. Nach dem internationalen Engagement bei der Korruptionsbekämpfung im Bildungsbereich in der Ukraine befragt, bezeichneten die ukrainischen Teilnehmer der DeGeDe-Sommerakademie „Demokratie leben und lernen in der Schule“ entsprechende Projekte als in der Regel unglaubwürdig, da die fördernden Einrichtungen selbst massiv von Korruption betroffen seien.⁶³

3.5 Ukrainische Identität

Ein zentrales gesellschaftliches Thema in der Ukraine ist die Frage nach der nationalen Einheit und der ukrainischen Identität bei tief greifenden regionalen ethnischen und sprachlichen Unterschieden zwischen der sowjetrussisch geprägten Ostukraine, der eigentlichen Kern-Ukraine im Westen sowie der historisch zu Russland zählenden Krim. Mykola Rjabtschuk benennt die Situation in einem Essay als „Die zwei Ukrainen“:

„Jeder, der irgendwann mal im ‚fernen Osten‘ und im ‚fernen Westen‘ der Ukraine gewesen ist, zum Beispiel in Donezk und in Lemberg, wird zweifellos feststellen, daß es sich um verschiedene Länder, verschiedene Welten und verschiedene Kulturen handelt.“⁶⁴

Dass die Ukraine ein in vielfacher Hinsicht gespaltenes Land ist, wird niemand bestreiten. Die Frage ist jedoch, wie diese Spaltung thematisiert wird, ob nur die Konflikte betont (und somit nicht selten geschürt) oder ob auch die Chancen in diesen Unterschiedlichkeiten gesehen werden. Eine wenig konstruktive Rolle spielt hier die Politik: Die Parteien, die sich im Zuge der „Orangen Revolution“ konsolidiert haben, verstehen es bis heute, die Spaltung des Landes eher noch zu zementieren – eine Politik, die nach den Parlamentswahlen 2006 zu einer schweren Parlamentskrise geführt hat. Ein zwischenzeitlich geschmiedeter „Pakt der nationalen Einheit“ ist schon längst wieder auseinander gebrochen (Oktober 2006). Vor diesem Hintergrund erscheint es selbstredend, dass sich auch auf regio-

⁶² Weitere Informationen zum Projekt „Education against Corruption“ auf der Website des koordinierenden Konsortiums <http://www.vpu.lt/sdc/antikorupcija/en/tp1.htm>, die allerdings vor allem die Projektbeschreibung, jedoch keine befriedigenden Informationen über Projektverlauf und Projektergebnisse liefert.

⁶³ Gespräch mit Teilnehmern während der Sommerakademie „Demokratie leben und lernen“ in Ludwigsfelde, 02.09.2006.

⁶⁴ Rjabtschuk, Mykola: Die reale und die imaginierte Ukraine. Essay. 2005, S. 12.

naler Ebene die politischen Lager unversöhnlich gegenüber stehen: Im Osten gibt es eine flächendeckende Dominanz der Partei der Region von Wiktor Janukowitsch, im Westen von Nascha Ukrajina beziehungsweise dem Block um Julia Timoschenko. An einer gemeinsamen nationalen Identität wird jedenfalls nicht gearbeitet. Natürlich spielt die Frage nach der ukrainischen Identität auch in der Schule eine Rolle und ist eine Art Lackmustest für eine tolerante/intolerante Grundeinstellung: Unverändert gibt es unter Schülern wie Lehrern der westlichen und östlichen Gebiete der Ukraine große Vorbehalte gegenüber dem jeweils anderen Landesteil. In einem Gespräch mit Schülern in L'wiw wurde betont, dass die Menschen in der Ostukraine insgesamt sehr viel unfreier seien als in der Westukraine. Die Mischung aus Vorurteilen und Stereotypen spiegelt den intellektuellen Diskurs um die Frage der Identität deutlich wider. Rjabtschuk z.B. kultiviert in seinem erwähnten Essay auf undifferenzierte Art und Weise die Zweiteilung des Landes:

„Die einfachen statistischen Daten zeigen die großen sozialen Unterschiede zwischen den Regionen genauso unerbittlich. Was begangene Straftaten, Drogenabhängigkeit, Alkoholiker, Abtreibungen, Scheidungen und Geschlechtskrankheiten pro Einwohner angeht, übertrifft der Donbass die westlichen Regionen um ein Vielfaches. (...) Umfragen zeigen, daß die Westukrainer zum größten Teil überzeugte Gegner des Kommunismus und des Sowjetismus sind ... sie unterstützen radikale Wirtschaftsreformen, sind für Privateigentum, Demokratisierung und die Wiedergeburt der ukrainischen Sprache und Kultur.“⁶⁵

Die Schwarz-Weiß-Malerei in diesen Debatten wird nicht selten von Lehrern in die Schulen getragen. Dabei sind es nicht so sehr die schematischen, das Land durchziehenden Trennlinien (Ost-West, Russisch-Ukrainisch, Europäisch-Eurasisch, Orange-Blau etc.), durch die die Schüler in der Folge Intoleranz lernen, sondern die damit verbundenen wertenden Zuschreibungen von Gut und Schlecht (oder Böse), wie sie Rjabtschuk hier vornimmt.

Nicht zuletzt aufgrund der politischen Instrumentalisierung ist die ukrainische Identität in der Schule heute ein schwieriges Thema, das mitbestimmend ist für das demokratische Klima. Der ukrainische Staat benötigt einen Identifikationsprozess, und es liegt nahe, dass dieser Prozess in den Schulen beginnt. Wie er hier gestaltet wird, kann mitentscheidend für die weitere demokratische Entwicklung des Landes sein. Er könnte (sollte?) z.B. eine Identifizierung und kritische Auseinandersetzung mit der ukrainischen Verfassung und dem politischen System

⁶⁵ ebd., S. 14.

beinhalten und im Idealfall und auf lange Sicht in die Entwicklung eines Verfassungspatriotismus münden.

Bei der Unterstützung demokratischer Prozesse an ukrainischen Schulen sind die regionalen Verschiedenartigkeiten, die mentalitätsspezifischen Unterschiede oder die Frage nach einer nationalen Identität zentrale Punkte. Möglicherweise könnten hier deutsche Erfahrungen nach der Wiedervereinigung und die Diskussionen, die um die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland geführt wurden und werden, produktiv eingebracht werden.

3.6 Demokratische Inseln im post-sowjetischen Ozean?

Untersucht man die ukrainische Schule jenseits der nationalen Bildungsdiskussionen und der internationalen Förderprogramme auf ihre Potenziale hinsichtlich einer Demokratisierung des Schulalltags, stößt man auf ein für post-sowjetische Transformationsstaaten typisches Phänomen: Aufgrund der schlechten Bezahlung von Lehrern gibt es nicht nur Abwanderungsprozesse aus dem Beruf, auch junge Lehrer treten häufig ihre Laufbahn gar nicht erst an. Das führt dazu, dass das Bild mit Blick auf die Bereitschaft, demokratiepädagogische Ansätze in den Schulen auszuprobieren, oft sehr uneinheitlich ist. Zwar gibt es eine neue Generation von Pädagogen, die sich durch hohe Motivation und großes Engagement unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen auszeichnen:

„Sehr beeindruckt war ich von den teilnehmenden LehrerInnen und SchulleiterInnen! Man wird demütig und fast beschämt, wenn man bedenkt, in welchen schwierigen Situationen diese Leute zusätzliche ehrenamtliche Arbeit tun, um der Vision der Demokratisierung zu dienen. Viele sind richtig gut, voller Ideen, guter Gedanken, scharfer Analysen und haben – in meinen Augen – die richtigen Ansätze. Was ihnen natürlich fehlt, sind Kenntnisse in den Bereichen Projektmanagement und politische Bildung. Ich sehe sehr viel Entwicklungspotential.“⁶⁶

Doch immer noch dominieren sowjetisch sozialisierte Lehrer an den Schulen, und das hat Konsequenzen für den Schulalltag: Eine strenge Disziplin der Kinder wird als Primärtugend angesehen, eine Kultur kritisch-unabhängigen Denkens unter den Schülern ist nicht verbreitet, die Methodik der Lehrer ist veraltet, es fehlt an Flexibilität, sich auf moderne pädagogische Ansätze einzulassen usw.⁶⁷ Dabei geht es in der Regel nicht darum, dass die sowjetische Ideologie vertreten oder noch der Sowjetunion nachgetrauert wird, sondern um eine Art „Soviet Mindset“ unter

⁶⁶ Bericht von Ingrid Halbritter, Leiterin des UNESCO-Bildungsservers in Sarajewo, nach einem Workshop mit Lehrern in L'wiv, E-Mail vom 22.08.2006.

den Lehrern, für die ein demokratisches (partnerschaftliches) Verhältnis zu Schülern nicht vorstellbar ist. Schüler wie Lehrer gestehen gelegentlich selbst ein, dass ihre Schule noch nicht demokratisch sei und sie noch nicht fähig zu Demokratie seien (Schulgespräche des Autors der Studie in L'wiw, Mai 2006). Auch ist die Überzeugung von der Notwendigkeit einer demokratischen Umgestaltung der Schule nicht verbreitet, und in der durchschnittlichen ukrainischen Schule sind demokratiepädagogische Formen im Unterricht nur selten anzutreffen. Karlheinz Dürr spricht von Inseln innovativer und moderner Ansätze:

„There are ‚islands‘ of high innovation and modernity with regard to content as well as didactical methods, but the ‚mainland‘ of CE teaching and learning seems still to be dominated by a rather traditional and conservative pedagogical approach.“⁶⁸

Vor diesem Hintergrund wird Anregungen und Ideen zur Entwicklung einer demokratischen Schule aus Deutschland oft mit Skepsis begegnet: Das deutsche (und bisweilen synonym dazu gedachte: das demokratische) Bildungssystem wird nicht selten mit dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei PISA, mit Drogen- und Gewaltproblemen in den Schulen und verfehlter Integrationspolitik in Verbindung gebracht.

Angesichts des post-sowjetischen Ozeans im ukrainischen Bildungssystem blieben und bleiben zentrale Fragen auch von den laufenden beziehungsweise zurück liegenden Programmen im Demokratiebildungsbereich bislang unbeantwortet: Natürlich gibt es landesweit zahlreiche ukrainische Schulen, die demokratische Elemente bei der Organisation des schulischen Lebens mit Erfolg integrieren und die sich auch deshalb als interessante Partner für deutsche Schulen anbieten, doch was passiert mit der ganz überwiegenden Mehrzahl der Einrichtungen, die in sowjetischen Traditionen verhängen sind und mit dem Begriff der Demokratiepädagogik nichts anzufangen wissen? Wer wäre die treibende Kraft in der Ukraine, um ein landesweites, umfängliches Programm ähnlich der BLK-Initiative für „Demokratie leben und lernen“ zu initiieren?

⁶⁷ Vgl. auch: „Erschwerend wirkt sich hier die mangelnde Reformbereitschaft in allen Bereichen der Bildungsadministration sowie in der Lehrerschaft selbst aus. Die personelle Kontinuität seit sowjetischer Zeit verzögerte eine geistige, fachliche und methodische Erneuerung und einen raschen Umbruch im Bildungswesen. Reformfreudige und kreative Lehrer, die mit dem Bildungsgesetz neu geschaffene Autonomieräume zu nutzen wissen, sind selten und haben bisher nur punktuelle Veränderungen bewirkt.“ Döbert, Hans et al. (2004), S. 590.

⁶⁸ Dürr, First Report (2006), S. 4.

IV. Formen der Demokratiebildung an ukrainischen Schulen

4.1 Das Experimentierfeld Ukraine

Beim Thema Demokratiebildung in der Schule gleicht die Ukraine einem Experimentierfeld, auf dem unterschiedliche Ideen und Projekte erprobt werden. Bei einem kooperationswilligen Staat, interessierten internationalen Förderern und einer aktiven und professionellen Zivilgesellschaft können, wie beschrieben, die Rahmenbedingungen für Experimente als gut gelten. Dennoch sind bei genauer Betrachtung die verschiedenen Ansätze selten miteinander verbunden, eine nationale Initiative zur Demokratisierung der ukrainischen Schule, die die einzelnen Erfahrungen und Ergebnisse zusammenfassen und auch auf der normativen Ebene Veränderungen einleiten würde, fehlt bislang. Internationale Projekte der EU oder der Weltbank bieten in den kommenden Jahren die Chance, die zahlreichen punktuellen Ansätze zu bündeln und in den landesweiten Bildungsreformprozess einfließen zu lassen.

Die Grundpfeiler des deutschen Diskurses um „Demokratie leben und lernen“, nämlich Projektlernen, Partizipation innerhalb der Schule sowie politisches Engagement und soziale Verantwortung über die Schule hinaus,⁶⁹ finden sich – wie gezeigt werden kann – in ukrainischen Schulen in verschiedenen Formen umgesetzt. Dabei stehen viele Schulen vor zwei bereits erwähnten Problemen, die nicht nur die Stärkung demokratiepädagogischer Ansätze, sondern auch die Entwicklung von internationalen Schulpartnerschaften direkt betreffen können: Häufig besitzen gerade ukrainische Dorfschulen nicht die technischen (Telefon-, Internetzugang) und finanziellen Voraussetzungen, um Partnerschaften etwa mit deutschen Schulen knüpfen beziehungsweise gestalten zu können. Daneben besteht eine große Diskrepanz zwischen dem theoretischen Wissen eines engen Kreises von ukrainischen Experten über Demokratiebildung und fehlenden praktischen Erfahrungen bei der ganz überwiegenden Anzahl von Lehrern im Unterrichtsalltag. Dürr schreibt:

„There is an imbalance in the theory and practice of civic education in Ukraine. While many Ukrainian CE experts are involved in a great number of international exchanges, conferences and programmes at a more theoretical level, the practical school level remains largely unaffected by new approaches, innovative pedagogical concepts and modern methods of teaching and learning about democracy and civil society.“⁷⁰

⁶⁹ Vgl.: Georgi, Viola: Demokratie lernen in der Schule, Berlin 2006, S. 26.

⁷⁰ Dürr, First Report (2006), S. 3.

Diese Außenwahrnehmung wird von „Betroffenen“ im Land selbst geteilt. Der Journalist Jurij Tschumak kritisiert, dass das schulische Leben in der Ukraine immer noch viel zu hierarchisch strukturiert sei: Die Bildungsabteilungen der Stadtverwaltung würden die Schulleiter unter Druck setzen, Schulleiter wiederum behandelten Lehrer und diese dann die Schüler wie Untergebene. Dadurch könne sich kein demokratisches Klima in den Schulen herausbilden, und eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Lehrern, Schülern, Eltern beziehungsweise zwischen Schule und Gemeinde sei unmöglich.⁷¹

In diesen grundsätzlich offenen Selbstreflexionen der Gesellschaft über die eigenen Probleme in der schulischen Bildung stecken allerdings auch Chancen: Gibt es ein Bewusstsein für die eigenen Defizite, kann die Demokratisierung der Schule im Austausch mit deutschen Partnerschulen ein spannendes und fruchtbares Thema sein, zu dem beide Seite eigene Erfahrungen einbringen.

4.2 Nationale Projekte im Demokratiebildungsbereich

An den „historischen“ und strukturellen Problemen auf dem Weg zu einer demokratischen Schule in der Ukraine setzen verschiedene nationale Projekte an, die versuchen, einzelne demokratiepädagogische Aspekte wie Projektlernen oder Öffnung von Schule zu stärken und bei denen Schulen eigene Erfahrungen sammeln können. Zwei der wichtigsten und nachhaltigsten Ansätze werden im Folgenden ausführlicher vorgestellt.

Zumeist arbeiten alle drei Parteien (Staat, nicht-staatliche Organisationen, internationale Zuwendungsgeber) partnerschaftlich zusammen: Während ausländische Förderer in der Regel die Finanzierung übernehmen, sind häufig NGOs die treibende Kraft bei der Konzeption, Administrierung und Umsetzung der Projekte. Die staatliche Seite garantiert die Unterstützung der Schulen, signalisiert den ausländischen Förderern, dass das Vorhaben politisch gewünscht ist und sorgt ggf. dafür, dass positive Ansätze in Curricula oder in Lehrerfortbildungspläne aufgenommen werden. In einzelnen Fällen gibt die Regierung auch finanzielle Sicherheiten (siehe das Weltbank-Projekt, Kap. 6).

Private Förderer konnten für größere Bildungsprojekte in der Ukraine bislang kaum notiert werden, da eine philanthropische Haltung, das Stiftungswesen oder Sponsoringmodelle für das Land noch sehr neue Erscheinungen sind. Allerdings ist das private Sponsoring von schulischen Aktivitäten (durch Eltern, lokale Geschäftsleute) durchaus Gegenstand in dem Community School Development

⁷¹ Vgl.: Artikel im elektronischen Newsletter der Charkiwer Organisation zu Schutz der Menschenrechte (KHPG) unter <http://www.khpg.org/index.php?id=1122992000>.

Programm (s.u.) und wird in einzelnen Schulen mit Erfolg umgesetzt. So scheint nicht ausgeschlossen, dass dies eine neue Förderperspektive wird, die auch für größere Bildungsprojekte interessant sein kann, bei denen es um die Demokratisierung der Schule geht.

Community School Development

Seit Ende 2002 setzt die Ukrainian Step by Step Foundation (USSF) mit dem Community School Development Projekt in der Ukraine eines der besten Bildungsprojekte um, das auf die nachhaltige Entwicklung einer demokratischen Schule im Land zielt. Das Projekt wird seit Beginn von der Mott Foundation und der International Renaissance Foundation (IRF) unterstützt und versucht, den Ansatz der „Community Education“ (gemeinwesenorientierten Bildung) auf die besonderen Bedingungen des wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesses in der Ukraine zu übertragen.

Ziel des Projektes ist es, eine neue Qualität der Partnerschaft zwischen Schule und Schulumgebung (Nachbarschaft, Gemeinde, Dorf, Stadt, Stadtteil, Region) anzustreben und dadurch zu einer Gemeinwesenentwicklung beizutragen, bei der der Schule als Motor für Veränderungen („change agent“) eine neue Rolle zukommt. Das erfordert eine neue Perspektive auf die Schule selbst sowie eine Veränderung des Leitbildes der Schule, die sich der sozialräumlichen Umgebung öffnen und bereit sein muss, die Gemeindemitglieder eng in die wichtigen Entscheidungsprozesse innerhalb der Schule einzubinden. Schule und Schulumgebung entwickeln in der Folge gemeinsam Projekte, die Kinder und Jugendliche in die Lage versetzen,

- ihr Leben und das der Gemeinde kompetent und aktiv zu gestalten,
- Einfluss zu nehmen auf die Qualität ihrer Lebensumwelt und
- soziale Defizite und Missstände innerhalb einer Gemeinde zu überwinden.⁷²

Das Projekt begann mit der Auswahl von sieben Pilotschulen in vier Gebieten der Ukraine (L'wiw, Kiew, Donezk und Luhansk). Es wurden Kooperationsvereinbarungen mit den lokalen Bildungsbehörden geschlossen und die Unterstützung der lokalen Wirtschaft eingeholt. Für das Projekt selbst wurde ein prominenter Beirat gewonnen, in dem sich neben Experten aus Einrichtungen zur lokalen Entwicklung auch Vertreter der Weltbank und des Global Fund befinden. Das Projekt ist infolge begleitender Fachkonferenzen hervorragend international ver-

⁷² Diese Zielformulierung entspricht der über 100jährigen Tradition der Community Education. Nähere Informationen hierzu auch über das Institut für Community Education (ICE) unter <http://www.ina-fu.org/ice/index.html>

netz, eine besonders enge Kooperation besteht mit dem Krasnojarsk Center „Sotrudnitschestwo“⁷³, das über eine lange Erfahrung bei der Umsetzung des „Community School“-Konzeptes in Russland verfügt.

Das komplexe Vorhaben besteht im Wesentlichen aus vier Komponenten:

- Bei der organisatorischen Komponente geht es um den Aufbau eines Netzwerkes von Community Schools in der Ukraine und die Nominierung entsprechender Koordinatoren auf Schul- (Schüler, Lehrer) und Gemeindeebene.
- In der Trainingskomponente finden Weiterbildungen zur Schulentwicklung, zum Projekt- und Finanzmanagement, zu Projektkonzeption, Fundraising, PR etc. für die Koordinatoren an den Schulen statt.
- Bei der Mentoringkomponente wird versucht, über die aktive Einbindung von Freiwilligen das Schulnetzwerk zu erweitern: Koordinatoren an Community Schools begleiten freiwillig interessierte Nachbarschulen bei der Entwicklung eines „Community School“-Konzeptes.
- Im Mittelpunkt der Komponente zur Implementierung des Projektes stehen die Bedarfsanalyse innerhalb der Gemeinde und die darauf basierende Entwicklung von Community Projekten innerhalb der Schulen.

Die Zahl der Pilotschulen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht, bis Ende 2006 soll das Netzwerk der Community Schools in der Ukraine über 60 Schulen landesweit umfassen. Das gesamte Projekt ist sehr gut auf der Homepage von USSF dokumentiert und mit projektbegleitenden Publikationen (etwa zu den Themen Bedarfserhebung, strategische Planung) ausgestattet.⁷⁴

Obwohl nicht explizit ein Programm zur Demokratisierung der Schule in der Ukraine beinhaltet das „Community School“-Projekt doch zahlreiche Elemente, mit denen die Schule als demokratische Institution etabliert wird. Bei genauer Betrachtung deckt sich das Konzept mit zahlreichen Punkten der gängigen Kriterienkataloge für demokratische Schulen, etwa der Öffnung von Schule für die Schulumgebung, der Einbindung der Gemeinde, besonders der Eltern in Entscheidungsprozesse innerhalb der Schule, einer Förderung von Projektlernen usw.

Die positiven Ergebnisse, die in dem Projekt erzielt wurden, sind ein interessanter Impuls, den ukrainische Schulen in eine Partnerschaft mit deutschen Schulen einbringen können.

⁷³ Siehe auch: <http://www.kccp.ru>.

⁷⁴ Ausführliche Informationen zum Community School Development Programm von USSF sind elektronisch unter <http://www.ussf.kiev.ua/page47.html> zu finden.

Schulwettbewerb „Hromadjanyyn“ („Bürger“)

Ein von der Zielrichtung ähnliches, von der Struktur dagegen ganz anderes Projekt ist der seit 2001 jährlich stattfindende Schulwettbewerb „Hromadjanyyn“. Ursprünglich im Rahmen des CIVITAS International Civic Education Exchange Program initiiert, wird das Projekt bis heute vom Lehrernetzwerk Nowa Doba in L'wiv koordiniert und in enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Bildungsministerium durchgeführt.

Jedes Jahr können Schüler Projekte einreichen, die die Identifizierung und Bearbeitung eines sozialen oder gesellschaftlichen Problems auf lokaler Ebene zum Gegenstand haben. Zielgruppe des Wettbewerbs sind Schüler zwischen 12 und 16 Jahren, die erste Erfahrung im Bereich der Projektentwicklung und -umsetzung sammeln sollen und deren Fähigkeit zur Gruppenarbeit auch im schulischen Zusammenhang gestärkt werden soll. Wichtigstes Ziel des Projektes ist es, jungen Menschen die Erfahrung bürgerschaftlichen Engagements zu vermitteln und demokratisches Verhalten einzuüben.

Indem die Ausschreibung des Wettbewerbs über die Schulen erfolgt, kann das Projekt als ein interessanter Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen in der Schule gesehen werden: Es steht für eine Öffnung von Schule, stärkt die Fähigkeiten der Schüler zu Gruppen- und Projektarbeit und hält sie dazu an, Verantwortung zu übernehmen, Probleme der lokalen Gemeinde zu identifizieren und zu analysieren, Problemlösungsansätze zu entwickeln, Kontakt zur lokalen Verwaltung, zu Medienvertretern und NGOs aufzunehmen, die eigene Arbeit zu präsentieren und die Ergebnisse zu evaluieren. 2006 führte Nowa Doba eine an den IEA Evaluationskriterien angelehnte Evaluation durch, die die Auswirkungen des Schulwettbewerbs unter der Zielgruppe erfassen sollte. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass bei Schülern, die an „Hromadjanyyn“ teilgenommen hatten, sowohl die Kenntnisse über Demokratie besser als auch die Haltung zu demokratischen Werten zustimmender waren als unter Schülern, die sich bislang noch nicht an dem Wettbewerb beteiligt hatten. Allerdings drängt sich anhand der Präsentation der mit Fotos der „Orangenen Revolution“ illustrierten Untersuchungsergebnisse der Verdacht auf, dass durch die Befragung vor allem eine vorgefertigte Meinung belegt werden sollte.⁷⁵ Das Programm „Hromadjanyyn“ ist nichtsdestotrotz ein best practice, und Schulen, die teilgenommen haben, können als bereits erfahrene Akteure im Themenfeld Demokratiebildung gelten.⁷⁶

⁷⁵ Siehe: <http://www.civnet.org/pdfs/PolinaVerbytskaPowerPoint.pdf>.

⁷⁶ Weitere Informationen zu Geschichte und Struktur des Programms siehe auf der Website von Nowa Doba unter <http://www.Nowadoba.org.ua>.

4.3 Partizipationsformen

Bei der Frage nach Partizipationsformen in ukrainischen Schulen ist das Bild heterogen. Hier spielen, wie bei vielen anderen Themen auch, die Unterschiede zwischen Stadt und Land eine große Rolle: Auf dem Dorf, wo die Schulen meist sehr klein, nicht alle Klassen durchgängig besetzt sind und die Klassenstärke häufig unter zehn Schülern liegt, spielt die Partizipation von Eltern und Gemeindegliedern in der Schule eine größere Rolle als die Entwicklung einer Schüler selbstverwaltung. Schulen, die sich als *community schools* verstehen, bemühen sich, Vertreter der lokalen Verwaltung als Beiräte der Schulen zu gewinnen und sie so direkt an den finanziellen und inhaltlichen Entscheidungsprozessen innerhalb der Schule zu beteiligen. Ein wichtiger Schwerpunkt bei Schulen, die mit der *Step by Step* Philosophie arbeiten, ist die Einbeziehung von Eltern: Traditionell werden die Eltern in der Funktion als Geldgeber (für Schulrenovierung, Klassenfahrten etc.) gesehen, die sich aber darüber hinaus nicht für die Schule interessieren. *Step by Step* Schulen fordern Eltern direkt auf, an Schulaktionen teilzunehmen und auf Klassenfahrten mitzufahren. Eltern sollen, wie Vertreter der Bildungsverwaltung auch, eine aktive Rolle in Entscheidungsprozessen innerhalb der Schule übernehmen.

In städtischen Schulen gibt es bei Themen wie Selbstverwaltung, Schulverfassung Schülervertretung zahlreiche interessante Ansätze, vor allem erstaunt das immer wieder anzutreffende Selbstbewusstsein, mit dem Schüler ihre Rechte einfordern. Im Gymnasium Nr. 1 in Ljubotin (Gebiet Charkiw) fordert die Schulparlamentssprecherin und Redakteurin der Schülerzeitung, dass die Schulpresse grundsätzlich als eine wichtige Komponente der Schüler selbstverwaltung anzuerkennen und darauf zu achten sei, dass Schülerzeitungen grundsätzlich von Schülern (und nicht von Lehrern) herausgegeben und redaktionell betreut werden. Sie unterscheidet weiterhin zwischen zwei Formen von Schüler selbstverwaltungen: Die erste basiert auf „Pseudo-Initiativen“ von Schülern, die tatsächlich in den Köpfen der „Lehrer-Organisatoren“ geboren wurden. Hier sind die Schüler lediglich ein Instrument, dessen sich bedient werde, ihre Rolle sei fast ausschließlich passiv. Bei der zweiten Form formulierten die Schüler aktiv ihre Positionen, begründeten ihre Ideen und versuchten, sie in Aktionen oder Projekten umzusetzen.⁷⁷

In einem Gymnasium in L'wiw enthält die Schulverfassung einen Absatz zu Rechten und Pflichten der Schüler, der ihnen die Möglichkeit einräumt, gegen Noten zu protestieren. Gleichzeitig gibt es in der Schule ein Komitee der Rechte der

⁷⁷ Vgl.: Artikel der KHGP unter <http://www.khpg.org/index.php?id=1123089439>

Schüler, das die Aufgabe hat, bei Konflikten zwischen Lehrern und Schülern zu vermitteln. Gegenwärtig wird daran gearbeitet, die Position eines Bevollmächtigten für die Rechte der Schüler zu schaffen. Das Projekt wird von den Schülern dieser Schule in Zusammenarbeit mit anderen Schulen ausgearbeitet. Die Schüler selbst betonen, dass sie sowohl Selbstbewusstsein als auch Selbstvertrauen besitzen, das Schulleben mitgestalten und auf Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen zu können. Bei Fragen nach dem Bild des Lehrers werden von den Schülern als wichtigste Eigenschaften genannt:

- Verständnis für die Schüler (emotional, intellektuell),
- Partnerschaftlichkeit im Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern,
- Kommunikationsfähigkeit,
- Freundschaftlichkeit und Strenge,
- Progressivität.

Das hier beschriebene Beispiel ist sicherlich kein Regelfall, obwohl echte Partizipationsformen in den meisten ukrainischen Schulen existieren. Es gibt normalerweise Schulparlamente, die nach transparenten Regeln gewählt werden, Schülervertretungen, die sich regelmäßig treffen und die verschiedenen Kammern (Ministerien) besitzen. Auch werden von den meisten städtischen Schulen Schülerzeitungen herausgegeben. In der Regel existieren Bereiche, in denen die Schüler reales Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben. Dieses sind allerdings meist „weiche Themen“ wie die Frage nach Farbe und Zuschnitt von Schuluniformen. Häufig besitzen die Schüler nicht das Bewusstsein, dass die Schülervertretung auch ein Gremium sein kann, über das Schüler Mitspracherecht in harten Fragen wie der Notengebung oder bei ernststen Konflikten zwischen Lehrern und Schülern wahrnehmen können. Äußerungen wie: „Der Direktor sagt uns, was zu tun ist, und wir setzen es dann um.“ sind keine Ausnahme, und nicht selten beschränkt sich die Schülervertretung auf Aufgaben wie die Organisation von Schuldiskotheken, Schulwettbewerben oder Schulolympiaden, etc.⁷⁸

Ein anderes Problem bei der Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten von Schülern in der Ukraine ist die Belastung gerade von älteren Schülern durch eine hohe Stundenzahl, eine große Menge an Hausaufgaben und das Prüfungspensum. Das vom Lehrplan vorgegebene Pflichtprogramm ermöglicht es nur wenigen, in

⁷⁸ Im Gespräch äußerte die Schülersprecherin eines Gymnasiums in L'wiw, sie wolle gar keinen Einfluss haben oder sich mit Lehrern auseinandersetzen. Manchmal gebe es zwar Probleme, bei denen Lehrer im Unrecht seien, aber das könne nicht gesagt werden, weil es eben Lehrer seien, und Lehrer seien schließlich Autoritäten.

der Regel leistungsstarken Schülern, sich außerhalb des Unterrichts etwa in Beteiligungsgremien zu engagieren.

Für ein Partnerschaftsprogramm zwischen deutschen und ukrainischen Schulen gibt es bei dem Thema „Partizipationsmöglichkeiten von Schülern“ verschiedene Anknüpfungspunkte. So wäre es z.B. denkbar, unspezifisch arbeitende Vertretungsgremien von Schülern mit spezifischen Themenvorgaben zur Reflexion ihrer Rolle und ihrer Möglichkeiten zu motivieren. Wichtig dabei wäre es, Lehrer aktiv in vergleichbare Projekte mit einzubeziehen. Hier bieten sich Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit nationalen Programmen, die z.B. versuchen das Rollenverständnis von Lehrern (nicht mehr die einzige Quelle des Wissens, sondern ein Vermittler von Wissen) oder Direktoren (Vermittler, Mitglied eines Teams) zu verändern. Das vorgestellte Community Development School Programm ist in dieser Hinsicht richtungweisend.

4.4 Projektlernen

Nachdem nicht zuletzt zahlreiche internationale Organisationen in den letzten Jahren Projektförderungen für Schulklubs ausgeschrieben und Schul- oder Schülerwettbewerbe ausgerichtet haben, besitzen interessierte Schulen im ganzen Land heute durchaus die Möglichkeit, Projekten „quantitativ und qualitativ eine eigenständige und nachhaltige Bedeutung im schulischen Lernen“⁷⁹ zukommen zu lassen.

Projekte zielen an ukrainischen Schulen nicht selten explizit darauf ab, auf der individuellen Ebene zentrale Aspekte der Demokratiekompetenz bei Schülern zu fördern, etwa soziale und kommunikative Kompetenzen, Bereitschaft zum Engagement, Verantwortungsbewusstsein oder die Fähigkeit zur praktischen Umsetzung von Zielen.⁸⁰

Die Diskussion unter Lehrern und Bildungsexperten in der Ukraine über die Rolle von Projektlernen in der Schule sieht dieses als eine eigene „Technologie“ im Bildungs- und Lernprozess in der Schule, die bei genauerem Hinsehen auch ein Aspekt des Demokratie Lernens und Lebens ist.⁸¹ Gemeinsame Projekte würden den Schülern helfen, so die Direktorin des Humanitären Lyzeums der Schewtschenko Universität in Kiew in einem Aufsatz zum Projektansatz in der Schule, ihre Welt-sicht zu erweitern, zu lernen, im Team zu arbeiten und Toleranz und Zielstrebigkeit zu praktizieren. Das wichtigste Element der „Projekttechnologie“ in dem

⁷⁹ Georgi (2006), S. 27.

⁸⁰ ebd., S. 12 f.

⁸¹ Sasonenko, G., Auf dem Weg nach Europa: Projektansatz, a.a.O.

Lyzeum sei nicht das Projekt selbst, sondern der Prozess des Projektierens: Dabei würden Problem-situationen untersucht und von den Projektteilnehmern optimale Lösungswege für die analysierten Probleme entwickelt.

In diese Richtung zielen themenbezogene Projekte, die im Klassenverband oder in Arbeitsgruppen umgesetzt werden, bei denen



Service Learning des Educational Initiatives Center, L'wiw, Ukraine

häufig Gegenstände aus dem Unterricht vertieft werden. So knüpfen die Schüler bei dem Projekt „Minderheiten in L'wiw“ an Lerneinheiten aus dem Geschichtsunterricht an und recherchieren im Selbststudium über die Geschichte von Juden oder Armeniern in L'wiw. Viele dieser Projekte setzen sich mit Themen aus den Bereichen Geschichte oder Ökologie auseinander, sie ergeben sich entweder zufällig oder auf Anregung von Lehrern, denen in der Folge eine wichtige Funktion als Projektbegleiter, seltener als Projektleiter zukommt.

Über Projekte wird häufig dem internationalen Austausch einer Schule Kontur gegeben, oder es werden internationale Kontakte überhaupt erst geknüpft. Für viele Schüler ist die Möglichkeit, Kontakte ins Ausland zu bekommen, ein wichtiger Stimulus, sich über den Unterricht hinaus in Projekten in der Schule zu engagieren. Das beste Beispiel hierfür sind die Euroklubs, die seit einigen Jahren an zahlreichen Schulen im Land existieren und die eng mit ausländischen Partnern kooperieren (siehe 4.7).

Gerade bei Projektwettbewerben für Schulen zeigt sich aber auch ein Problem: In den letzten Jahren hat es geradewegs eine Mode in der Ukraine gegeben, zumeist international initiierte Wettbewerbe auszuschreiben, bei denen sich Schulen auf Projektförderung bewerben konnten. Hier ist es deshalb schwierig, neue, innovative und vor allem bedarfsorientierte Förderideen zu entwickeln.⁸² Was bislang vernachlässigt wurde, ist die Fortbildung auch der etablierten nicht-staatlichen

⁸² Gespräch des Autors der Studie mit Roman Shyyan, Leiter des regionalen Instituts für Lehrerfortbildung in L'wiw und Experte im EU-Projekt „Civic Education“ sowie im Weltbank-Projekt „Equal Access to Quality Education“ am 24.05.2006 in L'wiw.

Akteure im Projektmanagement sowie im Ausrichten von Förderwettbewerben, und was nahezu ganz fehlt, sind ukrainische Impulse, bei denen größere, landesweite Programme, Projekte oder Aktionen ohne den Anstoß oder die massive Unterstützung von außen entstehen und dann auch stattfinden.

4.5 Öffnung von Schule – die Rolle von Schulklubs

Die Schule in der Ukraine ist in den letzten Jahren zu einer offenen Institution geworden, die die Zusammenarbeit mit dem (zivilgesellschaftlichen) Schulumfeld nicht als Bedrohung (wie es in Belarus der Fall ist), sondern als Chance sieht. Dabei gibt es vom Staat keine Vorgaben oder Beschränkungen, die staatliche Bildungsverwaltung ist im Gegenteil überwiegend dazu bereit, bei Projekten von Schulen mit NGOs zumindest „deklarativ“ ihre Unterstützung zu bekunden. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Schule „als Teil des Gemeinwesens für Schüler und Akteure der Zivilgesellschaft erfahrbar“⁸³ wird, ist aber auch eine Zivilgesellschaft, die ein Bewusstsein dafür entwickelt hat, dass eine nachhaltige Demokratisierung der Ukraine nur erfolgen kann, wenn Schulen in diesen Prozess mit einbezogen sind und selbst zu offenen, transparenten und demokratischen Einrichtungen werden.

Beispiele von Kooperationen zwischen Schule und Schulumfeld beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt es viele; nationale und internationale Programme im Bereich der Demokratiebildung setzen hier einen deutlichen Schwerpunkt. Am sichtbarsten ist das bei dem Community Development School Programm von USSF: die Schule bietet Raum für lokale Musik- oder Tanzensembles, damit diese regelmäßig proben können, im Schulmuseum werden mit Hilfe von Freiwilligen aus der Gemeinde die Geschichte des Ortes oder der Umgebung aufgearbeitet und lokale Traditionen dokumentiert, eine Schul-AG bietet Friseurdienste an, die von der gesamten Gemeinde in Anspruch genommen werden können usw.

Ein wichtiges Merkmal einer offenen Schule (einer „Schule in der Demokratie“) ist ihre Vernetzung. Georgi schreibt über das Modul 4 „Schule in der Demokratie“ in dem Programm „Demokratie lernen und leben“:

„Die Schulnetzwerke stellen einen wesentlichen Baustein des Programms dar. Hier sollen Synergien entstehen, die über den Erfahrungsaustausch hinaus auch zu einer Organisation gemeinsamer Fortbildungen und der gegenseitigen Unterstützung der Arbeit an den einzelnen Schulen führen sollen.“⁸⁴

⁸³ Georgi (2006), S. 28.

In der Ukraine findet die Vernetzung häufig über Schulklubs zu bestimmten Themen statt, die nicht selten von ausländischen Akteuren angeregt und auf gemeinsame Initiativen von Schülern, Lehrern und Schulleitung eingerichtet werden. Ein gutes Beispiel sind die Debattenklubs, bei denen das Interesse am Erfahrungsaustausch mit Gleichaltrigen aus dem eigenen Land und aus dem Ausland gepaart ist mit der Begeisterung an einer argumentativen Auseinandersetzung über politisch-gesellschaftliche Themen. Viele Debattenklubs in Schulen gehen auf eine Initiative der IRF zurück, die bis 2002 über mehrere Jahre zahlreiche Projekte in diesem Feld gefördert hatte. Dabei stand sogar weniger eine Fortbildung der Jugendlichen in Bezug auf Argumentationstechniken im Mittelpunkt, sondern eine Stärkung ihrer Beziehung zur sozial-räumlichen Umgebung. Kritisches Denken sollte gefördert und Jugendliche ermutigt werden, alltägliche Themen zu diskutieren und dabei Toleranz und Respekt für andere Standpunkte zu entwickeln.⁸⁵ Auch grundlegende Veröffentlichungen stammen aus dieser Zeit, 2001 wurde ein erstes Handbuch in Ukrainisch herausgebracht,⁸⁶ 2003 wurde ein weiteres Handbuch⁸⁷ veröffentlicht. Es gibt eine Internetseite⁸⁸, auf der Geschichte der Bewegung und Spielregeln der Debatten beschrieben sind, und mittlerweile haben sich einige der schulischen Debattenklubs zu nicht-staatlichen Debattenzentren entwickelt, die auch zahlreiche andere Kooperationsprojekte umsetzen.⁸⁹ Nachdem es für die schulischen Debattenklubs einige Jahre keine außerschulische finanzielle Förderung gab, finden seit 2005 wieder landesweite Debattenwettbewerbe statt; an dem Finale in Kiew nahmen letztes Jahr 32 Teams teil.

⁸⁴ Georgi (2006), S. 28.

⁸⁵ In dem Jahresbericht 2001 der IRF heißt es unter anderem, dass ein Netzwerk von Debattenzentren mit Zentren in Simferopol', L'wiw, Charkiw, Dnipropetrowsk, Donezk, Odessa, Cherson und Kalusch aufgebaut worden sei. Die Zentren arbeiteten mit der lokalen Bildungsverwaltung zusammen und präsentierten ihre Methoden auf Bildungskonferenzen. Seinerzeit existierten Debattenklubs an 105 Schulen sowie 50 studentische Debattenklubs. Vgl.: <http://www.irf.kiev.ua/old-site/eng/projects/2001/irf.annual.report.2001.en.pdf>.

⁸⁶ „Debaty: metodytschni rekomendaziji do provedennja debatiw“ / „Debatten: Methodische Empfehlungen zur Durchführung von Debatten“.

⁸⁷ Wywtschaty debaty – schljachy do demokratiji / Debatten erlernen – Wege zur Demokratie.

⁸⁸ <http://kyiv.debate.com.ua/debate.htm>.

⁸⁹ Das Donetsk Youth Debate Centre etwa wurde als eine Initiative von Lehrern, Debattenklub-Trainern und Jugendlichen der Regionen Donezk und Luhansk 1997 gegründet. Die Wurzeln der Organisation waren das von IRF finanzierte Debattenprogramm. Heute arbeitet die Organisation als ein Informations- und Methodenzentrum für Tausende von Schülern, Studenten und Lehrern verschiedener Bildungseinrichtungen, einschließlich Universitäten und Jugendorganisationen. Zu den Zielgruppen gehören außerdem Journalisten, Sozialarbeiter und Vertreter der lokalen Selbstverwaltung. Vgl.: http://www.cent.dn.ua/index_en.htm.

Im Sommer 2006 sprach eine ukrainische Teilnehmerin auf einem Jugendforum in Rumänien zum Debattieren von einer Wiedergeburt, die das Programm der Schuldebatten gegenwärtig in der Ukraine erlebe, wozu sicherlich auch deutsches Engagement einen Beitrag geleistet hat: Auf Initiative der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und des Goethe-Instituts wurde 2006 mit „Jugend debattiert international“ erstmalig ein Debattenwettbewerb vollständig in deutscher Sprache in der Ukraine ausgerichtet. Die Durchführung im Land wurde vom Goethe-Institut Kiew in Kooperation mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) übernommen. An dem Projekt nahmen insgesamt 120 Schüler und 15 Lehrer aus verschiedenen Schulen teil. Die Siegerin durfte als Beobachterin zum Bundesfinale nach Deutschland fahren. Es ist geplant, das Projekt in den nächsten Jahren sukzessive auch auf weitere Schulen in der Ukraine auszuweiten.⁹⁰

Die Beispiele weisen erneut auf Probleme hin, die gleichermaßen für die Themen Projektlernen und Öffnung von Schule als Ansätze der Demokratiebildung in der Ukraine gelten: Zu häufig kommen immer noch die Initiative und auch Finanzierung für Projektwettbewerbe oder Schulklubnetzwerke aus dem Ausland. Hier scheinen Austauschprogramme, bei denen ukrainische Schulen mit ausländischen Partnern „auf gleicher Augenhöhe“ arbeiten, sinnvoller, um die Eigeninitiative der ukrainischen Akteure (auch auf der politischen Ebene) noch stärker zu fördern. Zudem richtet sich die überwiegende Anzahl von Projektausschreibungen oder Aktivitäten im außerschulischen Raum an Schüler. Wiederholt wurde empfohlen, jetzt nicht noch einen weiteren Schulwettbewerb auszuschreiben, sondern die Lehrer als Zielgruppe in den Blick zu fassen, denen beim Demokratisierungsprozess in der Schule als maßgeblichen Multiplikatoren eine zentrale Funktion zukommt.⁹¹

4.6 Politische Bildung im Unterricht – demokratische Themen in der Schule

In demokratischen Gesellschaften werden durch politische Bildung systematisch Kenntnisse über das demokratische System vermittelt, sie ist der Ort des Demokratielearnens, auch und vor allem an der Schule. Politische Bildung wird gegenwärtig in der ukrainischen Schule fächerübergreifend unterrichtet. Das Fach ist integriert in:

⁹⁰ Vgl. weitere Informationen unter <http://www.goethe.de/ins/ua/kie/lhr/de1431489.htm>.

⁹¹ Gespräch des Autors der Studie mit Roman Shyyan (siehe Fußnote 79) und Nadiya Bibik, Professorin an der Akademie für pädagogische Wissenschaften der Ukraine in Kiew am 23.05.2005 in Kiew.

- der Grundschule im Fach: „Die Ukraine und ich“,
- den Klassen 5-6 im Fach „Ethik“,
- den Klassen 7-9 in den Fächern „Geschichte“ und „Literatur“,
- der Klasse 10 im Fach „Recht“,
- der Klasse 11 im Fach „Wirtschaft“,
- der Klasse 12 im Fach „Mensch und Gesellschaft“ oder „Civic Education“.

In der Vergangenheit wurde wiederholt versucht, vornehmlich im Rahmen internationaler Projekte, die Position des Faches Civic Education im Lehrplan für ukrainische Schulen zu stärken, was aber zumeist an der ohnehin schon hohen Belastung von Schülern und Lehrern scheiterte. Gegenwärtig wird daran gearbeitet, politische Bildung in Form eines Querschnittfaches (integriert in Kernfächer wie Geschichte, Literatur, Geographie aber auch Mathematik) in den Schulen zu verankern.

Wichtige zivilgesellschaftliche Themen kommen vor allem außerhalb des Unterrichts und bei außerschulischen Projekten zur Sprache. In einem EU-Projekt zum Thema „Civic Education“ konnten 2006 Schulen Kleinprojekte mit „demokratieförderndem Charakter“ zur unterstützenden Finanzierung einreichen. Folgende Bereiche wollte die EU dabei berührt sehen: „Lernen um zu lernen“ (Methodenkompetenz), „Gesundheitserziehung“, „Umwelterziehung“, „Medien“, „Management / Organisation / Kommerz“, „Recht“ (Menschen- und Bürgerrechte), „kulturelle Themen“ und „lokale Verwaltung und Gesellschaft“.⁹²

Die Bestimmung dieser Bereiche durch EU und MON erfolgte bereits Anfang 2004, was noch einmal unterstreicht, dass zentrale demokratische Themen wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Entscheidungsprozesse oder bürgerschaftliches Engagement nicht erst seit der „Orangenen Revolution“ in den Schulen offen diskutiert werden können. Gewiss aber haben die Ereignisse im Spätherbst 2004 das politisch-demokratische Bewusstsein unter Schülern, Lehrern und Eltern in der Ukraine geschärft, auch wenn die nachfolgenden Entwicklungen, besonders die politische Krise im Land nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2006, zu einer großen Politikverdrossenheit geführt haben.

Internationale Schulpartnerschaften gewinnen an Leben, wenn sie sich nicht nur auf den Austausch konzentrieren, sondern schwierige Themen im gesellschaftlichen Diskurs des eigenen Landes aufgreifen. In der Ukraine ist das neben der beschriebenen sprachlichen, ethnischen und mentalitätsspezifischen Spaltung des Landes vor allem die Integration von ethnischen Minderheiten (Tartaren, Sinti),

⁹² European Union, Terms of Reference to Civic Education, Mai 2004, S. 19, 20.

von sozial schwachen oder nicht traditionellen Familien (allein erziehende Eltern-teile) oder von behinderten Kindern. Auch Antisemitismus ist ein zunehmendes Problem. Hier deutet sich ein Spektrum von Themen an, die sowohl in Deutschland als auch in der Ukraine mit Schwierigkeiten und häufig kontrovers diskutiert werden. In diesen Feldern lassen sich Schulpartnerschaften durchaus positiv thematisch profilieren.

4.7 Ukrainische Schulen und Europa:

Einstiegskurs „Europäische Studien“ und Euroklubs

Ein wichtiges gesellschaftliches Thema, das seinen Niederschlag auch in den ukrainischen Schulen findet, ist Europa. Hier gibt es verschiedene Projekte, bei denen Europa, seine Institutionen und Werte zum Thema im Unterricht gemacht werden und der Schwerpunkt auf „Demokratie lernen anhand von Europa“ liegt. Exemplarisch sind hier die Europäischen Studien.

Die Geschichte der Einführung „Europäischer Studien“ an ukrainischen Schulen beginnt im Oktober 2002, als auf einer internationalen Fachkonferenz die Entwicklung eines entsprechenden Kurses beschlossen wurde. Mit dem Bildungsministerium konnte im Folgenden vereinbart werden, den Kurs ab 2004 fakultativ für die Schüler der 8.-12. Klassen mit 34 Stunden im Jahr in den Lehrplan aufzunehmen.⁹³ Weiter wurden Pilotschulen zur Probe ausgewählt und eine breite politische Unterstützung für das Projekt eingeholt. Eine PR-Kampagne für das Projekt sollte die gesellschaftliche Akzeptanz der Idee garantieren. Begleitend wurden landesweit Wettbewerbe zu Europa durchgeführt, über die Botschaften, internationale Zuwendungsgeber (vor allem IRF), Universitäten, Lehrer, Schüler und Eltern mit in den Diskussionsprozess an dem Projekt einbezogen wurden. Ebenfalls begleitend zu den Europäischen Studien wurden 2003/2004 ein Handbuch für Schüler und methodische Empfehlungen für Lehrer erarbeitet.

Treibende Kraft in diesem Projekt war die Kiewer Vereinigung von Schulleitern, auf deren Grundlage im Frühjahr 2004 ein Informationszentrum für Europäische Studien eingerichtet wurde. Es stellt auf einer Website⁹⁴ grundlegende Informationen für Lehrer zur Verfügung, bietet methodische Beratung, koordiniert das nationale Netzwerk von Pilotschulen und entwickelt Instrumente zur Bewertung der Effektivität des Kurses.

⁹³ Für nähere Informationen siehe auch die Website: www.akschool.lecos.org, die ausführliche Informationen über die Europäischen Studien (Einführung in das Projekt, Konzept, Adresse und Link des Projekts) enthält.

⁹⁴ <http://www.euro.lecos.org/>.

Seit Sommer 2004 testen nun 15 Schulen in Kiew sowie 20 weitere Schulen in verschiedenen Regionen der Ukraine den Kurs in einer Pilotphase. Allgemein wurde die Modulform des Kurses gelobt, die es den Lehrern verschiedener Fächer (Geschichte, Geographie, Gesellschaftswissenschaften, Mensch und die Welt, Fremdsprachen, Wirtschaft) erlaubt, die Materialien auch einzeln zu verwenden und in das Programm von Pflichtfächern zu integrieren.

Die Europäischen Studien knüpfen an Euroklubs an, die es an einigen Schulen in der Ukraine schon seit 1995 gibt. Sie sind Teil des internationalen Netzwerkes von Euroklubs und gelten als Zentren der europäischen Bildung in der Schule. Sie werden inhaltlich von Lehrern und Schülern gestaltet und setzen hinsichtlich ihres Profils eigene Akzente. Beispiele gut funktionierender Euroklubs finden sich an zahlreichen ukrainischen Schulen, einige sind im Anhang aufgeführt. Die Beispiele zeigen, dass die Europäischen Studien und die Euroklubs in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung der ukrainischen Schule leisten, da sie die internationale Öffnung der Schulen befördern, hier intensiv das Lernen in Projekten eingeübt wird und die Beschäftigung mit europäischen Themen auch ein aktives Lernen von Demokratie beinhaltet. Zudem sind ukrainische Schulen mit Euroklubs oder dem Angebot der Europäischen Studien sowohl landesweit als auch international in der Regel gut vernetzt und es kann hier mit Blick auf Partnerschaften zu deutschen Schulen von einem grundsätzlichen Interesse an (weiteren) internationalen Kontakten ausgegangen werden.

V. Akteure im Demokratiebildungsbereich in der Ukraine

5.1 Schulen

Die ukrainischen Schulen, die punktuell oder in breiterem Umfang versuchen, sich demokratisch zu organisieren, sind häufig als Pilotschulen in einer Art Projekt-Netzwerk zu verschiedenen Themen (Debattenklubs, Europäische Studien, Schulwettbewerbe etc.) zusammengeschlossen. Sie sind die zentralen Akteure im Demokratiebildungsbereich in der Ukraine.

Die radikalsten Versuche, die ukrainischen Schulen als Institutionen „demokratisch umzugestalten“, werden im Community Development School Programm von USSF unternommen. Eine Vorreiterschule in diesem Projekt ist die Kindergarden School in Boriwka, 50 km westlich von Kiew.⁹⁵ Da sich an dieser Schule einerseits sehr deutlich die schwierigen Bedingungen zeigen, unter denen Tausende von ländlichen Schulen in der Ukraine funktionieren, andererseits aber auch sichtbar wird, welche Möglichkeiten es für die Schulen trotzdem gibt, sich ein demokratisches Profil zu erarbeiten, wird das „Projekt“ im Folgenden ausführlicher dargestellt. Obwohl keine expliziten Verbindungen zum Demokratiebildungsdiskurs im Westen existieren, verdeutlicht eine genauere Beschreibung der Kindergarden School, dass wesentliche Punkte, etwa aus dem Kriterienkatalog des BLK-Programms „Demokratie leben und lernen“, hier im Schulalltag tatsächlich umgesetzt sind.

Im Dorf Boriwka und den angrenzenden Flecken („Chutora“) leben etwa 370 Menschen, in die Dorfschule gehen 51 Schüler, 18 in den Kindergarten, der neu eröffnet wurde, um die Einrichtung vor der Schließung zu bewahren. Zwölf Lehrer sowie sechs weitere Mitarbeiter arbeiten in der Schule. Es gibt vier Grundschul- und fünf weiterführende Klassen mit jeweils fünf bis acht Schülern in einer Klasse. Eine 6. Klasse existiert gegenwärtig nicht. Schüler, die die weiterführenden 10./11. Klassen besuchen wollen, müssen eine Schule im acht Kilometer entfernten Nachbardorf Komarowa besuchen, in das einmal morgens um 6.20 Uhr ein Bus fährt. Die Schule in Komarowa öffnet extra um 6.30, damit die Schüler aus Boriwka im Winter nicht draußen warten müssen. Unterricht ist in Boriwka von 8.00 bis 15.00 Uhr, danach werden zahlreiche Arbeitskreise angeboten, die Turnhalle ist bis 20.00 Uhr geöffnet.

In Boriwka selbst sind die umliegenden ausgedehnten Wälder die einzige Ertragsquelle, Arbeit kann fast nur bei der Holzverarbeitung gefunden werden.⁹⁶ Das Holz war der erste Anknüpfungspunkt für Schulprojekte: Waldarbeiter stellten der

⁹⁵ Den nachfolgenden Ausführungen liegt ein Schulbesuch des Autors in Boriwka im Mai 2006 zugrunde.

Schule kostenlos Material zur Verfügung, und ein älterer Mann begann, nachmittags mit den Schülern Holzfiguren zu schnitzen. Den Rasen vor der Schule schmücken heute geschnitzte Gestalten aus Märchen von Gogol, Grimm und Krylow, mittlerweile erhält das Projekt „Holzarbeiten“ Aufträge aus anderen Dörfern, und auch der Kindergarten wird mit Holzspielzeug aus der Schule versorgt.

Alle wesentlichen Renovierungen in der Schule wurden in den letzten Jahren von Lehrern oder Eltern selbst ausgeführt. Ein Fußballfeld wurde angelegt, die Turnhalle renoviert, Tore und Basketballkörbe gebaut. Während der letzten Kommunalwahlen versprach ein regionaler Abgeordneter der Schule ein Fitnessgerät, das nun in einem Trainingsraum der Schule der gesamten Gemeinde zur Verfügung steht. Es wurde ein Schulmuseum eingerichtet, in dem Dinge ausgestellt werden, die aus Häusern stammen, die von ihren Bewohnern verlassen wurden (ein 90 Jahre alter Teppich, eine 100 Jahre alte Ikone). Außerdem sind hier die Produkte der zahlreichen Projekte, „Zirkel“ oder Arbeitsgruppen an der Schule zu sehen.

Boriwka arbeitet seit 2003 als eine der ersten Schulen im Programm der Community Schools der USSF, in dem es – wie beschrieben – ganz wesentlich um die Öffnung von Schule geht. Am Anfang des Projektes stand eine Erhebung unter Eltern und Kindern, was von der Schule über den planmäßigen Unterricht hinaus erwartet würde. Als Reaktion auf die Ergebnisse der Umfrage wurden von den Lehrern die ersten Arbeitskreise eingerichtet, Projekte organisiert. Mittlerweile werden die Arbeitsgruppen von den Schülern nicht nur vorgeschlagen, sondern auch selbst initiiert. Eine richtige Schülerelbstverwaltung existiert in der Schule nicht, da aufgrund der niedrigen Schülerzahlen die Abstimmung mit den Lehrern beziehungsweise dem Direktor direkt erfolgt. Gleichwohl wird der Wunsch der Kinder nach einer eigenen Vertretung zunehmend spürbar, das Selbstbewusstsein unter den Kindern wächst stetig und damit auch das Vertrauen, Einfluss zu haben und Dinge verändern zu können.

Die Lehrer bestätigen, dass die Umsetzung des „Community School“-Konzeptes zu grundlegenden Veränderungen bei den Kindern, den Lehrern und auch den Eltern geführt hat.⁹⁷ Die sowjetische Schule hat die Kinder mit einer großen Wissenslast niedergedrückt. Die Community School versucht dagegen, die Kinder lebensstüchtig

⁹⁶ Daraus resultiert eine lange Tradition der Fassmacherei in dem Dorf, die aber seit vielen Jahren eingeschlafen ist. Die erfolgreiche Hühnerzucht musste in Folge der Vogelgrippe 2005 aufgeben werden. Kinder, deren Eltern die Mittel für Kleidung und Schulmaterialien (Hefte, Stifte) nicht aufbringen können, verdienen sich das notwendige Geld im Sommer und Herbst durch das Sammeln von Beeren.

⁹⁷ Die folgenden Einschätzungen und Bewertungen stammen aus einem Gespräch des Autors der Studie mit der Koordinatorin im Community School Development Project in Boriwka sowie mit mehreren Lehrern der Schule im Mai 2006.

zu machen. Die Kinder haben heute andere Qualitäten, vielleicht wissen sie nicht mehr so viel in Mathematik, dafür können sie gut zeichnen; sie haben in der Schule die Gelegenheit, sich entsprechend ihrer Persönlichkeit zu entwickeln, zu lernen, vollwertige Menschen zu sein und ein Selbstbewusstsein in eigene Kräfte und Möglichkeiten zu entwickeln. Die Lehrer der Community School in Boriwka verstehen sich nicht mehr als reine Wissensvermittler, sondern sehen sich als Teilnehmer an einem Prozess. Sie beginnen sich mit der Schule zu identifizieren und sind stolz darauf, wie sie die Schüler ausgebildet haben. Sehr wichtig in diesem Prozess ist, dass der Direktor der Schule Demokratie vorlebt, so dass es für Schüler wie Kollegen einfacher wird, für sich demokratische Grundsätze nachzuvollziehen. Die Eltern haben mit der Zeit Vertrauen in das Projekt gewonnen. Waren sie zu Beginn des Experiments skeptisch, wie lange der neue Schwung wohl anhalte, sind sie jetzt davon überzeugt, dass die Schule nicht nur für sich selbst arbeitet und unterstützen das Projekt aus eigener Initiative.

Die Community School in Boriwka erklärt nicht, eine demokratische Schule zu sein. Der Diskurs um Demokratiebildung wird von Lehrern und Schulleitung auch nicht aktiv geführt, gleichwohl gehören zentrale demokratiepädagogische Kriterien zu den Leitlinien, an denen entlang sich die Schule entwickelt: Aktive Einbeziehung von Schülern, Lehrern, Eltern in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse in der Schule, Offenheit der Schule gegenüber dem sozial-räumlichen Umfeld und ein Schwerpunkt auf Projektlernen.⁹⁸

5.2 Nicht-staatliche Akteure

In der Ukraine sind nicht-staatliche Organisationen – ähnlich wie in Belarus – die treibende Kraft bei der Entwicklung und Förderung von demokratiepädagogischen Ansätzen in Schulen. Im Unterschied zu Belarus werden diese NGOs aber vom Staat nicht nur als Partner akzeptiert, sondern bisweilen sogar beauftragt, Bildungsreformprojekte zu begleiten oder umzusetzen. Angesichts schwerfälliger bürokratischer Strukturen in der staatlichen Bildungsverwaltung sind NGOs auch die bevorzugten Partner von externen Förderern im Bildungsbereich.

Die Ukrainische Step by Step Foundation (USSF)

Die ukrainische Step by Step Foundation (USSF)⁹⁹ geht aus dem Step by Step Project des Open Society Institute und der IRF hervor, das 1994 ins Leben gerufen

⁹⁸ Über den beschriebenen Einzelfall hinaus gibt es zahlreiche Schulen in der Ukraine, die erfolgreich mit Personen, Gremien oder Projekten demokratiepädagogische Ansätze umsetzen.

⁹⁹ Ukrajinska fundazija Krok za krokom, weitere Informationen siehe <http://www.ussf.kiev.ua>.

wurde, um demokratische Werte und die verstärkte Einbindung von Eltern in die Erziehung von Vorschulkindern in der Ukraine zu fördern. 1996 wurde das Projekt auf Grundschulkindern ausgeweitet, Lehrer als Zielgruppe mit eingeschlossen und die Bildung von behinderten Kindern und Kindern nationaler Minderheiten als weitere Schwerpunkte gesetzt.

Um die Nachhaltigkeit der Projekte zu sichern, wurde 1999 die ukrainische Step by Step Foundation gegründet, die seitdem mit zahlreichen Projekten den Reformprozess im ukrainischen Bildungswesen unterstützt und dabei die Stärkung demokratischer Prinzipien in Schulen und Kindergärten zu ihrem Hauptziel zählt. Eine enge Kooperation mit dem Bildungsministerium, den lokalen Bildungsbehörden und den pädagogischen Hochschulen wird angestrebt, damit positive Arbeitsergebnisse besser multipliziert werden können und die Projekte so zu langfristigen Veränderungen im ukrainischen Bildungssystem führen.

Die Aktivitäten von USSF umfassen gegenwärtig komplexe Projekte wie zum Community School Development, internationale Pilotprojekte zur Lehrerfortbildung, wissenschaftliche Arbeit vor allem im Bereich der Integration von behinderten Kindern und umfangreiche Veröffentlichungen zu innovativen Lehrmethoden wie z.B. dem aktiven Lernen. In Folge zahlreicher internationaler Projekte, Seminare und Konferenzen und als Mitglied im internationalen Netzwerk von Step by Step Organisationen hat USSF hervorragende Kontakte, insbesondere in Mittel- und Osteuropa sowie zu russischen Partnern.

Nach zwei erfolgreichen Evaluierungen durch das ukrainische Bildungsministerium besitzt USSF seit 2003 die Lizenz zur Fortbildung von Vorschul- und Grundschullehrern sowie von Schuldirektoren, und seit 2004 ist USSF auch offizielle Lizenzierungsinstanz für Lehrer, die die internationalen Step by Step Standards erfüllen.

Arbeit und Projekte von USSF sind für Förderprogramme im Bereich demokratischer Schulen aus mehreren Gründen wichtig: Die Organisation arbeitet professionell, besitzt sehr gute Kontakte in die ukrainische Bildungspolitik und die internationale Fördererszene in der Ukraine und hat ein starkes, landesweites Netzwerk von Schulen aufgebaut, in denen verschiedene demokratiepädagogische Grundsätze erprobt und erfolgreich umgesetzt wurden. Auch die Erfahrungen von USSF bei Lizenzierungsprozessen können hier von Interesse sein.

Nowa Doba

Nowa Doba¹⁰⁰ ist ein nicht-staatliches Netzwerk von Lehrern der Fächer Geschichte und Sozialwissenschaften. Die Organisation wurde 2001 auf der Grundlage von regionalen Lehrer-Netzwerken gegründet. Nowa Doba hat Vertretungen in 23 Regionen der Ukraine, der autonomen Republik Krim sowie der Stadt Kiew.

Mitglieder sind vorwiegend Lehrer, Bildungsexperten und Bildungsorganisationen. Bei den starken Spannungen zwischen der Ost- und Westukraine sowie der Krim ist hervorzuheben, dass Nowa Doba, obwohl die Organisation in L'wiv ihren Hauptsitz hat, keine regionalen Schwerpunkte in ihren Tätigkeiten setzt und bemüht ist, als ein landesweites Netzwerk zu agieren.

Ziel von Nowa Doba ist es, über eine grundlegende Verbesserung des Schulunterrichts wie auch der außerschulischen Bildung in den Fächern Geschichte, Politische Bildung und Sozialkunde zum Demokratisierungsprozess in der Ukraine beizutragen. Dieses Ziel wird durch eine große Anzahl nationaler und internationaler Projekte angestrebt, die sich an Schüler, Lehrer, Schulen und außerschulische Bildungspraktiker richten. Als Beispiele sind hier zu nennen: das seit 2001 jährlich für ukrainische Schüler durchgeführte Projekt „Hromadjanyn“, der regelmäßig stattfindende Schulwettbewerb „Auf den Spuren der Geschichte“, einmalige Projekte wie „Holocaust und das Unterrichten von Toleranz in der Ukraine“, „Jugend wählt für die Zukunft“ sowie die Publikation von methodischen Materialien, Lehrerhandbüchern und regelmäßigen Zeitschriften zu Geschichte und politischer Bildung in der Schule. Weiterhin ist Nowa Doba in enger Zusammenarbeit mit bildungspolitischen Entscheidungsträgern an Reformprojekten und der Integration von politischer Bildung in Lehrpläne verschiedener Schulfächer beteiligt.

Nowa Doba ist als Mitglied von Euroclio,¹⁰¹ Eurostory¹⁰² sowie Civitas sehr gut vernetzt und kann dadurch auch den Mitgliedern zahlreiche internationale Kontakte sowie die Teilnahme an internationalen Konferenzen vermitteln. Die Organisation war auch einer der zentralen Partner des Europarates bei der Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen des „European Year of Citizenship through Education, 2005“.¹⁰³ Über die internationale Vernetzung hinaus besitzt Nowa Doba auch gute Kontakte zu Partnerorganisationen in Russland, Belarus und Polen.

Für eine Stärkung demokratischer Schulen in der Ukraine sind Erfahrungen, Kontakte und Netzwerke von Nowa Doba nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Infor-

¹⁰⁰ Auch „All-Ukrainian Association of Teachers of History, Civics and Social Studies“, weitere Informationen siehe: www.novadoba.org.ua.

¹⁰¹ der „European Standing Conference of History Teachers' Associations“ mit dem Ziel, die Entwicklung von historischer Bildung zu unterstützen und so dazu beizutragen, dass Frieden, Stabilität, Demokratie und kritisches Denken gefördert werden; vgl. <http://www.eurocliohistory.org>.

¹⁰² Einem von der Körber-Stiftung initiierten internationalen Netzwerk von Organisationen, die Geschichtswettbewerbe für junge Menschen / Jugendakademien organisieren und die der praktischen und methodischen Unterstützung von Geschichtslehrern verschrieben sind. Vgl.: <http://www.eustory.org>.

¹⁰³ Vgl.: Country-report Ukraine on Council of Europe activities in 2005 – European Year of Citizenship through Education, siehe: <http://www.dsp.coe.int/EYCE/search/Default.asp?Search=Search&CountryID=47>.

mationen, Ausschreibungen oder Materialien über das Lehrernetzwerk wirkungsvoll unter ukrainischen Schulen verbreitet werden können.

Die Kiewer Vereinigung von Schulleitern

Die Kiewer Vereinigung von Schulleitern¹⁰⁴ wurde im Jahr 2000 gegründet und umfasst ein Netzwerk von 154 Bildungseinrichtungen in Kiew sowie anderen Regionen der Ukraine. Formal ist sie eine regionale Vertretung der Ukrainischen Vereinigung von Schulleitern (s.u.), führt aber zahlreiche, auch größere Projekte eigenständig durch.

Ziel der Vereinigung ist es, die Position von Schulleitern in der öffentlichen Bildungsverwaltung zu stärken, neue Methoden im Bildungsbereich zu entwickeln und zu lancieren und so den Prozess der europäischen Integration der Ukraine voranzutreiben. Dazu werden Gesetzesvorschläge erarbeitet und Politikempfehlungen für das MON entwickelt. Die Vereinigung ist Mitglied der Europäischen Vereinigung der Schulleiter (ESHA),¹⁰⁵ Partner der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der Ukraine, der UNO und der Europäischen Kommission.

Die Aktivitäten der Vereinigung zielen auf eine Verbesserung der Kommunikation unter Schulleitern, die Organisation von Vorlesungen, Fortbildungsveranstaltungen, sie umfassen Runde Tische für Schulleiter sowie die Zusammenarbeit mit NGOs und Stiftungen in verschiedenen Bildungsprojekten. Das Referenzprojekt der Vereinigung ist die Einführung des Kurses „Europäische Studien“ an ukrainischen Schulen und – im Rahmen dieses Kurses – die Begleitung der Schulen bei der Entwicklung von außerschulischen Aktivitäten, die auf Toleranz, internationale Öffnung und die Stärkung von demokratischen Werten in den Schulen zielen. Lehrer werden bei der Anwendung der Module des Kurses fortgebildet, und Schulen können methodische Hilfe und Beratung erhalten, wenn sie diesen Kurs einführen wollen.

Ein weiteres größeres Projekt war 2004 eine Umfrage unter ukrainischen Schulleitern zu verschiedenen Aspekten der Modernisierung der Bildung in der Ukraine (Bildungsumfeld, rechtliche Rahmenbedingungen, Profilbildung, Schulmanagement, Qualitätssicherung etc.). Die Ergebnisse der Befragung wurden in Zusammenarbeit mit dem MON und UNDP in einer grundlegenden Studie veröffentlicht.¹⁰⁶ 2005 publizierte die Vereinigung zwei Untersuchungen zu den Themen

¹⁰⁴ Asoziazija keriwnykiw schkil mista Kyjewa; weitere Informationen siehe: <http://www.akschool.lecos.org>.

¹⁰⁵ Siehe auch <http://virtimo.net/esha/Home.html>.

„studentische Selbstverwaltung“ und „Schülerselbstverwaltung“. 2006 wurde ein landesweites Schülerspiel mit dem Titel „Die Zukunft Europas gestalten“ entwickelt und organisiert, in dem Funktionsmechanismen und Verhandlungsprozesse der Strukturen der Europäischen Union imitiert werden.

Die Ukrainische Vereinigung von Schulleitern (USHA)

Die Ukrainische Vereinigung von Schulleitern (auch USHA, The Ukrainian School Heads Association)¹⁰⁷ ist ein gemeinnütziger Verbund von über 1.000 (auch stellvertretenden) Schulleitern an allgemein- und berufsbildenden Schulen aus verschiedenen Regionen der Ukraine. Wichtigste Ziele von USHA sind die Weiterentwicklung des ukrainischen Bildungssystems und die berufliche Fortbildung von Schulleitern im Bereich des Schulmanagements unter Berücksichtigung europäischer Erfahrungen. Dazu wurde ein Trainingssystem mit Zentren in Kiew, L'wiw, Stryj, Kirowograd, Charkiw, Odessa und Riwne eingerichtet und eine Datenbank aufgebaut, die Strategiepapiere sowie Informationen zu Themen wie Qualifikationen und Kompetenzen von Schulleitern enthält. Seit 1997 gibt die USHA auch eine Zeitschrift heraus. USHA besitzt gute Kontakte zum Bildungsministerium und anderen Regierungseinrichtungen und unterstützt die Kooperation zwischen der regionalen Bildungsverwaltung und einzelnen Schulleitern.

Das Institut für politische Bildung der Nationalen Universität „Mohyla-Akademie“

Das Institut für politische Bildung¹⁰⁸ wurde 1999 gegründet, seine Hauptaufgaben liegen in der Entwicklung und Verbreitung von methodischen Grundlagen für politische Bildung. Die Tätigkeiten des Instituts richten sich auf:

- die Analyse von Problemen und Perspektiven der Entwicklung politischer Bildung in der Ukraine,
- die Entwicklung moderner Inhalte und Methoden der politischen Bildung in der Ukraine,
- Trainings für Lehrer,
- das Sammeln und die Verbreitung von Informationen und Materialien zu Fragen des Demokratielernens.

¹⁰⁶ MON, UNDP, Education Modernisation in Ukraine. An analytical overview. Results of a National Survey of School Heads of Comprehensive Educational Institutions in Ukraine, 2004.

¹⁰⁷ Asoziazija keriwnykiw schkil Ukrajiny; weitere Informationen siehe <http://www.usha.org.ua>.

¹⁰⁸ Instytut gromadjanskoji oswity Nazional'noho Universitetu „Kyjiwo-Mohyljanskoji Akademiji, NaUKMA.

Das Institut ist eine Forschungseinrichtung, bei der es in erster Linie um eine konzeptuelle Bestimmung des Begriffs der politischen Bildung geht, die die theoretische Basis bieten soll für die Entwicklung von Materialien, Methoden und Bildungsprogrammen sowie die Stärkung der politischen Bildung in verschiedenen Bildungskontexten.

Ein vom Institut erarbeitetes Konzept der politischen Bildung in der Ukraine war der Referenzrahmen für das transatlantische Projekt „Education for Democracy“ (s.u.). Im kanadischen Projekt „Building Democracy in Ukraine“ (s.u.) entwickelte das Institut einen Kurs zu Civic Education über 920 Stunden sowie ein entsprechendes Lehrbuch.

Lehrer für Demokratie und Partnerschaft (LfDP)

Die Initiative „Lehrer für Demokratie und Partnerschaft“ (LfDP)¹⁰⁹ wurde 2002 als eine nicht-staatliche, gemeinnützige Organisation gegründet mit dem Ziel, durch Programme auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene eine demokratische Entwicklung und die soziale Partnerschaft im Bildungsbereich in der Ukraine zu fördern. Zu den Aktivitäten gehörte z.B. das zweijährige Programm „Moderne Schule – moderne Bildung“ (2002/2003), das den Schwerpunkt auf die Einführung beziehungsweise Verbreitung interaktiver Lernmethoden an ukrainischen Schulen setzte. Einzelmaßnahmen waren dabei Projektpräsentationen, Seminare für Multiplikatoren, regionale Bildungsseminare für Lehrer und für Schulleiter, die Herausgabe eines Handbuches sowie die Zusammenarbeit mit Lehrerfortbildungseinrichtungen. LfDP setzte 2003-2006 federführend das Programm „Debatten“ um, bei dem es um eine methodische Weiterbildung von Trainern von Debattenklubs sowie um die Ausrichtung von insgesamt drei nationalen Debattenturnieren mit ukrainisch- und englischsprachigen Teams und Teilnehmern aus dem ganzen Land ging. Es wurde zudem die Präsenz von nationalen Debattenklubs im internationalen Rahmen auf Jugendforen oder als Mitglied im internationalen Debattennetzwerk (IDEA) unterstützt. Gegenwärtig (2006/2007) koordiniert LfDP in Zusammenarbeit mit der schwedischen Organisation „Global Action Plan“ das Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in der Ukraine, in dem unter anderem ein Unterrichtskurs („Ökodemie“, „Unterricht für eine nachhaltige Entwicklung“) mit einem entsprechenden Lehrbuch und einem Lehrerhandbuch entwickelt und an Pilotschulen getestet werden soll.

¹⁰⁹ Wtschyteli za demokratiju ta partnerstwo; weitere Informationen siehe <http://www.teachers.org.ua>.

Gesamtukrainischer Verband der Lehrer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer und der politischen Bildung (VLGPB)

Der VLGPB¹¹⁰ wurde im Juli 2002 als ein nicht-staatliches Netzwerk mit 18 Vertretungen in verschiedenen Regionen der Ukraine einschließlich der autonomen Republik Krim gegründet. Mitglieder sind Hochschuldozenten, Wissenschaftler, Methodiker, Mitarbeiter an Lehrerfortbildungsinstituten sowie Lehrer und Studenten der höheren Semester an pädagogischen Hochschulen.

Die Ziele des VLGPB sind „die Förderung der Toleranz in der Schule und der gegenseitigen Achtung unabhängig von ethnischer oder konfessioneller Zugehörigkeit“ sowie die Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen Bildung in der Ukraine. Beide Aspekte werden in einer direkten Beziehung gesehen, die Herausbildung interethnischer und interkonfessioneller Toleranz unter Schülern soll besonders in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern nachhaltig gefördert werden. Dazu veranstaltet der VLGPB internationale Konferenzen und führt außerdem verschiedene Wettbewerbe und Seminare für Geschichtslehrer und -studenten durch.

5.4 Medien

Zur politischen Bildung im weiteren und zur Demokratiebildung im engeren Sinne gibt es in der Ukraine zahlreiche Publikationen. Vielfach sind es Broschüren zu Teilgebieten wie den Euroklubs beziehungsweise den Europäischen Studien oder Veröffentlichungen, die auf der Grundlage von Schulprojekten im Bereich der politischen Bildung erstellt wurden wie etwa zahlreiche Publikationen von Nowa Doba. In den letzten Jahren sind Internetseiten/Webportale immer wichtiger geworden, die entweder als Informationsquelle gedacht sind oder der Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen, Projekte und Programme im Bereich der politischen Bildung dienen sollen. Allerdings verfügen in der Regel weder Schulen über ausreichend Computer noch kann bei Schülern oder Lehrern grundsätzlich von einem Zugang zum Internet ausgegangen werden. Selbst im öffentlichen Raum (Internetcafé) ist die Verfügbarkeit von Online-Ressourcen lediglich in der Hauptstadt Kiew und wenigen größeren Städten zufrieden stellend.

Im Folgenden werden die wichtigsten virtuellen Foren kurz vorgestellt sowie ein Überblick über die für Demokratiebildung relevanten Publikationen der letzten Jahre gegeben, wobei auch Lehrbücher zur politischen Bildung eingeschlossen sind.

¹¹⁰ Wseukrajinska spilka wykladatschyw suspilnych dyszyplin i gromadskoji oswity, weitere Informationen siehe <http://www.gromadosvita.kiev.ua>.

Websites

www.ednu.kiev.ua

Die Website www.ednu.kiev.ua bezeichnet sich als Bildungsnetzwerk in der Ukraine. Sie enthält in der Tat umfassende Informationen zum Thema Bildung in der Ukraine und für Ukrainer zur Bildung im Ausland und richtet sich an Lernende und Studierende in der Ukraine sowie an Personen, die an einem Studium in der Ukraine interessiert sind. Auf der Seite sind aufgeführt Links zu:

- staatlichen, öffentlichen und privaten Bildungsorganisationen wie dem Bildungsministerium, den pädagogischen Hochschulen, aber auch dem Verband der nicht-staatlichen Bildungseinrichtungen,
- den Einrichtungen der primären, allgemeinbildenden (Schulen) und höheren Bildung (Hochschulen) sowie zu allgemeinen Informationen über das Bildungssystem in der Ukraine, wobei die Links zu Schulwebsites nach den Schulformen sowie nach Regionen in der Ukraine geordnet sind,
- Studienfächern an ukrainischen Hochschulen,
- Studienmöglichkeiten im Ausland, einschließlich Informationen zu Sprachkursen und Stipendien,
- der Bildungspresse in der Ukraine sowie zu Messen, Ausstellungen, Seminaren und Konferenzen im Bildungsbereich sowohl in der Ukraine als auch international,
- dem Fernstudiensystem in der Ukraine.

Während die englische Version der Seite nicht besonders aktuell und auch in den Linksammlungen nur eingeschränkte Informationen enthält, wird die ukrainische Seite regelmäßig aktualisiert und bietet den vermutlich umfassendsten virtuellen Überblick zum Thema Bildung in der Ukraine.

www.osvita.org.ua

Das Bildungsportal „Oswitnij portal“ (www.osvita.org.ua) wurde 2002 gegründet und ist heute eines der führenden nicht-staatlichen Projekte, die die Entwicklungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich in der Ukraine begleiten. Für seine Arbeit wurde das Portal mit einem Diplom des Bildungsministeriums ausgezeichnet. Das Portal richtet sich an eine breite Zielgruppe, die von Abiturienten bis zu Leitern von Bildungseinrichtungen reicht, bei der der Schwerpunkt allerdings eher auf der Hochschul- und nicht auf der schulischen Bildung liegt.

Das Portal arbeitet eng mit zahlreichen Partnern im Bildungsbereich zusammen, besonders mit Stiftungen, der Presse und Hochschulen in der Ukraine und im Ausland sowie mit führenden Nachrichtenagenturen. Besonders der Link zu den laufenden Informationen besitzt mit seinen Berichten über die neuesten Entwick-

lungen im Bereich von Bildung und Wissenschaft deshalb hohe Aktualität. Im Einzelnen gibt das Portal Auskunft über das Studium an ukrainischen Hochschulen, zum Bologna-Prozess, zu Fernstudienmöglichkeiten, enthält Links zu bildungsrelevanten Gesetzen, bietet Ratschläge für Abiturienten und Studenten sowie über Möglichkeiten zum Auslandsstudium. Eine russischsprachige Version des Portals wird zwar als Link/Button suggeriert, ist aber gegenwärtig (Oktober 2006) noch nicht abrufbar.

www.citizen.org.ua

Die Website „Youth Act, Civic Education“ („Molod dije“) wird im Rahmen des EuropeAid-Projektes „Civic Education, Ukraine“ entwickelt und befindet sich im Aufbau. Sie soll zukünftig in verschiedenen Sektionen darüber informieren, wie Jugendliche sich verantwortlich und aktiv am sozialen Leben in der Ukraine beteiligen können und Methoden zur Unterstützung der Partizipation von Jugendlichen (Schülerprojekte, außerschulische Aktivitäten, Informationen über Wettbewerbe) bereitstellen.

Gegenwärtig gibt es bereits Texte zu Themen wie „Jugend hilft“, „Jugend erinnert“, „Jugend wählt“, „Jugend will gehört werden“ etc.

Unter dem Link „Selbstverwaltung und Jugendliche“ werden die Geschichte der Selbstverwaltung in der Ukraine und in anderen Ländern, Initiativen wie Jugendparlamente sowie entsprechende Gesetze vorgestellt. Hier finden sich auch Anleitungen dazu, wie eine Schülerselbstverwaltung an der Schule aufgebaut und strukturiert werden kann.

Die Website besitzt zweifellos ein großes Potenzial mit Blick auf die Förderung von Demokratiebildung in der Ukraine. Ein großer Vorteil besteht darin, dass sie auf schulische und auf außerschulische Bildung von Jugendlichen zielt und dass geplant ist, sie auch international zu vernetzen. Ob das gelingt und ob die angelegten Potenziale genutzt werden können, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht beurteilt werden.

Newsletter zur politischen Bildung - Charkiw

Sehr gut und informativ ist der Online-Newsletter der Charkiwer Gruppe zum Schutz der Menschenrechte¹¹¹ zum Thema Civic Education.

Die KHPPG ging 1992 aus einem regionalen Zweig der Menschenrechtsorganisation Memorial hervor. Die Organisation ist in mehreren Bereichen aktiv, unter anderem

¹¹¹ Charkiwskoji prawosachystnoji grupy / Kharkiv Human Rights Protection Group (KHPPG), Näheres siehe <http://www.khpg.org>.

bei der Entwicklung von Menschenrechtsbildung und der Stärkung eines Rechtsbewusstseins durch öffentliche Aktionen und Publikationen. Sie erfüllt die Funktion eines „Ressource-Centres“, das ein landesweites Netzwerk von Menschenrechtsorganisationen koordiniert.

Der Newsletter zur politischen Bildung („Hromadajnska oswita“) erscheint monatlich seit 1999 und enthält zahlreiche aktuelle Informationen zu Themen wie Kinderrechte, Demokratie und Bildung sowie Zivilgesellschaft. Er führt eine Rubrik, in der Ankündigungen von Seminaren, Konferenzen, Ausschreibungen usw. aufgeführt sind. Es werden brisante politische Themen (Gewalt und Missbrauch in den Schulen) aufgegriffen, und es finden sich auch regelmäßig (russischsprachige) Meldungen über den Diskurs zum Thema Menschenrechte und Bildung in Russland (Einführung des Themas Menschenrechte in russischen Schulen).

Die Seite ist sehr gut verlinkt und eignet sich hervorragend, um gezielt Informationen über Förderwettbewerbe oder Ausschreibungen zu verbreiten. Ein wichtiger Aspekt ist auch die gute Vernetzung im Osten des Landes.

Publikationen von Nowa Doba

Nowa Doba hat dank seines Netzwerkes von Lehrern, des direkten Zugangs zu Schulen und der Erfahrungen der „Lehrer-Mitglieder“ im Unterricht sowie auch zahlreicher Projekte im Bereich der Demokratiebildung/politischen Bildung in den letzten Jahren viele sehr gute Materialien für den Unterricht und für Lehrer entwickelt, die Anregungen für Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Schulen geben können. Neben mehreren Broschüren zu Seminaren und Konferenzen sind als wichtigste Veröffentlichungen zu nennen:

- Textbuch zur Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „Geschichte einer Epoche durch die Augen des Individuums“ (2004),
- Lehrerhandbuch „Geschichte für Bürger“ (2004),
- „Wir sind die Bürger der Ukraine“, Textbuch der politischen Bildung für die 9. Klasse (2002, zwei Neuauflagen 2003),
- Sammlung von Informationsmaterial „Die Jugend wählt die Zukunft“,
- Materialien des zweiten landesweiten Wettbewerbs „Auf den Spuren der Geschichte“, „Das Denkmal als Erinnerung, Warnung und Wahrnehmung“,
- Unterrichtsstunden in politischer Bildung „20+1 Klassen in Toleranz“.

Seit 2002 wird darüber hinaus die Zeitschrift „Doba“ mit methodischem Material zu den Fächern Geschichte und politischer Bildung in der Schule herausgegeben. Die Zeitschrift erscheint vier Mal jährlich.

Verlag „Pleyady“

Den Verlag „Pleyady“¹¹² gibt es seit 1998, neben den Veröffentlichungen führt der Verlag auch regelmäßig pädagogische und Bildungsprojekte durch. Die Publikationen von Pleyady werden von jeder vierten Schule abonniert, die Zeitschriften werden aktiv von Lehrern, Direktoren, Psychologen und Schulteams mitgestaltet, die über Unterrichtskonzepte und -erfahrungen schreiben, von extra-curricularen Veranstaltungen berichten oder bildungspolitische Themen diskutieren. Die Ausgaben sind in der Regel je nach Originalsprache der einzelnen Beiträge in Russisch oder Ukrainisch. Partner des Verlags sind USSF, die nationale Führungsakademie, das ukrainisch-amerikanische Schulaustauschprogramm „Wisnyk“ sowie die Suchomlyns'kij Staatsbibliothek.

Der Verlag gibt regelmäßig drei Bildungszeitschriften heraus:

- „Offener Unterricht“ („Otkrytyj urok“) ist eine monatlich erscheinende bildungswissenschaftliche Zeitschrift zu aktuellen Fragen des modernen Unterrichts in den Bereichen Theorie, Methodik, „Technologie“ und Umsetzung.
- „Schuldirektor. Ukraine“ („Dyktor schkoly. Ukraïna“) ist eine ebenfalls monatlich erscheinende Zeitschrift für Schulleiter zu aktuellen Problemen der ukrainischen Bildungspolitik und Fragen der Organisation und des Managements von Schulen und Bildungsprozessen. Sie enthält auch eine Übersicht über aktuelle Veröffentlichungen im Bereich der Pädagogik.
- Das „Lehrbuch für den Direktor“ („Pidrutschnyk dlja dyrektora“) ist die einzige Zeitschrift in der Ukraine zu Fragen der Leitungskompetenz in der Schule mit einer umfassenden Übersicht über Weiterbildungsmöglichkeiten für Schulleiter.

Angekündigt ist vom Verlag die Herausgabe eines Lehrbuches zur Entwicklung des kritischen Denkens bei Schülern. Darin werden Methoden und Modelle des Lehrens und Lernens erläutert, mit denen Schüler zu einem aktiven Lernverhalten animiert werden können. In dem Buch stellen Lehrer ihre Unterrichtsplanung und Musterstunden in verschiedenen Fächern vor und erläutern ein Bewertungssystem für den Erfolg der Methoden sowie zur Selbstbewertung der Lehrer. Die groß angekündigte Veröffentlichung zeigt, dass die methodisch-didaktische Diskussion im Bereich, in dem es um Aufbrechung der sowjetischen Muster des Frontalunterrichts geht, in Belarus und der Ukraine sehr ähnlich ist.

¹¹² Siehe auch: <http://pleyady.kiev.ua>.

VI. Internationale Programme zur Demokratiebildung in der Ukraine

Das verstärkte Engagement ausländischer Förderer in der Ukraine setzte etwa Mitte der 90er Jahre ein. Ausschlaggebend war hier die – im Unterschied besonders zu Belarus, aber auch zu Russland – grundsätzliche Bereitschaft bislang noch jeder ukrainischen Regierung, mit ausländischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Seitdem gibt es im Land zahlreiche internationale Förderprogramme im Bildungsbereich und hier auch mit Schwerpunkten der Demokratiebildung (Education for Democracy) in der Ukraine. Dabei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen kleineren, häufig auch bilateralen Projekten, bei denen lokale Aktivitäten in Schulen oder Schulpartnerschaften gefördert werden, und groß angelegten Reformvorhaben, die auf eine strukturelle Veränderung bestimmter Bereiche des Bildungssektors in der Ukraine ziel(t)en.

Allerdings standen gerade bei den Großprojekten vielfach der Projektzuschnitt (zu viel Geld für eine zu kurze Zeit), die politischen Rahmenbedingungen im Westen (Einstellung der amerikanischen Förderung von weltweiten Projekten zur Civic Education) und administrative Hindernisse in der Ukraine einer nachhaltigen Wirkung im Wege.

Zudem war und ist das Engagement im Bildungsbereich häufig nicht gut koordiniert: Immer wieder gab und gibt es große Defizite bei der Abstimmung, wobei besonders die bildungspolitischen Strukturen vor Ort (ukrainisches Bildungsministerium), die in der Regel die Hauptpartner internationaler Förderer sind, die Verantwortung tragen: Der post-sowjetische Beamtenapparat in der Ukraine erweist sich in den meisten Fällen als viel zu schwerfällig, anfällig für Korruption und zu schlecht strukturiert, um die Investitionen in den Bildungsbereich effektiv und zielgerichtet zu verwalten. Aber auch unter den westeuropäisch-amerikanischen Zuwendungsgebern gibt es häufig eklatante Abstimmungsprobleme. So treten immer wieder Redundanzen auf, und die erzielten Resultate rechtfertigten häufig nicht die eingesetzten Mittel.¹¹³

Civic Education Project (CEP) / Civic Education Exchange Program

Unter der Clinton-Administration wurden in den 90er Jahren im Rahmen des

¹¹³ Vgl. hier auch Umland (2004), S. 37: „Nichtsdestoweniger ist der Gesamteindruck, dass zumindest die kleineren nicht- oder halbstaatlichen Programme trotz ihrer weitgehenden Deckungsgleichheit eher neben- als miteinander arbeiten. In jenen Fällen, in denen es tatsächlich Absprachen gibt, macht sich eine kulturell-sprachliche Segmentierung bemerkbar. Die anglophonen Stiftungen kommunizieren scheinbar weit häufiger untereinander als etwa mit den germanophonen Vertretungen und umgekehrt.“

„Education for Democracy Act“ verschiedene Programme zur Förderung der politischen Bildung (Civic Education) in den Ländern Mittel- und Osteuropas und zum Lehreraustausch in diesem Bereich gefördert. Von 1991 bis 2004 etwa initiierte eine eigens gegründete internationale NGO, das Civic Education Project (CEP), zahlreiche Graswurzelprojekte im Bereich der politischen Bildung. Dazu gehörten Studentenkonferenzen, Runde Tische, Winterschulen, Projekte zum Distance Learning oder Debattenforen. 2004 beendete das CEP seine Arbeit in Europa und verlegte seine Schwerpunkte in andere Weltregionen.¹¹⁴

Von 2000–2003 koordinierte Nowa Doba für die Ukraine das internationale Civic Education Exchange Program. Im Mittelpunkt dieses Projektes stand der Erfahrungsaustausch zwischen ukrainischen Lehrern und internationalen Kollegen. Die Aufenthalte – vornehmlich in den USA – fanden zweimal im Jahr für Gruppen von jeweils vier bis fünf Lehrern aus verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas statt, die sich in einem themenbezogenen Wettbewerb um ein Stipendium bewerben mussten.

In den 90er Jahren kam das ausländische Engagement für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft in der Ukraine vornehmlich aus den USA. Folglich sammelten ukrainische Lehrer und Bildungsexperten internationale Erfahrungen im Bereich der Demokratieerziehung bislang vornehmlich in Amerika oder auch noch in Polen, westeuropäische Ansätze sind hingegen weitgehend unbekannt.

Building Democracy in Ukraine

„Building Democracy in Ukraine“ war eines der ersten internationalen Bildungsprojekte, das seinen Fokus auf das Thema Demokratiebildung in ukrainischen Schulen richtete.

Die Grundzüge des Projektes wurden bereits 1996 in Kanada auf Bitten der Präsidentschaftsadministration der Ukraine entwickelt. Als eine der grundlegenden Herausforderungen für das Land galt es damals, das Bewusstsein für die Bedeutung freiheitlich-demokratischer Werte unter den Bürgern und zukünftigen politischen Entscheidungsträgern nachhaltig zu verankern, und so bat die ukrainische Regierung um die Unterstützung bei der Entwicklung von Curricula für das Demokratiestudium (Demokratielernen) im ukrainischen Bildungssystem. Dieser Bitte lag der Umstand zugrunde, dass es Mitte der 90er Jahre wenige ukrainische Lehrer oder Professoren gab, die Erfahrungen im Lehren von Demokratie hatten und praktisch keine ukrainischsprachigen Lehrmaterialien für den Demokratieunterricht

¹¹⁴ Nähere Informationen unter <http://www.civiceducationproject.org>.

existierten.¹¹⁵ Nahezu alle Materialien, die sehr weitgehend dem Bereich „Education for Democracy“ zuzuordnen waren, bedienten sich sowjetischer Quellen und spiegelten die entsprechende Ideologie wider. Die Rezeption westlicher Literatur war begrenzt auf wenige Titel aus den 50er und 60er Jahren.

Im Folgenden wurde ein sehr umfangreiches Projekt entwickelt, das Schwerpunkte in den Bereichen Hochschulbildung und der Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung und den Strafverfolgungsbehörden setzte (Demokratiekurse für Studierende an Universitäten des Innenministeriums).

Für das Thema Demokratiebildung an ukrainischen Schulen sind zwei Aspekte hervorzuheben: 2002 wurde ein ukrainischsprachiges Textbuch zu Grundlagen der Demokratie (Osnowy Demokratiji) veröffentlicht (2. Auflage 2004). Das Buch vermittelt Demokratie als ein Modell, das mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in einem demokratischen Land zu konfrontieren ist. Demokratie wird hier als ein politisches System unter anderen vorgestellt.¹¹⁶

Weiter von Interesse ist ein Pilotkurs zu Civic Education in den elften Klassen an allgemeinbildenden Schulen in der Ukraine, der im Schuljahr 2005/2006 an 20 und seit September 2006 an 30 weiteren Schulen getestet wird. Die Erprobung an Schulen soll dazu dienen, einen Kurs für pädagogische Einrichtungen zu entwickeln, an denen sowohl zukünftige Lehrer als auch Mitarbeiter von Lehrerfortbildungseinrichtungen ausgebildet werden. Außerdem ist geplant, insgesamt 16.000 allgemeinbildende Schulen in der Ukraine mit einem Curriculum für Civic Education auszustatten.

Education for Democracy in Ukraine

Im Mai 2000 startete im Rahmen des transatlantischen EU-US-Civil Society Programms das auf zwei Jahre angelegte Projekt „Education for Democracy in Ukraine“, das die Einführung von Demokratieerziehung in den weiterführenden ukrainischen Schulen, insbesondere in den Klassen 9 bis 11, zum Ziel hatte.

¹¹⁵ Für weitere Informationen über Geschichte sowie aktuellen Aktivitäten des Projektes siehe <http://www.queensu.ca/sps/bdu/>.

¹¹⁶ Siehe auch weitere Angaben zum Buch auf der Homepage des Projektes: „It defines democracy as both a set of values and a method of governance through which these values can best be promoted. In presenting the discussion of each topic it compares reality to that model with the purpose of helping students to recognize both the possibilities of democracy and its limitations. It is deliberately designed to encourage students to think about the democratic process as one that is constantly evolving and to consider methods by which democracy may be improved. Finally, the premise is that in assessing the nature of their own system, students need to understand the experience of other systems. These other systems are used as a reference point to show how different democracies have dealt in different ways with problems that they all have in common...“ <http://www.queensu.ca/sps/bdu/textbook.html>.

Ursprünglich sollten ein Curriculum für Demokratieerziehung sowie Lehr- und methodische Materialien entwickelt und ein Konzept für die Fortbildung von Lehrern in diesem Bereich entworfen werden. Wichtig war weiterhin der Aufbau eines Netzwerkes zur Verbreitung der Materialien und zur politischen Unterstützung von Demokratiebildung an ukrainischen Schulen.

Zwei Resultate des Projektes sind hervorzuheben: Civic Education wurde als ein optionales Fach in einer begrenzten Anzahl von weiterführenden Schulen in der Ukraine eingeführt, und das Lehrernetzwerk Nowa Doba konnte nachhaltig gestärkt werden. Aufgrund begrenzter zeitlicher und finanzieller Ressourcen ließ sich dagegen keine Nachhaltigkeit bei der Lehrerfortbildung und der Herausgabe von Lehrmaterialien erzielen. Das laufende EU-Projekt „Civic Education, Ukraine“ knüpft an Education for Democracy an und versucht unter anderem, den geographischen Focus auf vier Pilotregionen und 150 Pilotschulen auszudehnen.

EuropeAid (EU) Projekt: Civic Education, Ukraine

Das vielleicht interessanteste internationale Bildungsprojekt in der Ukraine mit einer starken Komponente im Bereich der Demokratiebildung ist gegenwärtig das EU-finanzierte EuropeAid Projekt „Civic Education, Ukraine“. Das insgesamt dreijährige Vorhaben wird seit März 2005 von einem internationalen Konsortium koordiniert,¹¹⁷ die einzelnen Aktivitäten finden in vier Pilotregionen (Kiew Stadt, Cherson, Wolyn und Winnyzja) statt, in denen jeweils 25 Pilotschulen in das Projekt eingebunden sind. Mittlerweile (Oktober 2006) gibt es auch Pilotschulen im Osten des Landes. Partner im Land sind das MON sowie verschiedene Lehrernetzwerke, vor allem Nowa Doba in L'wiv. Übergeordnetes Ziel des Projektes ist eine Konsolidierung von Civic Education im weiterführenden Schulbildungssystem in der Ukraine.

Ursprünglich war geplant, im Rahmen des Projektes ein Curriculum für Civic Education als einem Pflichtfach für die Klassen 9 bis 11 an ukrainischen Schulen und ein entsprechendes Lehrbuch zu entwickeln, das dank einer großen Auflage landesweit zum Einsatz hätte kommen können. Das MON zog jedoch das Konzept von Civic Education als einem Querschnittfach vor, und die Ausschreibung für den Druck des Lehrbuches scheiterte aufgrund umständlicher EU-Regularien zwei Mal, so dass die Mittel hierfür verfallen sind.

Das Projekt konzentriert sich gegenwärtig auf fünf Bereiche:

¹¹⁷ Das Konsortium besteht aus Cambridge Education, dem Deutsch-Russischen Austausch, Berlin, dem Centrum Edukacji Obywatelskiej in Warschau und USSF.

1. die Formulierung von fünf oder sechs Kernkompetenzen im Bereich von Civic Education, die Kinder und Jugendliche erwerben sollen und die den Bedürfnissen der Ukraine, gleichzeitig aber auch internationalen Standards entsprechen. Diese präzise formulierten Kompetenzen sollen den Lehrern in ihrer alltäglichen Schulpraxis als Orientierungspunkte beim Unterrichten von Civic Education dienen. Gleichzeitig wird ein Lehrerhandbuch mit grundlegenden Informationen zu den wichtigsten Aspekten, Inhalten und Methoden von Civic Education herausgegeben.
2. die Ausarbeitung eines Weiterbildungskurses für Lehrer, der auf das Unterrichten von Civic Education als einem Querschnittfach in ukrainischen Schulen ausgerichtet ist. Begleitend wird ein entsprechendes Handbuch zur Lehrerfortbildung herausgegeben, in dem eines von sechs Modulen der „Demokratie in der Schule“ (demokratisches Klima, extra-curriculare Aktivitäten, Beziehung von Schule und Schulumgebung) gewidmet ist. Um zu gewährleisten, dass die Fachlehrer die Querschnittselemente von Civic Education auch wirklich in ihre Unterrichtspraxis übernehmen, soll angeregt werden, Fachbereichsleiter für Civic Education an den Schulen einzuführen.
3. die Einrichtung und Entwicklung einer Homepage für Jugendliche, („Youth Acts“, www.citizen.org.ua, s.o.) und der Ausrichtung eines Wettbewerbs für extra-curriculare Kleinprojekte von Schulen und Jugendorganisationen. Vorbereitung, Umsetzung und Auswertung der besten Aktivitäten werden durch ein Team von lokalen und europäischen Experten unter Federführung von Nowa Doba begleitet, die besten Ergebnisse an einen breiten Verteiler von Schulen im ganzen Land weiter geleitet.
4. die Entwicklung eines Konzeptes von Civic Education für förderbedürftige Kinder („children with special needs“).
5. Unterstützung für Aktivitäten von ukrainischen Lehrerverbänden (z.B. bei der Entwicklung einer neuen Website).

Im Rahmen des Projektes wird weiterhin mittels einer Umfrage an den Pilotschulen untersucht, wie Civic Education in der Ukraine unterrichtet und als wie demokratisch das Klima an ukrainischen Schulen eingeschätzt wird. Hier fehlen noch grundlegende Daten, da die Ukraine Ende der 90er Jahre nicht an der Civic Education Study der IEA teilgenommen hat. Ziel der Umfrage ist es, die Ukraine noch stärker als bisher in die europäischen Diskussionen zu Civic Education/ Education for Democratic Citizenship einzubinden.

Das Projekt ist bildungspolitisch in der Ukraine gut verankert, ist durch den Einsatz von internationalen Experten auch mit dem europäischen Demokratiebil-

dungsdiskurs gut verknüpft und baut ein landesweites Netzwerk von Schulen auf, die demokratiefördernde Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen schulischer und außerschulischer Bildung aktiv entwickeln.

World Bank Equal Access to Quality Education in Ukraine

Nachdem das Land 2002 die „Nationale Doktrin zur Entwicklung der Bildung“ verabschiedet hatte, war eine wesentliche Vorbedingung für das mit Abstand größte Bildungsreformprojekt in der Ukraine seit der Unabhängigkeit erfüllt. Nach gut dreijährigen Verhandlungen beschloss die Weltbank im Mai 2005, der Ukraine einen Kredit über 86,59 Mio. Dollar zu gewähren, um in einem auf vier Jahre angelegten Projekt unter dem Titel „Equal Access to Quality Education“ das Bildungssystem im Land grundlegend und nachhaltig zu verbessern.¹¹⁸

Das komplexe Weltbank-Projekt besteht aus drei Komponenten, die sich alle noch mehr oder weniger in der Planungsphase befinden (Oktober 2006):¹¹⁹

Die erste Komponente zielt auf eine Reformierung der Lehrerfortbildung, die in Zusammenarbeit mit den Lehrerfortbildungsinstituten im Land umgesetzt werden soll. Hier werden, so der Plan, landesweit etwa 120 sog. Master Trainer als Träger der Reform ausgebildet. In der zweiten Komponente sollen vor allem inhaltliche Akzente gesetzt werden, es geht um die Erarbeitung neuer Lehrpläne, die Herausgabe neuer Lehrbücher, um die Verbesserung der Schulevaluation (Qualitätssicherung) und die Vergabe von Kleinstzuwendungen (small grants, 5.000 bis 10.000 Dollar) an Schulen für innovative Projekte auf Wettbewerbsbasis. Diese Sub-Komponente wird zwar frühestens 2007 beginnen, doch gerade hier liegen große Chancen, der demokratischen Umgestaltung der Schulen in der Ukraine einen wichtigen Impuls zu geben, indem nämlich bei den Ausschreibungen der Wettbewerbe besondere Schwerpunkte auf die Förderung z.B. von demokratiepädagogischen Ansätzen gelegt werden. Die Wettbewerbe werden zuerst in Pilotregionen durchgeführt, sollen dann aber auf das ganze Land ausgeweitet werden und zu einem Netz von „Best Practice-Projekten“ an Schulen führen.

¹¹⁸ Siehe auch auf der Website der Weltbank die Ankündigung von möglichen Nachfolgeprojekten im Bildungsbereich: „The four-year Project is the first phase of an Adaptable Program Loan (APL) to support Ukraine’s reform initiatives in the education sector, which, if the project proves to be successful, envisages overall up to \$250-300 mln in loan over a 10-year Program supporting Ukrainian Government in modernization of general secondary education.“ <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/UKRAINEEXTN/0,,contentMDK:20900108~menuPK:50003484~pagePK:2865066~piPK:2865079~theSitePK:328533,00.html>.

¹¹⁹ Diesen und den folgenden Informationen liegt ein Gespräch mit Roman Shyyjan vom 24. Mai 2006 zugrunde, der an der Konzeption des Weltbankprojektes beteiligt war. Siehe auch Equal Access to Quality Education in Ukraine Project , Project Appraisal Document, April 2005.

Die dritte Komponente sieht umfangreiche bauliche Maßnahmen an Schulen, die Verbesserung des Bildungsmanagements im MON sowie die Einrichtung eines Informationssystems zum Bildungsmanagement (Education management information system) vor.

Etwa 22.000 Schulen, 70 Prozent davon in ländlichen Gegenden, eine halbe Million Lehrer und mehr als sechs Millionen Schüler sollen nach Angaben der Weltbank letztendlich von dem Projekt profitieren.

Der Zuschnitt des Vorhabens scheint allerdings problematisch, da zu befürchten ist, dass den ukrainischen Partnern insbesondere auf der politischen Ebene (MON) die Flexibilität und die Managementkapazitäten fehlen, ein Projekt von diesem Umfang umzusetzen. Zudem werden in einzelnen Komponenten Institutionen als federführend eingesetzt, die nicht offen für Reformvorhaben sind, weil sie vor allem personell noch von alten Kadern dominiert werden. Weiterhin zeichnet sich schon jetzt ab, dass es für andere internationale Projekte im Bildungsbereich in der Ukraine schwierig ist, sich mit dem Weltbankprojekt abzustimmen.¹²⁰

Jeder neue Förderansatz mit dem Ziel der Stärkung demokratischer Schulen in der Ukraine sollte die einzelnen Projektaktivitäten des Weltbankprojektes fortlaufend verfolgen und sich ggf. mit dem Projektteam in Kiew hinsichtlich gemeinsamer Maßnahmen abstimmen.

¹²⁰ Vgl. Karlheinz Dürr, Input Report 2, 15. Mai – 14. Juli, Kiew: „One ToR requirement which could not be achieved was the establishment of a ‚liaison group‘ with the World Bank project on Curriculum development and teacher training issues. This, however, was due to the impossibility to obtain a meeting date with the World Bank (meetings scheduled twice had to be postponed twice at the World Bank’s request).“

VII. Schulpartnerschaften

7.1 Kontakte zwischen ukrainischen und deutschen Schulen

Wie in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch profitiert Deutschland in der Ukraine von einem guten Image, zu dem die humanitäre Hilfe in den 90er Jahren, aber auch das kulturelle Engagement in den letzten Jahren beigetragen hat. Dennoch steht Deutschland, und somit auch die deutsche Sprache in der Schule, in einer spürbaren Konkurrenz zum amerikanischen (der englischen Sprache wegen) und besonders im Westen des Landes auch zum polnischen Einfluss.¹²¹ Gerade bei den Schulen ist in den letzten Jahren ein enges Netz von ukrainisch-polnischen Kontakten entstanden.

Auf konkrete Nachfrage ist der Wunsch ukrainischer Schulen nach einer deutschen Partnerschule in der Regel sehr groß. Insbesondere auf dem Land lässt allerdings die wirtschaftliche Situation der Schulen eine solche Partnerschaft schwierig erscheinen. Ähnlich wie in Belarus wird außerdem gefragt beziehungsweise gezweifelt, ob es bei deutschen Schulen überhaupt ausreichendes Interesse an einer Partnerschaft mit ukrainischen Schulen gibt.

Die offiziellen Kontakte zwischen Deutschland und der Ukraine im Bildungsbereich sind sehr gut: Seit 1993 gibt es ein Goethe-Institut in Kiew,¹²² das inzwischen in zahlreichen Städten der Ukraine Lesesäle, Lehrmittelzentren und Sprachlernzentren unterhält. Ein Lehrer-Entsendeabkommen zwischen Deutschland und der Ukraine trat 1994 in Kraft. Im gleichen Jahr wurde ein Abkommen über Hochschulzusammenarbeit geschlossen, seit 14 Jahren nimmt die Ukraine an den DAAD-Programmen teil,¹²³ seit 1998 gibt es ein DAAD-Büro in Kiew. Mehrere deutsche Programmlehrer, Lektoren und Fachberater sind in der Ukraine an Schulen und Hochschulen tätig. Die Nachfrage nach schulischem und außerschulischem Deutschunterricht steigt weiter, ebenso wie die Bewerbungen auf Stipendien des DAAD.¹²⁴ Gegenwärtig gibt es neun Schwerpunktschulen für das Deutsche Sprachdiplom der KMK in der Ukraine.¹²⁵

Neben dem institutionalisierten sprachlich-kulturellen Engagement Deutschlands in der Ukraine, von dem Andreas Umland in seiner Studie zu westlichen Förderprogrammen in der Ukraine mit Stand von Ende 2004 ein umfassendes Bild

¹²¹ Die besondere Bedeutung Russlands und des Russischen, insbesondere im Osten des Landes, ist bereits mehrfach hervorgehoben worden.

¹²² <http://www.goethe.de/ins/ua/kie/deindex.htm>.

¹²³ Gegenwärtig studieren etwa 4.000 Ukrainer in Deutschland.

¹²⁴ Vgl. die Angaben auf der Homepage des Auswärtigen Amtes: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Ukraine/Bilateral.html>.

zeichnet, gibt es einzelne Partnerschaften, wie zwischen der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg und der Kiewer Vereinigung von Schulleitern. Im Herbst 2006 findet bereits zum dritten Mal ein gemeinsames Seminar zu Themen wie „Wir sind Europa! Erlernen der Demokratie in Europa“ für 30 bis 35 Schulleiter, Vertreter der Bildungsverwaltung und pädagogische Leiter von schulischen Euroklubs statt. Diese Seminare sind – ähnlich wie die Sommerakademie der DeGeDe im August/September 2006 – eine sehr gute Gelegenheit, um ukrainische Multiplikatoren aktiv in den europäischen Diskurs um die EDC und die Diskussion um „Demokratie lernen und leben in der Schule“ mit einzubeziehen.

7.2 Partnerschaften von ukrainischen und polnischen Schulen

Die politischen Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine können spätestens seit Ende der 90er Jahre als vorbildlich gelten. Da war es folgerichtig, dass Polen im Spätherbst 2004 auch eine führende Rolle bei den Vermittlungen während der Wochen der Proteste zwischen den Präsidentschaftswahlgängen in der Ukraine gespielt hat.

Die guten politischen Beziehungen spiegeln sich vielfältig auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Kontakte wider. Gerade Partnerschaften von ukrainischen und polnischen Schulen haben sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt, hier gibt es sowohl zahlreiche individuelle Kontakte von Schulen als auch die Zusammenarbeit auf Projektebene.

Herausragend ist in dieser Hinsicht sicherlich die von der PAUCI-Foundation (PAUCI = Polish-American-Ukrainian Cooperation Initiative) und der polnischen Robert-Schuman-Stiftung 2006 ins Leben gerufene Initiative „Razom“, die die Zusammenarbeit zwischen polnischen und ukrainischen schulischen Projekten bündeln und intensivieren will. Übergeordnetes Ziel der Initiative ist die Stärkung eines offenen, toleranten und demokratischen Bewusstseins bei der jungen Generation. Unterstützt werden vor allem Programme des systematischen Jugendaustausches und die Zusammenarbeit gemeinnütziger Organisationen, die in der Schule oder im schulischen Umfeld angesiedelt sind (Elternkomitees, Schüler selbstverwaltungen, Schulräte, schulische Euroklubs, Schulzeitungen, schulische Sportklubs, aber auch NGOs, die mit Schulen zusammenarbeiten). Die erste Ausschreibung des Programms hatte eine überwältigende Resonanz, es nahmen insge-

¹²⁵ Es sind dies die folgenden Schulen: Spez. Mittelschule Nr. 239, Kiew, Spez. Mittelschule Nr. 14, Kiew, Spez. Mittelschule Nr. 53, Kiew, Humanistisches Gymnasium, Schostka, Linguistisches Gymnasium Nr. 23, Charkiw, Mittelschule Nr. 19, Donezk, Spez. Mittelschule Nr. 8, L'wiw, Spez. Mittelschule Nr. 28, L'wiw, Spez. Mittelschule Nr. 90, Odessa.

samt 200 ukrainische und 140 polnische Schulen teil, lediglich 14 Projekte konnten gefördert werden.¹²⁶

Ein weiteres ukrainisch-polnisches Projekt der polnischen Robert-Schuman-Stiftung trägt den Titel „Durch europäische Bildung zur Zivilgesellschaft“. Sein Hauptziel ist die Stärkung eines Netzwerkes von Kontakten zwischen schulischen Euroklubs, in dem Schüler und Lehrer zu Europa und Fragen der europäischen Integration arbeiten und europäische Mini-Projekte initiieren. In diesem Zusammenhang werden auch Weiterbildungen organisiert: Experten der Schuman-Stiftung führten von September 2005 bis Juni 2006 einen Zyklus von einwöchigen Seminaren für insgesamt etwa 1.000 ukrainische Lehrer und Schüler zur Einrichtung und Koordinierung von Euroklubs an Schulen in mehreren ukrainischen Städten landesweit durch, außerdem wurden 20 ukrainische Lehrer im nationalen Lehrerfortbildungsinstitut in Warschau zur Einführung von Europäischen Studien in Schulen fortgebildet. Schließlich werden von der Schuman-Stiftung regelmäßig Lehrmaterialien zur Einrichtung und Arbeit schulischer Euroklubs in Russisch und Ukrainisch publiziert.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist noch die ukrainische Abteilung auf dem polnischen Bildungsserver „interklasa“,¹²⁷ die sich bemüht, umfassend über Programme und Projekte im Rahmen polnisch-ukrainischer Schulpartnerschaften zu informieren. Hier wird von polnischer Seite außerdem aktiv versucht, ukrainische Schulen in europäische Austauschprogramme (etwa Erasmus Mundus, European Schoolnet) mit einzubeziehen.

Für die Stärkung deutsch-ukrainischer Schulpartnerschaften können die Erfahrungen zwischen Polen und der Ukraine als Orientierung dienen, an die sich in Einzelfällen möglicherweise sogar konkret anknüpfen lässt. Dies bietet sich für Programme im Bereich der Demokratiebildung um so mehr an, als europäische und demokratische Werte in polnisch-ukrainischen Partnerschaften zumeist eine wichtige Rolle spielen. Gleichwohl ist zu bedenken, dass schon die geographischen Rahmenbedingungen – und daneben das Interesse deutscher Schulen an einer Partnerschaft mit der Ukraine – nicht mit den Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine vergleichbar sind.

¹²⁶ Vgl.: <http://www.pl-ua.org/pl>.

¹²⁷ Vgl.: <http://www.interklasa.pl/portal/dokumenty/ukraina1/index.php>.

7.3 Kontakte ukrainischer Bildungsakteure nach Belarus und Russland

Bei dem Themenspektrum Demokratiebildung, demokratische Schule, Demokratie leben und lernen spielen der belarussische und der russische Diskurs für die maßgeblichen Akteure in der Ukraine durchaus eine Rolle. Gleichwohl sind die Verbindungen zu beiden Ländern punktuell und nicht zu vergleichen mit den engen Kontakten zwischen der Ukraine und Polen oder dem regen fachlichen Austausch von Lehrern mit amerikanischen Ansätzen in diesem Bereich. Dennoch gibt es Erfahrungen oder Modelle der Zusammenarbeit, die auch aus deutscher Perspektive interessant sein könnten. Drei Formen der Diskursverschränkung können notiert werden.

1. Projektzusammenarbeit und informelle Kontakte: In dem vielleicht erfolgreichsten Projekt zur Stärkung einer demokratischen Schule in der Ukraine, dem Community School Development Project von USSF, gibt es eine enge Kooperation mit der Organisation „Sotrudnitschestwo“ aus Krasnojarsk,¹²⁸ die das „Community School“-Konzept in Russland schon seit Jahren aktiv verbreitet. „Sotrudnitschestwo“ hat die ukrainischen Partner wiederholt mit Trainings und Beratungen unterstützt, um das Konzept auch in der Ukraine zu entwickeln. USSF besitzt über das internationale Step by Step-Netzwerk zudem gute Kontakte zur entsprechenden Partnerorganisation in Belarus. Das Lehrernetzwerk Nowa Doba besitzt Kontakte zum Bildungszentrum Post in Minsk, bei denen es allerdings noch erhebliches Entwicklungspotential gibt: Sowohl bei den Publikationen (Adukatar von Post beziehungsweise Doba von Nowa Doba) als auch bei Lehrerfortbildungen ließen sich durch eine engere Zusammenarbeit noch erhebliche Synergien erzielen.
2. Informationsaustausch, Bildungsthemen: Es gibt einzelne Foren in der Ukraine, in denen demokratiepädagogisch relevante Themen in Russland aufgegriffen und verbreitet werden. Ein gutes Beispiel ist der Newsletter der Charkiwer Organisation zum Schutz der Menschenrechte, in dem etwa im September 2006 eine Meldung erschien, dass in Kürze das Fach Menschenrechte an russischen Schulen und Hochschulen eingeführt werden solle.¹²⁹ Und dass der Verlag Pleyady in Kiew im Herbst 2006 ein Lehrbuch zur Entwicklung des kritischen Denkens in der Schule herausbringen will, zeigt bei allen Unterschieden hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen, dass in der Ukraine und in Belarus in der offiziellen bildungspolitischen Diskussion ähnliche Themen behandelt werden, die aus „demokratiepädagogischer Perspektive“ auf vergleich-

¹²⁸ Vgl.: <http://www.kccp.ru>.

¹²⁹ Vgl.: <http://www.khpg.org/index.php?r=a1b5c2d9>.

bare Probleme in der Schule, etwa hierarchische Strukturen und Frontalunterricht beziehungsweise eine fehlende Dialogkultur, verweisen.

3. Schulkontakte: Kontakte zwischen ukrainischen und belarussischen beziehungsweise russischen Schulen finden fast ausschließlich auf individueller Basis zwischen einzelnen Schulen statt. Eine Nachfrage im MON in Kiew ergab, dass kein zentrales Verzeichnis über internationale Schulkontakte ukrainischer Schulen existiert und entsprechende Informationen, wenn diese überhaupt vorliegen, nur über die regionalen Bildungsverwaltungen (auf Gebietsebene) zu erhalten sind. Lediglich bei Projekten, die Komponenten von internationaler Vernetzung enthalten, wie etwa die Euroklubs in Schulen oder den Debattenklubs, gibt es auf internationalen Seminaren oder Treffen Kontakte zwischen ukrainischen, belarussischen und russischen Schülern. In Bezug auf Belarus und Russland kann jedenfalls bislang weder das politische Interesse noch das Engagement von staatlichen Stellen oder Stiftungen registriert werden, einen ähnlich engen Kontakt wie zwischen polnischen und ukrainischen Schulen anzuregen.

VIII. Zusammenfassung

Bildung findet immer in einem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld statt, und Schulen arbeiten unter entsprechenden Rahmenbedingungen, die den Schul- und Unterrichtsalltag spürbar beeinflussen. Beim Thema Demokratiebildung wird auf dieses Umfeld aktiv Bezug genommen. Die Ukraine ist hinsichtlich der Rahmenbedingungen ein Land im Transformationsprozess von einem autoritär-sowjetischen zu einem demokratisch-marktwirtschaftlichen System, das 14 Jahre nach seiner Unabhängigkeit immer noch mit dem sowjetischen Erbe ringt, sich heute aber für Europa und seinen Wertekanon entschieden hat, für den der Begriff der Demokratie zentral ist.

Diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen (sowjetische Vergangenheit und europäisch-demokratische Zukunft) trägt dazu bei, dass das Bild uneinheitlich wird, das demokratiepädagogische Ansätze an ukrainischen Schulen beschreibt. Die politischen Bedingungen für eine demokratische Schule in der Ukraine sind gut, die wirtschaftlichen hingegen schlecht, und das darf nicht unterschätzt werden: Der politische Wille allein, das Bildungs- oder Schulsystem zu demokratisieren, reicht nicht aus. Das haben auch internationale Akteure verstanden, die Interesse an einer demokratischen Entwicklung der Ukraine haben, und so sind insbesondere seit den späten 90er Jahren zahlreiche Programme und Projekte mit ausländischer Unterstützung gelaufen, die direkt oder indirekt auf eine Förderung von Demokratiebildung in der Ukraine zielten. In der Folge fehlt es aber häufig an Initiativen, insbesondere seitens der politischen Entscheidungsträger im Land, diese Ansätze fortzuführen oder zu verstetigen, so dass es heute vor allem die nicht-staatlichen Organisationen sind, die als die zentralen Akteure beim Thema demokratische Schule in der Ukraine gelten können. Bildungsverwaltung und Bildungspolitik dagegen können kaum mehr als wohlwollend-passiv beschrieben werden.

Was nun sind die wichtigsten Punkte beim Thema Demokratiebildung an den ukrainischen Schulen? Zunächst gibt es heute aufgrund des ausländischen Engagements zahlreiche Schulen im ganzen Land, die z.T. umfangreiche Erfahrungen mit demokratiepädagogischen Ansätzen in einzelnen Bereichen machen konnten. Sie verstehen sich als offene Schulen, haben Schwerpunkte im Bereich der Projektarbeit gesetzt oder interessante Partizipationsformen für Schüler entwickelt. Insbesondere NGOs versuchen, diese Schulen und Lehrer so zu vernetzen, dass ein aktiver und regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattfinden kann und gute Ansätze verbreitet werden. Lehrern kommt hier eine wichtige Rolle zu. Allerdings steht einem beeindruckenden Kern weniger sehr engagierter Lehrer, die sich aktiv für eine Demokratisierung der ukrainischen Schule einsetzen, die große Mehrzahl der

Lehrer gegenüber, denen Interesse, häufig auch Kraft und Zeit fehlen, sich für demokratische Formen an ihrer Schule stark zu machen. Es bleibt unklar, wie diese Gruppe von der Bedeutung der Demokratiebildung für die Schulentwicklung überzeugt werden kann.

Partnerschaften mit deutschen Schulen werden in der Ukraine in der Regel sehr gewünscht, es fehlt aber zumeist an Ideen, wie diese Partnerschaften angebahnt werden können, und es besteht vielfach Zweifel, ob das Interesse auf Gegenseitigkeit beruht.

Was ist zu berücksichtigen, wenn heute demokratiepädagogische Ansätze an ukrainischen Schulen unterstützt werden sollen? Da sich in der Vergangenheit die Förderaktivitäten immer wieder auf die Ausrichtung von Schulwettbewerben konzentriert hatten, ist es nicht sinnvoll, hier nun noch einen weiteren Wettbewerb auszuschreiben, der am eigentlichen Bedarf in den Schulen vorbei geht. Wichtig ist es vielmehr, verstärkt mit der Zielgruppe von Lehrern zu arbeiten (Förderung von Erfahrungsaustausch, Hospitationen, Weiterbildungen). Weiterhin ist eine Fortbildung auch von etablierten NGOs (Projektmanagement, Organisationsentwicklung etc.) zu empfehlen, die – wie erwähnt – die treibende Kraft bei der Demokratisierung von Schule sind. Immer noch sind viele der von ihnen koordinierten Aktivitäten im Demokratiebildungsbereich nicht effektiv geplant und chaotisch durchgeführt. Schließlich ist es wichtig, mit Verantwortlichen in der Bildungsverwaltung und der Politik zu zusammenzuarbeiten, da nur ein eigenes ukrainisches Engagement dazu führen kann, dass demokratiepädagogische Ansätze sich nachhaltig entwickeln und die vielen, heute noch sehr punktuellen und vereinzelt Ideen und Projekte in den landesweiten Reformprozess einfließen, der dann nicht nur zu einer Verbesserung der baulichen und finanziellen Situation an ukrainischen Schulen führt, sondern auch eine demokratische Schule in der Ukraine anstrebt.

Abkürzungen

APL	Adaptable Program Loan
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
CE	Civic Education
CEP	Civic Education Project
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DeGeDe	Deutsche Gesellschaft für Demokratiebildung
DIPF	Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung
EDC	Education for Democratic Citizenship
ESHA	The European School Heads Association
EU	Europäische Union
ICE	Institut für Community Education
IDEA	Internationales Debattennetzwerk
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
INTAS	The International Association for the Promotion of Co-operation with Scientists from the New Independent States (NIS) of the Former Soviet Union
IPK	Institut pidwyschtschennja kwalifikaziji (Lehrerfortbildungsinstitut)
IRF	International Renaissance Foundation
KMK	Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kurzform: Kultusministerkonferenz)
KHPG	Kharkiv Human Rights Protection Group
LfDP	Organisation „Lehrer für Demokratie und Partnerschaft“
MON	Ministerstwo oswity i nauky Ukrainy, Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Ukraine)
NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAUCI	Polish-American-Ukrainian Cooperation Initiative
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PISA	Programme for International Student Assessment
PR	Public Relations
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

UNO	United Nations Organization
USAID	United States Agency for International Development
USHA	The Ukrainian School Heads Association
USSF	Ukrainian Step by Step Foundation
VLGPB	Gesamtukrainischer Verband der Lehrer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer und der politischen Bildung
ZfA	Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

Stephan Malerius,

geb. 1968, Studium der Slavistik und Germanistik in Hamburg und Warschau. Von 1999–2006 war er Projektleiter beim Deutsch-Russischen Austausch (DRA) in Berlin und St. Petersburg: Aufbau einer europäischen Freiwilligenagentur, Umsetzung und Supervision von zahlreichen Jugendaustausch- und Freiwilligenprojekten mit Partnern aus Russland, der Ukraine, Belarus, Polen, den baltischen Staaten und Westeuropa. Ab 2003 koordinierte er DRA-Projekte in Belarus und der Ukraine und war verantwortlich für die EU-Mittelakquise. Seit 2007 ist er Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Belarus mit Sitz in Vilnius.



Annegret Wulff,

geboren 1975 in Stralsund, Studium der Slavistik, Betriebswirtschaftslehre und Germanistik in Potsdam und Smolensk.

Seit einem Schüleraustausch im Jahr 1990 reiste Annegret Wulff regelmäßig nach Russland, seit 2001 ist sie im Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung tätig und betreut dort den Schwerpunkt Russland. Zuletzt koordinierte sie dort eine Regionalisierungsinitiative in der Permer Region. Das Thema Demokratiebildung ist ihr aus der täglichen Arbeit und den Seminaren des Heuss-Kollegs vertraut.



Deutsch-Russisches Forum e.V.

Das Deutsch-Russische Forum ist ein 1993 gegründeter gemeinnütziger und überparteilicher Verein, der konzeptionell und finanziell durch seine Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur getragen wird. In der Kompetenz und dem Engagement seiner hochrangigen Mitglieder, seinen vielfältigen Kontakten, der Expertise im Veranstaltungsbereich und der breiten öffentlichen Aufmerksamkeit und Akzeptanz in beiden Ländern liegt die Stärke des Forums bei der Umsetzung von Projekten sowie der Erarbeitung neuer Ideen für die nichtstaatliche Zusammenarbeit.

Das Deutsch-Russische Forum organisiert Konferenzen zu wirtschafts-, außen- und kulturpolitischen Themen und informiert über die Entwicklung föderaler wirtschaftlicher und politischer Strukturen in Russland sowie über aktuelle Fragen der bilateralen Beziehungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Nachwuchsförderung. So organisiert das Forum Seminare für junge Führungskräfte aus Deutschland und Russland, vermittelt russischen Nachwuchsjournalisten Praktika in deutschen Redaktionen und betreut mit dem Infozentrum Moskau russische Nachwuchskräfte aus deutschen Förderprogrammen

Auch in Projekten im Schüler- und Jugendbereich werden die Kernkompetenzen des Forums zur Geltung gebracht, zum Beispiel bei großen Begegnungsprojekten wie dem Deutsch-Russischen Jugendforum 2002, der Deutsch-Russischen Jugendkonferenz 2003 und der Kontaktbörse Schulpartnerschaften 2004.

Mit der Studie „Demokratiebildung in Russland“ möchte das Deutsch-Russische Forum einen Beitrag dazu leisten, Entwicklungen und innovative Tendenzen im Zusammenhang mit partizipativen und anderen demokratischen Grundsätzen an russischen Schulen einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

www.deutsch-russisches-forum.de

Europäischer Austausch gGmbH

Ziel des Europäischen Austausch ist es, Nichtregierungsorganisationen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und in den neuen Nachbarstaaten der erweiterten EU in ihrer Arbeit zu fördern und so zur Verankerung von Rechtsstaatlichkeit, sozialer Sicherheit und zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte in Europa und seinen Nachbarstaaten beizutragen. Der Europäische Austausch wurde im Sommer 2005 durch den Deutsch-Russischen Austausch e.V. (DRA e.V.) und seine langjährige Geschäftsführerin Stefanie Schiffer gegründet als Konsequenz der erfolgreichen Kooperation des DRA e.V. mit Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine und Belarus. Der Europäische Austausch ist Träger der seit 2005 jährlich stattfindenden Konferenzreihe „Kiewer Gespräche“ und einer Reihe von Kooperationsprojekten mit unabhängigen belarussischen Nichtregierungsorganisationen.

Er unterstützte Stephan Malerius bei der Erstellung der Studien „Demokratiebildung in Belarus“ und „Demokratiebildung in der Ukraine“.

www.european-exchange.org

Fonds „Erinnerung und Zukunft“

Nach Abschluss der Auszahlungen individueller Leistungen durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ an ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer bleibt der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ als Förderstiftung auf Dauer tätig.

Sein gesetzlicher Auftrag besteht darin, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Seit Aufnahme der Fördertätigkeit im April 2002 unterstützt der Fonds vornehmlich internationale Bildungsprojekte, humanitäre Initiativen und Stipendienprogramme.

358 Millionen Euro des Stiftungsvermögens sind in Form einer Kapitalstiftung für den Fonds „Erinnerung und Zukunft“ bestimmt. Aus den Erträgen fördert der Fonds mit jährlich rund sieben Millionen Euro vorrangig internationale Programme und Projekte, die Brücken nach Mittel- und Osteuropa, Israel und in die USA bauen.

Fonds „Erinnerung und Zukunft“
der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Markgrafenstraße 12-14
D-10969 Berlin

Telefon: +49 (0)30 259297-80

Telefax: +49 (0)30 259297-42

E-Mail: info@fonds-ez.de

www.fonds-ez.de

Bildnachweise

Demokratiebildung in Belarus

Copyright: Supolnasz, Minsk, Belarus

Demokratiebildung in Russland

Copyright: Annegret Wulff

Demokratiebildung in der Ukraine

Copyright: Educational Initiatives Center, L'wiw, Ukraine

